

Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.)

Ostmittel- und Südosteuropa im Umbruch

Verlag Otto Sagner München · Berlin · Washington D.C.

Digitalisiert im Rahmen der Kooperation mit dem DFG-Projekt „Digi20“
der Bayerischen Staatsbibliothek, München. OCR-Bearbeitung und Erstellung des eBooks durch
den Verlag Otto Sagner:

<http://verlag.kubon-sagner.de>

© bei Verlag Otto Sagner. Eine Verwertung oder Weitergabe der Texte und Abbildungen,
insbesondere durch Vervielfältigung, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages
unzulässig.

«Verlag Otto Sagner» ist ein Imprint der Kubon & Sagner GmbH

SÜDOSTEUROPA-JAHRBUCH

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von
WALTER ALTHAMMER

24. Band

Ostmittel- und Südosteuropa im Umbruch

herausgegeben von
Klaus-Detlev-Grothusen

Südosteuropa-Gesellschaft
München 1993



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ostmittel- und Südosteuropa im Umbruch / Südosteuropa-
Gesellschaft. Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. – München :
Südosteuropa-Gesellschaft, 1993

(Südosteuropa-Jahrbuch ; Bd. 24)

ISBN 3-925450-40-8

NE: Grothusen, Klaus-Detlev [Hrsg.]; Südosteuropa-Gesellschaft
<Deutschland>; GT

© 1993 by Südosteuropa-Gesellschaft e. V., 80538 München
Alle Rechte vorbehalten, Nachdruck, auch auszugsweise,
ist nur mit Einwilligung des Verlages gestattet.
Satz und Druck: Appl, Wemding

Inhalt

WALTER ALTHAMMER, Königswinter Vorwort	7
FRANZ RONNEBERGER, Erlangen-Nürnberg Einführung in das Thema	9
I. Aspekte des Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa	
JOHANNES CHR. PAPALEKAS, Bochum Theoretische Ansätze zum Verständnis der Revolution in Ostmittel- und Südosteuropa	17
KLAUS-DETLEV GROTHUSEN, Hamburg Weltpolitische Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des politischen Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa. Ein Beitrag zum Problem der Macht und Ohnmacht von Großmächten	31
GÜNTHER H. TONTSCH, Hamburg Wandel der politischen Systeme Südosteuropas unter besonderer Berücksichtigung der Verfassungsordnungen	53
ROLAND SCHÖNFELD, München Wandel der Wirtschaftssysteme Ostmittel- und Südosteuropas	69
OTHMAR N. HABERL, Essen Ansätze zur Überwindung des Blockdenkens in Südosteuropa seit Ende der 70er Jahre	87
II. Länderberichte	
BOHDAN A. OSADČZUK-KORAB, Berlin Polen	111
BOJKO BUČAR, Ljubljana Jugoslawien	129

**NIKOLAUS KLEININGER, Bukarest
Rumänien**

141

**RUMEN DIMITROV, Sofia
Bulgarien**

149

**ARDIAN KLOSI, Tirana/München
Albanien**

163

Walter Althammer

Vorwort

1. Der vorliegende Sammelband umfaßt die Beiträge der 32. Internationalen Hochschulwoche, welche die Südosteuropa-Gesellschaft vom 7.–11. Oktober 1991 in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing veranstaltet hat. Vielleicht kann man im Rückblick auf die vergangenen Hochschulwochen der Südosteuropa-Gesellschaft am besten verdeutlichen, welche optimalen Veränderungen sich in den letzten Jahren vollzogen haben. Zwei Jahre zuvor haben wir ebenfalls in der Akademie für Politische Bildung unsere 30. Internationale Hochschulwoche zum Thema „Die Wandlungen der Eigentumsverfassung der sozialistischen Länder Südosteuropas“ veranstaltet. Veränderungen gab es seither in dem Raum, dem unser wissenschaftliches Interesse gilt, also den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas, Veränderungen aber auch in unserem eigenen Land, der Bundesrepublik Deutschland. Schon damals konnten die versammelten Wissenschaftler von Reformbestrebungen im Eigentumsrecht der südosteuropäischen Länder sprechen, die viele von uns in ihrer Reichweite überraschten. Wer hätte sich aber damals vorzustellen gewagt, daß innerhalb kurzer Frist alle Länder Ostmittel- und Südosteuropas, inklusive Albanien, demokratisch legitimierte Führungen haben würden. Damals stellte der Begriff „sozialistische Länder“ noch eine eindeutige Kategorie dar, inzwischen hat er seine Aussagekraft – zumindest für den Gesamtraum der Länder hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang – vollständig verloren. Einer der Nachwuchswissenschaftler bei der Hochschulwoche 1989 war der Bulgare Dr. Stoyan Stalev. Was könnte die grundlegende Veränderung der politischen Kultur in Bulgarien besser demonstrieren als die Tatsache, daß dieser gleichermaßen pragmatische wie hochintelligente junge Jurist heute sein Land als Botschafter in Bonn repräsentiert.

Im Oktober 1989 haben wir es als einen Erfolg betrachtet, einen Wissenschaftler aus der DDR als Referenten gewonnen zu haben. Wer hätte damals vorhergesehen, daß die Mauer zwischen den beiden Teilen Deutschlands in kürzester Zeit buchstäblich fallen würde, daß wir heute (schon fast selbstverständlich) junge Wissenschaftler aus dem Osten eines vereinten Deutschlands zu unserer Hochschulwoche direkt und persönlich einladen können.

Ich will an dieser Stelle nur quasi stichwortartig die wichtigsten Ereignisse skizzieren, die den Umbruch in Ost- und Südosteuropa in der letzten Zeit bestimmten:

- die Auflösung der Bündnisstrukturen, die die meisten der Länder Ostmittel- und Südosteuropas über Jahrzehnte zu Satelliten der Sowjetunion gemacht hatten, nämlich des RGW und des Warschauer Paktes
- die Auflösung der Großmacht Sowjetunion selbst
- und schließlich der vehemente Ausbruch von Nationalitätenkonflikten, wie wir ihn aktuell im jugoslawischen Bürgerkrieg mit Bestürzung verfolgen.

Alle Staaten Ostmittel- und Südosteuropas sind heute von einem mehr oder weniger grundlegenden Umbruch gekennzeichnet. Die 32. Internationale Hochschulwoche hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die politischen und wirtschaftlichen Aspekte dieses Umbruchs zu analysieren. Neben grundsätzlichen, länderübergreifenden Referaten wurde in einzelnen Länderberichten die spezifische Situation in den Staaten Ostmittel- und Südosteuropas erläutert und diskutiert.

2. Die wissenschaftliche Konzeption dieser Tagung wurde vom langjährigen Mitglied unseres Wissenschaftlichen Beirats, Prof. Franz Ronneberger, erstellt. Wir haben es außerordentlich bedauert, daß gesundheitliche Gründe Prof. Ronneberger daran hinderten, als Wissenschaftlicher Leiter der Konferenz nach Tutzing zu kommen. Für sein Engagement gebührt ihm unser besonderer Dank. Gedankt sei auch unserem Vizepräsidenten, Prof. Klaus-Detlev Grothusen, der die Tagungsleitung kurzfristig übernahm und schließlich die Herausgabe und redaktionelle Bearbeitung dieses Bandes besorgte. Ebenso gilt unser Dank Prof. Johannes Papalekas, der den zweiten Teil der Konferenz leitete.

Franz Ronneberger

Einführung in das Thema

1. Die ostmittel- und südosteuropäischen Länder erleben gegenwärtig die dritte einschneidende Zäsur ihrer soziopolitischen und soziokulturellen Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg. Damals wurden im wesentlichen die Länder in ihrer heutigen Gestalt geschaffen und versucht, Anschluß an die west- und mitteleuropäische politische und wirtschaftliche Entwicklung zu finden sowie dauerhafte Beziehungen untereinander, insbesondere in bezug auf die nationalen Minderheiten, aufzubauen. Dies gelang nur fragmentarisch. Außenpolitisch waren die Länder von der europäischen Mähtekonstellation, insbesondere von Frankreich und England, später auch von Deutschland und Italien abhängig. Die Sowjetunion spielte zumindest bis zum Ausbruch des Krieges 1939 nur eine Nebenrolle.
Nach 1945 veränderten sich die Verhältnisse grundlegend. Mit Ausnahme von Griechenland und der Türkei trat der einseitige sowjetrussische Einfluß weitgehend an die Stelle der vorhandenen mehrseitigen Einflüsse der Westmächte. Es entstand eine weitgehend erzwungene Einheitlichkeit der wirtschaftlichen und politischen Strukturen und eine entsprechende Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die zuvor heftig ausgetragenen nationalen und sozialen Spannungen und Konflikte wurden weitgehend anästhesiert.
2. Beginnend mit ersten Versuchen reformkommunistischer Veränderungen in mehreren ostmittel- und südosteuropäischen Ländern in den 50er und 60er Jahren entstand angesichts der Stagnation des real existierenden Kommunismus ein Stau ungelöster und offensichtlich unlösbarer Probleme, der nach der Machtübernahme durch Gorbatschow in der Sowjetunion zu Unabhängigkeits-, Liberalisierungs- und schließlich auch Demokratisierungsbestrebungen führte. In dieser dritten Phase oder Epoche befinden wir uns gegenwärtig und sehen uns als Wissenschaftler vor die Aufgabe gestellt, diese Prozesse zu analysieren, zu systematisieren und theoretisch einzuordnen sowie den weiteren Verlauf zu prognostizieren.
3. Keine der bekannten soziologischen und politologischen Revolutionstheorien läßt sich vorbehaltlos auf die gegenwärtig ablaufenden Prozesse anwenden. Mit Definitionen allein wird man der außerordentlichen Komplexität nicht gerecht. Schließlich geht es um innere Wandlungsvorgänge des Sozialismus/Kommunismus, um Fragen der in der Entwicklungsländerforschung behandelten Anpassungsprobleme von weniger differenzierten an hochdifferenzierte Systeme, um säkula-

re Trends der nationalen Selbstbestimmung und um zahlreiche weitere spezielle und allgemeine Prozesse des Strukturwandels.

Ohne eine sorgfältige Reflexion auf diese Zusammenhänge würden die einzelnen Ereignisse, Tatbestände und Prozesse beziehungslos nebeneinanderlaufen. Es muß versucht werden, ihren gemeinsamen „Sinn“ zu verstehen. Dieses Ziel hat nicht nur wissenschaftsinterne Bedeutung, es kommt auch den pragmatischen Maßnahmen der realen Politik zugute.

4. Mit der Minderung des sowjetischen Machtpotentials durch interne Auseinandersetzungen und wirtschaftliche Schwächeerscheinungen nimmt der dominierende Einfluß auf die ostmittel- und südosteuropäischen Länder ab. Der Golfkrieg hat obendrein offenbart, daß auch der militärischen Macht der Sowjetunion Grenzen gesetzt sind. Wir stehen daher vor der Frage, die gegenwärtigen und künftigen äußeren Rahmenbedingungen des Wandels der inneren Strukturen wie der äußeren Beziehungen der untersuchten Länder neu zu bestimmen. Was bedeutet die Auflösung des Warschauer Paktes, was die Einbeziehung der ehemaligen DDR in die NATO, was die bereits geäußerten Interessen einiger Staaten, Mitglied der NATO zu werden?

Welche Bedeutung kommt den wiedererwachten Interessen Frankreichs und Englands zu, welche Bedeutung hat gegenwärtig und zukünftig die Bundesrepublik für die Neudefinition der nationalen Interessen in den behandelten Ländern? Welche Bedeutung der KSZE-Prozeß und der europäische Einigungsprozeß? Besonders die letzteren Aspekte bedürfen der eingehenden Würdigung, um die Chancen der politischen und wirtschaftlichen Orientierung dieser Länder in der europäischen Neuordnung bestimmen zu können.

5. Bei der Analyse des Wandels der politischen Systeme müssen zwar die verfassungsrechtlichen Veränderungen in erster Linie behandelt werden, wir wissen jedoch aus der Vergangenheit, daß gerade bei Ländern, die im 19. und 20. Jahrhundert Verfassungs- und Rechtsnormen der westeuropäischen Demokratien übernommen haben, die tatsächlichen Regeln des politischen Handelns auf traditionellen Mustern beruhen und zu neuen Formen führen. Bedenkt man, daß der Kommunismus die im Laufe der vorausgegangenen Jahrzehnte nach der staatlichen Ver selbstständigung entwickelten Normen der politischen Systeme abermals überlagert hat, befinden wir uns gegenwärtig in der eigenartigen Situation, einen neuerlichen Anlauf zur Demokratisierung auf einem durch zwei vorausgegangene unterschiedliche politische und staatliche Handlungsweisen umgepflügten Feld machen zu müssen. In der Bundesrepublik erleben wir, welche Schwierigkeiten beim Zusammenprall zwischen unterschiedlichen Rechtssystemen auftreten. Allein die Ablösung der Gewalteneinheit durch die Gewaltenteilung, bzw. die

Differenzierung zwischen Rechts- und Wirtschaftssystemen macht größte Schwierigkeiten. In den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern kommt die Behandlung der nationalen Minderheiten hinzu.

6. Einen Sonderfall des politischen Wandels stellt der Zusammenbruch des föderativen Systems und der staatlichen Ordnung in Jugoslawien dar. Die autonomen und stabilisierenden Kräfte der jugoslawischen Völker reichten offenbar nicht aus, die zentralistischen Tendenzen, die insbesondere von Serbien ausgehen, in Schach zu halten. Selbst die pessimistischsten Beobachter hielten es nicht für möglich, daß der Staat in so kurzer Zeit kollabieren würde. Wohl waren die Schwachstellen seit der Gründung dieses Mehrvölkerstaates bekannt, wohl war zu beobachten, daß sich insbesondere Serben und Kroaten immer weiter voneinander entfernten. Doch den auseinanderstrebenden Interessen standen unübersehbare wirtschaftliche und politische gesamtstaatliche gegenüber. Vor allem schienen die staaterhaltenden Kräfte in den Jahrzehnten des Unabhängigkeitskampfes von der Sowjetunion im Sinne einer Integration des Ganzen zu wirken. Doch gegen jegliche Vernunft versucht die herrschende Klasse, angeführt von der serbischen Armee, einen großserbischen Einheitsstaat zu erzwingen. Im Verein mit der kommunistischen Führung, die in Jugoslawien fester verankert ist als in den anderen sozialistischen Staaten Südosteuropas, will sie die Macht nicht abgeben, selbst um den Preis der Zerstörung des gesamten jugoslawischen Herrschaftsgefüges. Die Konsequenz ist ein erbittert geführter Krieg, in dem alle Bruchstellen des Mehrvölkerstaates zum Vorschein kommen und darüber hinaus die ohnehin zerbrechliche südosteuropäisch-balkanische politische Ordnung bedroht wird.
7. Dem politischen entspricht der soziokulturelle Wandel. Er tritt im gegenwärtigen Stadium nicht spektakulär in Erscheinung, ist jedoch für die künftige politische Kultur der Länder ausschlaggebend. Es geht darum, die unter der kommunistischen Herrschaft herbeigeführten Struktur- und Bewußtseinsveränderungen soweit rückgängig zu machen, daß sie mit den Verhältnissen in den mittel- und westeuropäischen Ländern vereinbar werden. Die Veränderungen während der kommunistischen Herrschaft beziehen sich u. a. auf:
 - den Abbau der landwirtschaftlich Beschäftigten,
 - den weitgehenden Wandel von bäuerlichen Gesinnungen,
 - den Wandel der dörflichen Arbeits- und Lebensgemeinschaften,
 - der Entstehung einer industriellen Mittelschicht und einer Funktionärsmentalität in den personell überbesetzten Parteien und staatlichen Leitungs- und Lenkungssystemen,
 - die weitgehende Vernichtung des handwerklichen Mittelstandes und die Wandlung des aus Angestellten und Beamten bestehenden zweiten Mittelstandes,

- die Entstehung einer neuen Führungselite von Managertypen in Partei und Staat,
- den Abbau der kirchlichen Bindungen,
- die ideologische Jugenderziehung in Begleitung von antikirchlichen und antichristlichen Institutionen.

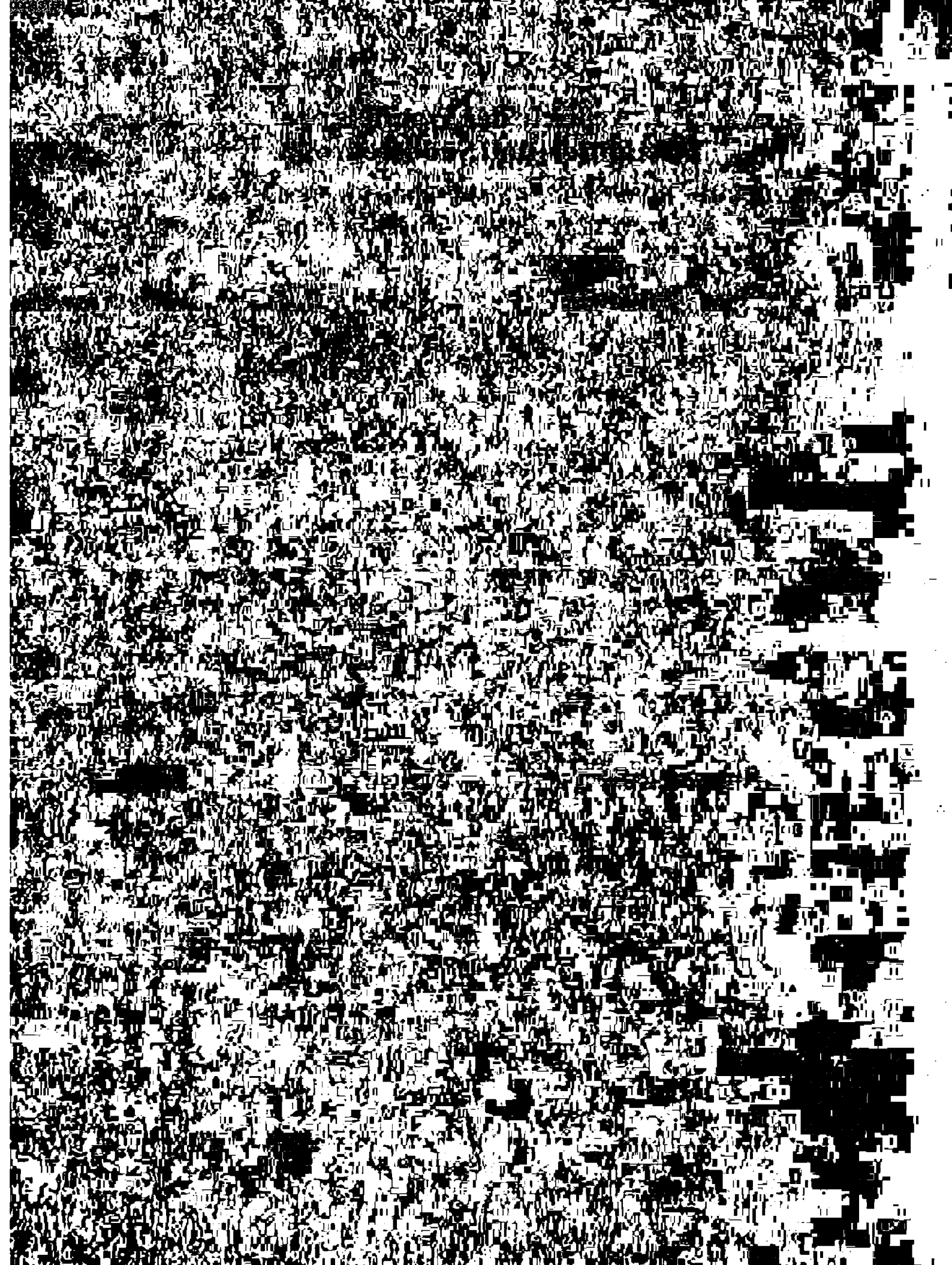
Es wird zu prüfen sein, ob aus der Begegnung der angeführten andersartigen Strukturen, Einstellungen, Mentalitäten mit denen der westlichen Länder die moderne Industriekultur weitergeführt werden kann oder ob allein die Anpassung an die (inzwischen auch gewandelte) westliche Industriekultur erwünscht ist.

8. Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen, bzw. wirtschaftspolitischen Wandels ist angesichts des Versagens der staatssozialistischen Wirtschaftssysteme eminent. Über die mit der Wiedereinführung der Marktwirtschaft entstandenen Probleme besitzen wir erste Erkenntnisse aus der Zeit vor dem letzten Kriege, als bereits wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen stattgefunden haben, an die wieder angeknüpft werden kann. Sie betreffen vor allem den West-Ost-Handel. Es ist zu fragen, ob der RGW durch andere Strukturen ersetzt werden soll oder ob und wann die ostmittel- und südosteuropäischen Länder eine Chance haben in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen zu werden.
9. Erste Annäherungen zwischen Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn deuten an, daß sich neue multilaterale Kombinationen anbahnen. Bis 1945 war dieser Raum mehr zerrissen als geeint durch ein kompliziertes Paktsystem der Staaten untereinander und mit den europäischen Führungsmächten. Unter der Herrschaft der Sowjetunion konnten keine eigenständigen Bündnisse zustandekommen. Dagegen gab es nicht wenige Streitpunkte zwischen den Staaten. Wie lassen sich gegenwärtig deren Interessen definieren, in wieweit wirken sich innerstaatliche nationale (Minderheiten) und soziale Konflikte auf die Beziehungen zwischen den Staaten aus? Muß evtl. mit dem Wiederaufleben älterer Paktkonstruktionen wie der Kleinen Entente oder dem Balkanbund gerechnet werden? Welche Rolle können die benachbarten Staaten (Österreich, Bundesrepublik, Italien) bei der Entstehung einer spezifischen Friedensordnung in diesem Raume spielen? Kann sich der europäische Erneuerungsprozeß auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen in Ostmittel- und Südosteuropa auswirken?
10. Von besonderer Bedeutung für die Zukunft ist der Aufbau freiheitlicher Mediensysteme. Dies gilt in erster Linie für den Rundfunk (Radio und Fernsehen). In einigen Ländern wurden bereits neue Radiostationen ins Leben gerufen (auch auf privater Grundlage). Mit mittel- und westeuropäischen Rundfunkanstalten bestehen bereits Arbeitsbeziehungen. Mit dem in den mittelosteuropäischen Raum breit einstrahlen-

de Gemeinschaftsprogramm von ZDF, ORF, SRG und 3SAT, ist ein weiterer Schritt zur besseren medialen Kooperation erreicht. Welche Bedeutung kommt den Sendungen der Deutschen Welle (und des Deutschlandfunks) sowie von Radio Free Europe für die informativen Beziehungen zwischen den Räumen zu? Diese und weitere Fragen (auch Rechtsfragen) müssen beantwortet werden, wenn in den einzelnen Ländern ein freier Meinungsmarkt und wenn zwischen ihnen und dem übrigen Europa ein offener Informationsaustausch zustande kommen soll.

11. Die nachstehenden allgemeinen Referate werden durch spezielle Länderberichte ergänzt und vertieft (Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Albanien). Als Referenten konnten auswärtige Kollegen gewonnen werden. Ihnen gebührt besonderer Dank.

I. Aspekte des Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa



Johannes Chr. Papalekas

Theoretische Ansätze zum Verständnis der Revolution in Ostmittel- und Südosteuropa

I. Vorbemerkung

Die großen Umwälzungen, die seit 1989 in Ostmittel- und Südosteuropa stattgefunden haben und heute noch im Gange sind, stellen ganz offensichtlich eine weltgeschichtliche Zäsur erster Ordnung dar. Sie haben die Verhältnisse in Europa und darüber hinaus entscheidend verändert und verdienen zweifellos die Bezeichnung bzw. das Prädikat „Revolution“. Um was für eine Revolution handelt es sich aber, mit welcher Art revolutionärer Vorgänge haben wir es zu tun?

In der ersten Etappe des revolutionären Umbruchs in Ostmittel- und Südosteuropa war häufig die Rede von der „friedlichen Revolution“, und in der Tat: Die großen Umwälzungen der Jahre 1989 und 1990 sind – mit Ausnahme vielleicht Rumäniens – weitgehend friedlich und ohne Blutvergießen vor sich gegangen. In den Vielvölkerstaaten – in der Sowjetunion und vor allem in Jugoslawien, wo Bürgerkrieg herrscht, – machen sich allerdings inzwischen Konflikte geltend, die das Prädikat „friedlich“ nicht mehr verdienen. Hier bahnen sich vielmehr gravierende Entwicklungen an, deren Berechenbarkeit und Beherrschbarkeit fraglich erscheinen müssen.

Neben der Bezeichnung „friedliche Revolution“ sind zahlreiche weitere Etiketten und Formeln im Umlauf, mit denen versucht wird, die Umwälzungen in den einstigen Ländern des „real existierenden Sozialismus“ zu charakterisieren. So spricht *Vladimir Hozský* im Zusammenhang mit dem Umbruch in der Tschechoslowakei von der „sanften Revolution“; *Anneli Ute Gabanyi* bezeichnet den Umsturz in Rumänien als „unvollendete Revolution“; für *Karl-Dieter Opp* stellt der Zusammenbruch der früheren DDR das Ergebnis einer „spontanen Revolution“ dar; bezogen auf den Gesamtvorgang in Ostmittel- und Südosteuropa spricht *Jürgen Habermas* von der „nachholenden Revolution“, die den Weg freimacht, um versäumte Entwicklungen nachzuholen.

Diese und andere Etikettierungen und formelhafte Charakterisierungen der Vorgänge lassen die großen Schwierigkeiten bei der kategorialen Bestimmung und Einordnung des geschichtsträchtigen Geschehens erkennen. Die Interpreten sind sich zwar in der Einsicht einig, daß der „real existierende Sozialismus“ endgültig gescheitert sei, aber die Frage nach dem „Demiurgen“ der Wende, nach der Beschaffenheit des revolutionären

Umbruchs bleibt weiterhin verschwommen und weitgehend ungeklärt. Der Grund hierfür liegt wohl in der Präzedenzlosigkeit des Vorgangs, vor allem in dem Umstand, daß die Revolution in Ostmittel- und Südosteuropa keine neuen Ideen und keine zukunftsweisenden Begriffe oder Konzepte hervorgebracht hat. Das Fehlen des „Neuen“ ist vielmehr charakteristisch für das genannte Geschehen. Was signalisiert dieser bemerkenswerte Sachverhalt?

Läßt man die vielen theoretischen Entwürfe und Modelle, die in den letzten zwei Jahren entstanden sind, Revue passieren, dann fallen die mit dem Wort bzw. dem Begriff „Ende“ versehenen Deutungsmuster besonders auf. So spricht man vor allem vom „Ende der Ideologie“, aber auch vom „Ende der Utopie“ oder gar vom „Ende der Geschichte“. Diesen „end-zeitlichen“ Konzepten möchte ich mich vornehmlich zuwenden und sie exemplarisch anhand repräsentativer Autoren untersuchen. Dabei sollen auch eigene Thesen und Einsichten eingebracht werden.

II. Ende der Ideologie?

Seit dem Umbruch in Ostmittel- und Südosteuropa macht das Wort vom „Ende der Ideologie“ die Runde. *Daniel Bell*, einer der führenden amerikanischen Soziologen, erblickt im Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus das „Ende der alten ideologischen Rivalitäten“ und den Beginn einer neuen Ära, die er allerdings nur sehr vage zu definieren vermag. In einem internationalen Symposium in Hamburg über „Ende des Kommunismus – und was nun?“ Anfang Dezember 1989 – der Wortlaut sämtlicher Beiträge wurde in der Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 29. Dezember 1989 veröffentlicht – ging *Bell* recht ausführlich auf die ideologische Problematik ein, erläuterte den säkularen Charakter der „ideologischen Glaubensüberzeugungen“ und betonte insbesondere die dialektische Zuspitzung der ideologischen Auseinandersetzung durch den Marxismus. Dieser habe sich in seiner „kanonisch-dogmatischen Version“ als Teil eines historischen Plans verstanden, der „vom Demiurg der Geschichte geführt werde und sich in der Verwirklichung der Geschichte erfüllen werde“. Diese Rechnung sei nicht aufgegangen; vielmehr habe die einer bestimmten geschichtlich-gesellschaftlichen Lage oder Konstellation entspringende ideologische Überzeugungskraft des Marxismus sich inzwischen erschöpft.

Daniel Bells These verdient insofern Beachtung, als sie das Phänomen der Ideologie im allgemeinen und den Marxismus im besonderen einem bestimmten Zeitalter zuordnet und damit den Begriff der Ideologie historisiert. Es stellt sich aber die Frage: Was geschieht mit der Ideologie in der neuen Ära, kann sie als überholt und endgültig überwunden angesehen

werden, welche Formen, welche neuen Formen des sozialen Selbstverständnisses kündigen sich an oder sind zu erwarten? Zu diesem Komplex äußert sich *Bell* auffallend zurückhaltend und ambivalent. Einerseits spricht er von der Chance Europas, nach dem Niedergang des Marxismus-Leninismus „das Ende der Ideologie zu feiern“, andererseits räumt er jedoch ein, daß es mit dem Pragmatismus allein nicht getan sei und daß die Menschen auch weiterhin nach Glaubensüberzeugungen suchen würden. In diesem Zusammenhang plädiert er recht unbestimmt und vage für die „Annahme einer grundlegenden Wertorientierung, die über Klassen, über die Geschichte hinausweist.“ Zugleich sieht er am fernen Horizont gravierende Konflikte mit der Rasse und der Hautfarbe als Epizentrum aufziehen. Es sei noch vermerkt, daß *Bell* in einem Interview wenige Monate vor dem Fall der Mauer, das im F. A. Z.-Magazin vom 19. Mai 1989 erschien, zwar seine bereits vor mehr als dreißig Jahren erstmalig formulierte These vom „Ableben der alten Ideologie“ bekräftigte, zugleich aber sagte, „daß die Menschen nach Ideologien hungern, daß sie sie brauchen.“ Die Frage, ob etwa der Feminismus eine neue Ideologie sei, bejahte er: „Er ist im Begriff, es zu werden. Er geht damit den Weg vieler Ideen, die auf Kategorien reduziert werden.“

Bells ambivalente Haltung zur Frage nach der Zukunft der Ideologie kommt nicht von ungefähr. Sie entspringt offenbar den recht zweifelhaften Erfahrungen, die im Zusammenhang mit den widersprüchlichen politischen und sonstigen Vorgängen seit dem Erscheinen seines berühmt gewordenen Buches „The End of Ideology“ Ende der fünfziger Jahre gemacht wurden. Unter dem Eindruck der kräftigen „technologischen Schübe“ der Nachkriegszeit sowie der tiefgreifenden Veränderungen und Umschichtungen im Sozialgefüge und in der Bewußtseinsstruktur der entwickelten Industriegesellschaften des Westens meinten damals namhafte Soziologen, daß die Ideologien nicht mehr mit den neuen Gegebenheiten vereinbar seien. Neben *Daniel Bell* betonten u. a. *Edward A. Shils*, *Seymour M. Lipset*, *Raymond Aron* oder *Helmut Schelsky*, wenn auch mit unterschiedlichem Schwerpunkt in der Argumentation, die völlige Unangemessenheit aller bisherigen, ideologisch orientierten Denk- und Handlungsformen. Die kurz darauf in den westlichen Industrieländern aufgetretenen und mächtig gewordenen, ideologisch stark aufgeladenen sogenannten „Protestbewegungen“ zeigten jedoch, wie unberechenbar der Faktor „Ideologie“ auch und gerade in einer technisch dominierten Welt sein kann.

Diese Vorgänge, die einen neuartigen Kulturkonflikt anzeigten, brachten es mit sich, daß die Skepsis gegenüber nach-ideologischen Theoremen wuchs. Diese Skepsis scheint mir auch heute, nach den großen Umwälzungen im europäischen Osten und Südosten, sehr geboten zu sein. In den vom Kommunismus befreiten Ländern herrscht zur Zeit ideologische Diffusion

und ideologisches Vakuum, denen aber recht bald ideologische Formierungen bzw. Neuformierungen größeren Stils folgen könnten. Angesichts der beträchtlichen Unterschiede in der ökonomischen Ausgangslage, des starken sozialen und kulturellen Gefälles, der immer häufiger hochgespielten Minderheitenprobleme, nicht zuletzt der enormen organisatorischen und institutionellen Defizite in Ostmittel- und Südosteuropa sind solche Formierungen keineswegs auszuschließen, sondern vielmehr zu erwarten. Die von ihnen und ihren Folgewirkungen ausgehenden Impulse und Erschütterungen werden wohl auch die westlichen Gesellschaften nicht unberührt lassen. Es kommt hinzu, daß die im „Westen“ hausgemachten und latent vorhandenen Spannungen und Widersprüche nach dem Fortfall des dialektischen Systemgegners sogar manifest werden könnten.

In diesem Zusammenhang erscheint mir noch eine grundsätzliche Bemerkung angebracht. Wenn die Behauptung aufgestellt und die These vertreten wird, daß ein ebenso wesentliches wie penetrantes soziales Phänomen, wie die Ideologie es darstellt, nicht mehr wirksam bzw. erloschen sei, dann muß die Frage gestellt werden, ob die Bedingungen, unter denen es entstanden ist und die es ermöglicht haben, auch fortgefallen sind. Diese Frage ist eindeutig zu verneinen, sofern man die Bedingungen nicht auf Sozialstruktur und sozialstrukturellen Wandel reduziert, sondern die umfassenden geschichtlichen, vor allem geistes- und ideengeschichtlichen, aber auch technikgeschichtlichen Vorgänge in Rechnung stellt, die das moderne industrielle Zeitalter eingeleitet und ihm ihren Stempel aufgedrückt haben. *Hans Freyer*, einer der bedeutendsten deutschen Sozialwissenschaftler und Soziologen im 20. Jahrhundert, hat in seinem wichtigen Buch „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“, das 1955 erschien, überzeugend dargelegt, daß „sekundäre Systeme“ – wie er die modernen Industriegesellschaften nennt – und Ideologien einen unauflösbaren inneren Zusammenhang aufweisen, aufeinander entscheidend angewiesen sind und eine untrennbare Einheit bilden. Die Ideologie sei als spezifische Form sozialen Selbstverständnisses erst nach dem Zerfall der alten ideellen Bindungen und kurz vor Eintritt in das industrielle Zeitalter auf den Plan getreten und erfülle in den grundlegend veränderten Strukturen der modernen Wirklichkeit eine wichtige Funktion, nämlich eine Orientierungs- und Steuerungsfunktion, freilich auch eine Verkleidungsfunktion, wie *Freyer* hinzufügt. Die Ideologie habe eine Ersatzfunktion, sie sei Legitimitätsersatz – für die zerbrochene Legitimität der alten Ordnungen – und sie sei auch „deformierte Religion“ bzw. Religionsersatz nach der Auflösung der alten religiösen Bindungen. Aus diesen Überlegungen wäre der folgende Schluß zu ziehen: Angesichts der Tatsache, daß „sekundäre Systeme“ sich keineswegs auf dem Rückzug befinden, sondern vielmehr weiter expandieren, dürften Ideologien und ideologische Vorstellungen oder Formeln auch in Zukunft ihre Chance haben.

Nun bedeutet der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus in Ostmittel- und Südosteuropa zweifellos einen Meilenstein in der ideologischen Auseinandersetzung. Diese Ideologie wie der Marxismus insgesamt sind heute ein Trümmerhaufen – man braucht sich nur die Ratlosigkeit und Larmoyanz der Marxisten aller Schattierungen zu vergegenwärtigen –, ein Trümmerhaufen allerdings mit sehr vielen Splittern, die durchaus zu neuen, der veränderten Sachlage angepaßten ideologischen Vorstellungen und Formeln zusammengefügt werden könnten. Auch darf nicht übersehen werden, daß die andere „klassische“, wenn auch nicht so „vollkommene“ Ideologie des 19. Jahrhunderts, der Liberalismus, sich vielfach als Sieger der Auseinandersetzung versteht und mancherlei ideologische Husarenstücke vorführt. Da werden komplizierte Zusammenhänge und komplexe Sachverhalte, die auch und gerade die vom Kommunismus befreiten Länder und Völker Ostmittel- und Südosteuropas betreffen, äußerst verkürzt und formelhaft dargestellt und verkündet – ein wesentliches Merkmal ideologischen Denkens im übrigen –, und die Massenmedien vermitteln zunehmend das Bild eines ideologischen Tummelplatzes. Die Ideologie feiert Triumphe, wenn auch bei merklich nachlassender ideologischer Disziplin. Die Jugoslawien-Krise hat diesen Trend besonders kraß in Erscheinung treten lassen.

Es sei in diesem Konnex auf einen interessanten und aufschlußreichen Artikel des Konstanzer Rechtswissenschaftlers *Bernd Rütters* hingewiesen, der unter dem Titel „Der geheime Charme der Ideologie“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 10. August 1991 erschienen ist. Darin formuliert der Autor 12 Thesen zur Ideologie und unterstreicht insbesondere den ideologiefördernden Charakter der modernen Kommunikationsmittel, „die Chance besonders suggestiver Beeinflussung“ durch die Medien. „Das Zeitalter der Ideologien – führt er aus – wird durch die Kommunikationsmittel, genauer: durch die ‚Kommunikations-Industrie‘, ermöglicht und geprägt“ (These 3). An anderer Stelle heißt es: „Die Ideologisierung von Staats- und Gesellschaftssystemen ist in ihrem gegenwärtigen Ausmaß ohne die Wirkungen der modernen Kommunikationsmittel nicht denkbar. Kommunikation ist in den Massenstaaten der Gegenwart die Grundlage aller Politik. Der Erfolg jeder Politik wird abhängig von der Fähigkeit ihrer Akteure zur Kommunikation. Das gilt auch und gerade für den Aufstieg neuer Ideologien zur politischen Macht.“ Es handelt sich um einen wirklich lesenswerten Artikel, der mancherlei Illusionen in Sachen Ideologie zu zerstreuen vermag.

Dennoch signalisiert der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus wesentliche Verschiebungen und Verlagerungen in der ideologischen Auseinandersetzung und auch zu Buche schlagende Veränderungen in der ideologischen Struktur und in der ideologischen Landschaft überhaupt. Er leitet offenbar das Ende der Ideologie „aus einem Guß“ ein. Es werden

sich künftig kaum mehr „vollkommene“ Ideologien entwickeln und durchsetzen können. Eher dürften sich flexiblere und variabelere Synthesen bzw. Kombinationen unterschiedlicher ideologischer Elemente mit geringerer zeitlicher und inhaltlicher Reichweite herausbilden. Anzeichen dafür gibt es bereits. So vereinigt das neue sowjetische „Lehrbuch der Philosophie“, das Ende 1989 erschien, recht unterschiedliche Theoreme und Betrachtungsweisen. Neben marxistischen fallen auch andere Thesen auf, die zum Teil mit dem Marxismus nicht kompatibel sind. Eine recht ausführliche Analyse der einzelnen Partien des „Lehrbuchs“ veröffentlichte unlängst *Assen Ignatow* unter dem Titel „Diamat und Eklektizismus. Die neue Fassung der Sowjetphilosophie“ in den Berichten des Kölner „Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ (11-1991). Sicher wird das nächste „Lehrbuch“, sofern es überhaupt erscheint, wiederum anders aussehen, doch dürfte sich der Trend zur Kombination und Flexibilität fortsetzen. Dieser Trend ist übrigens im „Westen“ schon seit längerer Zeit zu beobachten, wo wir es mit einer ideologischen Gemengelage zu tun haben. Auch dürften sich ideologische Auseinandersetzungen jetzt verstärkt an Einzelthemen entzünden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Asyldebatte in Deutschland: Das Wort „Asyl“ entwickelt sich immer mehr zu einem ideologischen Reizwort mit beträchtlicher politischer Sprengkraft.

III. Ende der Utopie?

Neben der Ideologie ist im Zusammenhang mit den Umwälzungen im europäischen Osten und Südosten auch von der Utopie, vom „Ende der Utopie“ die Rede. *Joachim Fest*, Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und bekannter Historiograph, veröffentlichte unlängst (1991) eine größere Studie über „Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters“, in der er sich mit dem utopischen Gehalt des Kommunismus auseinandersetzt. Der Autor stellt die Frage, ob mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ost- und Mitteleuropa nicht nur ein Imperium, sondern eine ganze Epoche ans Ende gelangt sei. Er beantwortet diese Frage auf dem Wege der folgenden Überlegung: Erstmals in der Neuzeit seien Erhebungen ohne sozialrevolutionäres Programm und ohne Zukunftsglauben aufgetreten. Sie richteten sich gerade gegen jenes utopische Denken, das seit der Aufklärung das Antriebselement aller gesellschaftlichen Umstürze gewesen und von der Hoffnung getragen war, daß die Unvollkommenheit des Menschen und der Verhältnisse überwunden und die Welt gleichsam neu erschaffen werden könne. Der Kommunismus habe sich zwar nicht als Utopie verstanden, seinem Wesen nach sei er jedoch der radikalste Ausdruck des Utopievertrauens eines ganzen Zeitalters gewesen. *Fests* Gedankenführung läuft auf die Frage zu, ob der Ver-

zicht auf den Wunderglauben der Utopie der Preis sei, den die Gesellschaften für die Modernität zu zahlen haben, ob der Mensch ohne politische Heilsversprechen leben könne und künftig sogar leben müsse. Soweit die Erwägungen von *Joachim Fest*.

Es steht wohl außer Zweifel, daß der Zusammenbruch des Kommunismus eine schwere Niederlage auch für die Utopie darstellt, enthält doch der „wissenschaftliche Sozialismus“ unbestreitbar utopische Elemente, die sehr zu Buche schlagen. Es stellt sich aber die Frage, ob damit auch jede Art von Utopie, ob utopisches Denken überhaupt als erledigt betrachtet werden kann. Hier ist erhebliche Skepsis angebracht. Es gibt nämlich wesentliche Aspekte des Problems, strukturgeschichtliche wie systematische, deren Berücksichtigung geboten erscheint.

Utopisches Denken hat eine lange Vorgeschichte, eine viel längere als ideologisches Denken. Es reicht auf *Platon* und die Antike zurück und tritt in seiner modernen Form bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts mit *Thomas Morus* in Erscheinung, der auch das Wort Utopie geprägt hat. Etymologie des Wortes und Zeitpunkt seines Auftretens sind sehr aufschlußreich. Das griechische Wort οὐτοπία ist ein zusammengesetztes Wort, das eine Verneinung enthält – οὐ τόπος heißt soviel wie Nicht-Raum, Absehen von Ort und Raum. Wie *Carl Schmitt* in seinem neuerdings (1991) edierten „Glossarium“, das „Aufzeichnungen der Jahre 1947–1951“ enthält, gezeigt hat, wird mit der Einführung der neuen Kategorie des Nicht-Raumes der Weg für die Entstehung von Gedanken-systemen geebnet, die „auf der Voraussetzung der Raumaufhebung und Entortung, auf der Nicht-mehr-Raumgebundenheit menschlichen Zusammenlebens“ beruhen. Der Umstand nun, daß dieser Vorgang im 16. Jahrhundert virulent wird, deutet darauf hin, daß utopisches Denken offenbar wesentlich mit der Raumrevolution bzw. den Raumrevolutionen zusammenhängt. Es ist wohl kein Zufall, daß der Engländer *Morus* seine „Utopia“ zu Beginn der großen geographischen Raumrevolution entwickelte, zu einer Zeit also, als England sich anschickte, die neue Welt des Meeres zu erobern. *Carl Schmitt* spricht vom „Zurückweichen der Naturschranke“, das die Raumrevolution bewirkt und utopische Gedankenkonstruktionen in die Welt setzt.

Der geographischen folgten weitere Raumrevolutionen, vor allem die soziale und schließlich die technische Raumrevolution, in der wir uns miten drin befinden. Der Marxismus ist zweifellos der sozialen Raumrevolution zuzuordnen, bei der es um die Durchdringung und Beherrschung des durch die Industrialisierung entstandenen sozialen Raumes ging. Diese Revolution ist mit der „sozialen Realisation“, wie *Ernst Forsthoff* die Entstehung und den Ausbau des modernen Sozialstaates nennt, zum Abschluß gekommen. Damit wurde aber der marxistischen Utopie der Boden entzogen. Es kam, wie *Jürgen Habermas* in einem anderen Zusammen-

hang sagt, zur „Erschöpfung utopischer Energien“. Der Niedergang des Kommunismus unterstreicht dieses Geschehen. Denn auch in den weniger entwickelten Gesellschaften setzt man nicht mehr auf utopische Modelle oder Konstruktionen bei der Bewältigung sozialer Probleme, zumal diese zunehmend von der technischen Raumrevolution überlagert werden.

Es stellt sich aber die Frage: Ist mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Auslaufen der sozialen Raumrevolution utopisches Denken überhaupt obsolet geworden? Eine solche Annahme wäre problematisch. Die moderne Technik ist nämlich mehr als jeder andere wirkende Faktor zuvor dazu geeignet, die Phantasie anzuregen und utopisches Denken zu beflügeln. Indem sie das Denken in Modellen und experimentelle Denkformen generell fördert – sie reichen bekanntlich weit über die Naturwissenschaften hinaus –, aktiviert sie entscheidend das Möglichkeitsdenken, d. h. die Neigung, ganze, in sich geschlossene Bedingungsbeziehungen auch des gesellschaftlich-politischen Lebens im Modus der Möglichkeit zu entwerfen. Sie stößt die Naturschranke weiter zurück und eröffnet der Utopie immer kühnere Dimensionen. Die Entwürfe von *Aldous Huxley* oder von *George Orwell* sind hierfür gute Beispiele. Ob allerdings solche oder andere, „freundlichere“ Utopien auch Weltgeltung erlangen könnten, mag dahingestellt bleiben. Wirksam sind sie allemal.

Zur Frage der strukturellen Beschaffenheit utopischer Ordnungsentwürfe sei vor allem auf das nach wie vor wichtige Werk von *Karl Mannheim* „Ideologie und Utopie“ aus dem Jahre 1929 hingewiesen, das wesentliche systematische Überlegungen enthält. *Mannheim* unterscheidet zwischen „seinskongruenten“ und „seinstranszendenten“ Vorstellungen und Verhaltensweisen und ordnet sowohl die Ideologien als auch die Utopien der letzteren Kategorie, d. h. den das gesellschaftliche Sein transzendierenden Vorstellungen und Willenshaltungen zu. Während er aber bei der Bestimmung des Begriffs „Ideologie“ im wesentlichen das beschreibt, was *Marx* den ideologischen Überbau nennt, spricht er den Utopien die Absicht und auch die Wirkung zu, die Wirklichkeit zu transformieren oder auch zu sprengen. „Utopien – sagt *Mannheim* – sind solche seinstranszendierende Vorstellungen, die irgendwie und irgendwann transformierend auf das gesellschaftliche Sein einwirken.“ Hier anknüpfend, erweiterte und präzierte *Hans Freyer* in seinen posthum erschienenen „Gedanken zur Industriegesellschaft“ (1970) die Strukturmerkmale der Utopie, indem er vor allem die Kriterien der Vollständigkeit und Endgültigkeit des entworfenen Gesellschaftsbildes herausstellte. „Die Utopie, führt *Freyer* aus, entwirft die gesellschaftliche Ordnung, die sie meint, als vollständiges, in sich geschlossenes Bild.“ An anderer Stelle heißt es: „Die gesellschaftliche Ordnung, die in einer Utopie gezeichnet wird, wird als endgültig entworfen, als ein Endzustand der Geschichte und insofern als geschichtslos.“ Dieser

Passus ist von besonderem Interesse für die gegenwärtige Debatte und führt direkt in die Problematik des noch zu erörternden Theorems vom „Ende der Geschichte“.

IV. Ende der Geschichte?

Francis Fukuyama, bis vor etwa einem Jahr stellvertretender Direktor des politischen Planungsstabes im State Department, veröffentlichte im Sommer 1989 einen Aufsatz unter dem Titel „The End of history?“, mit dem er über Nacht bekannt und berühmt wurde. Die Studie erregte überall Aufsehen und löste eine lebhaft und nachhaltige Diskussion aus, die in wesentlichen Teilen in der in Wien erscheinenden „Europäischen Rundschau“ (Heft 4/89 und 1/90) in deutscher Sprache veröffentlicht wurde. Der Grund für das rege Interesse an *Fukuyamas* Thesen dürfte ein doppelter sein: Zum einen vermutete man – und das wohl zu Recht –, daß wegen der Verbindungen des Autors mit hohen und höchsten Stellen der amerikanischen Administration seinen Aussagen beträchtliches politisches Gewicht zukam, zum anderen waren die Thesen selbst ebenso dezidiert und einfach wie in ihrer Art ungewöhnlich. Man rieb sich sozusagen die Augen.

Fukuyamas Gedankenführung läßt sich wie folgt zusammenfassen. Der Autor formuliert gleich zu Beginn seine Kernthese: „Vielleicht sind wir nicht Zeugen der Beendigung des Kalten Krieges oder einer bestimmten Phase der Nachkriegsgeschichte, sondern des Endes der Geschichte schlechthin: das heißt, des Endes der ideologischen Entwicklung der Menschheit, sowie der allgemeinen Einführung der westlichen liberalen Demokratie als finaler Regierungsform.“ Kurz darauf macht er eine gewisse Einschränkung, indem er schreibt: „Der Sieg des Liberalismus erfolgte vor allem im Bereich der Ideen oder des Bewußtseins, und ist in der realen oder materiellen Wirklichkeit noch unvollständig.“ Der Autor rekurriert sodann vornehmlich auf *Hegel*, der bereits im Jahre 1806 seine dialektische These vom Ende der Geschichte verkündet hatte – es war bezeichnenderweise nach dem Sieg *Napoleons* über Preußen in Jena –, welche These später *Marx* in materialistischer Abwandlung übernahm. *Fukuyama* bezieht sich aber auch auf *Alexandre Kojève*, einen jüdischen Emigranten aus Rußland, der im Paris der dreißiger Jahre durch scharfsinnige Analysen der Philosophie *Hegels* aufgefallen war und der vergleichbare Thesen vertrat. Es ist bemerkenswert, daß *Kojève* nach dem Zweiten Weltkrieg das Ende der Geschichte mit dem „American way of life“ identifizierte und meinte, daß auch die Sowjetunion diesen Weg gehen werde. Eine recht interessante vergleichende Untersuchung der Vorstellungen von *Kojève* und *Fukuyama* unternahm soeben *Günter Rohmoser* in einem Artikel über „Der Zusammenbruch des Sozialismus, das Ende der Geschichte und *Kojèves*

Thesen“, der im Heft November/Dezember 1991 der Zeitschrift „*Criticón*“ veröffentlicht wurde.

Fukuyama befaßt sich in seinem Artikel – um seine „idealistische“ Position zu stützen – auch mit *Max Webers* Thesen zur Religionssoziologie, die er allerdings gründlich mißverstehet, geht dann auf die drei Ismen – Liberalismus, Faschismus und Kommunismus – ein, unterstreicht den Sieg des ersten über die anderen zwei und meint, daß auch in der Sowjetunion und auch in China keine Alternativen zu erwarten seien, die den Liberalismus und seinen Siegeszug über die ganze Welt ernsthaft gefährden könnten. Auch dem Nationalismus räumt er keine eigentliche Chance ein. Er schreibt: „Obwohl sie – die nationalistischen Bewegungen – eine Konfliktquelle innerhalb liberaler Gesellschaften sein können, so entspringt der Konflikt nicht aus dem Liberalismus als solchem, sondern vielmehr aus dem Umstand, daß der betreffende Liberalismus unvollständig ist.“ Es sei in Parenthese vermerkt, daß *Fukuyama* im September 1991 in vielen Zeitungen der Welt einen neuen Artikel veröffentlicht hat, diesmal unter dem Titel „Die Epoche des Nationalismus“. Man könnte versucht sein zu fragen: nach dem „Ende der Geschichte“ die „Epoche des Nationalismus“? Doch damit würde man *Fukuyama* insofern nicht gerecht werden, als er die in Ost- und Südosteuropa aufgeflamten Nationalismen für vorübergehende Erscheinungen hält und sie in den großen Wandlungsprozeß einbettet, der schließlich doch – wie er meint – in die von ihm anvisierte Richtung führt, nämlich zum „homogenen Universalstaat“. Der „westlichen Welt“ erteilt er den Rat, sich nicht gegen die neuen Nationalismen zu stellen, sondern auf ihre Besonderheiten einzugehen und damit die Konflikte entschärfen zu helfen. Diesem Rat folgt die deutsche Politik offenbar inzwischen viel dezidierter als die amerikanische.

Wie sieht es nun im „Posthistoire“ aus? *Fukuyama* zeichnet hier ein recht tristes Bild: „Das Ende der Geschichte – schreibt er – wird eine sehr traurige Zeit sein. Der Kampf um Anerkennung ... und der Idealismus werden ersetzt durch wirtschaftliche Kalkulation, endloses Lösen technischer und Umweltprobleme, und die Befriedigung ausgefallener Konsumentenwünsche.“ Und er beschließt seine Ausführungen mit dem dialektischen oder auch delphischen Satz: „Vielleicht ist es gerade die Aussicht auf kommende Jahrhunderte der Langeweile am Ende der Geschichte, die die Geschichte wieder in Gang setzen wird.“

Fukuyamas Thesen stießen vielfach auf Widerspruch, zum Teil auf heftigen Widerspruch. Vor allem wurde die These vom Ende der Geschichte kritisiert, doch war die Debatte insgesamt wenig ergiebig, zumal die meisten Kritiker sich im wesentlichen auf die Frage konzentrierten, ob der Liberalismus tatsächlich bzw. endgültig gesiegt habe. Sie stritten um die Ismen des 19. Jahrhunderts, als ginge es darum, eine Entscheidung über das längst erledigte „Trilemma“ zu fällen. Sie verkannten damit den umfassen-

den gesellschaftlichen Strukturwandel seit 1945, der die Problemlage entscheidend verändert und schließlich auch zum Untergang des Marxismus-Leninismus erheblich beigetragen hat. *Panajotis Kondylis* hat deshalb in einem Artikel über „Die Antiquiertheit der politischen Begriffe“, der in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 5. Oktober 1991 erschien, völlig zu Recht auf die Obsoleszenz des überkommenen politischen Vokabulars hingewiesen. Seine Ausführungen enthalten zudem wichtige soziologische Einsichten.

Fukuyamas Vision eines „homogenen Universalstaates“ ist nicht minder problematisch. „Wir können den Inhalt des homogenen Universalstaates definieren – sagt er – als eine liberale Demokratie im politischen Bereich, verbunden mit der mühelosen Beschaffung von Videorekordern und Stereoempfängern im wirtschaftlichen Bereich.“ Diese „Aussage“ kann nur als abwegig bezeichnet werden. Sie stellt eine grobe Vereinfachung geschichtlicher Prozesse dar, die sie auf banale Formeln reduziert, sie übersieht zudem leichtfertig die Pluralität der Welt und verkennt elementare Prinzipien gesellschaftlicher Realisation. *Fukuyama* unterschätzt offensichtlich die ordnungsbildende Kraft der Kultur und des kulturellen Selbstverständnisses und läßt die Vielfalt gesellschaftlicher Ordnungskonstellationen außer acht. Er sieht nicht, daß gerade der Fall der Systemgrenzen es ist, der dem kulturellen Selbstverständnis der einzelnen Regionen, Länder oder Großräume verstärkt Geltung verschafft und den Weg freimacht für neue Formierungen und Ordnungen. *Viktor Vanberg* hat in einem Aufsatz unter dem Titel „Vom Wettkampf der Systeme zum Wettbewerb von Ordnungen“, der in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 29./30. Juli 1990 veröffentlicht wurde, bemerkenswerte Ausführungen dazu gemacht. Er stellt fest: „Es (das Ende des Wettkampfs der Systeme) bedeutet keineswegs, daß damit bereits geklärt wäre, welche Ordnungsalternativen möglich sind und welche den Vorzug verdienen. Es schafft vielmehr die Voraussetzung für einen wirklichen Wettbewerb von Ordnungen, in dem Ordnungsalternativen erprobt und in ihrer Leistungsfähigkeit miteinander verglichen werden können.“

Es stellt sich schließlich die Frage nach dem systematischen Stellenwert der Vorstellungen *Fukuyamas*. Man könnte sie eventuell als eine Art „rationales Schema“, d. h. als eine auf fiktiver Grundlage beruhende Gedankenkonstruktion begreifen, deren Eignung zum Zwecke soziologischer Kasuistik allerdings genauer zu prüfen wäre. Was jedoch kaum zweifelhaft sein dürfte, ist der utopische Charakter dieses Modells bzw. Zukunftsmodells. Es erfüllt nämlich in geradezu idealtypischer Weise die bereits erwähnten, von *Hans Freyer* herausgestellten spezifischen Kriterien für die Utopie: Vollständigkeit und Endgültigkeit der in die Zukunft projizierten Lebensordnung. Vielleicht eröffnet *Fukuyamas* „Ende der Geschichte“ ein neues Kapitel in der Geschichte utopischen Denkens.

Anm.: Nach Fertigstellung dieses Manuskripts erschien gleichzeitig in zahlreichen Sprachen Fukuyamas umfangreiches Buch „Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?“ (1992), das hier nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Darin erläutert der Autor ausführlich seine Thesen, die er – wie es scheint – in wesentlichen Punkten „zurechtrückt“.

V. Schlußfolgerungen

Die erörterten Theoreme dürften zum einen die Fragwürdigkeit „end-zeitlicher“ Deutungsmuster, zum anderen aber auch die Neuartigkeit und außerordentliche Komplexität der Sachlage gezeigt haben, die sich aus den Umwälzungen in Ostmittel- und Südosteuropa ergeben hat. Dieser Umstand erschwert den Durchblick und läßt eine Unübersichtlichkeit entstehen, die Verunsicherung hervorruft und wesentlich zur Herausbildung fiktionalistischer Vorstellungen und Gedankenkonstruktionen beiträgt. Es empfiehlt sich deshalb, am Schluß noch einmal kurz die Ausgangslage ins Auge zu fassen und in sehr komprimierter Form auf einzelne, in der öffentlichen Diskussion vielfach unterbelichtete Aspekte der revolutionären Vorgänge hinzuweisen.

Wie eingangs festgestellt wurde, hat der Umbruch in Ostmittel- und Südosteuropa weder neue Ideen hervorgebracht noch erkennbare Orientierungsmuster für die Gestaltung der Zukunft bereitgestellt. Dennoch ist der revolutionäre Charakter der Vorgänge nicht zu übersehen. Sie haben die Verhältnisse im Osten und Südosten Europas grundlegend verändert und weltweit Prozesse von außerordentlicher Tragweite ausgelöst. Woher kamen nun die entscheidenden Impulse, was waren die tragenden Kräfte, die diese tiefgreifende Veränderung eingeleitet bzw. bewirkt haben? Die Antwort auf diese Frage fällt heute leichter als noch zu Beginn des geschichtsträchtigen Geschehens. Es war ganz offensichtlich die ungebrochene nationale und kulturelle Identität der Völker Ostmittel- und Südosteuropas, die hier den Ausschlag gab. Man könnte mit *Hermann Lübbe* von der Kraft der „Herkunftsverwurzelung“ sprechen, die sich Geltung verschafft hat – der jahrzehntelangen kommunistischen Indoktrination und der Manipulation des Bewußtseins zum Trotz. Insofern handelt es sich bei dem Umbruch wesentlich um eine konservative Revolution, genauer: Kulturrevolution, d. h. um einen Vorgang, der sich als Rückgriff auf gewachsenes geschichtliches und kulturelles Erbe und als Rückkehr zu den Wurzeln darstellt. So gesehen, ist die Umwälzung im Osten und Südosten Europas weniger eine „nachholende Revolution“ (*Habermas*) als vielmehr eine ausholende, die ihre Kraft und Dynamik aus der Vergangenheit bezieht. Dieser Umstand wirkt sich freilich auch auf den Revolutionsbegriff aus, der eine deutliche Akzent- und Bedeutungsverschiebung erfährt und der

sozusagen selbst zu seinen Ursprüngen zurückfindet. Die Kategorien der Rückkehr und der Wiederkehr erhalten mehr Gewicht gegenüber der Kategorie Innovation und *dominieren* erneut den Revolutionsbegriff. Es sei in diesem Zusammenhang vor allem auf die profunden Beiträge *Reinhart Kosellecks* zum Revolutionsbegriff hingewiesen, in denen die große Variationsbreite im Verständnis von Revolution herausgestellt und die bleibende Bedeutung der Idee der Wiederkunft unterstrichen wird (vgl. zuletzt seinen Aufsatz „Revolution als Begriff“ in der Zeitschrift „Merkur“, 39. Jahrgang, 1985). Man wird künftig erheblich mehr darauf angewiesen sein, Rückgriffe auf geschichtlich Gewachsenes und auf kulturelle Bestände vorzunehmen, und man wird sich wohl auch daran gewöhnen müssen, finalistische Erwartungen drastisch zu minimieren.

Der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus dokumentiert in eindrucksvoller Weise den Sieg der Nation über die Ideologie. Zugleich bedeutet das Ende des Kommunismus auch die Rehabilitierung des Begriffs „Nation“. Beides wird sich nachhaltig auf die weiteren Entwicklungen im Osten und Südosten Europas und auch darüber hinaus auswirken. Es wäre allerdings falsch, in diesem Vorgang einen Rückfall in das 19. Jahrhundert zu erblicken, wenn auch die mit dem Eintritt in die neue Ära verbundenen Erschütterungen und Verwicklungen, vor allem aber um sich greifende pseudo-nationalistische Kraftakte und nicht zuletzt manche Aufdringlichkeit von „Trittbrettfahrern“ der Revolution das Bild trüben und bedenklich stimmen. Das sind kaum vermeidbare Begleiterscheinungen eines ebenso umfassenden wie vielschichtigen Prozesses, bei dem es um nicht weniger als um die Neuordnung des nationalen Lebens der vom Kommunismus befreiten Völker geht. Der Aufbau dieser Neuordnung gestaltet sich freilich äußerst beschwerlich und schwierig, was nicht Wunder tut, wenn man das gewaltige Trümmerfeld bedenkt, das der „real existierende Sozialismus“ hinterlassen hat. Es gilt, die Trümmer zu beseitigen und die institutionellen Voraussetzungen für die Entstehung stabiler Verhältnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Dazu wird es großer Anstrengungen und langfristig angelegter Bemühungen bedürfen. Die vom „Westen“ häufig erteilten pauschalen Ratschläge und formelhaften Empfehlungen sind hier wenig hilfreich und auch kontraproduktiv. Worauf es entscheidend ankommt, ist die genaue und systematische Ermittlung der spezifischen Bedingungen, von denen der Wiederaufbau in den einzelnen Ländern und Regionen Ost- und Südosteuropas auszugehen hätte. Nur auf einer solchen Grundlage könnten erfolversprechende Strategien für die Zukunft entwickelt werden. Der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere der vergleichenden Kultur- und Sozialforschung käme bei der Bewältigung dieser großen Aufgabe eine zentrale Bedeutung zu.

Klaus-Detlev Grothusen

Weltpolitische Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des politischen Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa

Ein Beitrag zum Problem der Macht und Ohnmacht¹ von Großmächten

Allzu prononcierte Formulierungen gelten in der klassischen Rhetorik als schlechtes Stilmittel. Sie mindern, so heißt es, die gewünschte Wirkung statt sie zu fördern. Und dennoch soll hier angesichts der schier atemberaubenden Gewalt und Dynamik der politischen Prozesse in Osteuropa seit 1985, die jeden Einzelnen von uns jeden Morgen fast nur noch mit Zögern die neuesten Nachrichten aus dem Rundfunk aufnehmen läßt, mit einer deutlich prononcierten Formulierung begonnen werden. Sie erhält ihre Rechtfertigung auch dadurch, daß sie ein Goethe-Zitat ist. Es dürfte deutlich sein, welches Goethe-Zitat hier allein infrage kommt: Goethes Formulierung im Angesicht der Kanonade von Valmy vom 20. September 1792 „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabeigewesen.“

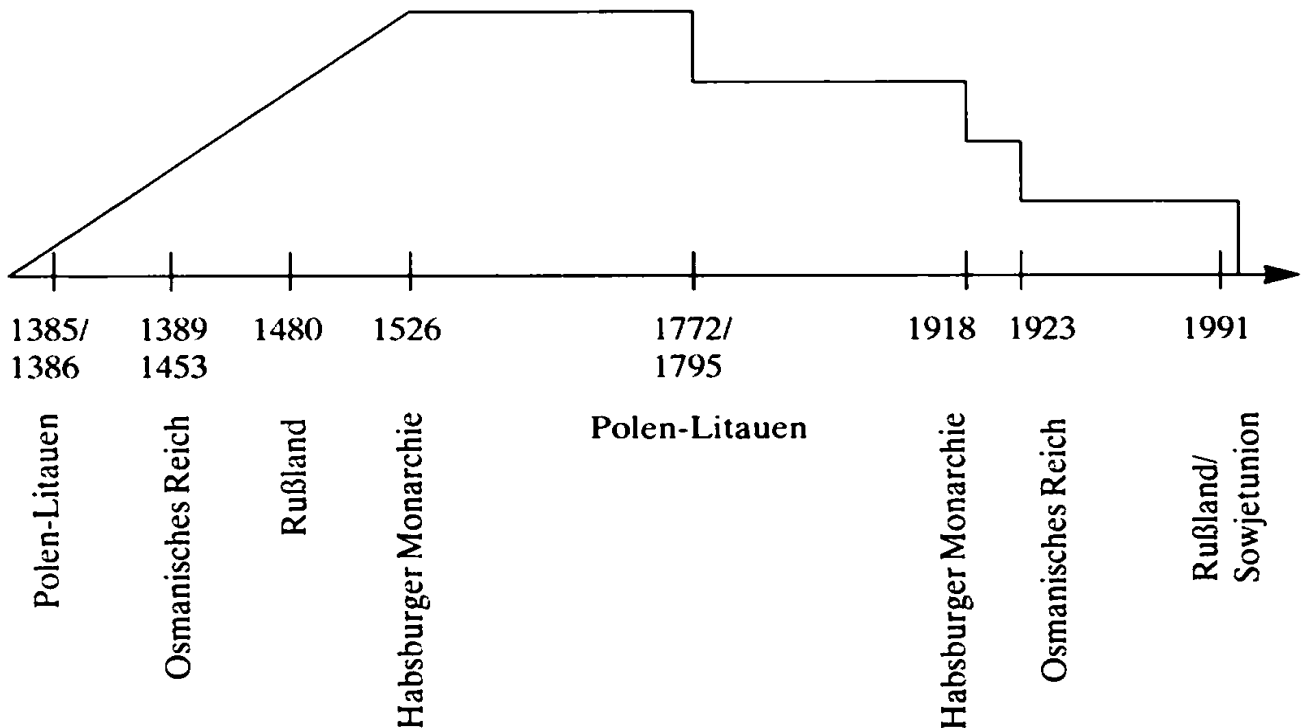
Allein schon hier bietet es sich an innezuhalten und von der Warte des Historikers aus, der es gewohnt ist, das Kontinuum der Weltgeschichte als einen nie endenden Prozeß der Höhen und Tiefen, des Auf und Ab zu betrachten, festzustellen, daß wir tatsächlich alle ohne Ausnahme unmittelbare Zeugen eines säkularen Umbruchs von solcher Bedeutung sind, wie es ihn in der Weltgeschichte wirklich nur in ganz seltenen „Sternstunden der Menschheit“ im Sinne von Stefan Zweig gibt. Es kommt hinzu, daß sich alle diese Ereignisse nicht nur direkt vor unserer ostdeutschen Haustür ereignen, sondern daß wir als Deutsche selbst zutiefst mit ihnen verbunden sind: die letzte Demonstration von Macht der ehemaligen Großmacht Sowjetunion, das „Wunder von Stavropol“ vom 16. Juli 1990, hat uns die Wiedervereinigung von deutschem Staat und deutscher Nation einschließlich der schier unglaublichen NATO-Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands gebracht und damit ein ebenfalls nur als säkular zu bezeichnendes Ereignis unserer nationalen Geschichte, an das, seien wir ehrlich, eigentlich schon nicht mehr im Ernst geglaubt hatten. Als Zeuge sei der eminente englische Historiker Gordon Craig zitiert, der noch 1989 in seiner „Deutschen Geschichte von 1866–1945“ von der „kurzen Geschichte der geeinten deutschen Nation“ schreibt, „die nur 75 Jah-

re alt wurde und 1945 im Trümmerschutt von Berlin ihr Leben aushauchte“².

Wir sollten uns jedoch nicht schämen, wenn uns der Mut verlassen und die Fähigkeit zur Prognose von Macht und Ohnmacht der Großmächte gefehlt hat. Im Gegenteil: die tagtägliche Entwicklung seit dem 11. März 1985, als Gorbačev zum Generalsekretär der KPdSU gewählt wurde und mit den Worten „perestrojka“ und „glasnost“ nicht zufällig zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert wieder zwei russische Wörter in den internationalen Sprachschatz einführte³, lehrt uns, daß die Prognose der Zukunft höchstens Ausnahmepersönlichkeiten wie Goethe gegeben ist. Ich persönlich trage so denn als Historiker auch mit Gelassenheit die herbe Kritik des amerikanischen Historikers Harold James vom September 1990, der unter der Überschrift „Die Nemesis der Einfallslosigkeit . . . Warum die Revolution (in der DDR) die (west)deutschen Historiker unvorbereitet traf“ das Diktum gefällt hat: „Ein Maß für die Unfähigkeit eines Historikers ist seine Anfälligkeit für Überraschungen“⁴.

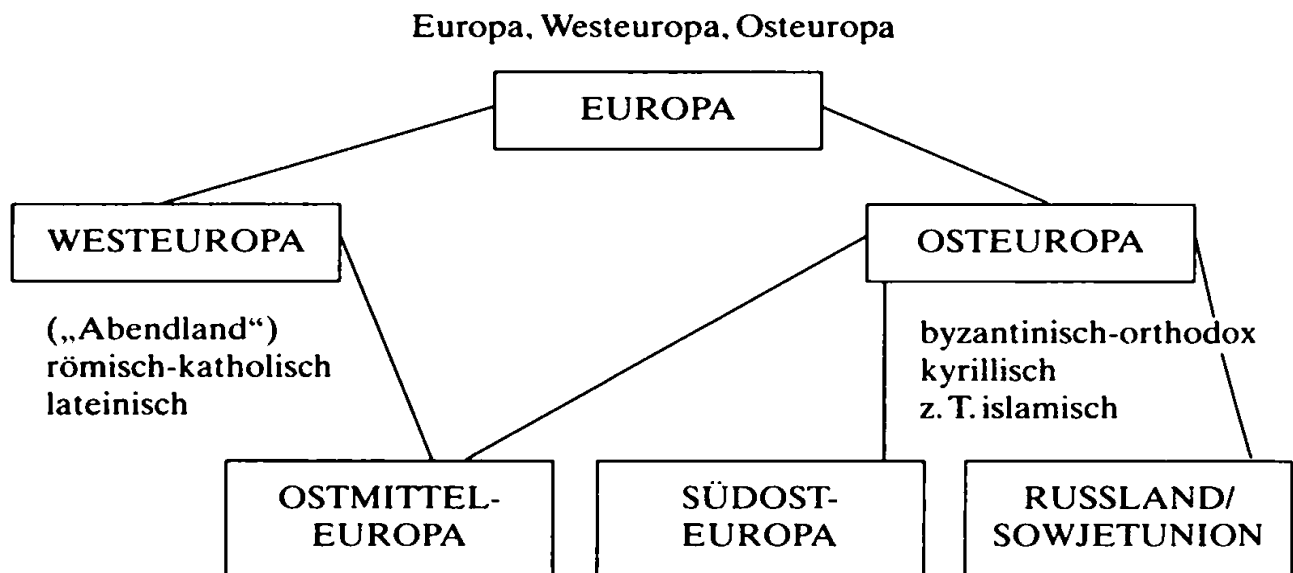
Damit aber noch einmal zurück zu Goethe. Sein prophetisches Wort zur Kanonade von Valmy eignet sich nicht nur glänzend zur Charakterisierung unserer Gegenwart des Jahres 1991, sondern kann außerdem durchaus auch als Leitgedanke zu der hier zu behandelnden Problematik der „Weltpolitischen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des politischen Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa“ mit dem speziellen Aspekt der „Macht und Ohnmacht der Großmächte“ dienen. Denn was geschah damals? Die beiden mitteleuropäischen Großmächte jener Zeit, Preußen und Österreich, erlitten in der ersten Schlacht mit dem revolutionären Frankreich eine glatte Niederlage mit dem Ergebnis, daß die französischen Truppen bis an den Rhein vorrückten und Speyer, Worms, Mainz sowie Belgien und Savoyen besetzten. Der Sturm auf die Bastille vom 14. Juli 1789 erhält erst durch die Kanonade von Valmy vom 20. September 1792 seinen Sinn als Symbol für jene Französische Revolution, die mit der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland und dem säkularen Umbruch seit 1985 das erste von nur drei welthistorischen Ereignissen der letzten 200 Jahre gewesen ist. Mit der Kanonade von Valmy ist im übrigen auch ein Fanal für die weitere Entwicklung in Ostmittel- und Südosteuropa bis heute hin gesetzt worden: die Ohnmacht der Großmächte mit ihrem zentralen Anliegen der Erhaltung des Status quo gegenüber dem unaufhaltsamen Siegeszug der ostmittel- und südosteuropäischen Kleinstaaten mit ihrem zentralen Anliegen der Zerstörung des Status quo zugunsten des Rechtes jeder Nation auf ihren eigenen Staat, der nach seiner Gründung bis jetzt allerdings nur im Ausnahmefall auf den Ideen von „Liberté, égalité, fraternité“ aufgebaut gewesen ist. Als Leitmotiv aller hier vorzutragenden Überlegungen ergibt sich also: 200 Jahre vergeblicher Kampf der Großmächte gegen die Unruhe der kleinen Nationalstaaten. Wie die Ge-

**Entstehung und Untergang
der 4 osteuropäischen Vielvölkerstaaten Polen-Litauen, Osmanisches Reich
Habsburger Monarchie, Rußland/Sowjetunion**



wichte verteilt gewesen sind, mag als Erstes das Schicksal der 4 in Ostmittel- und Südosteuropa geographisch beheimateten osteuropäischen übernationalen Großmächte – Polen-Litauen, das Osmanische Reich, die Habsburger Monarchie und Rußland bzw. die Sowjetunion – in diesen zwei Jahrhunderten zeigen: sie alle sind untergegangen, als letzte die Sowjetunion 1991.

Bevor nun jedoch in einem nächsten Schritt versucht werden soll, dem Phänomen der an der Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas beteiligten Großmächte näher zu kommen, ist der geographische Rahmen abzustechen. Als terminologische Nebenbemerkung sei dabei der Hinweis gestattet, daß bei einer Kombination der im Thema vorgegebenen „weltpolitischen Rahmenbedingungen“ mit der Geographie der Begriff „Geopolitik“ naheliegt. Aufgrund seiner mit dem Namen Karl Haushofers im Dritten Reich verbundenen Diskreditierung ist er bis in die jüngste Zeit in Deutschland nicht mehr verwandt worden. Es ist interessant festzustellen, daß sich dies unter englischem und französischem Einfluß neuerdings zu ändern beginnt⁵. Davon abgesehen ist jedoch von folgenden geographischen Definitionen der deutschen Osteuropa-Forschung auszugehen, die für unser Thema die Voraussetzung bilden: was Europa im Ganzen betrifft, so ist es als Dach über den beiden Teilbereichen Westeuropa und Osteuropa anzusehen. Osteuropa bildet seinerseits das Dach für die drei Teilberei-



che Rußland/Sowjetunion, Ostmitteleuropa und Südosteuropa. Zu Ostmitteleuropa rechnet der geographische Raum von Finnland bis Slowenien und Kroatien, allerdings mit manchen Überschneidungen und unterschiedlichen Zuweisungen, nicht zuletzt mit Blick auf Südosteuropa. Südosteuropa ist als der Bereich der 8 Staaten Albanien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Türkei, Ungarn und Zypern definiert.

Ein nächster Schritt muß die historische Herleitung der heutigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas aus dem Kontext der Großmächte bzw. Vielvölkerstaaten bringen, aus dem sie ohne Ausnahme beginnend mit Serbien 1804 entstanden sind. Das Ergebnis reicht von der Herkunft von nur einer Großmacht (z. B. Bulgarien, Albanien und Griechenland aus dem Osmanischen Reich) bis zu deren drei wie im Falle Polens.

Und als Letztes erscheint ein weiterer terminologischer Hinweis angebracht: ebenso wie der Begriff „Geopolitik“ heute wieder Verwendung findet, ist auch der in den 20er Jahren vielgebrauchte Begriff „Zwischeneuropa“ zunehmend anzutreffen⁶.

Was nun das Phänomen der das Schicksal Ostmittel- und Südosteuropas seit 200 Jahren so tiefgreifend bestimmenden Großmächte betrifft, so würde es ohne Zweifel einen eigenen Vortrag erfordern, um auch nur von der geschichtstheoretischen Diskussion her das Für und Wider in der Bestimmung einer Großmacht darzustellen. Es können hier daher nur die für unser Thema wichtigsten Ergebnisse aufgezeigt werden. Einen instruktiven Ansatzpunkt bietet das vieldiskutierte Werk von Paul Kennedy „The Rise and Fall of the Great Powers“⁷, weil hier versucht wird, Gesetzmäßigkeiten – obschon bewußt keine historischen Gesetze! – für die ereignisgeschichtlich unstrittige Tatsache zu finden, daß die neuere europäische und überhaupt die Weltgeschichte von einer höchst signifikan-

ten Abfolge von Großmächten bestimmt gewesen ist, was u. a. deduktionsnotwendig zu der Konsequenz führt, daß auch den USA der Abstieg von ihrer Rolle als Supermacht sicher ist. Nicht zuletzt dieser Aspekt hat wesentlich zum Aufsehen über das Buch Kennedys beigetragen. Kennedys Grundthese ist, daß keine Macht auf die Dauer den „imperial overstretch“ von ökonomischen Möglichkeiten und militärischen Notwendigkeiten aushalten kann. Seine Überlegungen stellen jedoch nur den bis jetzt letzten Beitrag zu einer generationenalten Forschungsdiskussion dar, bei der als erstes auffällig ist, daß schon die Buchtitel deutlich in eine bestimmte Richtung weisen: „Gleichgewicht oder Hegemonie“, „Das Gleichgewicht der Großmächte“, „Die Teilung der Welt“⁸. Dahinter steht die Konzeption, daß nach einer Phase rivalisierender Kämpfe um die Aufteilung Europas oder der Welt eine Phase des Gleichgewichts folgt, in der die Erhaltung des Status quo, gestützt auf ein wie auch immer definiertes Prinzip der Legitimität Vorrang hat. Die Zerstörung des Status quo führt zu einer nächsten Runde der Entwicklung, die in der Regel von neuen Großmächten getragen wird.

Hieraus ergeben sich nun auch für unseren Zusammenhang Ostmittel- und Südosteuropas wesentliche weitere Fragen. Eine der umstrittensten ist diejenige nach dem moralischen Anspruch auf Seiten der Großmächte, genauso aber auf derjenigen der sich von 1804 mit Serbien bis 1991 mit den drei baltischen Staaten, Slowenien und Kroatien bildenden Nationalstaaten. Daß die Nationen Ostmittel- und Südosteuropas ihr Recht auf eigene Staaten auch moralisch überzeugend vorzutragen wissen, lehren die Ereignisse seit 1985 und speziell 1991 auf das Nachdrücklichste. Daneben sollte aber auch nicht vergessen werden, daß die Großmächte ihre Anliegen des Erhaltes des Status quo und des Prinzips der Legitimität quer durch unseren Zeitraum nicht weniger eindrucksvoll vertreten haben. Es sei als zeitlich frühestes Beispiel nur der Text der Heiligen Allianz von 1815 genannt oder nicht minder instruktiv die Truman-Doktrin von 1947⁹. Wie schwer sich allein schon außenstehende Politiker mit den von ihnen daraufhin geforderten Entscheidungen tun, zeigt nochmals beispielhaft das Jahr 1991: Bundesaußenminister Genscher hat noch im Winter 1990/91 dem Erhalt des Vielvölkerstaates Jugoslawien, der eine besonders unselige Variante zu den Vielvölker-Großmachtstaaten des 19. Jh. bildet, den Vorrang vor den nationalen Ansprüchen der Slowenen und Kroaten gegeben. Und dies wenige Monate nach der gerade auch von ihm in der ganzen Welt mit höchstem moralischem Anspruch eingeforderten Anerkennung des Rechtes der deutschen Nation auf ihren Staat! Nicht weniger unvergessen sollte sein, daß Bundeskanzler Kohl wie Präsident Bush noch im Juli 1991 dem Erhalt der Sowjetunion deutlich den Vorrang vor den Forderungen der Esten, Letten und Litauer gegeben haben, ganz zu schweigen von mehr oder minder „vergessenen Völkern“ wie den Aserbeidschanern oder Kasachen.

Die drei multinationalen Staaten Europas des 19. Jhs. und ihre staatstragenden Nationen

Rußland: Russen (1897)	47,5 %
Österreich-Ungarn: (1910)	
Deutsche	23,9 %
Ungarn	20,2 %
Deutsche in Zisleithanien	35,6 %
Ungarn in Transleithanien	48,1 %
Osmanisches Reich: (1916)	
Türken	41,1 %
Europäischer Teil	36,7 %
Asiatischer Teil	42,8 %

Wichtiger für den Historiker ist aber noch etwas anderes: darf die Geschichtswissenschaft bei der Darstellung derartiger Zusammenhänge für sich selbst das Recht moralischer Urteile in Anspruch nehmen, darf sie, ja muß sie vielleicht sogar, wie es in der Fachsprache heißt, „werten“? Um die Schwierigkeit zu zeigen, vor der der Historiker hier steht, sei einer der bedeutendsten heutigen deutschen Historiker, Thomas Nipperdey, zitiert: „Die Historiker . . . sind bei fast allen aktuell strittigen Fragen für Werturteile inkompetent – solche Werturteile sind nicht objektiv. Das Ideal der Wissenschaft ist Objektivität und das heißt: Wertfreiheit“¹⁰.

Die Begründung für die sich so deutlich durch den gesamten Zeitraum von 1804, d. h. also seit dem Beginn der Bildung ostmittel- und südosteuropäischer Nationalstaaten, hinziehende Negativhaltung der geographisch betroffenen osteuropäischen Großmächte zu den nationalen Forderungen kleinerer Völker innerhalb wie außerhalb des eigenen Staatsverbandes ist im übrigen bis zum Zusammenbruch von 1918/23 ebenso einfach wie wichtig: die staatstragenden Völker – Russen, Deutsche, Ungarn, Türken – sind stets in der Minderheit gewesen. Erst in der Sowjetunion hat es für lange Zeit eine schwache absolute Mehrheit für die Russen gegeben, die jedoch von Volkszählung zu Volkszählung geringer wurde: 1979 52,4 %, 1989 50,2 %. Der Rückfall in die an sich unausweichlich schon in 2–3 Jahren feststehende Minderheitenrolle der Zarenzeit wird jetzt allerdings durch den Zerfall des Gesamtstaates für längere Zeit aufgehoben werden, was ein Trostpflaster für die neue russische Führung sein mag.

Ein weiteres grundsätzliches und keineswegs gelöstes Problem in der Geschichtstheorie ist dasjenige der Bedeutung der sog. Großen historischen Persönlichkeit. Was gemeint ist, sei mit Jacob Burckhardt verdeutlicht: „Denn die großen Männer sind zu unserem Leben notwendig, damit

die weltgeschichtliche Bewegung sich periodisch und ruckweise frei mache von bloßen abgestorbenen Lebensformen und von reflektierendem Geschwätz. Und für den denkenden Menschen ist gegenüber der ganzen bisher abgelaufenen Weltgeschichte das Offenhalten des Geistes für jede Größe eine der wenigen sicheren Bedingungen des höheren geistigen Glückes“¹¹. Als ein Beispiel, das sich zudem eindrucksvoll mit der Frage nach moralischer Bewertung und dem geographischen Raum „Zwischeneuropa“ verbinden läßt, sei Winston Churchill genannt. Jedem Band seiner großen „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ ist als Motto vorangestellt:

„Moral des Werks
Im Krieg: Entschlossenheit
In der Niederlage: Trotz
Im Sieg: Großmut
Im Frieden: Guter Wille.“

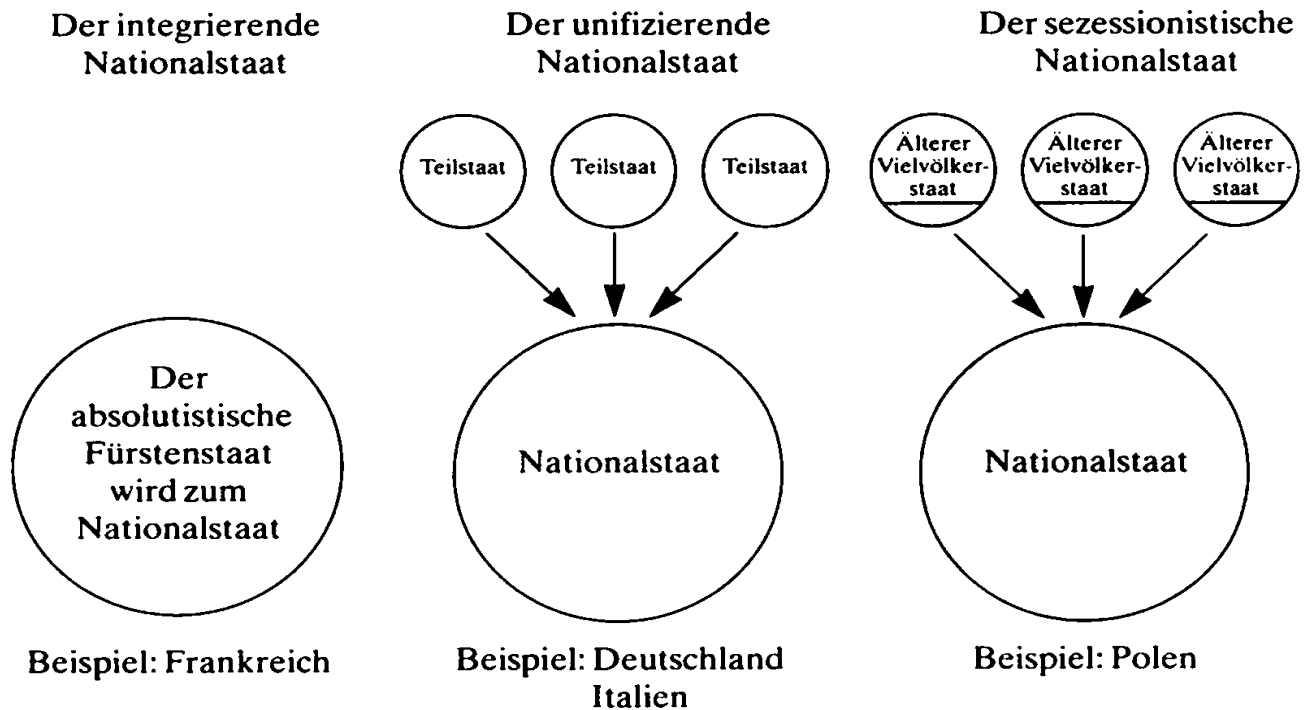
Außerdem findet sich aber im Band VI jenes unglaubliche sog. Prozentabkommen vom 9. Oktober 1944 mit Stalin, das das Nachkriegsschicksal Südosteuropas besiegelt hat und in seiner Geschichtsmächtigkeit ein Musterbeispiel für die *Macht, aber auch die Unmoral* von Großmächten ist:

„A half-sheet of paper

Roumania	
Russia	90%
The others	10%
Greece	
Great Britain	90%
(in accord with U. S. A.)	
Russia	10%
Yugoslavia	50–50%
Hungary	50–50%
Bulgaria	
Russia	75%
The others	25% ¹²

Damit aber einen Schritt weiter zu der latenten Alternative der Großmächte mit ihrer ständigen Präsenz in Ostmittel- und Südosteuropa von 1804 bis 1985, und den kleinen Nationalstaaten. Was auch hier den theoretischen Zugang zunächst zum Verständnis der heutigen Situation betrifft, so ist der Ausgangspunkt klar: sämtliche heutigen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten haben im 19. Jh. unter der direkten Herrschaft einer der 4 beteiligten Großmächte gestanden oder waren sogar unter mehrere aufgeteilt. Das Beispiel Polens mit seiner Aufteilung unter die 3 mit Abstand stärksten kontinentalen Großmächte Europas vor dem Ersten Weltkrieg ist hier das extremste. Niemand konnte auch nur 1914 voraussehen, daß Polen nur 4 Jahre später als selbständiger ostmitteleuropäi-

Die drei Typen der Herausbildung von Nationalstaaten nach Th. Schieder



scher Staat wiedererstanden sein würde und das 1918 auf die unbestrittene Macht der Großmächte des 19. Jh. ihre volle Ohnmacht und die Auflösung ihrer ostmittel- und südosteuropäischen Herrschaftsgebiete folgen würde. Es ist dabei selbstverständlich, daß für alle neuen Staaten und zwar bis hin zu Slowenien und Kroatien 1991 für die Staatsbildung im Sinne der überzeugenden Kategorisierung Theodor Schieders nur das Modell der sezeSSIONistischen Nationalstaaten infrage kam¹³.

Deutlich ist auch, daß Deutschland 1871 wie 1990 im Gegensatz dazu den Weg des unifizierenden Nationalstaates gegangen ist. Ganz aus diesem Rahmen fällt Jugoslawien, weil sich die Idee einer südslawischen Nation, am besten unter Einschluß der Bulgaren, schon wenige Jahre nach der Staatsgründung von 1918 als unhaltbare Fiktion erwies. Mit dem Führungsanspruch der quantitativ in der Minderheit befindlichen Serben ähnelte Jugoslawien so schon in der Zwischenkriegszeit weitaus mehr den Vielvölker-Großmächten des 19. Jh. als den benachbarten jungen Nationalstaaten. Vergleichbares gilt ferner für die Fiktion einer tschechoslowakischen Nation.

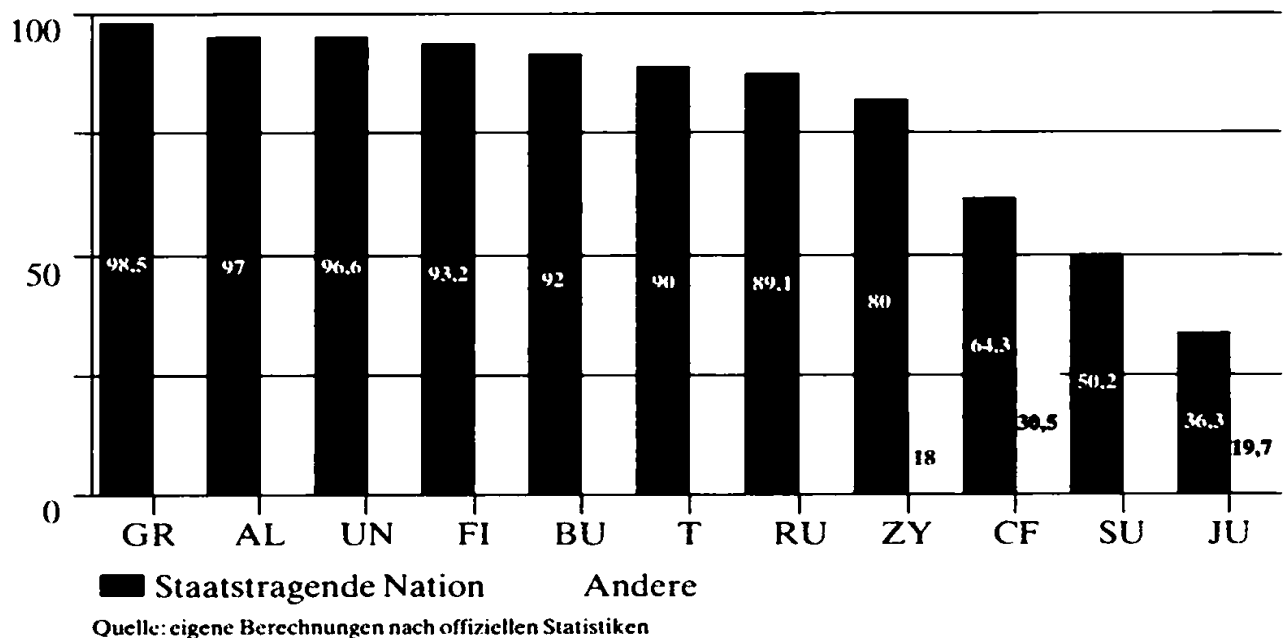
Daß aber auch der Weg der anderen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten voller Probleme gewesen ist, liegt auf der Hand. Drei Beispiele von prinzipieller Bedeutung seien genannt, bevor in einem zweiten Durchgang versucht werden soll, der Entwicklung chronologisch zu folgen.

Als erstes ist mit Blick auf die Großmächte wichtig, daß – von den Jahren des Zweiten Weltkrieges abgesehen – mit dem Ende des Alten Europa 1918 auch die Zeit der direkten Aufteilung Ostmittel- und Südosteuropas unter die anrainenden Großmächte vorbei war. Auf die Phase der „Formal Empires“ folgte diejenige der „Informal Empires“, d. h. daß die nunmehr relevanten Großmächte mit ökonomischen und politischen Mitteln ihre Herrschaft zu sichern versuchten: in der Zwischenkriegszeit England, Frankreich, Deutschland und Italien, nach dem Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion, die USA sowie kurzfristig 1944 bis 1947 England. Was die Einschätzung der „Informal Empires“ angeht, so sei mit Blick auf Deutschlands Großraumwirtschaftspolitik in Südosteuropa nach 1933 William Grenzebach zitiert: „German economic expansion depended upon imposing an economic subservience very like colonial servitude“¹⁴. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kam es dann mit der Einbeziehung der meisten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas in den sowjetischen Herrschaftsbereich zu jenem Ostblocksystem, für das in der Forschung Formulierungen wie „Zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie“, „Zwischen Patronage und Selbstbestimmung“ oder ganz neu und einprägsam im Sinne der hier vorgetragenen Überlegungen „Sowjetisches Modell und nationale Prägung“ verwandt werden¹⁵.

Ein zweites grundsätzliches Problem betrifft die Erreichung des zentralen Ziels aller ostmittel- und südosteuropäischen Nationalstaaten: mit einer einschlägigen griechischen Formulierung die „Megali idea“, die „Große Idee“, d. h. die Einbeziehung aller Konnationalen in den zunächst immer bescheiden kleinen Staatsverband. Daß hier die vollkommene Antithese zur Position des Status quo der saturierten Großmächte mit dem Pochen auf das Prinzip seiner Legitimität gegeben war, liegt auf der Hand. Statt Status quo das Pulverfaß nationaler Wünsche. Fragt man nach dem Ergebnis heute, so muß es wohl fraglos als zutiefst beeindruckend bezeichnet werden: mit Ausnahme Jugoslawiens und der Tschechoslowakei geben die offiziellen Statistiken beachtlich vieler ostmittel- und südosteuropäischer Länder den Anteil der staatstragenden Nation an der Gesamtbevölkerung mit 80 %–95 % an.

Und ein letztes Problem ist von Bedeutung: im Gefolge der weitgehend von den Großmächten vor und nach dem Ersten Weltkrieg zu verantwortenden Grenzziehungen der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten sind trotz des scheinbar so positiven eben gezeigten Bildes vor allem zwei Staaten zu nennen, die zurecht noch heute unzufrieden sein dürfen, weil erhebliche Teile der Nation außerhalb des Staatsverbandes leben müssen: Albanien und Ungarn. Nur 56,5 % der albanischen Nation leben heute in Albanien, dagegen 36,4 % allein in Jugoslawien, außerdem 1,8 % in Italien und 1,3 % in den USA. Im Falle Ungarns sind es 79,25 % innerhalb der Staatsgrenzen, 12,83 % in Rumänien, 4,75 % in der Tschechoslowakei, 3,17 % in Jugoslawien.

Anteil der Staatstragenden Nation an der Gesamtbevölkerung
der osteuropäischen Staaten (Stand 1991)



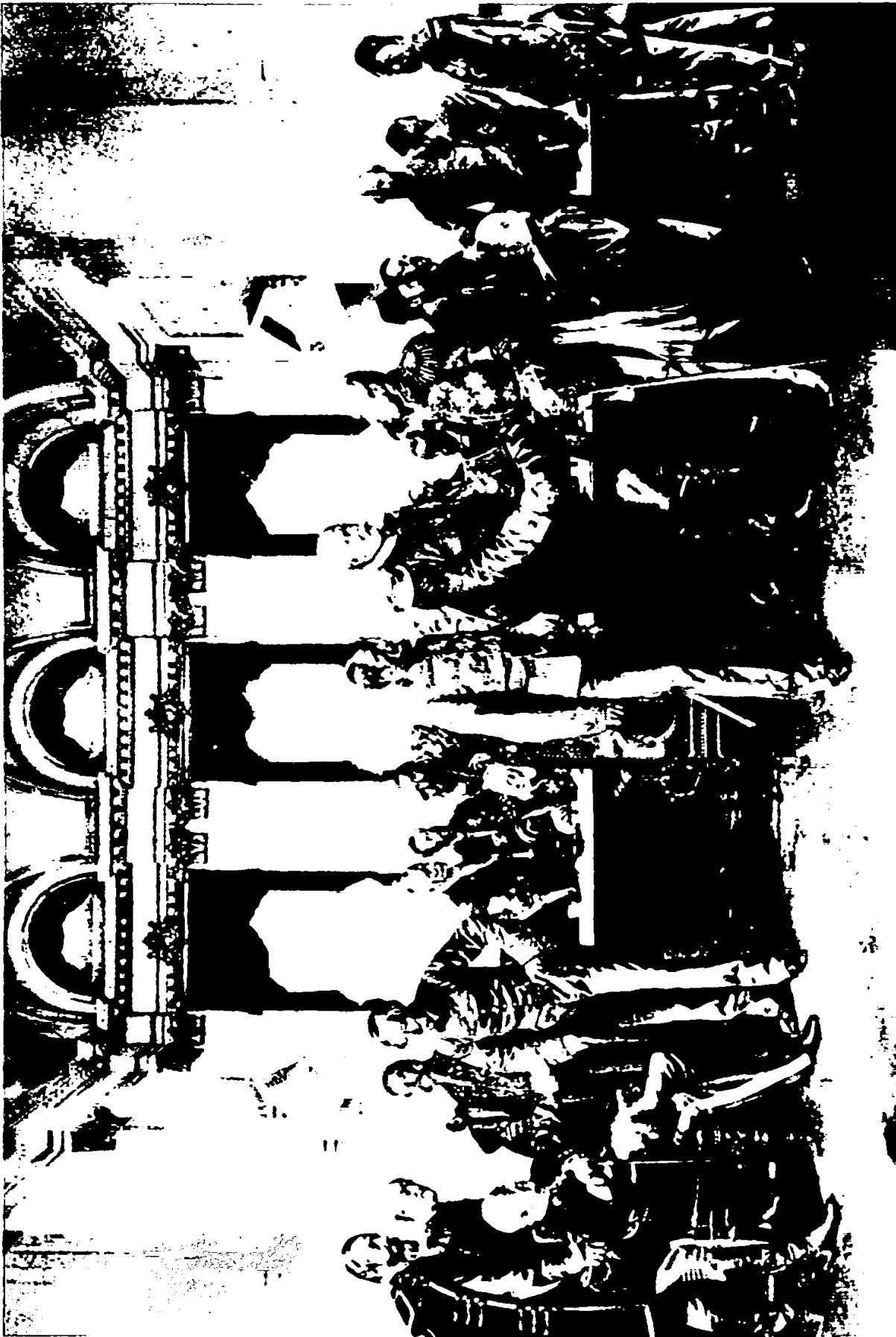
Damit aber in einem zweiten Anlauf der Versuch, die bis jetzt aufgeworfenen Fragen von der Ereignisgeschichte her zumindest anhand einiger ausgewählter Beispiele zu verdeutlichen. Die Brücke zwischen beiden Teilen muß das Bemühen um Periodisierung unseres Zeitraums von 1804 – Gründung Serbiens – bzw. 1815 – Gründung der Heiligen Allianz – bis heute sein. Das Ergebnis sind 4 Perioden:

1.) 1804/1815–1914/1918: die Periode des Zerfalls der Macht der europäischen Pentarchie sowie der unmittelbaren Herrschaft von 3 der 5 Großmächte in der Form von „Formal Empires“ in Ostmittel- und Südosteuropa sowie das Entstehen sämtlicher Nachfolge-Nationalstaaten

2.) 1918–1945: die Periode des zunehmenden deutschen und auch italienischen Einflusses gegen den vergeblichen Widerstand Englands und Frankreichs, zunächst als „Informal Empires“, im Zweiten Weltkrieg als „Formal Empires“. Beendet wird diese Periode im Sinne Kennedys mit dem „Fall“ und der totalen Entmachtung beider Mächte

3.) 1945–1985: die „Teilung der Welt“ in Ostmittel- und Südosteuropa zwischen der Sowjetunion und den USA mit „Informal Empires“ auf beiden Seiten, allerdings mit überaus typischen frühen Ausnahmen wie Jugoslawien (1948) und Albanien (1961). Der Prozeß der Ohnmacht der Sowjetunion im Sinne des „Zerfalls des Weltkommunismus“¹⁶ beginnt damit 1948 und nicht erst 1985

4.) 1985 bis heute: Ausscheiden der Sowjetunion als Großmacht (sowie überhaupt als Staat) für Ostmittel- und Südosteuropa und freie Bahn für die Nationalstaaten dort. Als Sonderfälle erweisen sich ebenso wie in der



Der Berliner Kongress 1878

Zwischenkriegszeit Jugoslawien und in geringerem Maße die Tschechoslowakei. Und schließlich stellt sich die Frage nach der Möglichkeit einer für Ostmittel- und Südosteuropa relevant werdenden neuen Großmacht in der Nachfolge der Sowjetunion.

Was die Periode von 1804/1815 bis zum Ersten Weltkrieg betrifft, so kann sie für Ostmittel- und Südosteuropa im Ganzen ohne Zweifel unter Theodor Schieders Formulierung „Nationalismus und Imperialismus – Triebkräfte einer Epoche“ gestellt werden¹⁷. Kaum weniger aussagekräftig ist aber auch Bismarcks Gedanke zur Pentarchie: „Alle Politik läßt sich in die Formel fassen: versuche solange zu dreien zu sein, als die Welt durch das labile Gleichgewicht von fünf Großmächten regiert wird“. Anton v. Werners Gemälde des Berliner Kongresses von 1878 veranschaulicht diese außenpolitische Grundkonzeption des auf dem Prinzip der Legitimität begründeten Status quo seit 1815 auf das Deutlichste.

Schon 1885/86 war es im Zusammenhang der Bulgarischen Krise aber soweit, daß der Dreibund Deutschland, Rußland, Österreich-Ungarn praktisch zerbrochen war¹⁸. Die Konsequenz war der Weg in den Ersten Weltkrieg und das Ende der „Formal Empires“ der drei Großmächte über Ostmittel- und Südosteuropa. Es ist klar, daß sich von dieser Basis aus speziell auch die Entwicklung etwa des Zusammenhangs von Wirtschaft und Politik in Ostmittel- und Südosteuropa im Einzelnen und mit Gewinn darstellen ließe. Zwei Beispiele müssen mit Blick auf die spätere Entwicklung genügen. Einmal der ökonomische Schlüsselbereich des Eisenbahnbaus. Das Stichwort der Bagdadbahn steht hier für das Bemühen aller Großmächte, auf diesem Wege Einfluß auf die jungen südosteuropäischen Nationalstaaten zu gewinnen.

An den Kapitalinvestitionen und den Außenhandelsverflechtungen läßt sich sodann detailliert prüfen, wie wirtschaftliche Penetrationen damals konkret stattgefunden haben und ob wirtschaftliche Abhängigkeit notwendig politische Abhängigkeit nach sich zog. Daß diese Rechnung nun gerade nicht so einfach zugunsten der Großmächte aufging, beweist z. B. Serbien in typischer Weise. Der sog. Schweinekrieg, d. h. ein von Österreich-Ungarn bewußt als Disziplinierungsmittel ausgelöster Zoll- und Handelskrieg von 1906–1911 hat Serbien weder ökonomisch noch wirtschaftlich in die Knie gezwungen, sondern seine ohnehin manifeste Abneigung gegen diese Großmacht nur noch gesteigert. Und was den serbischen Außenhandel betrifft, so ergibt sich das für Ostmittel- und Südosteuropa geradezu klassische Fazit, daß die dortigen Kleinstaaten in politischen Krisen fast immer in der Lage gewesen sind, ihren Außenhandel innerhalb kürzester Zeit auf andere Partner umzustellen.

Und ein letztes Beispiel sei aus dieser ersten Periode gegeben, und zwar für das Problem der Moralität von imperialistischer Großmacht und kleinem Nationalstaat. In der ostmittel- und südosteuropäischen Historiogra-

phie kann an der Akzentsetzung zugunsten des letzteren kein Zweifel sein. Und dennoch geht dies Bild nicht auf. Die beiden Balkankriege von 1912/13 sind ohnehin Beispiele für moralisch zumindest zweifelhafte Pulverfaßaußenpolitik der neuen Balkanstaaten. Hinzu kommt aber, daß 1912/14 mit Albanien der letzte südosteuropäische Nationalstaat vor dem Ersten Weltkrieg durch die Großmächte geschaffen worden ist. Hierbei sind es nun eindeutig Österreich-Ungarn und Italien gewesen, die gegen den Widerstand Rußlands als Vertreter serbischer und montenegrinischer Interessen dafür gesorgt haben, daß Albanien zumindest die heute gültigen Grenzen erhielt – so unbefriedigend diese, wie gezeigt worden ist, im Sinne der „Megali idea“ auch sein mögen. Wäre es nach Rußland und seinen Verbündeten gegangen, wäre es nur zur Gründung eines lebensunfähigen Rumpf-Albanien gekommen. Am Anfang der albanischen neueren staatlichen Geschichte hat also Dankbarkeit gegenüber einer Groß- und einer Mittelmacht zu stehen.

Die Periode von 1918 bis 1945 wird dann ganz von dem deutschen und italienischen Vordringen nach Ostmittel- und Südosteuropa und seinem totalen Scheitern bestimmt. Alice Teichovas Formulierung von den „Kleinstaa-ten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in der Zwischenkriegszeit“¹⁹ ist dabei insofern hilfreich, als sie von vornherein deutlich macht, daß von den anderen europäischen Großmächten zumindest England und Frankreich vom Beginn der Zwischenkriegszeit an bemüht gewesen sind, gerade auch durch den Einsatz der Wirtschaftspolitik eigenen Einfluß geltend zu machen. Wie in der Vorkriegszeit versuchten sie dabei primär den Weg der Kapitalinvestitionen zu gehen. Im Falle Frankreichs kam die Organisation politischer Zusammenschlüsse hinzu. Die Kleine Entente der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens von 1920/21 ist zu nennen. Ihr war jedoch ebenso wenig ein größerer Erfolg beschieden wie den unabhängig von den Westmächten zustande gekommenen Balkanpakten von 1934 und 1953/54. Die inneren Gegensätze der südosteuropäischen Staaten haben sich als übermächtig erwiesen²⁰.

Deutschland – und auch Italien – setzten dagegen vor allem nach der Machtübernahme Hitlers massiv auf das Instrument der Handelsbeziehungen, wobei Hermann Gross die Grundproblematik unübertrefflich mit der Formulierung von den „krisenempfindlichen Agrarexport- und Kapitalimportländern“ gekennzeichnet hat²¹.

Die Großraumwirtschaftspolitik der 30er Jahre brachte Deutschland dann rasch auf den unbestrittenen ersten Platz als Handelspartner der meisten ostmittel- und südosteuropäischen Länder.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß diese Abhängigkeit durchaus einseitig war und blieb: die Bedeutung Ostmittel- und Südosteuropas für deutsche Einfuhren hat 1880 ihren Höhepunkt erreicht und nicht 1937!

Anteil des deutschen Reiches an den Einfuhren (E.) und Ausfuhren (A.) in % der Länder Süd-Ost-Europas²²

Zeitraum	Albanien		Bulgarien		Griechenland		Österreich/ Ungarn		Rumänien		Jugoslawien/ Serbien		Türkei	
	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.
1880	K. A.	K. A.	K. A.	0.00	K. A.	K. A.	67.92	59.63	8.90	0.30	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.
1885	-	-	12.00	0.00	K. A.	K. A.	5.20	15.90	13.00	1.00	K. A.	K. A.	0.10	0.00
1890	-	-	4.00	K. A.	4.00	3.00	K. A.	K. A.	28.00	4.00	5.00	2.00	0.10	0.30
1895	-	-	11.00	14.00	7.00	5.00	K. A.	K. A.	29.00	19.00	9.00	3.00	1.28	2.00
1900	-	-	12.12	10.68	7.00	5.84	4.86	11.23	27.33	6.48	27.79	5.88	0.44	0.30
1905	-	-	15.00	9.00	9.80	8.98	6.44	10.78	28.00	7.00	13.00	5.00	K. A.	K. A.
1910	-	-	19.98	11.92	9.40	9.50	7.88	7.22	33.84	5.72	30.30	23.60	6.16	6.23
1914	-	-	22.28	13.05	7.80	10.60	10.00	6.50	36.70	7.10	29.30	21.70	11.49	5.72
1920	-	-	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.	K. A.
1925	0.10	K. A.	19.40	14.40	5.90	19.80	K. A.	K. A.	17.40	6.30	7.70	8.00	11.40	14.40
1930	7.70	1.00	30.00	33.90	11.70	26.00	K. A.	15.20	36.70	27.90	34.40	29.40	21.40	13.10
1935	9.00	3.00	59.90	52.60	20.70	31.10	K. A.	23.90	36.20	29.40	28.10	32.40	40.00	40.10
1939	6.00	0.20	65.50	67.80	30.40	40.40	26.20	24.00	39.30	32.30	47.70	31.90	47.00	42.90

Außenhandel Deutschlands mit Süd-Ost-Europa 1 % der Einfuhren (E.) und Ausfuhren (A.)²³

Zeitraum	Bulgarien		Griechenland		Ungarn/ Österreich		Rumänien		Jugoslawien/ Serbien		Türkei		S-E-Europa insg.	
	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.	E.	A.
1880	0.00	0.00	0.05	0.05	14.11	10.03	0.16	0.39	0.02	0.02	0.07	0.22	14.41	10.72
1885	0.07	0.02	0.04	0.06	12.75	9.78	0.15	0.48	0.07	0.10	0.12	0.26	13.20	10.70
1890	0.04	0.08	0.09	0.11	13.62	9.75	0.57	1.13	0.09	0.08	0.22	1.00	14.64	12.16
1895	0.05	0.13	0.19	0.11	12.08	10.92	0.82	0.69	0.13	0.05	0.52	1.14	13.80	13.05
1900	0.03	0.10	0.14	0.14	11.66	10.23	0.57	0.47	0.16	0.18	0.13	0.49	12.68	11.61
1902	0.12	0.12	0.19	0.31	12.39	11.08	1.45	1.03	0.22	0.12	0.63	0.90	14.99	13.56
1910	0.07	0.25	0.24	0.20	8.50	10.99	0.77	0.88	0.20	0.26	0.75	1.40	10.53	13.99
1913	0.08	0.30	0.24	0.25	7.68	10.94	0.74	1.39	0.10	0.19	0.69	0.01	9.53	13.08
1920	0.14	0.16	0.35	0.34	0.22	0.41	0.12	0.45	0.02	0.07	1.11	0.37	1.96	1.81
1925	0.40	0.45	0.63	0.76	0.67	1.09	0.75	1.18	0.67	0.68	0.56	0.74	3.68	4.91
1930	0.57	0.19	1.04	0.47	0.79	0.98	2.28	1.14	0.72	1.43	0.66	0.40	6.06	4.61
1935	1.00	0.82	1.41	1.15	1.87	1.47	1.92	1.49	1.48	0.86	2.25	1.58	9.92	7.38
1937	1.31	1.15	1.40	1.91	2.09	1.87	3.29	2.19	2.42	2.27	1.79	1.88	12.29	11.28

Nie wieder hat schließlich die Herrschaft Deutschlands in Ostmittel- und Südosteuropa im Sinne einer Verbindung von „Formal“ und „Informal Empire“ einen solchen Höhepunkt erreicht wie im Zweiten Weltkrieg. Nicht vergessen werden sollte aber auch, daß im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg von allen beteiligten Ländern jeweils eines aus diesem Raum prozentual an der Spitze der Bevölkerungsverluste gestanden hat: Serbien mit 15,23 % der Vorkriegsbevölkerung im Ersten Weltkrieg, Polen mit 14,07 % im Zweiten Weltkrieg. Und außerdem ist von zentraler Bedeutung, daß im Rahmen der Fragestellung von „Macht der Großmächte“ mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und dem Churchill-Stalin Prozentabkommen von 1944 zweimal hintereinander die Weichen für das Schicksal der ostmittel- und südosteuropäischen Länder bis heute in entscheidender Weise gestellt worden sind, und dies ohne Zweifel im Sinne von Großmächten als „ugly powers“.

Von 1945 bis 1985 erweist sich Ostmittel- und Südosteuropa dann mit der Formulierung von Stephen Xydis als ein „testing ground, a laboratory for international politics“²⁴ ohne Gleichen. Die „Teilung der Welt“²⁵ zwischen Sowjetunion und USA hat sich in keinem anderen Teil der Welt so hautnah und facettenreich niedergeschlagen. Dies gilt zunächst für den Ostblock, wo eine Fülle an Forschungsliteratur die Problematik von „Vormachtkontrolle und Autonomie“, „Patronage und Selbstbestimmung“, „Sowjetischem Modell und nationaler Prägung“²⁶ an den unter sowjetischer Herrschaft stehenden Ländern von Polen bis Bulgarien untersucht hat. Ähnliches gilt in durchaus vergleichbarer, wenn auch weniger bekannter Weise für die zum Westblock gehörenden Länder Griechenland und Türkei²⁷.

Das Streben nach eigenen Wegen ist bei den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern auch in den schlimmsten Zeiten der „Vormachtkontrolle“ nie ganz erloschen, so daß es keineswegs genügt, für die Zeit vor 1985 allein an die DDR 1953, Ungarn 1956 und die Tschechoslowakei 1968 als massive Auflehnungen gegen die Prinzipien von Proletarischem und Sozialistischem Internationalismus bzw. Brežnev-Doktrin als zeitgeschichtliche Ausprägungen von Macht einer Großmacht zu erinnern. Viel wichtiger ist, daß alle Länder Ostmittel- und Südosteuropas die innere Kraft zur nationalen Eigenständigkeit haben bewahren können, wie ihre Entwicklung seit 1985 zeigt²⁸.

Höchst instruktiv ist davon abgesehen, daß speziell Südosteuropa noch in der Hochzeit der Teilung der Welt durchaus auch andere nationale Wege gekannt hat als die durch die Großmächte vorgeschriebenen. Jugoslawien ist hier an erster Stelle zu nennen, wo der Kominformbruch von 1948 den Anfang jenes „Zerfalls des Weltkommunismus“²⁹ bedeutet, der 1991 seinen Abschluß gefunden hat. Die Leistung Titos und seiner Mitstreiter kann hier gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, wobei sich diese ja nicht auf den „Eigenen Weg zum Sozialismus“, unabhängig von der So-

wjetunion beschränkt³⁰. Es kommt mit der Idee und Realisierung der Bewegung der Blockfreien ein völlig neues außenpolitisches Konzept hinzu, das den geographisch engen Raum Südosteuropa in der Nachkriegszeit noch interessanter macht, weil sich damit alle drei weltpolitischen Möglichkeiten jener Zeit dort direkt trafen.

Fast unglaublich ist es, daß es damit noch immer nicht genug ist. Albanien ist nicht zu vergessen, das durchaus eine Parallele zu Jugoslawien bietet. Den Ausgangspunkt bildet hier eine zeitgeschichtliche Quelle zur Demonstration personengebundener absoluter Macht und Unmoral einer Großmacht, die ohne Beispiel ist. Gemeint ist die Schilderung von Djilas über seinen Besuch bei Stalin im Februar 1948: „Ich hatte noch nicht geendet, als Stalin zu meiner Überraschung sagte: ‚Wir haben kein besonderes Interesse an Albanien. Wir sind damit einverstanden, daß Jugoslawien Albanien schluckt! . . .‘ Dabei hielt er die Finger seiner rechten Hand zusammen, führte sie zum Mund und tat so, als wollte er sie schlucken . . . Ich erklärte abermals: ‚Es handelt sich nicht um Schlucken, sondern um Vereinigung!‘ Darauf machte Molotov den Einwurf: ‚Aber das ist doch Schlucken!‘“³¹

Albanien hat als einziges Land der Welt in der Nachkriegszeit dreimal seinen „Patron“ gewechselt (1944–1948 Jugoslawien, 1948–1961 die Sowjetunion, 1961–1978 China). Das ärmste und zurückgebliebenste Land Ostmittel- und Südosteuropas ist ohne Zweifel eine „Maus, die brüllte“ gewesen, wie der Titel eines ergötzlichen amerikanischen Films über Albanien hieß, und es liefert darüber hinaus einen nachdenkenswertem Beitrag zum Problem der „Unequal Alliances“³², das sicherlich unter modelltheoretischem Aspekt zu den vielen anregenden Besonderheiten Ostmittel- und Südosteuropas gehört.

Nicht ganz anders liegt schließlich auch der Fall von Griechenland in seinem Verhältnis zu England in der Zypernfrage von 1950 bis 1960. Die Ohnmacht einer Großmacht gegenüber einem schwachen Kleinstaat kann an diesem Beispiel hervorragend demonstriert werden.

Und damit ist die Brücke zum Furioso der Entwicklung seit 1985 geschlagen. Der Weg ist, um Hélène Carrère d'Encausse zu zitieren, von den „Rissen im Roten Imperium“ zur „Gloire des nations ou la fin de l'Empire soviétique“ gegangen³³. Ganz sicherlich ist es nicht so, als ob das nationale Prinzip der zentrale oder zumindest einzige Motor für den Untergang des Realen Sozialismus gewesen sei. Im Rahmen einer Betrachtung der „weltpolitischen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des politischen Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa“ kommt ihm jedoch im Kontext einer Gesamtentwicklung, die ohne Zweifel auf die Jahre 1804/1815 zurückgeht, entscheidende Bedeutung zu. Gegeben sind im Ergebnis heute die „Chancen der Kleinen“, wobei Hans D. Barbier journalistisch gekonnt die Frage anschließt „Dürfen die das denn?“³⁴.

Aber nicht genug damit: es stellt sich mit Blick auf das Problem von „Macht und Ohnmacht der Großmächte“ die zusätzliche Frage, ob für die kleinen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas damit erstmals in ihrer Geschichte eine vormachtsfreie Zeit angebrochen ist? Daß dies eine Prognose bedeutet, ist klar, und trotz der Schelte von Harold James sollte eigentlich deutlich geworden sein, daß die letzten Jahre jedermann den Mut zu Prognosen genommen haben sollten. Immerhin mag zumindest folgende Aussage aber möglich sein: eine Resurrectio Rußlands zur osteuropäischen Großmacht im Sinne der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg anstelle der untergegangenen Sowjetunion erscheint auf absehbare Zeit unmöglich, nicht zuletzt mit Blick auf Helmut Schmidts lange zurückliegende, glänzend bewahrheitete Formulierung über die Sowjetunion, sie sei „Obervolta mit Atomraketen“. Abzuwarten bleibt, ob R. Bartoleit von dpa Moskau mit Anspielung auf die Theorie von Moskau als dem Dritten und letzten Rom mit der eleganten Formulierung recht hat, daß wir 1991 die „Letzten Tage des letzten Rom“ miterlebt haben, oder noch kürzer „Ostroms Fall“³⁵.

Wenn die Sowjetunion ebenso wie Rußland als Vormacht also ausscheiden, so mögen zwei andere Möglichkeiten denkbar sein, eine erfreuliche und eine unerfreuliche. Die erfreuliche wäre die Übernahme politischer Verantwortung durch die EG, obschon sicherlich nicht im Sinne von Otto Moldens „Neuer Supermacht vom Atlantik bis zur Ukraine“, d. h. unter bewußtem Ausschluß Rußlands³⁶.

Die unerfreuliche Möglichkeit, die aber gerade in Ostmittel- und Südosteuropa heute immer wieder, man könnte fast sagen: in aller Harmlosigkeit diskutiert wird, ist eine Resurrectio Deutschlands als Großmacht³⁷ mit zwei Möglichkeiten: entweder im Gefolge des „Wunders von Stavropol“ als „Stavrapallo“, wie es im „Economist“ gleich nach Stavropol gekonnt formuliert worden ist, d. h. im Sinne einer deutsch-russischen Dyarchie über Europa, oder als deutsche Alleinherrschaft, wie sie der „Daily Express“ am 15. 11. 1989 prophezeit hat.

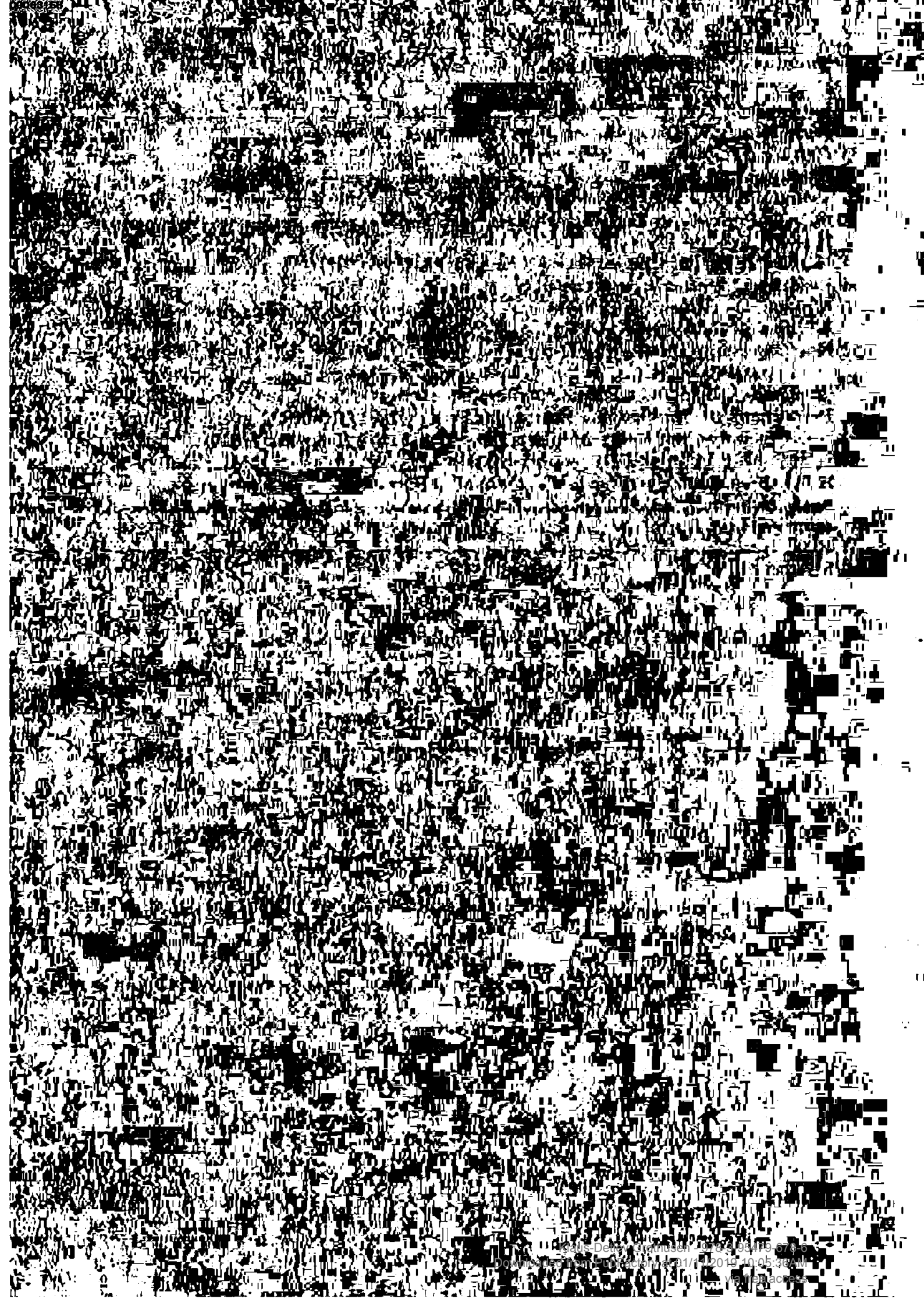
Eines dürfte auf jeden Fall deutlich sein: auch nur unter dem einschränkenden Aspekt des Problems von Macht und Ohnmacht von Großmächten geben die weltpolitischen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des politischen Wandels in Ostmittel- und Südosteuropa weitaus mehr an Diskussionsstoff her, als hier in der Kürze der Zeit behandelt werden konnte. Es sei daher zum Schluß nur nochmals das jeden Einzelnen von uns angehende einleitende Goethe-Wort zitiert: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und Ihr könnt sagen, Ihr seid da-beigewesen.“

Anmerkungen

- 1 Die Formulierung „Ohnmacht der Großmächte“ geht auf Gordon A. Craig zurück: Die Ohnmacht der Großmächte. Die gescheiterten Versuche Amerikas und Großbritanniens, den Zweiten Weltkrieg zu verhindern, in: FAZ. 26.8.1989.
- 2 Craig, G. A.: Deutsche Geschichte 1866–1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches. München 1989, S. 10.
- 3 Es gilt allgemein, daß nur wenige russische Wörter als Fremd- oder Lehnwörter zu uns in den Westen gekommen sind. Von der Formulierung her brillant wie immer, von der Sache her allerdings dubios ist Trockij: „Die Sprache der zivilisierten Nationen hat deutlich zwei Epochen in Rußlands Entwicklung vermerkt. Wenn die Adelskultur in den Weltgebrauch solche Barbarismen hineingetragen hat wie *Zar*, *Pogrom* und *Nagajka*, so hat der Oktober Worte international gemacht wie *Bolschewik*, *Sowjet*, *Pjattiletka*. Das allein rechtfertigt die proletarische Revolution, nimmt man überhaupt an, daß sie einer Rechtfertigung bedarf.“ (Trotzki, L.: Geschichte der russischen Revolution. Bd 2,2. Frankfurt a. M. 1973, S. 983). Kritik ruft Trockij dadurch hervor, daß im Westen wohl die Knute, nicht aber die Nagajka zum allgemeinen Sprachschatz gehört und daß die „Pjattiletka“, d. h. also der Fünfjahresplan, überhaupt nie Verbreitung gefunden hat. Stattdessen ist nach 1917 noch ein einziges weiteres Mal ein russisches Wort international übernommen worden, das nun allerdings Trockijs These von der Rechtfertigung der proletarischen Revolution auf das Bitterste widerlegt: der Archipel Gulag.
- 4 FAZ. 17.9.1990. – Wesentlich wohltuender liest sich demgegenüber H. D. Barbier ebenfalls in der FAZ (31.12.1991), wenn er unter der Überschrift „Die schöpferische Kraft der Demut“ schreibt, es sei eine „Erkenntnis der methodologisch Geschulten unter den Historikern“, daß sich „nichts . . . aus dem Studium der Geschichte so gut (lernen lasse) wie Demut“, wenn es um die Möglichkeit der Prognostizierung der Zukunft gehe.
- 5 Foucher, M.: Fronts et frontières. Un tour de monde géopolitique. Paris 1988; Slowe, P. M.: Geography and political power. The geography of nations and states. London u. a. 1990; Schöllgen, G.: Vom Fall großer Mächte. Die Zukunft des Staatensystems in historischer Perspektive. Überlegungen zu einem Buch von Paul Kennedy, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 1989, 1, S. 3/4.
- 6 Hefty, G. P.: Sicherheit für Zwischeneuropa, in: FAZ. 14.6.1991.
- 7 Erstauflage New York 1987.
- 8 Dehio, L.: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte. Krefeld 1948; Kissinger, H. A.: Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812–1822. Zürich 1986; Loth, W.: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955. München 1989.
- 9 Zum Text: Europa-Archiv. 2. 1947, S. 819/20.
- 10 Nipperdey, Th.: Nachdenken über die deutsche Geschichte. München 1986, S. 226.
- 11 Burckhardt, J.: Weltgeschichtliche Betrachtungen. München 1978, S. 180.
- 12 Churchill, W. S.: The Second World War. Vol. VI: Triumph and Tragedy. London u. a. 1954, S. 198.
- 13 Schieder, Th.: Probleme der Nationalismus-Forschung, in: Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen. Unter Mitwirkung v. P. Burian hrsg. v. Th. Schieder. München, Wien 1971, S. 17.

- 14 Grenzebach, W.S.: *Germany's Informal Empire in East-Central Europe. German Economic Policy toward Yugoslavia and Rumania, 1933–1939.* Stuttgart 1988, S. 240. Vgl. außerdem: Teichert, E.: *Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939. Außenwirtschaftliche Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg.* München 1984; Teichova, A.: *Kleinstaat im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit.* München 1988.
- 15 *Der Sowjetblock zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie.* Hrsg. R. Löwenthal, B. Meissner. Köln 1984; Grothusen, K.-D.: *Zwischen Selbstbestimmung und Patronage: Ein Beitrag zur Analyse außenpolitischer Strukturen in Südosteuropa seit dem Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung Albanien,* in: *Albanien in Vergangenheit und Gegenwart.* Hrsg. v. K.-D. Grothusen. München 1991, S. 79–91 (Südosteuropa-Studien. 48); *Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg.* Hrsg. v. H. Lemberg. Marburg/Lahn 1991.
- 16 Nollau, G.: *Zerfall des Weltkommunismus – Einheit oder Polyzentrismus.* Köln, Berlin 1963.
- 17 Schieder, Th.: *Nationalismus und Imperialismus – Triebkräfte einer Epoche (1848–1914),* in: *Ders.: Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa.* Göttingen 1991, S. 113–130.
- 18 Schöllgen, G.: *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914.* München 1984; Grothusen, K.-D.: *Deutschland und Südosteuropa 1871–1945. Zwischen Gegnerschaft und Partnerschaft,* in: *Osteuropa und die Deutschen.* Hrsg. v. O. Anweiler u. a. Berlin 1990, S. 247–287.
- 19 s. o. Anm. 14 auch für weitere Literatur.
- 20 *Zu allen drei Pakten vgl. Friedenssicherung in Südosteuropa. Föderationsprojekte und Allianzen seit dem Beginn der nationalen Eigenstaatlichkeit.* Hrsg. v. M. Bernath u. K. Nehring. München 1985 (Südosteuropa-Studien. 34).
- 21 Gross, H.: *Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft.* Leipzig 1937 (Beihefte zur „Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa“. 1).
- 22 *Eigene Zusammenstellung des Verfassers aus einer Vielzahl von Quellen.*
- 23 *Wie vorige Anmerkung.*
- 24 Xydis, St.G.: *Greece and the Great Powers 1944–1947. Prelude to the „Truman Doctrine“.* Thessaloniki 1963, S. IX.
- 25 Loth, Anm. 8.
- 26 s. o. Anm. 15.
- 27 *Südosteuropa-Handbuch.* Hrsg. v. K.-D. Grothusen. Bd III: Griechenland; Bd IV: Türkei. Göttingen 1980–1985.
- 28 *Zur Brežnev-Doktrin: Meissner, B.: Die „Breshnew-Doktrin“. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“.* Dokumentation. Köln 1969. Außerdem in *Ergänzung zu der Anm. 11 genannten Literatur Hacker, J.: Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980.* Baden-Baden 1983.
- 29 s. o. Anm. 16.
- 30 *Südosteuropa-Handbuch.* Hrsg. v. K.-D. Grothusen. Bd I: Jugoslawien. Göttingen 1975.
- 31 Djilas, M.: *Gespräche mit Stalin.* Stuttgart 1963, S. 173.
- 32 Biberaj, E.: *Albania and China. A Study of an Unequal Alliance.* Boulder and London 1986. – Eine erste zusammenfassende Gesamtdarstellung der Entwicklung Al-

- baniens seit dem Zweiten Weltkrieg erscheint Ende 1992: Südosteuropa-Handbuch. Hrsg. v. K.-D. Grothusen. Bd VII: Albanien. Göttingen 1992.
- 33 Carrère d'Encausse, H.: Risse im Roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion. Wien u. a. 1979; Dies.: La gloire des nations ou la fin de l'Empire soviétique. Paris 1990. Vgl. außerdem Loth, W.: Das Ende der Nachkriegsordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 18/91. 26. 4. 1991, S. 3–10.
- 34 Barbier, H. D.: Die Chancen der Kleinen, in: FAZ. 9. 7. 1991.
- 35 FAZ. 31. 12. 1991.
- 36 Molden, O.: Die europäische Nation. Die neue Supermacht vom Atlantik bis zur Ukraine. München 1990.
- 37 Nur als erstaunlich kann bezeichnet werden, mit welcher Selbstverständlichkeit etwa speziell von tschechischer Seite her das wiedervereinigte Deutschland als „neueste europäische Großmacht“ bezeichnet wird: s. Jiroušek, P. (Tschechisches Fernsehen), in: Das vereinte Deutschland als Partner Ostmittel- und Südosteuropas. Ergebnisse der Internationalen Jahrestagung der Südosteuropa-Gesellschaft vom 7. bis 9. Februar 1991 in Berlin (O) hrsg. v. W. Althammer. München 1991, S. 111 (Südosteuropa aktuell. 12). Zumindest teilweise beunruhigend ist auch die unüberschaubare Zahl von neuen Mitteleuropa-Veröffentlichungen. Als Beispiele seien genannt: Burmeister, H.-P. u. a.: Mitteleuropa. Traum oder Trauma? Bremen 1988; Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse. Hrsg. v. S. Papcke u. W. Weidenfeld. Darmstadt 1988.



Günther H. Tontsch

Wandel der politischen Systeme Südosteuropas unter besonderer Berücksichtigung der Verfassungsordnungen

Vorbemerkung

Man hat sich zwischenzeitlich daran gewöhnt, mit dem politischen Wandel in Ost- und Südosteuropa umzugehen und ihn als Realität zu akzeptieren. Gekommen ist er allerdings über alle, ob Experten oder Laien, wie eine Urgewalt. Denn man hatte sich fast schon damit arrangiert, die Existenz zweier diametral entgegengesetzter politischer Systeme in Europa hinzunehmen: das östliche, kommunistische, und das westliche, parlamentarisch-demokratische, getrennt durch eine imaginäre Demarkationslinie, die in dem legendär gewordenen Satz von Churchill seine Symbolik erhielt: „Von Stettin bis Triest hat sich ein Eiserner Vorhang quer durch Europa niedergesenkt“. Über vier Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte erschöpften sich in meist untauglichen Versuchen, den Vorhang zu lupfen. Es gelang, wenn überhaupt, nur unvollkommen. Und dann hob er sich mit einem Male weg, so als habe es ihn nie gegeben. Ursachen und konkreter Ablauf werden die Wissenschaft mit Sicherheit noch lange beschäftigen. Doch das Ergebnis steht fest: Die Verfassungsordnungen der sog. „sozialistischen“ Staaten sind zusammengebrochen wie Kartenhäuser. Keine Fassadenerneuerung hatte den Prozeß aufhalten können. Reformbewegungen und -konzepte wie Gulaschkommunismus (Ungarn), Selbstverwaltungskommunismus (Jugoslawien), Nationalkommunismus (Rumänien), über Jahre im Schrifttum ernsthaft diskutiert, analysiert und auf Chancen abgeklopft, sind im Grunde an der verfassungspolitischen Grundstruktur dieser Staaten – der Diktatur einer sich auf den Kommunismus berufenden Clique – gescheitert. Dieser Grundstruktur hatte Churchill, der nochmals bemüht werden soll, visionär ins Stammbuch geschrieben: „Aus der Diktatur, ob erblich oder nicht, ein System von Dauer zu machen, heißt nur eine neue Umwälzung vorbereiten“. Er sollte Recht behalten.

Eine Revolution des Rechts

Die Umwälzung ist da und mit ihr die Frage nach ihrer Qualität. Die Worte von der „Wende“ und dem „demokratischen Umbruch“ sind die wohl am häufigsten verwandten. Strebling hat sich in seiner Analyse der politischen Veränderungen in Südosteuropa¹ wohl zurecht zum Begriff des demokratischen Umbruchs zurückhaltend geäußert. Trotz einschneidender und folgenreicher Entwicklungen sei es in den meisten Fällen doch geraten, nicht von einem „demokratischen Umbruch“, sondern von einem „demokratischen Aufbruch“, verbunden mit vielen Schwierigkeiten und durchaus noch offenen Ausgangsmöglichkeiten, zu sprechen².

Die Schwierigkeiten erwachsen insbesondere aus dem Dilemma, das praktisch alle Staaten Südosteuropas kennzeichnet: die Erwartungshaltung der Bevölkerung, daß politischer Wandel automatisch auch wirtschaftliche Ergebnisse zeitigen müsse. Der Wohlstand Westeuropas ist dabei Maßstab und nicht die Erkenntnis, daß der Weg dahin notwendigerweise über Einschnitte geht.

Die Schwierigkeiten bei der Umwandlung der Plan- in Marktwirtschaften zeigen es überdeutlich. Obschon die einzelnen südosteuropäischen Länder in dem wohl zum Konsens gehörenden Streben nach marktwirtschaftlichem Umbau der Wirtschaftsordnungen unterschiedlich vorangekommen sind, ist der Umbau nicht vollendet, geschweige denn beendet. Auch nicht in Ungarn, der Lokomotive des Wandels in Südosteuropa. Die sog. „Privatisierung“ als Voraussetzung des wirtschaftlichen Wandels erschöpft sich immer noch weitgehend, sofern es die großen und größeren Unternehmen betrifft, in der Verordnung gesellschaftsrechtlicher Strukturen für weiterhin in Staatshand befindliche Unternehmen. Für den „demokratischen Aufbruch“ birgt der radikale wirtschaftliche Wandel sozialen Sprengstoff noch über eine länger andauernde Zeitspanne.

Und dennoch, ein Bereich des Wandels kann als erfolgreich bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt eingestuft werden. Es ist die Renaissance der Rechtssetzung. Explosionsartig ist die Gesetzesproduktion in allen ost- und südosteuropäischen Staaten angewachsen. Die Revolution in Südosteuropa könnte man daher auch und vor allem als eine Revolution des Rechts bezeichnen, obschon man sich manchmal nicht des Eindrucks wird erwehren können, daß Rechtssetzung nicht nur als Hebel des Wandels, sondern oft auch als Placebo eingesetzt wird. Dieser Eindruck wird vor allem in jenen Bereichen stärker sein, wo hartlebigere Strukturen aufzubrechen sind, wie etwa die Bereiche der Staats- und Wirtschaftsordnung.

Wie mit Mitteln des Rechts (besser gesagt: der Gesetzgebung) Veränderungen des politischen und Verfassungssystems tatsächlich eingeleitet worden sind, soll im folgenden untersucht werden. Solche Veränderungen sind natürlich nicht nur durch Formulierung eines Gesetzes zu bewirken,

sie setzen voraus und brauchen auch den realen Substrat, der sich aus Rechtstraditionen, Rechtskultur und Demokratieverständnis speist. Mit Gesetzen allein ein politisches System ändern zu wollen, wäre wie ein Versuch, mit der Notenpresse Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Auf engem Raum die gesamte Rechtsentwicklung darstellen zu wollen, ist hier nicht möglich. Der gewählte Ansatz geht deshalb aus von einer Darstellung des Standes der Verfassungsgebung, um dann über eine Analyse des inhaltlichen Wandels in seinem Kernbereich die politischen Systeme am Schicksal der früheren Machträger Kommunistische Parteien zu kennzeichnen und mit einem Herausgreifen verfassungspolitischer Trends zu schließen.

Stand der Verfassungsgebung

Nimmt man 1989 als Beginn des Umbruchs an, dann stellt sich über die seither abgelaufene Zeitspanne die verfassungsrechtliche Situation in den Ländern Südosteuropas wie folgt dar:

- Ungarn hat am 23. Oktober 1989 durch eine Totalrevision praktisch eine neue Verfassung erhalten³. Es ist eine Verfassung, die westlichem Demokratieverständnis in nichts nachsteht. Eine legislative Besonderheit kann allenfalls darin gesehen werden, daß die neue Verfassung formell immer noch als Fortentwicklung der ersten volksdemokratischen Verfassung von 1949 gilt. Mit Ausnahme dieser Jahresangabe erinnert allerdings kein Komma mehr an den alten Text;
- In Jugoslawien gilt formal nach wie vor die Bundesverfassung vom 21. Februar 1974⁴, die allerdings 1988 durch 39 sog. Amendments⁵ vor allem im wirtschaftspolitischen Bereich geändert worden ist. Die Teilrepubliken, die 1974 mit der Bundesverfassung gleichgeschaltete Verfassungen erhalten hatten, haben 1988 auch die große Verfassungsreform in die Landesverfassungen transformiert. Danach setzte jedoch eine zentrifugale Entwicklung ein, an deren Ende heute die neuen Verfassungen von Serbien und Kroatien (beide vom Herbst 1990)⁶ stehen. Slowenien hatte bereits mit Verfassungsnovellen vom September 1989⁷ und Anfang 1990⁸ die Absetzbewegung von der Bundesverfassung vollzogen;
- Bulgarien hat seit dem 12. Juli 1991 eine neue Verfassung⁹. Sie löst die 1990 und Anfang 1991 noch mehrfach abgeänderte Verfassung von 1971 ab. Bulgarien definiert sich nunmehr als „Republik mit parlamentarischer Regierungsform“ (Art. 1);
- Rumänien hat seit dem 21. November 1991 eine neue Verfassung¹⁰. In der Übergangszeit seit dem Dezember-Umsturz von 1989 bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung war diejenige von 1965 formell zwar

nicht aufgehoben, jedoch die „Machtstrukturen des Ceaușescu-Clans“ für aufgehoben erklärt worden. Parlament und Präsident bezogen ihre Legitimation aus den Bestimmungen des Wahlgesetzes vom März 1990. Die neue Verfassung weist starke Anlehnungen an das französische System mit einem starken Republikpräsidenten auf. Rumänien bezeichnet sich als „nationalen, souveränen und unabhängigen, einheitlichen und unteilbaren Staat“ und als „sozialen und demokratischen Rechtsstaat“ (Art. 1);

- Albanien, schließlich, hat am 29. April 1991 eine aus 45 Artikeln bestehende Rumpf- bzw. Übergangsverfassung¹¹ verabschiedet, die gleichzeitig die kommunistische Verfassung aus dem Jahre 1976 aufgehoben hat. Als Rumpfverfassung ist sie zu bezeichnen, weil sie nur die Organisation der Verfassungsorgane regelt. Albanien bezeichnet sich nunmehr als „parlamentarische Republik“ (Art. 1) und „demokratischen Rechtsstaat“ (Art. 2)¹².

Alle neuen Verfassungen können als „westlerisch“ bezeichnet werden, d. h. sie führen Bestimmungen über den politischen Pluralismus, über Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie über Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit.

Mit Ausnahme der ungarischen Verfassung sind alle anderen hier aufgeführten nach den ersten freien Wahlen verabschiedet worden. Den Wahlen vorausgegangen waren liberale Parteiengesetze¹³, die die Bildung von Parteien praktisch schrankenlos zuließen.

Zusammenbruch des kommunistischen Machtmonopols

Die Ablösung der alten Verfassungen als Ziel und Dokumentation des vollzogenen Systemwandels erscheint als allgemeines Anliegen der Länder Südosteuropas. Allen Ländern ist weiterhin gemeinsam, daß sie die Verabschiedung der Verfassungen als dringlich eingestuft haben, um innen- wie außenpolitisch Signale zu setzen.

Die Ablösung der alten Verfassungsordnungen wird insbesondere in dem Verzicht auf das kommunistische Machtmonopol manifest. Kern der kommunistischen Verfassungssysteme war die Machtkonzentration bei den jeweilig herrschenden obersten Führungsgremien der Kommunistischen Parteien, auch dort, wo neben Kommunisten sog. „Blockparteien“ zugelassen waren. Dieses Machtmonopol hatte durch die Verfassungsbestimmungen über die sog. führende Rolle der Partei Eingang in das formale Verfassungsrecht gefunden. Über das Verhältnis von Partei und Staat als dem zentralen Verfassungsproblem der sozialistischen Staaten ist viel geschrieben worden. Um den Kern des Problems in eine westlichem Verfassungsverständnis angenäherte Begrifflichkeit zu bringen, sind zwei- und

mehrgliedrige Verfassungsdefinitionen bemüht worden¹⁴. All dies geschah mit dem einzigen Ziele, das reale Machtzentrum Kommunistische Partei verfassungsrechtlich überhaupt erfassen zu können und damit das System zu entschleiern. An solchen Entschleierungsversuchen hat sich auch der Autor dieser Zeilen beteiligt¹⁵. Ein Hauch der Geschichte, und alles bedruckte Papier wurde, wenn nicht überflüssig, so doch Sache der Rechtsgeschichte.

Die südosteuropäischen Verfassungen haben das KP-Machtmonopol aus ihrem Normensystem entfernt. Hier eine tabellarische Übersicht über den zeitlich nicht einheitlichen Ablauf:

- Ungarn, der Vorreiter der Veränderungen in Südosteuropa, hat die Bestimmung von der führenden Rolle der Partei (USAP) formell zwar erst durch die Totalrevision der Verfassung vom 23. Oktober 1989 abgeschafft. Faktisch ist aber auf das ZK-Plenum der USAP vom 10./11. Februar 1989 abzustellen, als sich die ungarischen (Reform-) Kommunisten zum Mehrparteiensystem bekannten und sich damit einverstanden erklärten, die Bestimmung von der führenden Rolle der Partei aus der Verfassung zu streichen¹⁶;
- Es folgte, überraschenderweise, Rumänien. Auf den Umsturz vom Dezember 1989 erließ die neue Führung – die Front der Nationalen Rettung – am 22. Dezember 1989 ein 10-Punkte-Programm¹⁷, in dem unter Punkt 1 von der „Abkehr von der führenden Rolle einer einzigen Partei und Verankerung eines pluralistischen demokratischen Regierungssystems“ als Verfassungsziel gesprochen wird. Die Bestimmungen über die Führungsrolle der Rumänischen Kommunistischen Partei gehörten danach zu den aufgelösten Machtstrukturen des „Ceaușescu-Clans“ aus der Verfassung von 1965;
- Bulgarien ist den direkten Weg der ausdrücklichen Aufhebung gegangen. Mit der Verfassungsänderung vom 15. Januar 1990¹⁸ wurden die einschlägigen Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 der Verfassung von 1971 ersatzlos gestrichen;
- Albanien hat sich mit seinem Gesetz vom 29. April 1991 über die Hauptvorschriften der Verfassung¹⁹ von der vormaligen Verfassungsbestimmung über die führende Rolle der Partei der Arbeit getrennt. Über die Stellung der Kommunistischen Partei wird darin kein Wort mehr verloren;
- Nachzügler ist der Noch-Bundesstaat Jugoslawien. In der formal nicht aufgehobenen Bundesverfassung von 1974 ist im VIII. Grundsatz der Bund der Kommunisten weiterhin als „führende, ideelle und politische Kraft“ aufgeführt. In der Verfassungswirklichkeit ist das Bild ein anderes, denn der Bund der Kommunisten besteht nicht mehr und die Verfassungen der Teilrepubliken haben den Schritt zur Verankerung des Parteienpluralismus bereits vollzogen.

Das verfassungsrechtliche Schicksal des KP-Führungsmonopols spiegelt an sich den Verfall der Kommunistischen Parteien dieser Länder und die Implementierung des politischen Pluralismus wider. Die Verfallerscheinungen sind nicht überall gleich stark ausgeprägt. Tendenziell scheint belegt, daß dort, wo Kommunisten oder Kryptokommunisten politischen Einfluß weiter ausüben, der Demokratisierungsprozeß zögerlicher, zuweilen unter Konvulsionen verläuft. Aus diesem Grunde darf unseres Erachtens der Analyseansatz Kommunistische Parteien bei der Behandlung und Bewertung des Wandels in Südosteuropa noch nicht aufgegeben werden.

Was ist aus den einzelnen Kommunistischen Parteien der Region nach dem Umbruch geworden? In alphabetischer Reihenfolge der Länder ließe sich folgender Situationsbericht formulieren:

Albanien

Die Kommunistische Partei Albanien ist auch gegenwärtig wohl noch diejenige Kommunistische Partei Südosteuropas, die die meiste Macht innehat. Das findet seine Erklärung auch und vor allem in dem Umstand, daß diese letzte Insel des Stalinismus in Europa so spät von den revolutionären Ereignissen eingeholt worden ist²⁰. Bei den Wahlen vom 31. März 1991 haben die Kommunisten, für viele erwartungsgemäß, von den 250 Parlamentssitzen 169 für sich erringen können. Der Hoffnungsträger der Opposition – die Partia Demokratike des Gramos Pashka – kam nur auf 75 Sitze, der Rest ging an andere Oppositionsparteien (Republikaner, Agrarpartei, Ökologische Partei, Eintrachtspartei der griechischen Minderheit)²¹ und einige der 17 unabhängigen Kandidaten.

Für die innere Verfassung der Kommunistischen Partei stellte dann der 10. Parteitag der PAA vom Juni 1991 die Weichen. Die Zerreißprobe stellte sich durch die auftretenden Gegensätze zwischen Alt-Stalinisten und Reformern. Aufhänger war die Diskussion über die Rolle Enver Hodshas in der Nachkriegsgeschichte Albanien. Die im Vorfeld umlaufenden Gerüchte über eine Spaltung der Partei erwiesen sich als nicht stichhaltig. Allen reaktionären Tendenzen zum Trotz hat sich die Partei eine progressive Führung gegeben und sich aus Partei der Arbeit Albanien in Sozialistische Partei Albanien umbenannt.

Unter dem Druck der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Proteste im Lande hat die nunmehr Sozialistische Partei ihre alleinige Regierungsverantwortung Mitte Juni 1992 aufgegeben und unter Beiziehung von Oppositionsvertretern einer „Regierung der nationalen Errettung“ zugestimmt, in der sie nur noch 12 der insgesamt 24 Mitglieder, aber immerhin noch den Premier stellte²².

Geht man von dem Ergebnis der ersten freien Wahlen aus, dann hat sich die albanische Kommunistische Partei in eine Bauernpartei umgewandelt,

denn den Massenanteil an Stimmen hat sie im ländlichen Bereich erhalten; in den Städten war die Opposition erfolgreicher. Diese Konstellation des Wahlverhaltens scheint für die Zukunft wenig Aussicht auf Bestand zu haben.

Bulgarien

Auch Bulgariens Kommunisten stellen immer noch einen ernstzunehmenden politischen Faktor dar. Und dies auch nach dem zweiten Urnengang binnen zwei Jahren.

Die Bulgarische Kommunistische Partei hat den Weg der Häutung über eine satzungsrechtliche Revision beschritten. Auf dem Sonderparteitag vom 30. Januar 1990²³ gab man sich den neuen Namen „Bulgarische Sozialistische Partei“, aus dem Zentralkomitee wurde ein Oberster Parteirat, aus dem Politbüro ein vierköpfiges Präsidium. Man anerkannte den neuen Pluralismus in Bulgarien und nahm Abschied vom sog. demokratischen Zentralismus in der Partei. Fraktionen waren nunmehr zugelassen und Reformer sammelten sich umgehend in der „Assoziation der sozialistischen Erneuerung“.

Mit einer neuen Führung unter dem Soziologen Lilov und neuem Namen sowie einem Konzept der sanften Erneuerung trat die Partei zu den Wahlen vom 10. Juni 1990 an. Der frühe Wahltermin war am Runden Tisch mit der „Union der Demokratischen Kräfte“, einem Zweckbündnis der Opposition, ausgehandelt worden, um der wirtschaftlichen Talfahrt des Landes durch einen Machtwechsel gegenzusteuern. Die Kommunisten/ Sozialisten gewannen in einem dem deutschen Wahlsystem ähnlichen Verfahren (Kombination aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht) 211 Sitze und damit eine knappe Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung. „Ein Pyrrhus-Sieg für die Kommunisten?“ – so Höpken²⁴ –, denn die Union der Demokratischen Kräfte errang mit 144 Sitzen eine Stärke, mit der sie bei Präsidentenwahlen und Verabschiedung der neuen Verfassung eine Sperrminorität hatte – $\frac{2}{3}$ der Stimmen wären erforderlich, um das Parlament auch diesbezüglich zu kontrollieren.

Ähnlich wie in Albanien sind die Kommunisten/Sozialisten in Bulgarien ebenfalls in die widernatürliche Position einer Bauernpartei gedrängt worden, auch sie errangen ihre meisten Stimmen nicht in den Städten, sondern auf dem Lande.

Den schleichenden, aber nicht eindeutigen Machtverfall der bulgarischen Kommunisten dokumentieren zwei Ereignisse, die auf das Ergebnis der ersten Wahlen zurückzuführen sind: die Wahl des Oppositionsvertreters Želev zum Republikpräsidenten im August 1990 und die des parteilosen Richters am Sofioter Stadtgericht – Popov – im Dezember 1990 zum Regierungschef. Bei den zweiten Wahlen vom Oktober 1991 verloren dann

die Kommunisten/Sozialisten ihre absolute Mehrheit und wurden zweitstärkste Fraktion (33,14 %) nach der „Union der Demokratischen Kräfte“ (34,36 %). Sie verloren die Regierungsverantwortung an die Minderheitsregierung der „Union“ jedoch nur, weil diese von der muslimischen „Bewegung für Rechte und Freiheiten“, die die türkische Minderheit vertritt, im Parlament unterstützt wird²⁵. Auch bei den Präsidentenwahlen vom 12. Januar 1992 hat das Wahlverhalten der „Sozialistischen Partei“ – sie unterstützen den unabhängigen Kandidaten Valkanov – noch so viel Gewicht gehabt, daß sich der favorisierte amtierende Präsident Želev einer Stichwahl stellen mußte²⁶.

Wesentliches Reservoir der namensgewandelten bulgarischen Kommunisten bleiben aber immer noch die etwa eine Million Parteimitglieder. Das sind etwa 10 % der Bevölkerung. Viele von ihnen haben weiterhin Schlüsselpositionen im Staats- und Wirtschaftsapparat inne und können so die Reformen bremsen.

Jugoslawien

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hatte Ende 1987 noch etwa zwei Millionen Mitglieder, in den darauf folgenden Jahren wurde über massive Parteiaustritte berichtet. Die jugoslawische KP war über weite Bereiche zentralistisch verfaßt, obschon sie den föderalen Strukturen des Staates formell folgte. Die föderale Struktur war insbesondere in die Zusammensetzung des Präsidiums des BKJ eingeflossen. Im Januar 1990 zeigten sich erste und ernsthafte Auflösungserscheinungen, die spiegelbildlich dem Auseinanderdriften des Retortenstaates Jugoslawien folgten²⁷. In den Teilrepubliken verselbständigten sich die Parteiorganisationen. Im Kosovo wurde die albanische Parteiführung unter Vlasi unter dem Vorwurf des Hochverrats festgenommen und durch eine serbienfreundliche ersetzt. Ende März 1990 geriet dann das Präsidium des BKJ in eine Krise: die Sitzungen wurden von der Hälfte der ZK-Mitglieder boykottiert, an der Spitze natürlich von Slowenen und Kroaten. Das Schicksal der Kommunisten ließ sich fortan nur noch an ihren Aktivitäten in den Republiken nachvollziehen. Danach stellt sich die Machtverteilung zwischen Kommunisten und Opposition in den einzelnen Republiken nach den Wahlen von 1990 unterschiedlich dar.

In Slowenien und Kroatien siegten bei den Wahlen, die im April/Mai 1990 stattfanden, bekanntlich die oppositionellen Kräfte – „Demos“ in Slowenien, „Demokratische Kroatische Union“ in Kroatien. Dennoch wurde in Slowenien der Reformkommunist Milan Kučan zum Republikpräsidenten gewählt.

In Serbien schlossen sich im Juli 1990 der „Bund der Kommunisten Serbiens“ unter Milosević mit der Massenorganisation „Allianz des arbeiten-

den Volkes“ zur „Sozialistischen Partei Serbiens“ zusammen. In den Dezember-Wahlen des gleichen Jahres errang die KP-Nachfolgeorganisation einen Sieg, zweitstärkste Fraktion wurde die Nationalpartei des Drag Vasković.

Ähnliche Namensveränderungen der Kommunisten zu Sozialisten sind auch in den anderen Teilrepubliken zu verzeichnen. In Montenegro siegten in den Dezember-Wahlen 1990 und in Mazedonien bei den November-Wahlen des gleichen Jahres die Reformkommunisten, ebenso in Bosnien-Herzegovina. Die Siege waren jedoch nicht überwältigend, eher sind sie als ungefähre Gleichstand zu der Opposition zu werten.

Rumänien

Rumänien hatte vor dem Umsturz vom Dezember 1989 etwa 3,5 Millionen Mitglieder der Kommunistischen Partei, das entsprach einem Anteil von 15 % der Gesamtbevölkerung. Am 22. Dezember 1989 hat die wie Phönix aus der Asche aufgetauchte „Front der Nationalen Rettung“ die Macht übernommen und seither nicht wieder abgegeben²⁸. Noch am letzten Tag des Jahres 1989 wurde ein Parteiengesetz²⁹ erlassen, das die Parteienbildung praktisch uneingeschränkt zuläßt. Zum Schicksal der Rumänischen Kommunistischen Partei findet sich darin kein Wort. Nach einer Massendemonstration Anfang Januar 1990 in Bukarest erließ die „Front“ ein Dekret über das Verbot der RKP, nahm es aber vier Tage später wieder zurück unter der Begründung, es habe sich dabei um einen politischen Fehler gehandelt, weil Parteienverbote undemokratisch seien. Statt dessen wurde das Vermögen der RKP eingezogen³⁰.

Die Front der Nationalen Rettung, die sich Anfang Februar 1990 als „politische Organisation“, d. h. als politische Partei, hat registrieren lassen, ist gemeinsam mit weiteren 70 Parteien zu den Wahlen vom 20. Mai 1990³¹ angetreten und hat diese haushoch gewonnen: 65 % in den beiden Kammern des Parlaments, 85 % für ihren Präsidentschaftskandidaten Iliescu. Keine der übrigen Parteien hat auch nur zweistellige Prozentergebnisse erreichen können. Mit diesem Wahlergebnis war die Front nicht nur in der Lage, die Regierung alleine zu bilden, sondern hatte auch die erforderliche $\frac{2}{3}$ -Mehrheit für die Verabschiedung einer neuen Verfassung. Der Wahlerfolg dürfte mit dem „Revolutionsbonus“, vor allem aber mit dem Wahlversprechen eines sanften, sozial abgefederten Übergangs zur Marktwirtschaft zu erklären sein; Ängste der großen Schar ehemaliger KP-Mitglieder vor Vergeltung durch eine antikommunistische Führung dürften ebenfalls mitgespielt haben.

Die Oppositionsparteien, allen voran die sog. „historischen“: Nationalliberale und Bauernpartei – sie werden historisch genannt, weil sie das politische Leben Rumäniens seit Begründung des Königreichs in der zweiten

Hälfte des 19. Jahrhunderts und bis zur Machtübernahme durch die Kommunisten nach dem 2. Weltkrieg bestimmt haben – zeihen die Front der Nationalen Rettung des Kryptokommunismus. Argumentiert wird hierbei insbesondere mit der starken Durchsetzung ihrer Machtpositionen mit ehemaligen hohen RKP-Funktionären, mit dem rücksichtslosen Umgang mit der Macht (Polizei, Geheimdienst) gegen Demonstranten sowie mit der augenfällig laxen personellen Erneuerung in der Bürokratie. Doch der politische Einfluß der historischen Parteien ist gering, sie haben bei der Bevölkerung kaum Fuß fassen können. Offenbar haben Forderungen nach radikalen Wirtschaftsreformen aber auch erfolgreiche Propaganda gegen ihre durch jahrzehntelanges Exil im Lande kaum noch bekannten Führungspersonlichkeiten ebenfalls dazu beigetragen.

Die Front der Nationalen Rettung scheint sich nach Auffassung politischer Beobachter im Abwind der Wählergunst zu befinden, doch wird die Chance eines Machtwechsels weniger den historischen Parteien als einer „Partei der Bürgerallianz“ (Partidul Alianța Civică) eingeräumt, deren Führungsriege sich aus denjenigen Dissidenten zusammensetzt, die nach den Wahlen vom Mai 1990 die „Front“ unter dem Vorwurf des Prokommunismus verlassen hatten. Ein Test für eine Neuordnung der politischen Kräfte in Rumänien dürften die für dieses Jahr angesetzten Kommunalwahlen sein. Jedenfalls bleibt ein spezifisches Problem Rumäniens noch für längere Zeit die ungehemmte Parteienvielfalt, weit über 200 registrierte Parteien soll es schon geben und ständig kommen neue hinzu.

Ungarn

Das Schicksal der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei“, das wegen der gewählten alphabetischen Reihenfolge am Schluß aufgezeigt werden soll, zeigt an sich, wie anfällig dieser Ordnungsansatz ist. Denn gerade aus dem sich bei den ungarischen Kommunisten früh und erfolgreich durchgesetzten Reformkurs, der am Ende auch zur Akzeptanz eines eventuellen Machtverlustes ohne diesbezügliche äußere Nötigung geführt hat, bezieht Ungarn seine Schrittmacherfunktion im Systemwandel Südosteuropas.

Wie bereits erwähnt, hatte sich die USAP bereits auf dem ZK-Plenum vom Februar 1989 eindeutig für ein Mehrparteiensystem ausgesprochen und bereit erklärt, die Bestimmung vom Machtmonopol der Kommunistischen Partei aus der Verfassung zu nehmen. Allerdings war damals noch an ein Mehrparteiensystem auf „sozialistischer Grundlage“ gedacht worden. Um diesen – wie Brunner ihn nannte – „Sozialismusvorbehalt“³² wurde es aber bald still, weil damals offenbar schon keiner mehr sagen konnte, was Sozialismus eigentlich sei. Schließlich hat sich die USAP auf ihrem historischen Parteitag vom Oktober 1989 in „Ungarische Sozialistische Partei“

umbenannt und vom Programm her einen Standort irgendwo zwischen westeuropäischen Sozialisten und Sozialdemokraten zu besetzen versucht. Ein Antrag auf Aufnahme in die Sozialistische Internationale wurde gleich mit gestellt.

Bei den ersten freien Wahlen vom 25. März/8. April 1990 ist die Sozialistische Partei praktisch untergegangen. Sie errang gerade 33 Sitze. Sieger wurde eindeutig das national-konservative „Demokratische Forum“ mit 164 Sitzen. Überflügelt wurden die Sozialisten auch vom „Bund Freier Demokraten“ (92 Sitze) und der „Kleinlandwirte-Partei“ (44 Sitze). Stellt man die Rolle der Kommunisten/Sozialisten Ungarns für die demokratische Erneuerung in Bezug zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung, dann meint man Parallelen zu dem Schicksal des in politische Bedeutungslosigkeit abgesunkenen Bürgerforums in der ehemaligen DDR zu erkennen.

Im südosteuropäischen Vergleich wird man die Gewichtung des Hemmschuhs Kommunistische Parteien bzw. Nachfolgeorganisationen für den politischen Umbruch in Südosteuropa in einem geographischen Spannungsfeld ansiedeln müssen, das von Albanien über Serbien, Bulgarien und Rumänien auf der einen Seite, Slowenien, Kroatien und Ungarn auf der anderen Seite führt. Die geographische Demarkationslinie führt verdächtig nahe an der ehemaligen Südgrenze Österreich-Ungarns entlang.

Trends der neuen Verfassungsordnungen

In der Ordnung der politischen und Verfassungssysteme der behandelten Länder lassen sich zahlreiche Trends erkennen. Hier sollen jedoch nur zwei Fragenkomplexe herausgegriffen werden: die Staatsform und die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative.

Zur Staatsform

Alle behandelten Länder sind Republiken. Alle haben aus ihrem Namen das Attribut „sozialistisch“ oder „Volks-“ getilgt, sieht man einmal von dem nur noch auf dem Papier existierenden jugoslawischen Bundesstaat ab. Aber alle behandelten Länder waren bis zur kommunistischen Machtübernahme nach dem 2. Weltkrieg Monarchien. Und die ehemaligen Monarchen warten im Exil auf den „Ruf der Heimat“, wie „Die Welt“ am 2. Januar 1991 noch titelte. Bislang hat sie aber noch kein Land gerufen.

Leka von Albanien, Sohn des selbsternannten Königs Achmed Zogu, der 1939 vor den Italienern aus dem Lande floh, lebt im südafrikanischen Exil. Simeon II. von Bulgarien war 1943 mit 6 Jahren auf den Thron ge-

kommen, drei Jahre später aber schon von den Kommunisten aus dem Lande verjagt worden. In London lebt Kronprinz Alexander von Jugoslawien, am Genfer See König Michael I. von Rumänien. Selbst Ungarn hatte sein Monarchie-Intermezzo: Als über die Person des Präsidenten nach dem demokratischen Umbruch sinniert wurde, fiel auch der Name Otto von Habsburg.

Den Systemwandel durch Einführung bzw. Wiedereinführung einer konstitutionellen Monarchie zu vollziehen wird von den Befürwortern insbesondere mit zwei Argumenten bestritten. Zum einen könnten die Monarchen als Mittler zwischen den politischen, sich befehrenden Kräften wirken, indem sie durch Unbelastetheit zur Integrationsfigur würden. Zum anderen wären sie in der Lage, dem jeweiligen Lande durch ihre internationalen Kontakte und ihre erfolgreiche Geschäftstätigkeit dabei zu helfen, aus der politischen und ökonomischen Isolation herauszufinden.

Die Aussichten, daß sich in der weiteren Entwicklung in den Ländern Südosteuropas konstitutionelle Monarchien wieder etablieren, sind wohl kaum als hoch einzuschätzen, selbst in solchen Ländern nicht, wo monarchistische Parteien oder monarchiefreundliche sich dafür einsetzen. In Rumänien, beispielsweise, haben die historischen Parteien (Liberale und Bauernpartei) erfolglos verlangt, daß vor Verabschiedung der Verfassung über die Staatsform per Referendum abgestimmt werden sollte. Sogar in Albanien ist 1991 eine monarchistische Partei gegründet worden.

Zieht man als Parallellfall Spanien heran, wo der König eine herausragende Rolle bei der Überführung der diktatorischen Franco-Ordnung in eine westeuropäischen Maßstäben entsprechende Demokratie gespielt hat, dann möchte man den südosteuropäischen Ländern etwas Ähnliches wünschen. Die Aussicht, daß eine solche Entwicklung einsetzt, ist aber als gering einzuschätzen, selbst wenn man bei Prognosen für diesen Raum möglichst zurückhaltend sein sollte.

Zu den Beziehungen Exekutive-Legislative

Das Problem der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative betrifft in seinem Kernbereich auch die Stellung und Machtfülle des Staatsoberhauptes.

Die südosteuropäischen Länder haben ausnahmslos eine verwaltungszentralistische Tradition. Diese äußerte sich nicht zuletzt auch in der autoritären Machtvollkommenheit der obersten Staatsleitungsebenen. Mit der kommunistischen Machtübernahme hatte sich diesbezüglich wenig geändert, denn kommunistische Verfassungsordnungen beruhten auf dem sog. demokratischen Zentralismus der herrschenden Kommunistischen Parteien, d. h. eben auch auf Zentralismus, ja man könnte sagen auf einer ver-

schärften Form des Verwaltungszentralismus, der Element des Totalitarismus wurde. Auf der obersten Staatsleitungsebene äußerte sich diese Tendenz nach 1960 in der Einführung der sog. Staatsratsverfassungen (z. B. in Rumänien und Bulgarien), die gleiche Rolle spielten in Ungarn und Albanien die Präsidien der Volksversammlungen. Eigen war diesen Ordnungen, daß die jeweiligen Parteichefs den Vorsitz in den Gremien an sich zogen und ihre tatsächlich schon bestehende Machtfülle auch noch durch das Amt des formellen Staatsoberhauptes manifestierten. Rumänien ging 1974 noch weiter und führte eine echte Präsidialverfassung ein³³. Sie war auf das Machtverständnis von Ceauşescu ausgerichtet und hatte in ihrer Ausgestaltung Entsprechungen nur noch in außereuropäischen kommunistischen Verfassungsordnungen (etwa der des Nordkoreaners Kim Il Sung oder des Kubaners Fidel Castro). In dem Versuch, eine Typologie kommunistischer Verfassungsordnungen aufzustellen, kam Brunner zu der Erkenntnis: „Obwohl es eine Binsenwahrheit ist, daß zwischen politischem System und Verfassungsordnung eine Wechselbeziehung herrscht, ist es schwierig, diese Wechselseitigkeit anhand von Modellen zu definieren. Das einzige, was wir mit Sicherheit sagen können, ist die Tatsache, daß eine starke Präsidialverfassung ein tyrannisches politisches System voraussetzt“³⁴.

Wie sich die südosteuropäischen Länder nach dem Umbruch des Problems des Staatsoberhauptes angenommen haben, bleibt daher weiterhin interessant.

In allen Ländern ist das Amt eines Republikpräsidenten eingeführt worden. Dies gilt für Jugoslawien ebenfalls, doch mit der Maßgabe, daß hier die Teilrepubliken gemeint sind.

Wie stark die Position eines Präsidenten ist, zeigt zunächst seine Stellung gegenüber dem Parlament. Wird er vom Parlament gewählt, bleibt er in der Regel in eine Kontrolle eingebunden, die eine Verselbständigung in Richtung autoritärer Machtausübung einschränkt. Wird er demgegenüber direkt gewählt, erscheint seine Machtposition gestärkt, weil er seine Legitimation vom Wähler unmittelbar bezieht. Hier läge der Keim für eine diktatorische Machtausübung, wenn äußere Bedingungen dies zuließen.

Daß Ungarn mit seiner Verfassung von 1989 sich für die Wahl des Präsidenten durch das Parlament entschieden hat, wird nicht überraschen³⁵. Ebenfalls auch nicht, daß sich Kroatien mit der Verfassung von 1990 für das gleiche Modell entschieden hat. Überraschen müßte aber, daß auch Albanien diesen Weg beschritten hat und in seiner Übergangsverfassung von 1991 den Präsidenten von der Volksversammlung wählen läßt (Art. 25). Die zentralistische Tradition hätte die Gegenlösung als wahrscheinlich erscheinen lassen, doch läßt die Vorläufigkeit der Verfassung eine Endbewertung noch nicht zu³⁶.

Zu den Ländern, in denen der Präsident direkt gewählt wird und dadurch eine starke Stellung innehat, gehört zunächst Rumänien, das dies be-

reits in das Wahlgesetz vom März 1990 und dann auch in die Verfassung von 1991 (Art. 80) aufgenommen hat. Auch Bulgarien hat in seiner Verfassung von 1991 die direkte Wahl des Präsidenten normiert (Art. 92), ob schon zuvor (auch noch für den amtierenden Präsidenten Želev) die Wahl durch das Parlament erfolgte. Von den jugoslawischen Teilrepubliken ist überraschenderweise Slowenien, weniger überraschend Serbien den gleichen Weg gegangen. Betrachtet man Slowenien und Kroatien im Vergleich, so kann man feststellen, daß Slowenien nur deshalb einen Reformkommunisten zum Präsidenten und eine nichtkommunistische Mehrheit im Parlament hat, weil das Wahlrecht unterschiedlich ausgestaltet ist.

Den Grad der Öffnung der politischen Systeme in den einzelnen Ländern Südosteuropas aufgrund der Entscheidung für einen direkt gewählten oder einen parlamentsabhängigen Präsidenten zu taxieren, wird eindeutig nicht möglich sein. In einigen Fällen mag das gelingen (z. B. Rumänien, Serbien), in anderen nicht (z. B. Slowenien, Albanien). Bezeichnend ist aber auf jeden Fall, daß wir es hier mit einer Vielfalt der Formen und Details zu tun haben, die gerade das Besondere an der gegenwärtigen Verfassungsentwicklung des Raumes sind.

Schlußbemerkung

Angesichts der ungehemmt in Fluß befindlichen Entwicklungen in Südosteuropa möchte man einen Schlußsatz kaum wagen. Die mehr oder minder offenkundige Tendenz zur Angleichung der politischen und Verfassungssysteme an den westeuropäischen Standard wird man indes als Quintessenz vertreten können. Doch wäre es verfehlt, westeuropäische Maßstäbe überall dort ansetzen zu wollen, wo politische und verfassungsrechtliche Änderungen in diesen Ländern einer Einordnung in Konzepte harren. Ronneberger hat in seinem 1982 geschriebenen Aufsatz „Das Stabilitätsproblem der politischen Systeme Südosteuropas“ den Satz stehen: „Es gehört zu den aufregenden Erlebnissen meiner Generation, im Umgang mit den politischen Wirkkräften Südosteuropas gelernt zu haben, daß Gleichbenanntes nicht auch materiell das Gleiche ist“³⁷. Denn das Verständnis von Staat, Gesellschaft, Ordnung und Autorität, von politischen Parteien und vielen anderen politischen Begriffen sei oft ein anderes als in Westeuropa. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Erkenntnis gegenwärtig als überholt erscheinen oder auch weiterhin Geltung beanspruchen kann.

Anmerkungen

- 1 A. Sterbling: Demokratisierungsprobleme in Südosteuropa, in: Südosteuropa, 1991 Nr. 6, S. 307 ff.
- 2 Ebenda, S. 308.
- 3 Bereinigter Wortlaut in M. K. 1989 Nr. 74, S. 1244; dt. Text mit den nachträglichen Änderungen in: Hatályos magyar jogszabályok (Geltende ungarische Rechtsnormen) I/Nr. 26 (1990), S. 1625 ff. – Vgl. dazu auch F. Majoros: Änderung der ungarischen Staats- und Verfassungsordnung Teil II: Die ungarische Verfassung vom 23. Oktober 1989, in: Berichte des BIOst Köln. 1990 Nr. 27, 38 Seiten.
- 4 Deutsch in: H. Roggemann (Hg.): Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten. Band 2, Länderteil Jugoslawien, 1.0.0.
- 5 Sl. l. 1988 Nr. 70, Pos. 932.
- 6 Verfassung Serbiens vom 28. 9. 1990 (Sl. gl. 1990 Nr. 1 NF, Pos. 1); vgl. dazu auch Jahrbuch für Ostrecht. 1991 1. Hb., S. 154–155. Verfassung Kroatiens in: N. n. 1990 Nr. 56, Pos. 1092 (in Kraft ab 1. 1. 1991).
- 7 Verfassungsänderung vom 27. 9. 1989 (U. l. 1989 Nr. 32, Pos. 1704).
- 8 Vgl. dazu Recht in Ost und West 1991, S. 15–16.
- 9 D. V. 1991 Nr. 56, S. 1; dt. Text in: Verfassung der Republik Bulgarien, Sofia 1991.
- 10 MO. 1991 Nr. 233, S. 1.
- 11 G. Z. 1991 Nr. 4, S. 145. Der genaue Titel lautet: Gesetz über die Hauptvorschriften der Verfassung; dt. Text in: Osteuropa Recht. 1991 Nr. 4, S. 288–296.
- 12 Vgl. im einzelnen M. Cebulla/M. Cebulla: Das albanische Gesetz über die Hauptvorschriften der Verfassung, in: Osteuropa Recht. 1991 Nr. 4, S. 286–288; W. Stoppel in: Recht in Ost und West. 1991, S. 202.
- 13 *Ungarn*: Gesetz Nr. XXXIII vom 19. 10. 1989 über die Tätigkeit und Wirtschaftsführung der Parteien (M. K. 1989 Nr. 77, S. 1298); *Rumänien*: Dekret-Gesetz Nr. 8 vom 31. 12. 1989 betreffend die Registrierung und Funktionsweise politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen in Rumänien (MO 1989 Nr. 9, S. 2), dt. in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht. 1989, S. 365; *Bulgarien*: Gesetz vom 4. 4. 1990 über die politischen Parteien (D. V. 1990 Nr. 29, S. 5); *Jugoslawien*: Gesetz vom 25. 7. 1990 über die Bildung von Vereinigungen, gesellschaftlichen und politischen Organisationen von Bürgern für das Gebiet der SFRJ (Sl. l. 1990 Nr. 42, Pos. 667); *Albanien*: Gesetz Nr. 7502 vom 25. 7. 1991 über politische Parteien (G. Z. 1991 Nr. 5, S. 253).
- 14 Vgl. B. Meissner: Die Rechtsstellung der KPdSU, in: Jahrbuch für Ostrecht. 1961, 2. Hj., S. 10f. (unter Bezug auch auf den Verfassungsbegriff von Maurach).
- 15 G. Tontsch: Das Verhältnis von Partei und Staat in Rumänien. Kontinuität und Wandel 1944–1982, Köln 1985.
- 16 Vgl. G. Brunner: Ungarn auf dem Weg zu einer pluralistischen Demokratie, in: Zeitschrift zur politischen Bildung und Information. 1990 Nr. 1, S. 82.
- 17 MO 1989 Nr. 1, S. 1; dt. Text in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht. 1989, S. 282.
- 18 D. V. 1990 Nr. 6, S. 1.
- 19 Siehe Fn. 6; hier Art. 6 Verfassung (politischer Pluralismus).
- 20 Zu den Anfängen des Wandels vgl. J. Grotzky: Der schwierige Weg zur Demokratie. Beobachtungen in Albanien, in: Osteuropa. 1991 Nr. 5, S. 431–437.
- 21 Über die Parteienlandschaft vgl. I. Beshiri: Pluralismus in Albanien, in: Südosteuropa. 1991 Nr. 10, S. 542–551.

- 22 Allerdings hat Anfang Dezember 1991 die Demokratische Partei ihre sieben Minister aus der Koalitionsregierung zurückgezogen.
- 23 Vgl. die Analyse von H.-J. Hoppe: Bulgariens dorniger Weg zur Demokratie, in: Osteuropa. 1991 Nr. 9, S. 887–904 (895–896).
- 24 W. Höpken: Die Wahlen in Bulgarien – ein Pyrrhus-Sieg für die Kommunisten?, in: Südosteuropa. 1990 Nr. 7–8, S. 429–457.
- 25 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 11. 11. 1991, S. 5
- 26 „Die Welt“ vom 14. 1. 1992 („Bulgariens Staatspräsident Schelew erlitt deutliche Wahlschlappe“).
- 27 Vgl. dazu auch Th. Brey: Jugoslawien: Der Vielvölkerstaat zerfällt II. Zentrifugale Kräfte und ihre Wirkung, in: Osteuropa. 1991 Nr. 7, S. 709–724 (709–710).
- 28 Zum Umbruch in Rumänien vgl. A. U. Gabanyi: Die unvollendete Revolution, München/Zürich 1990, passim.
- 29 Siehe oben Fn. 13.
- 30 Dekret-Gesetz Nr. 30 vom 18. 1. 1990 (MO 1990 Nr. 12, S. 4).
- 31 Vgl. auch A. U. Gabanyi: Die Wahlen in Rumänien, in: Südosteuropa. 1990 Nr. 7–8, S. 405–428.
- 32 G. Brunner, a. a. O. (Fn. 16), S. 82.
- 33 Vgl. G. Tontsch, a. a. O. (Fn. 15), S. 43–47; ders.: Verfassungsentwicklung und Rechtssystem Rumäniens 1965–1988. Ein Überblick, in: Rumänien nach 1945. München 1989, S. 194–197.
- 34 G. Brunner: Constitutional Models in Communist States. A Typological Overview, in: F. J. M. Feldbrugge (Hg.): The Distinctiveness of Soviet Law. Dordrecht u. a. 1987, S. 29.
- 35 M. Szabó (Das erste Jahr der Republik Ungarn: Von der Etablierung der parlamentarischen Demokratie zu ihrer ersten Krise, in: Südosteuropa. 1991 Nr. 3–4) meint (S. 156), „gesiegt hat die Angst vor dem ‚starken Mann‘“.
- 36 Vgl. auch M. Schmidt-Neke: Der albanische Verfassungsentwurf: Von der Volks- zur Präsidialrepublik, in: Südosteuropa. 1991 Nr. 2, S. 74–75.
- 37 F. Ronneberger: Die politischen Systeme Südosteuropas. München/Wien 1983, S. 12.

Roland Schönfeld

Wandel der Wirtschaftssysteme in Ostmittel- und Südosteuropa

Die osteuropäischen Länder sind nach dem Ende der sowjetischen Hegemonie und dem Zusammenbruch ihrer kommunistischen Regime von einem rasanten, vor wenigen Jahren noch unvorstellbaren politischen und wirtschaftlichen Wandel erfaßt worden. Die aufgezwungene sozialistische Ordnung hatte in so eklatanter Weise versagt, daß unter dem Druck der Bevölkerung mit dem Sturz der alten Machthaber auch der Abbau ihrer „Errungenschaften“ und die Errichtung parlamentarischer Demokratien und freier Marktwirtschaften nach westlichem Muster betrieben wurden.

Hoffnungen auf Freiheit und Mobilität, Rechtssicherheit, politische Partizipation, nationale Selbstbestimmung, auf persönliche Entfaltung und breiten Wohlstand waren mit dem radikalen Systemwechsel eng verknüpft. Durch eine völlige Preisgabe der zentralen Produktionsplanung, des staatlichen Binnen- und Außenhandelsmonopols und des Prinzips der sozialisierten Produktionsmittel sollte der von privatem Unternehmertum getragenen Wettbewerbswirtschaft Tür und Tor geöffnet werden. Es ist erstaunlich, welche geringe Spuren die jahrzehntelange, systematische Verteufelung des „kapitalistischen“ Wirtschaftssystems im Bewußtsein der Menschen hinterlassen hatte.

Rahmenbedingungen der Transformation

Doch der Übergang zur Marktwirtschaft erwies sich in allen ehemals kommunistischen Ländern als äußerst schwierig. Zwar ist die sogenannte Transformation nicht ohne Beispiel. Mehrere westeuropäische Länder, auch die Bundesrepublik Deutschland, haben in der Nachkriegszeit Erfahrungen gesammelt, wie Planungselemente – staatliche Festpreise, Produktionsauflagen, vorgeschriebene Wege, Konsumrationierung und Devisenbewirtschaftung – nach und nach wieder beseitigt werden können. Aber es handelte sich in diesen Fällen um mehr oder weniger unvollkommene Zentralverwaltungswirtschaften, welche die Entscheidungsbefugnisse der privaten Unternehmer beschnitten, die Privatwirtschaft aber im wesentlichen unangetastet ließen.

Die Ausgangslage der Transformation, wie sie die neugewählten demokratischen Regierungen in Osteuropa vorfanden, war eine gänzlich andere. Um die zentrale politische Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung

ihrer Länder zu gewährleisten, hatten die kommunistischen Regime sämtliche Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und Versicherungen verstaatlicht, den Güter- und Kapitalverkehr mit dem Ausland monopolisiert und die Bauern fast überall in Produktionsgenossenschaften gezwungen. Der Wettbewerb auf den Binnenmärkten wurde eingestellt, das private Unternehmertum abgeschafft.

Zwar ermöglichte die umfassende Beherrschung der wirtschaftlichen Prozesse insbesondere in den rückständigen Balkanländern eine rasche Industrialisierung, doch die Isolation vom Weltmarkt und die willkürliche zentrale Preissetzung für Güter und Dienstleistungen hatten verheerende Folgen. Nach jahrzehntelanger Fehlsteuerung von Investitionen und Verschwendung knapper Ressourcen, inkompetenter Wirtschafts- und Unternehmensführung, Konkurrenzunfähigkeit auf den westlichen Auslandsmärkten, einer wachsenden „technologischen Lücke“ und verantwortungslosem Umgang mit der Umwelt stürzten die osteuropäischen Länder in den achtziger Jahren in eine schwere Krise. Auch die Sowjetunion zeigte sich immer weniger imstande, die Mißwirtschaft ihrer Bündnispartner durch preiswerte Energie- und Rohstofflieferungen zu subventionieren. Als die kommunistische Herrschaft zusammenbrach, waren diese Volkswirtschaften weitgehend zugrunde gerichtet.

Die neugewählten demokratischen Regierungen traten ein schweres Erbe an. Ihre Länder waren gegenüber dem Ausland hochverschuldet. Zins- und Tilgungszahlungen für die Auslandskredite zehrten einen Großteil der Deviseneinnahmen auf. Mit der Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion gingen die wichtigsten Märkte für industrielle Exportprodukte verloren, die in westlichen Ländern keinen Absatz fanden. Krasse Infrastrukturmängel, vor allem der primitive Stand der Telekommunikation und das unzulängliche, heruntergekommene Straßen- und Schienennetz, aber auch verheerende Umweltschäden erschwerten den Neuanfang.

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen für einen radikalen Systemwechsel waren somit denkbar ungünstig. Als die zentrale Wirtschaftsplanung aufgegeben wurde, verschärften sich die Krisensymptome. Einen enormen Kaufkraftüberhang bei der Bevölkerung machte die Liberalisierung der Warenpreise sichtbar. In allen ehemals sozialistischen Volkswirtschaften wurden durch die Deregulierung mehr oder weniger rasante Inflationsspiralen in Gang gesetzt. Die Abschaffung des Außenhandelsmonopols und der Einfuhrkontingierung beschleunigten den Produktionsrückgang.

Mitten im Transformationsprozeß sahen sich die osteuropäischen Regierungen zu einer restriktiven Haushaltspolitik gezwungen, um die Inflation einzudämmen und die Wirtschaft zu sanieren. Auch der Internationale Währungsfond übte Druck auf die Regierungen aus, da er von Anfang

an seine Kreditzusagen davon abhängig machte, daß deren Budgetdefizite nicht über 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinauswuchsen. Zwar wurden in allen diesen Ländern schrittweise neue, dem marktwirtschaftlichen System adäquate direkte und indirekte Steuern eingeführt, doch sie warfen unzureichende Erträge ab und die bisherige Haupteinnahme des Staates, die Abgaben der Betriebe, schrumpfte beträchtlich. Die Regierungen beschnitten die bisher üblichen Subventionen für Grundnahrungsmittel und trugen damit zu den Preissteigerungen auf diesem besonders empfindlichen Sektor und zu Realeinkommensverlusten bei.

Sie beschränkten auch die Subventionen für Verluste erzielende Staatsbetriebe ein und drängten mit dieser Maßnahme manche weniger bedeutende, aber unter günstigeren Umständen sanierungsfähige mittelgroße Unternehmen in die Illiquidität. Von solchem Schicksal verschont blieben die meist besonders angeschlagenen staatlichen Mammutkonzerne der Grundstoff-, Stahl-, Chemie-, Fahrzeug- und Rüstungsindustrie, um Massenentlassungen und soziale Spannungen zu vermeiden. Diese politisch womöglich richtige Strategie war in wirtschaftlicher Hinsicht äußerst schädlich.

Die Last der staatlichen Unternehmen

Solche meist branchenbeherrschenden Großbetriebe verhindern in vielen Sektoren erfolgreich die Durchsetzung des Wettbewerbs und die Bildung freier Marktpreise. Selbst die Aufspaltung der Konzerne in selbständige Unternehmenseinheiten bringt wenig, da die Betriebsleiter sich untereinander kennen und Absprachen treffen. Auf den monopolistisch dominierten Märkten bestimmen diese Staatsunternehmen die Preise und tragen damit erheblich zur Beschleunigung der Geldentwertung und zur Verarmung der Bevölkerung bei. Selbst eine restriktive Geldpolitik der Nationalbank vermögen sie zu unterlaufen.

Zwar wurden inzwischen in allen osteuropäischen Ländern die Filialen der Nationalbanken zu nach wie vor meist staatlichen Geschäftsbanken verselbständigt. Dieses zweistufige Bankensystem könnte als Basis für den Aufbau einer wettbewerbsorientierten Kreditwirtschaft dienen. Dafür sind kaum Ansätze sichtbar. Wie in den staatlichen Großbetrieben gab es in den Führungspositionen der Geschäftsbanken seit der Wende kaum personelle Änderungen. Alte persönliche Beziehungen zu den Banken wie auch zu den staatlichen Lieferfirmen werden genutzt, um dem eigenen Betrieb die zum Ausgleich der Verluste nötigen Finanzierungsmittel zu verschaffen.

So ist in diesen Ländern zur Unternehmensverschuldung aus sozialistischer Zeit eine gigantische zusätzliche Kreditbelastung der Betriebe un-

tereinander getreten. Die rumänische Regierung hat die Geschäftsbanken seit 1990 schon zweimal veranlaßt, die Staatsunternehmen von ihren Kreditverpflichtungen zu befreien. Den Leitern der großen Staatskonzerne ist es ein Leichtes, ihre Regierung mit der Drohung des Verlusts von Tausenden von Arbeitsplätzen unter Druck zu setzen und weitere Entschuldungen und Subventionierungen zu erzwingen. Bei solchen Erpressungsmanövern werden sie von ihren um die Arbeitsplätze bangenden Arbeitern und Angestellten wie auch von den Gewerkschaften unterstützt.

Ihre Existenzberechtigung beziehen die Leiter der staatlichen Unternehmen nicht aus ihren Führungsqualitäten, eher aus ihrer Unentbehrlichkeit. Verantwortliche und fähige Manager sind rar. Bis zum Ende der sozialistischen Planwirtschaft besaßen die Leiter der Staatsbetriebe kaum Entscheidungsbefugnisse und wurden von einer überdimensionierten und ebenso unfähigen Ministerialbürokratie gegängelt. Eigeninitiative und Risikobereitschaft wurden im Sozialismus nicht belohnt, sondern bestraft. Nicht selbständiges, entscheidungsfreudiges und kostenbewußtes Management waren gefragt, sondern die Erfüllung der Planvorgaben, wenn nötig um jeden Preis. Der Versuch, durch die Aufspaltung und Verselbständigung der Staatsunternehmen und ihre Umwandlung in Kapitalgesellschaften die Betriebsleitungen zu mehr Eigenverantwortung und Finanzdisziplin zu zwingen, mißlang. Die Regierungen konnten sich aus sozialen und politischen Gründen nicht entschließen, auch nur die schlimmsten Verlustbringer zu liquidieren. Da sich vor allem die Großunternehmen jederzeit am staatlichen Subventionstropf bedienen können, bleibt ihnen die heilsame Konkursdrohung erspart.

Der eklatante Mangel an fähigen Managern behindert somit den Übergang zur Marktwirtschaft und erschwert die Sanierung der Staatsbetriebe. Inkompetente Leiter staatlicher Unternehmen üben quasi Eigentümerrechte aus, da mit dem Ende der Planwirtschaft auch die staatliche Kontrolle über die Betriebe weitgehend entfallen ist, während eine Kontrolle der Rentabilität und der Konkurrenzfähigkeit durch den Markt noch nicht funktioniert. Um ihre Existenz zu sichern, auch um sich persönlich zu bereichern, verkaufen sie wertvolle und unentbehrliche Vermögensbestandteile des ihnen anvertrauten Unternehmens und schieben sich, ihren Angestellten und ihren Kollegen in anderen Betrieben auf Kosten des Staates materielle Vorteile zu. Ihre Kumpanei mit einer oft korrupten Verwaltung, wiederholte Bereicherungs- und Bestechungsskandale erregen den Unwillen der Bevölkerung. Die Tatsache, daß Angehörige der ehemals privilegierten Klasse, der kommunistischen Nomenklatura, nach wie vor die meisten Leitungsfunktionen in den staatlichen Betrieben und in der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, der überkommene Beamtenapparat praktisch fortbesteht und von den Regierungen nur sehr zögerlich aus-

gewechselt oder gar reduziert wird, ist eines der schwierigsten Probleme im Transformationsprozeß.

Fast alle postkommunistischen Länder haben inzwischen ihre Verfassungen geändert und wirtschaftsrelevante Rechtsrahmen nach westlichem Vorbild geschaffen. Die neuen Gesetze sichern den Marktzugang und den Wettbewerb, garantieren das Privateigentum an den Produktionsmitteln und bieten den Regierungen ein finanz-, den Notenbanken ein geldpolitisches Instrumentarium zur konjunkturellen Lenkung der Volkswirtschaft. Die bestehende Sozialgesetzgebung wird vervollständigt, um die Bürger gegen die Unwägbarkeiten der marktwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere gegen Arbeitslosigkeit abzusichern.

Doch die Anwendung und Durchführung der neuen Gesetzeswerke scheitert oftmals an der Unkenntnis und mangelnden Erfahrung der zuständigen Verwaltungen, nicht selten wohl auch am Widerstand der alten Kader. Um diese schwerwiegenden Mängel in der Wirtschaftsverwaltung und im Management der staatlichen Betriebe zu heilen, ist ein langwieriger Lernprozeß notwendig. Eine zureichende Ausbildung von Verwaltungs- und kaufmännischem Personal wird ohne die Anleitung von erfahrenen Fachkräften aus dem Westen kaum möglich sein. Um die Managerlücke allmählich und wenigstens im Laufe einer Generation zu schließen, bedarf es entsprechender Schulungsstätten und der Praxis in ausländischen Unternehmen.

Anpassungskrise

Die wirtschaftliche Transformation wird allen betroffenen Ländern durch eine ausgeprägte Anpassungskrise erschwert. Der Schrumpfungprozeß hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, das die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre für Ost- und Südosteuropa übertrifft. Bei allen Vorbehalten gegenüber der ungenügenden und ungenauen Erfassung und Berechnung der relevanten statistischen Daten ist es wohl realistisch anzunehmen, daß das Bruttoinlandsprodukt in der gesamten Region bis Ende 1992 im Vergleich zu 1989 um ein Fünftel, in Bulgarien um fast 40 Prozent, in Albanien um mehr als die Hälfte gesunken ist. Besonders drastisch ist der Einbruch bei der Industrieproduktion, die seit der Wende mehr als ein Drittel, hier und da nahezu die Hälfte ihres Volumens einbüßte.

Die Ursachen dieses Absturzes, der sich schon in den späten achtziger Jahren anbahnte, ist vor allem in den Erblasten des Sozialismus zu suchen. Die notwendige, vom Binnen- und Außenmarkt erzwungene Strukturanpassung ist wegen des technologischen Rückstands, der mangelnden Innovationsfähigkeit und Konsumorientierung der staatlichen Betriebe beson-

ders schmerzhaft. Durch den Zusammenbruch traditioneller Handelsnetze auf den Binnen- und Außenmärkten wurde die Absatzkrise verschärft. Nach dem Ende der zentralen Planung versagte die gewohnte Warenverteilung im Inland, sobald die Betriebe über ihren Ein- und Verkauf selbständig entscheiden konnten. Die Liberalisierung des Außenhandels bot den Konsumenten im Rahmen der Importmöglichkeiten eine größere Auswahl qualitativ besserer und oft auch preiswerterer Waren.

Mit der Auflösung des Comecon und der zunehmenden Wirtschaftskrise in Osteuropa schwand ein bedeutender Markt für minderwertige, auf dem Weltmarkt unverkäufliche Industrieprodukte. Auch die Desintegration der UdSSR und die wirtschaftliche Talfahrt ihrer nunmehr selbständigen, in der GUS nur noch lose verbundenen Republiken macht den ehemals sozialistischen Partnerländern schwer zu schaffen. Ihre ausschließliche Quelle für preiswerte, ohne Devisenaufwand in Kompensation beziehbare Energie- und sonstige Rohstoffe ist versiegt. Der gesamte Außenhandel in der Region wird in Dollar und zu Weltmarktpreisen berechnet. Dabei behindern diese mit schweren Zahlungsbilanzproblemen belasteten Länder untereinander ihre Ausfuhren durch eine Schutzzollpolitik und quantitative Einfuhrrestriktionen. Geplante Freihandelsvereinbarungen, wie zwischen der CSFR, Polen und Ungarn, sind noch nicht zustande gekommen.

Sämtliche ost- und südosteuropäischen Länder haben nach dem Umbruch ihre Handelsbeziehungen zu den westlichen Industriestaaten intensiviert, um die Einbußen durch das Wegbrechen des früheren Comecon-Marktes wenigstens teilweise ausgleichen. Dazu wurden die Währungen beträchtlich und wiederholt abgewertet, einheitliche Wechselkurse geschaffen und die Ankaufspreise für Devisen den bisherigen Schwarzmarktkursen angeglichen. Die Exportförderung ist in recht erstaunlichem, wenn auch von Land zu Land sehr unterschiedlichem Umfang, nicht zuletzt dank dem Entgegenkommen der Europäischen Gemeinschaft, gelungen.

Beträchtliche Ausfuhrerfolge im Westen erzielten 1990 und 1991 vor allem Polen und Ungarn. Die ungarischen Exporteure vermochten den Anteil der Westmärkte am gesamten Ausfuhrvolumen auf 71 Prozent zu steigern und damit etwa die Hälfte der Absatzverluste im Osten zu kompensieren. Für 1992 zeichnet sich nach dem beträchtlichen Defizit im Vorjahr durch den rezessionsbedingten Rückgang der Importe ein Überschuß der Handelsbilanz ab. Eine deutliche Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage in Polen, Ungarn und der CSFR wird vom Inkrafttreten der Interimsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft im April 1992 erwartet. Doch die Widrigkeiten sind nach wie vor immens. Wichtige Exportprodukte der ost- und südosteuropäischen Länder wie Stahl, Nahrungsmittel und Textilien treffen im Gemeinsamen Markt auf große Vor-

behalte und werden streng kontingentiert. Dagegen sind ihre weitgehend liberalisierten Industrieerzeugnisse auf den hart umkämpften westlichen Märkten zumeist weder qualitativ noch preislich konkurrenzfähig.

Die postkommunistischen Balkanländer sind aufgrund ihres Entwicklungsrückstands und einer weniger privilegierten Position im Gemeinsamen Markt deutlich benachteiligt. Fast alle leiden unter chronischen Leistungsbilanzdefiziten, da ihre ausgeprägte Einfuhrabhängigkeit einer Restriktionsstrategie Grenzen setzt und andere Deviseneinnahmen, etwa aus dem Tourismus, insbesondere in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, versiegt sind. Sämtliche ehemals jugoslawischen Republiken haben durch den Zusammenbruch des innerjugoslawischen Handels, die Blockade der Verkehrswege, durch Kriegsschäden wie auch durch das Ausbleiben der Gastarbeiterüberweisungen und der ausländischen Feriengäste schwere Verluste erlitten.

Soweit die Auslandsschulden der ost- und südosteuropäischen Länder überhaupt noch bedient werden können, saugen Verzinsung und Tilgungszahlungen einen Großteil der Deviseneinnahmen auf. Nach Berechnungen des WIIW ist die Auslandsverschuldung (brutto) der gesamten Region bis Ende 1991 auf 180 Mrd. US\$ angestiegen. Davon entfallen 70,0 Mrd. US\$ auf die ehemalige UdSSR, 46,5 auf Polen, 22,0 auf Ungarn, 18,5 auf das frühere Jugoslawien, 11,6 auf Bulgarien, 9,3 auf die CSFR und 2,1 Mrd. US\$ auf Rumänien. Die Auslandsguthaben der ost- und südosteuropäischen Länder sind seit 1990 stark zurückgegangen, Rumänien und Albanien haben ihre Devisenbestände praktisch aufgebraucht. Bulgarien erklärte mit der Einstellung von Verzinsung und Tilgung der Auslandsschulden bereits im März 1990 seine Zahlungsunfähigkeit. Ohne die Stützungskredite des Internationalen Währungsfonds sowie die Geduld und das Entgegenkommen der öffentlichen und privaten Gläubiger wären die meisten dieser Staaten illiquid.

Die gefährlichste, der wirtschaftlichen Sanierung am stärksten hinderliche Seuche, von der die gesamte Region seit 1990 heimgesucht wurde, ist die durch die Freigabe der Warenpreise aufgedeckte, von staatlichen Budgetdefiziten und marktbeherrschenden Staatsunternehmen angeheizte Inflation. Die chronischen Ausgabenüberschüsse der Regierungen werden wegen der geringen Kapitalbildung nur teilweise durch die Ausgabe von Staatsanleihen, aber vorwiegend durch Zentralbankkredite finanziert, die für einen ständigen Inflationsdruck sorgen.

Rasante Preissteigerungen verleiten zur Spekulation und unbedachten Kreditaufnahme, zu Käufen und Investitionen, die Effizienzkriterien nicht standhalten. Die Unrentabilität von Produktionsanlagen wird verschleiert. Betriebe werden am Leben erhalten, die kostengünstig arbeiten und liquidiert werden müßten. Diese fortgesetzte Fehlallokation verschwendet knappe Produktivkräfte und höhlt die Volkswirtschaft aus. Ersparnisse

der Bevölkerung und somit verfügbares Investitionskapital werden vernichtet. Da die Löhne den Preissteigerungen in der Regel nachhinken und der Staat zur Dämpfung der Inflation die Tarifentwicklung bremst, sinken die Realeinkommen. Die Bevölkerung verarmt.

In den meisten postkommunistischen Ländern haben sich die Regierungen trotz eines unzureichenden und unvollkommen wirksamen geld- und fiskalpolitischen Instrumentariums der Aufgabe der Inflationsbekämpfung unverzüglich und energisch angenommen. Schon im Laufe des Jahres 1991 konnte der Preisauftrieb in einigen Staaten der Region gebremst werden. So sank die Inflationsrate in Polen gegenüber dem Vorjahr von 586 auf 70 %. Auch in der CSFR und in Ungarn wurde die Geldentwertung mit einer Jahresrate von 58 bzw. 35 % unter Kontrolle gebracht. Dagegen stiegen die rumänischen Konsumentenpreise um 165 % und Bulgarien verzeichnete einen traurigen Balkanrekord von 480 %, der nur noch von den Hyperinflationen Serbiens und Albaniens übertroffen wird.

Der erfolgreiche Kampf gegen die Inflation durch Budget- insbesondere Subventionskürzungen und die Verknappung und Verteuerung von Krediten konfrontiert diese Länder im Transformationsprozeß mit einem bisher unbekanntem gesellschaftspolitischen Phänomen, der Arbeitslosigkeit. Obwohl die Regierungen bemüht sind, durch Erhaltung staatlicher Großbetriebe und aufgeblähter Verwaltungen Beschäftigungspolitik zu treiben und die Arbeitslosenquote bisher nirgends über 10 bis 12 % gestiegen ist, wird doch allgemein, vor allem durch die geplanten Privatisierungen, mit einer rasch wachsenden Arbeitslosigkeit gerechnet. Zweifellos werden sich durch diese Entwicklung bereits latent vorhandene soziale Spannungen verschärfen. Lähmende Dauerstreiks, wie im Sommer 1992 in Polen, sind ein Signal verbreiteter Unzufriedenheit. Unmut und Verzweiflung über die sich ständig verschlechternden Lebensumstände gefährden die politische Stabilität dieser Länder und verringern die Akzeptanz der Bevölkerungen für eine möglichst rasche Transformation zur funktionierenden, von privatem Unternehmertum getragene Marktwirtschaft.

Die Entstaatlichung der Wirtschaft

Ihre Erkenntnis der Gefahren des Transformationsprozesses hat die Regierungen der ehemals sozialistischen Länder wohl veranlaßt, die Flucht nach vorn anzutreten und die Entstaatlichung der Wirtschaft mit umwälzenden Maßnahmen energisch voranzutreiben. Über dieses wirtschaftspolitische Ziel und seine Begründung besteht weitgehend Einigkeit. Die verheerenden Folgen der Sozialisierung der Produktionsmittel und die der Öffentlichkeit mit der ineffizienten Staatsindustrie aufgebürdeten finanziellen Lasten sind zu augenscheinlich, als daß die Rückzugsgefechte der exi-

stanzbedrohten früheren kommunistischen Nomenklatura oder die Argumente sozialistischer Nostalgiker die im Gang befindliche Debatte nennenswert beeinflussen könnten. Doch über die Art der Maßnahmen zur Entstaatlichung und Privatisierung, über die Reihenfolge und das Tempo ihrer Anwendung wird in den Parlamenten heftig gestritten.

Diese auch in den Medien und in der Öffentlichkeit geführte Diskussion nimmt zu, je stärker die Auswirkungen der Transformation des Wirtschaftssystems auf die Realeinkommen und den Lebensstandard, auf den Arbeitsmarkt und die Sicherheit der Arbeitsplätze fühlbar werden. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Ost- und Südosteuropa durch abrupte Kehrtwendungen in der Preis- und Außenhandelspolitik führte dazu, daß die nach der Wende in einigen dieser Länder auch von ausländischen Experten angepriesene „Schocktherapie“ des Allesaufeinmal an Glanz eingebüßt hat und bei der Privatisierung des staatlichen Produktivvermögens vorsichtiger, stufenweise Strategien empfohlen werden. Dabei heißen die Bevölkerungen das privatwirtschaftliche Prinzip trotz zunehmender Vorbehalte gegenüber einigen „Auswüchsen“ grundsätzlich gut. Von der Privatisierung der Produktions- und Verteilungsprozesse wird die Sanierung und der Wiederaufbau der Volkswirtschaften und damit die rasche Überwindung der Anpassungskrise erwartet.

Die Regierungen selbst möchten sich dringend von der untragbaren Last der unter marktwirtschaftlichen Bedingungen immer unrentabler agierenden Staatsbetriebe befreien. Die Fähigkeit der Regierungen, auch nur einen nennenswerten Teil des staatlichen Produktionsapparates zu sanieren und aus der Verlustzone zu führen, wird angesichts des eklatanten Mangels an Kapital und an kompetenten Managern als gering eingeschätzt. Vermutlich ist eine beträchtliche Zahl der Staatsunternehmen überhaupt nicht mehr zu retten, weil die sozialistische Produktionsstruktur mit dem weltwirtschaftlichen Nachfrageprofil nicht übereinstimmt. Doch vor dem massenhaften Ausgrenzen solcher konkursreifer Betriebe, ihrer Liquidation und der Freisetzung ihrer Arbeitskräfte scheuen die Regierungen aus politischen Gründen zurück. Von der Förderung der Privatwirtschaft erhofft man sich nicht nur eine breite Effizienzsteigerung, sondern durch das zunehmende Angebot privater Arbeitsplätze auch die Entschärfung des sozialen Zündstoffs grassierender Massenarbeitslosigkeit.

Was sich in diesen Jahren in den Volkswirtschaften Ost- und Südosteuropas abspielt, ist das wohl eindrucksvollste ordnungspolitische Experiment dieses Jahrhunderts. Noch nie vorher wurde versucht, eine derartige Masse an staatlichem Produktivvermögen zu privatisieren. Bisherige Privatisierungsstrategien in Industrie- und Schwellenländern wie Großbritannien, Chile, Mexiko oder Malaysia beschränkten sich auf erheblich weniger umfangreiche Projekte und erstreckten sich über längere Zeiträume.

Auch waren in der Regel funktionierende Märkte wie Wertpapierbörsen für das von der Regierung angebotene Sachkapital, eine kaufkräftige inländische Nachfrage und ein beträchtliches Interesse ausländischer Investoren vorhanden. Die dort gesammelten Erfahrungen zeigen, daß eine Privatisierung staatlicher Betriebe unmittelbar mit Effizienzgewinnen und Wohlfahrtssteigerungen verbunden ist. Gemessen an finanziellen Erfolgskriterien schneiden die Privatunternehmen in der Regel unvergleichlich viel besser ab als ihre staatlichen Vorgänger. Auch die befürchteten Einbrüche bei der Beschäftigung durch Rationalisierungsmaßnahmen wurden durch eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften bald beseitigt.

Die in Ost- und Südosteuropa so populären westlichen Marktwirtschaftssysteme verdanken ihren Erfolg in erster Linie dem privaten Unternehmertum. Ein breit gestreutes Privateigentum am volkswirtschaftlichen Sachvermögen und die damit verbundene Bildung eines umfassenden Mittelstandes nehmen beim Aufbau einer freiheitlichen Ordnung eine Schlüsselstellung ein. Der Praxis-Vergleich zwischen „kapitalistischer“ Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft hat erwiesen, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln einen kostengünstigeren und somit sparsameren Umgang mit den verfügbaren Ressourcen – Arbeit, Geld- und Sachkapital – gewährleistet. Private Unternehmen, deren Verluste nicht auf Dauer durch staatliche Subventionen abgedeckt werden, sehen sich durch den Wettbewerb zur größtmöglichen Wirtschaftlichkeit und zur ständigen Verbesserung der Produktionsverfahren durch die Anwendung des technischen Fortschritts gezwungen.

Nur private Kapitaleigner, die an Rentabilität persönlich interessiert sind und deren Fehldispositionen durch Verluste bestraft werden, sorgen dafür, daß Investitionsmittel dorthin fließen, wo sie den höchsten Ertrag erbringen. Sämtliche Kosten wirtschaftlicher Transaktionen – zur Informationsbeschaffung, Verhandlungsführung, Entscheidungsfindung, Risikobewältigung etc. – sind niedriger, wenn sich die Produktionsmittel in privaten Händen befinden. Gewinne und Verluste privater Unternehmen werden internalisiert, d. h. sie fallen den Aktionären oder Gesellschaftern zu, welche die von ihnen bestellten Managern kontrollieren, soweit sie nicht überhaupt mit diesen identisch sind. Ihre Bereitschaft, Risiken zu übernehmen, ist höher.

Staatsbetriebe sind nicht von vornherein gewinnorientiert, sondern verfolgen meist auch andere als betriebswirtschaftliche Ziele. Sie geraten leichter in die Verlustzone und verharren dort länger, da Finanzierungslücken vom Staat geschlossen werden. Ihre Verluste werden sozialisiert, d. h. sie werden von der Allgemeinheit getragen. Selbst in einem marktwirtschaftlichen Umfeld sind staatliche Unternehmen zumeist unrentabel und auf Subventionen angewiesen, obwohl sie dort dem ungehinderten Wettbewerbsdruck zahlreicher privater Firmen ausgesetzt sind. Kein Staat

kann auf Dauer Eigentümerrechte und -pflichten für die Produktionsmittel einer ganzen Volkswirtschaft wahrnehmen.

Für die postkommunistischen Länder Ost- und Südosteuropas ist die Privatisierung der Wirtschaft zu einer Existenzfrage geworden. Die aus der Staatskasse finanzierten Verluste der Betriebe steigern die Budgetdefizite und konterkarieren die Stabilitätspolitik der Regierungen. Die von den staatlichen Unternehmen beanspruchten und verschwendeten Ressourcen werden der Privatwirtschaft vorenthalten. Fachkräfte sind an unproduktive und letzten Endes aussichtslose Arbeitsplätze gebunden, Investitionsmittel werden verknappt und verteuert. Die untragbare Last der Staatswirtschaft lähmt die Reformpolitik und gefährdet den Transformationsprozeß.

In der richtigen Erkenntnis, daß alle Kombinationen von Marktwirtschaft und Staatseigentum an den Produktionsmitteln diskreditiert sind, hatten die nach der Wende neugewählten Parlamente in Ost- und Südosteuropa als eine der ersten transformationspolitischen Maßnahmen den privatwirtschaftlichen Aktivitäten Tür und Tor geöffnet. Innerhalb weniger Monate wurden fast überall nach westlichem Vorbild Gesetze erlassen, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln, den Marktzugang und die Gewerbefreiheit sicherten. Seit 1990 entstanden in jedem dieser Länder Zehntausende von kleinen Privatunternehmen in Handel und Handwerk. Ihre Zahl ist in Polen, das bereits in den achtziger Jahren Kleinstunternehmen zugelassen hatte, inzwischen auf 1,5 Millionen gestiegen.

In Polen und Ungarn sollen diese privaten Firmen ein Sechstel bis ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften. Da diese Kleinstbetriebe, die ihre Gewinne oft verheimlichen, statistisch schwer erfaßbar sind, wird angenommen, daß der offizielle, an den Großunternehmen gemessene Rückgang der Wertschöpfung in Wirklichkeit garnicht so dramatisch ist und von der Privatwirtschaft schon weitgehend kompensiert wird. Obwohl es sich bei den meisten dieser Neugründungen um Einmann- oder Familienbetriebe handelt, beschäftigten sie in Polen Mitte 1992 schon mehr als 40 Prozent der nicht in der Landwirtschaft arbeitenden Erwerbstätigen.

Beträchtlichen Auftrieb erfuhr die Entwicklung der Privatwirtschaft durch die in Polen, der CSFR, in Ungarn, Bulgarien, Rumänien und selbst in Albanien seit 1991 eingeleiteten und inzwischen nahezu abgeschlossenen Privatisierungen staatlicher Dienstleistungsbetriebe. Einzelhandelsgeschäfte und -ketten, Bauunternehmen, Handwerks-, Lager- und Fuhrbetriebe, Reparatur- und Zulieferwerkstätten, Restaurants, Hotels und Betriebskantinen werden öffentlich versteigert und an Meistbietende verkauft. Die Dienstleistungssektoren dieser Länder sind fast vollständig privatisiert und tragen erheblich zur verbesserten Versorgung der Bevölkerung bei.

Diese Form der sogenannten „kleinen“ Privatisierung war somit überall außerordentlich erfolgreich, trotz vieler Widerstände. Die Verwaltungen begegnen den privaten Unternehmern oft mit Unverständnis, wenn nicht mit hartnäckiger Obstruktion. Gemeinden, denen die staatlichen Dienstleistungsbetriebe bisher unterstanden, trennen sich manchmal schwer von ihrem Besitz und beschränken sich darauf, Leasingverträge zu vergeben. Die meisten dieser privatisierten Betriebe müßten dringend renoviert werden, aber die privaten Eigentümer, die immerhin mit Steuerbefreiungen und -vergünstigungen gefördert werden, leiden unter dem allgemeinen Kapitalmangel und den hohen Kreditzinsen. Obwohl die Bevölkerungen der ehemals kommunistisch beherrschten Länder von dieser Privatisierungswelle profitieren, erregen die bisher ungewohnten Einkommensunterschiede Neid und die neuen Kleinkapitalisten werden von interessierten Medien mit Spekulanten und Schwarzhändlern gleichgestellt. Eine bei Neugründungen natürliche hohe Konkursrate bestärkt die verbreiteten Vorurteile.

Tatsächlich prägt die neue Klasse meist junger Unternehmer die Wirtschaft der ost- und südosteuropäischen Länder bereits erheblich. Sie verändert den Charakter der im Sozialismus grau und eintönig gewordenen Städte und absorbiert einen wachsenden Anteil der durch „Gesund-schrumpfen“ und Stilllegungen von Industriebetrieben freigestellten Arbeitskräfte. Die Privatwirtschaft ist auch dynamischer Vorreiter produktiver Auslandskontakte. Neben spektakulären und medienwirksamen Übernahmen einstmals renommierter Großunternehmen durch multinationale Firmen leisten viele Tausende viel weniger beachteter Joint Ventures privater Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe einen vermutlich wichtigeren Beitrag zur Förderung des Technologietransfers, des Managementwissens und der Exportleistungsfähigkeit. Gerade im Export, insbesondere auf dem Weltmarkt, haben sich die flexibleren und anpassungsfähigeren privaten Unternehmen viel besser bewährt als die unbeholfenen Staatsbetriebe. Von westlichen Experten wird der Privatsektor als der Hoffnungsträger für eine erfolgreiche Transformation zur Marktwirtschaft und für eine Überwindung der Krise angesehen.

Privatisierung der Staatsindustrie

Dagegen türmen sich vor der Privatisierung der großen staatlichen Industriebetriebe, die immer noch die Mehrheit der Arbeitskräfte beschäftigen und für den überwiegenden Teil der Warenproduktion verantwortlich sind, immense Schwierigkeiten auf. Die Regierungen der betroffenen Länder haben seit der politischen Wende nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie sich von dieser längerfristig untragbaren Last befreien möchten. Inzwi-

schen stellte sich heraus, daß die Staatsindustrie unfähig ist, sich dem wachsenden Druck des Qualitäts- und Preiswettbewerbs aus dem Ausland, aber auch inländischer privater Gewerbetriebe anzupassen. Immer mehr Industrieunternehmen geraten in die Verlustzone und werden zu Kostgängern des Staates. Sie bleiben auf ihren Produkten sitzen oder verunsichern den Markt durch Schleuderangebote. Ihre Verschuldung gegenüber Banken und Lieferanten nimmt laufend zu, gefährliche „Schuldenketten“ breiten sich in der Volkswirtschaft aus, die auch lebensfähigere Betriebe in Gefahr bringen.

Bei der Suche nach praktikablen Problemlösungen stoßen die Regierungen auf den Widerstand der Arbeiter, die um ihre Beschäftigung bangen, und der Gewerkschaften. Arbeiterräte in den staatlichen Unternehmen, die unter kommunistischer Herrschaft zur Beruhigung der Werktätigen und als Ansporn für höhere Leistungen eingerichtet wurden, zum Beispiel in Polen noch während des Kriegsrechts im Jahre 1981, und deren Mitbestimmungsrechte bis 1989 nur auf dem Papier standen, fordern jetzt Mitsprache bei Änderungen der Unternehmensform, Beteiligungen und Verkäufen. Ihre Rechte versuchen sie durch Streiks und Druck auf die Parlamente über die ihnen nahestehenden Parteien durchzusetzen. Polens Regierungen scheiterten bisher alle am Widerstand dieser Koalitionen gegen die Reformpolitik. In Kroatien und Slowenien, wo die Verfügungsrechte der Arbeiterräte über ihre Unternehmen besonders ausgeprägt und die Selbstverwaltung der Betriebe in der Verfassung festgeschrieben waren, tun sich die Regierungen besonders schwer, ihren Eigentumsanspruch durchzusetzen.

Die demokratischen Regierungen der ost- und südosteuropäischen Länder haben frühzeitig und dezidiert die bisher von den kommunistischen Machthabern ausgeübten Eigentumsrechte am „Volksvermögen“ beansprucht. Wo immer möglich, wurden die staatlichen Industrieunternehmen nach und nach in Kapitalgesellschaften – meist AG und GmbH – umgewandelt. Lediglich Firmen von „strategischem“ Interesse, meist Rüstungs-, Energie- und Bergbauunternehmen, blieben staatliche Regiebetriebe. Die Anteile der neuen Kapitalgesellschaften werden von den Regierungen, meist über dafür gegründete staatliche Agenturen verwaltet und sollen schrittweise privatisiert werden.

Kennzeichnenderweise waren die aus kommunistischer Zeit übernommenen Betriebsleiter gemeinsam mit den Arbeiterräten vor allem in Polen und Ungarn an sogenannten „spontanen“ Privatisierungen eifrig beteiligt. Dies ist die ursprünglichste Form der Überführung von staatlichem Industrievermögen in private Hände. Dabei wurden ganze Produktionsbetriebe von ihren Managern und Belegschaften in eigene Regie übernommen und mehr oder weniger erfolgreich weitergeführt. In der Regel handelte es sich um Spezialfertigungen, die im Inland ein zollgeschütztes Monopol und

auch im Ausland einen Markt haben. Nur die rentablen Betriebsteile sind in die neugegründete private Firma eingebracht worden. Der ganze unproduktive Rest des staatlichen Unternehmens verbleibt beim Staat.

Aufsehen erregten auch „spontane“ Unternehmensverkäufe an Ausländer oder auch inländische Investoren, meist Angehörige der kommunistischen Nomenklatura, die sich rechtzeitig bereichert hatten und sich auch weiterhin am Staatsvermögen zu bedienen gedachten. „Spontane“ Teilprivatisierungen finden statt, wenn durch Verkäufe von Grundstücken und Gebäuden, Maschinen und Lagerbeständen Liquidität geschaffen wird, um etwa die Auszahlung der Löhne zu ermöglichen, oder auch nur, um private Polster für den Fall des Chefsesselverlustes zu schaffen. Die überraschende Wahniederlage der ungarischen Reformkommunisten im März 1990 ist nicht zuletzt auf rechtzeitig bekanntgewordene Fälle „spontaner“ Unternehmensverkäufe an das Ausland zurückzuführen.

Da zahlreiche solcher Fälle himmelschreiender Korruption die Empörung der Bevölkerung hervorriefen und von den Medien ausgeschlachtet wurden, haben die Regierungen schon im Laufe des Jahres 1990 die Kontrolle über Unternehmensverkäufe verschärft und staatliche Privatisierungsagenturen geschaffen, denen die Genehmigung sämtlicher Entstaatlichungsvorhaben obliegt. Doch die Erfahrungen mit den bisher angewendeten Privatisierungsstrategien zeigte bald, daß die „spontanen“ Verkäufe vergleichsweise erfolgreich waren und erstmals Ressourcen aus dem Industriebereich in produktivere Verwendung überführten. Inzwischen werden Initiativen der Betriebsleitungen zur „Eigenprivatisierung“ wieder gefördert, etwa durch ein von der ungarischen Regierung im Oktober 1991 eingeführtes spezielles Programm, das ausgewählten Firmen gestattet, selbständig Verhandlungen mit potentiellen Käufern zu führen.

Ein kaum lösbares Problem ist die Bewertung des Firmenvermögens. In Ermangelung funktionierender Märkte für Unternehmen, Wertpapiere und Immobilien versagen auch im Westen erprobte Methoden der Wertermittlung. Dies erschwert Verkäufe staatlicher Industriebetriebe an ausländische Investoren, die in allen postkommunistischen Ländern von Beschränkungen befreit und ausdrücklich gefördert werden. Doch das Interesse ausländischer Firmen ist gering, die bisherigen Direktinvestitionen fallen bei der Masse des staatlichen Industrievermögens kaum ins Gewicht.

Die ungarische Privatisierungsagentur hat ausländische Beratungsfirmen engagiert, deren Aufgabe es ist, den staatlichen Industriebetrieben einen Schätzwert zuzumessen, der weitgestreuten Angeboten im Ausland zugrundegelegt wird. Die bisher vollzogenen Firmenübernahmen und -beteiligungen haben gezeigt, daß diese Unternehmen harten Rationalisierungsmaßnahmen mit Massenentlassungen und meist auch dem radikalen Auswechseln der Führungsriege unterworfen werden. Ein erheblicher

Teil der erfolgreich privatisierten ungarischen Industrieunternehmen ist in ausländische Hände übergegangen. 25 Prozent der Privatisierungseinnahmen flossen aus dem Ausland zu. Mangels Kapital sind die Verkäufe an die eigenen Bürger bescheiden. Insgesamt ist das bisherige Ergebnis der Privatisierung mit etwa 10 Prozent des Buchwerts der ungarischen Staatsindustrie enttäuschend und bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Es wird damit gerechnet, daß letzten Endes ein erheblicher Teil des Industrievermögens unverkäuflich beim Staat verbleibt. Ein Anfang 1992 in Kraft gesetztes Konkursgesetz soll vermutlich dazu dienen, die Spreu vom Weizen zu trennen und die längst bankrotten, nicht mehr sanierungsfähigen Unternehmen zu liquidieren. Ob und in welchem Zeitraum dies möglich sein wird, hängt davon ab, welche Arbeitslosenrate die Regierung ihrer Bevölkerung zumuten kann, ohne die politische Stabilität zu gefährden.

Erschwert wird die Privatisierung in den postkommunistischen Ländern kaum noch durch die Rückübereignungsansprüche der nach der sowjetischen Besetzung und kommunistischer Machtübernahme enteigneten früheren Unternehmer oder deren Erben. Ihr Bekenntnis zum Rechtsstaat stellten die demokratischen Regierungen durch die Anerkennung derartiger Ansprüche unter Beweis. Die ungarischen Entschädigungsgesetze vom August 1991 und April 1992 erfassen alle seit 1939 durch Verstaatlichungen geschädigten Grund- und Firmeneigentümer, einschließlich der enteigneten Juden und Ungarndeutschen. Zwar besteht kein Anspruch auf Restitution des verlorenen Vermögens, aber auf partielle Entschädigung in Form von Kompensationsgutscheinen, mit denen sich die Inhaber an der Versteigerung von Betrieben, Wohnungen, Grundstücken und Wertpapieren beteiligen können. In Polen und der CSFR wurden „Reprivatisierungsfonds“ gegründet, die mit Aktien staatlicher Unternehmen aufgefüllt werden und deren Anteile als Entschädigung für enteignetes Vermögen beansprucht werden können. Solche und ähnliche Gesetze dienen dazu, die unsichere Rechtsgrundlage bei der Privatisierung ehemals verstaatlichter Betriebe zu beseitigen.

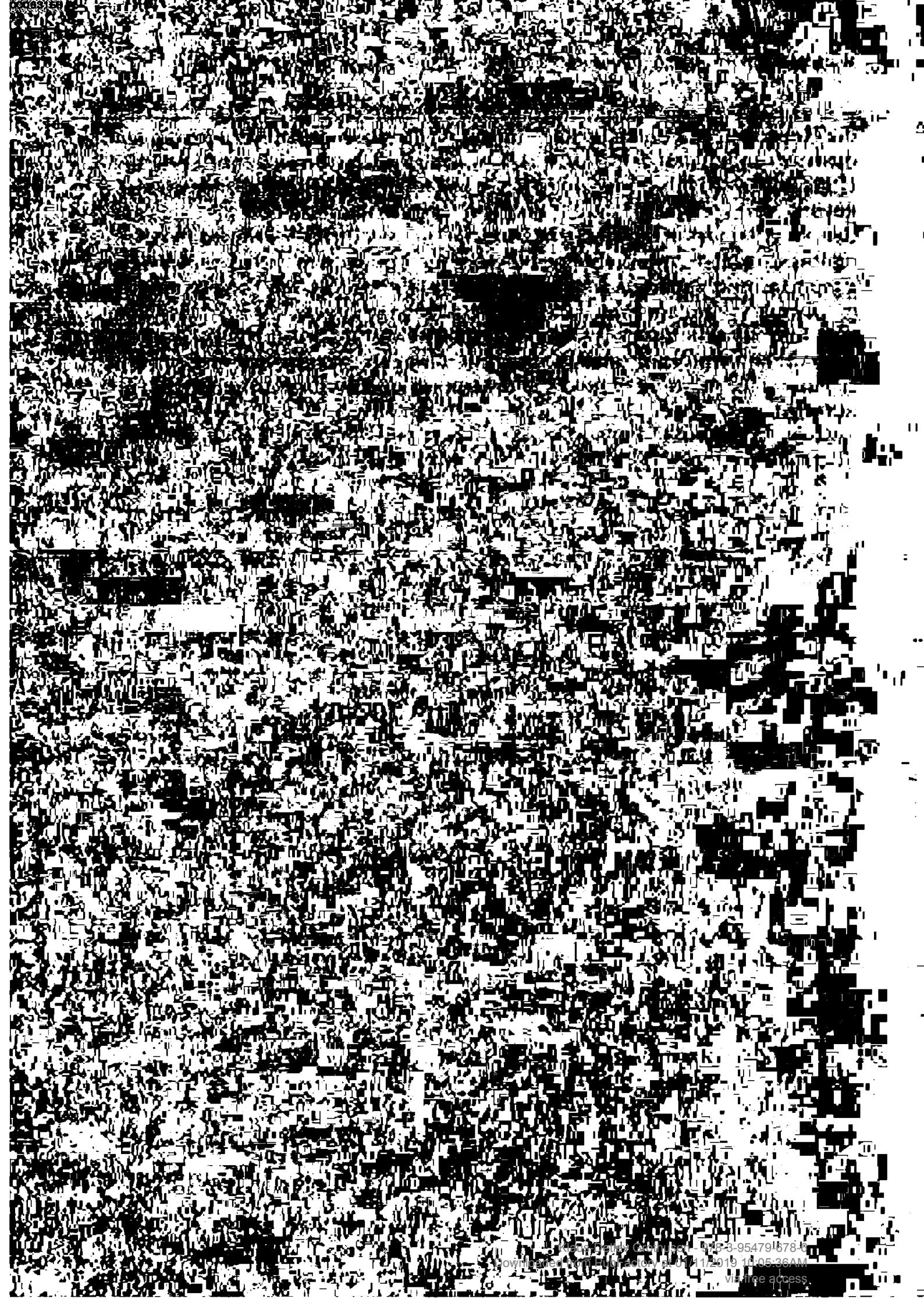
Bulgarien, das eben die ersten vorsichtigen Privatisierungsschritte unternimmt, hat 1991 gegen erheblichen Widerstand der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit der Rückgabe des Bodens an die ehemaligen Eigentümer begonnen. Im Dezember 1991 wurde die Rückübereignung von Geschäften und Handwerksbetrieben geregelt, im Februar 1992 die Restitution oder Entschädigung aller übrigen einstmals enteigneten Vermögensobjekte. Zweifellos kann die Rückübereignung in einem kapitalarmen Land die Entstaatlichung beschleunigen. Bulgarien hat die Umwandlung und Privatisierung von staatlichen Unternehmen erst im April 1992 in einem Gesetz geregelt, das mit Formulierungshilfe der Weltbank zustandekam, und sich weitgehend an das ungarische Modell an-

lehnt. Arbeiter und Angestellte haben das Recht, Aktien ihres Unternehmens mit einem beträchtlichen Abschlag zu kaufen oder zu ersteigern. Den ausländischen Gläubigern der schwer verschuldeten Staatsunternehmen wird angeboten, die „debt-equity swaps“ als Gegenleistung für ihre Forderungen Aktien dieser Firmen zu übernehmen.

Einen gänzlich anderen, im Vergleich zu diesen konservativen Privatisierungsstrategien geradezu revolutionären Weg haben Polen und die CSFR eingeschlagen. Rumänien und neuerdings auch Rußland sind bereit, ihnen zu folgen. Diese als „Coupon-Privatisierung“ bekanntgewordene Methode wurde zunächst der polnischen Regierung von amerikanischen Beratern vorgeschlagen und bedeutet den Anspruch jedes Bürgers auf die kostenlose Übereignung eines bestimmten Anteils am staatlichen Industrievermögen. Die polnische Regierung hatte die Vorreiterrolle übernommen und im Juni 1991 eine „Massenprivatisierung“ angekündigt. Die eingebrachten Gesetzesentwürfe sahen vor, zunächst 60 Prozent der Kapitalanteile von 400 der größten Staatsunternehmen auf mehrere Investmentfonds zu übertragen, deren Anteile wiederum kostenlos an die Bevölkerung verteilt werden sollten. 10 Prozent der Aktien ihres Unternehmens stünden den Arbeitern zu, 30 Prozent würden vorerst in Staatsbesitz verbleiben. Die heftige Debatte, die sich an diesem Vorhaben entzündete, trug zu den polnischen Regierungskrisen seit 1991 erheblich bei. Die Gesetzesentwürfe wurden zurückgewiesen und können den Sejm wohl nur in stark modifizierter, den angeblichen Arbeiterinteressen und den Wünschen der Gewerkschaften angenäherter Form passieren. Auch polnische Ökonomen melden Bedenken an. Sorgen bereitet die erhebliche Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen einiger Investmentfonds, deren Management mangels polnischer Experten vorwiegend aus dem Ausland rekrutiert werden müßte.

Ein ähnliches Konzept wird von der Regierung der CSFR seit Juni 1992 in die Tat umgesetzt, trotz der unmittelbar bevorstehenden Teilung des Landes. 8,5 Millionen tschechoslowakischer Staatsbürger haben gegen eine Gebühr von 1.035 tkr – etwa dem Gegenwert eines durchschnittlichen Wochenlohnes – ein Couponheft erworben, mit dessen 1000 „Investitionspunkten“ sie sich an mehreren Versteigerungen von nach und nach bis zu 1500 staatlichen Industriebetrieben beteiligen können. Im Gegensatz zum polnischen Modell ist in der CSFR ein direkter Aktienerwerb möglich. Zur Überraschung der Regierung hatte ein Großteil der Coupon-Besitzer vor Beginn der Auktionen an einen der über 400 Investmentfonds verkauft, die schließlich über 72 Prozent aller Investitionspunkte verfügten. Interessante Objekte waren rasch überzeichnet, andere sollen in wiederholten Runden so lange zu sinkenden Preisen ausgebaut werden, bis der Markt geräumt ist. Daß sich dabei „alte Seilschaften“ ihre Insider-Informationen zunutze machen, wird vermutet.

Das Risiko dieser „Big Bang“-Privatisierung ist hoch. Zwar kann sich die Regierung auf einen Schlag von einem Großteil der maroden Staatsindustrie trennen und damit auch von enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte. Aber das finanzielle Risiko ist nur auf die Schultern der Bevölkerung verlagert worden, die an Firmenzusammenbrüchen und stürzenden Wertpapierkursen wenig Freude haben werden. Der notwendige Reinigungsprozeß wird nicht ausbleiben und manchem Bürger, der sein Ersparnis und womöglich seinen Arbeitsplatz verliert, die Freude am Kapitalismus vergällen. Welche Methode auch immer gewählt wird, der Weg aus dem Scherbenhaufen sozialistischer Wirtschaftsführung ist lang und schmerzhaft. Internationale Solidarität wird gefragt sein, damit die Chance einer dauerhaften Demokratisierung Ost- und Südosteuropas nicht vertan wird.



Othmar Nikola Habert

Ansätze zur Überwindung des Blockdenkens in Südosteuropa seit Ende der 70er Jahre

1. Vorbemerkung

Der von allen Seiten mit ungeahnter Brutalität geführte Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, dessen Ende und Ausgang für diese oder jene Seite noch keineswegs auszumachen sind, kann voreilige Zeitgenossen zur Behauptung verführen, daß die blutig besiegelte Auflösung Jugoslawiens und damit die bedenkliche Destabilisierung des ganzen Balkans geradezu eine historische Notwendigkeit gewesen sei. Daß dem nicht so war und daß durchaus andere Alternativen bestanden, soll im folgenden gezeigt werden.

Freilich wird aufmerksamen Beobachtern nicht entgangen sein, daß trotz warnender Stimmen das innerjugoslawische Konfliktpotential im In- und Ausland gefährlich unterschätzt worden ist. So warnte der aus Mazedonien stammende Zagreber Politikwissenschaftler Radovan Vukadinović Ende 1987 bei noch scheinbar unerschütterlichem Frieden vor einer sträflichen Vernachlässigung der Konflikt-Potentiale zwischen den Balkanländern: „In der kommenden Ära wird der Balkan eine wichtige Stellung einnehmen. Das Aufeinanderprallen der zwei Blöcke auf so kleinem geographischem Raum, zahlreiche aus der Vergangenheit überkommene Probleme, die unregelmäßigen Beziehungen zwischen einigen Balkanländern (Griechenland-Türkei, Türkei-Bulgarien, Albanien-Griechenland, Albanien-Jugoslawien) lassen die unterschiedlichsten Verwicklungen möglich erscheinen. Deshalb ist es keine übertrieben kühne Behauptung, in Europa gäbe es keinen Krisenherd von solch potentieller Stärke wie den Balkan ... Viele Jahre lang maß unsere Politik der Entwicklung der Beziehungen auf dem Balkan keine besondere Bedeutung bei, wahrscheinlich in dem Glauben, diese seien ohnehin recht beständig und würden sich nicht so rasch wandeln. Zum anderen war man so stark von den großen globalen Visionen in Anspruch genommen, daß dieses sog. kleine Beziehungsgeflecht verdeckt blieb, wogegen erst die Intensivierung der Vorgänge in Kosovo die Aufmerksamkeit auf unsere nächsten Nachbarn lenkte“¹. Vukadinovićs Prämisse war also nicht nur die weitere Existenz eines einheitlichen Jugoslawien, sondern auch der Fortbestand der die Existenz Jugoslawiens garantierenden Blöcke in Europa. Innerjugoslawische Spannungen gar, die nur vier Jahre später zur Auflösung Jugoslawiens führen sollten, sah Vukadinović gar nicht voraus.

Nicht nur den Fortbestand Jugoslawiens, sondern eine nach wie vor zentrale Funktion sah der Direktor des Belgrader „Instituts für internationale Politik und Wirtschaft“ Milan Šahović für Jugoslawien voraus, das seine blockfreie Stellung über eine blockübergreifende Kooperation absichern müßte: „Über den Balkan führten die Wege imperialistischer Eroberungen bzw. hegemonistischer Ehrgeize, weshalb die Balkanvölker in der Vergangenheit, aber auch noch heute, nie die Aufgabe verrichten könnten, welche ihnen ihre geographische Stellung anvertraut hat. Wichtige Ausnahme davon stellt nach wie vor das sozialistische föderative Jugoslawien dar, das mit seiner zentralen Stellung auf dem Balkan, der inneren föderativen Ordnung und der außenpolitischen Konzeption der Blockfreiheit das unerläßliche Gleichgewicht in diesem Teil Europas gewährleistet. Dank seiner stabilisierenden Rolle als blocktrennender Faktor beharrt Jugoslawien auf der Förderung der Beziehungen zwischen den Balkanstaaten auf Grund der UN-Charta, der Konzeption über friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen allen Seiten ungeachtet des Charakters der sozio-ökonomischen Ordnung sowie auf der Achtung der Schlußakte von Helsinki und der konkreten Ausarbeitung der Prinzipien der gutnachbarlichen Beziehungen“². Noch im Januar 1987 ging Šahović also davon aus, daß die Blöcke noch auf lange Zeit ein nicht wegzudenkendes constituens europäischer Politik sein würden, so daß Jugoslawien seine Vermittlungsfunktion zwischen Ost und West auf ebenso lange Zeit würde weiterspielden können. Folgerichtig schien Jugoslawiens Bestand als innenpolitisch sozialistisches und föderatives und außenpolitisch blockfreies, d. h. wegen der Existenz der Blöcke lange überlebensfähiges, Land gesichert. Šahović sah also, daß gerade die Blockteilung Europas die langfristige Existenzgarantie für Jugoslawien darstellte. Er konnte sich aber 1987 noch nicht zur gegenteiligen Einsicht durchringen, daß die existenzielle Bindung des sozialistischen Jugoslawiens an die Blockteilung Europas durch die Auflösung des Sowjetblocks auch zur Disposition gestellt war. Die Selbstzufriedenheit der jugoslawischen Außenpolitik mit der Existenz der Blöcke zu verdankenden Blockfreiheit, für die Zeit des Kalten Krieges vollends angebracht, führte zu einer zu späten Suche nach möglichen Alternativen, so daß eine die Blockauflösung vorwegnehmende blockübergreifende Kooperation in Südosteuropa, die Jugoslawien vielleicht auch auf die Zeit nach dem Kalten Krieg hätte vorbereiten können, viel zu spät eingeleitet wurde, als daß sie wirklich hätte greifen können.

2. Erste Ansätze einer Balkan-übergreifenden Kooperation Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre

Geboren wurde die Idee einer regionalen, blockübergreifenden Kooperation in Südosteuropa – ungeachtet noch früherer politischer Vorläufer³ – als Nachlese zu den Entspannungseuphorien der späten 50er und beginnenden 60er Jahre, aber auch als Element der durchaus ernst zu nehmenden sowjetischen Befürchtungen auf Grund einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik, der der Verzicht auf diese Waffen u. a. auch durch weiträumige atomwaffenfreie Zonen in Europa schmackhaft gemacht werden sollte⁴. Wenngleich im Rahmen dieser Angebote der „Rapacki-Plan“⁵ das Kernstück darstellte, gab es doch auch eine in der Öffentlichkeit weniger bekannte südosteuropäische Variante dieses Plans. Ende 1957 – und dann wiederholt bis Anfang der 60er Jahre – propagierten nämlich die rumänischen Kommunisten, die sich unter der Führung von Gheorge Gheorghiu-Dej der Moskauer Obhut vorsichtig zu entziehen begannen, die Idee einer atomwaffenfreien Zone auch auf dem Balkan⁶, der sich auch Jugoslawien und Albanien anschlossen. Eine Idee, die Mitte der 70er Jahre der griechische Oppositionschef Andreas Papandreou ohne allzu großen Nachdruck, dann aber seit Beginn der 80er Jahre intensiver erneut Rumäniens „conducator“ Nicolae Ceaușescu und der bulgarische Partei- und Staatschef Todor Živkov aufgriffen⁷, ohne daß sie größere politische Spuren hinterlassen hätte und auch ohne daß sie hätte weiter verfolgt werden müssen, da seit der Unterzeichnung des Non-Proliferationsvertrages vom 1.7. 1968 auch ohne die bundesdeutsche Unterschrift feststand, daß die Bundesrepublik nur schwerlich zu Atomwaffen gelangen würde⁸. Der erste Ansatz zu einer blockübergreifenden Kooperation in Südosteuropa verfolgte also hoch gesteckte, aber gerade deshalb vorrangig propagandistisch zu wertende Ziele, die nur mit Zustimmung der eigentlich involvierten atomaren Großmächte zu realisieren gewesen wären, aber auch ohne daß diese an entsprechenden Verhandlungen ernsthaft interessiert gewesen wären. Gheorghiu-Dejs Idee war also vom Ansatz her zum Scheitern verurteilt.

3. Die KSZE als Katalysator einer ersten, ergebnislosen Balkan-Kooperation

Es war dann die am 1. August 1975 unterzeichnete KSZE-Schlußakte von Helsinki, mit der der eigentliche Anstoß für blockübergreifende, regionale Kooperationsansätze auch in Südosteuropa erfolgte. Im Schlußkapitel „Folgen der Konferenz“ verpflichteten sich die KSZE-Teilnehmerstaaten, „in der Folgezeit der Konferenz die Bestimmungen der Schlußakte der

Konferenz gebührend zu berücksichtigen und sie ... multilateral durch Treffen von Experten der Teilnehmerstaaten“⁹ anzuwenden, woraufhin der aus Griechisch-Mazedonien stammende Ministerpräsident Konstantin Karamanlis nach im Vorfeld von Helsinki geführten bilateralen Gesprächen im August noch die Regierungen der übrigen fünf Balkanländer zur Einberufung einer Balkan-Expertenkonferenz aufforderte¹⁰.

Obwohl nur „Albanien erklärte, es ziehe bilaterale Gespräche vor“¹¹, weshalb es an der Konferenz nicht teilnahm, waren doch auch andere Staaten von Karamanlis' Idee nicht gerade begeistert, weil sie über zwischen ihnen und anderen Konferenzteilnehmern schwelende Konflikte hätten hinwegsehen müssen, wenn sie die Einladung angenommen hätten (Türkei-Griechenland: Zypern und Festlandsockel; Jugoslawien-Bulgarien: Mazedonien; Türkei-Bulgarien: Pomaken)¹². Folgerichtig maßen die einladenden Griechen auch größte Bedeutung einer „vorher vereinbarten Selbstverpflichtung aller Beteiligten“ bei, „sämtliche politischen und nachbarschaftlichen Streitfragen zunächst auszuklammern“¹³.

Was freilich diesen griechischen Ansatz gegenüber dem politisch hoch gesteckten von Živkov-Ceauşescu der 60er Jahre auszeichnete, war, daß er von vornherein weder auf großer politischer Flamme gekocht wurde (es ging nicht etwa um atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan oder um eine Institutionalisierung der Balkan-Kooperation¹⁴), noch daß an die Konferenz im ersten Anflug schon sehr konkrete Erwartungen geknüpft worden wären. Vielmehr diente dieses erste Treffen von Vertretern von fünf Balkan-Staaten, abgehalten vom 26. Januar bis 10. Februar 1976 in Athen, einem für keine Seite verbindlichen Meinungsaustausch sowie einer ersten Sammlung von behandlungswürdigen Punkten der beteiligten Länder, woraus sich „Möglichkeiten wirtschaftlicher, technischer und kultureller Kooperation“¹⁵ ergeben sollten. Folgerichtig stellte denn auch der Athener Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in seinem Konferenz-Bericht, betitelt „Entpolitisierung des ‚Balkanideals‘“, fest: „Die Verfechter des ‚Balkanideals‘ sind ... nüchterner geworden. Sie begnügen sich mit *kleinen Schritten* beziehungsweise mit einem *Pragmatismus*, der sich von der früheren idealistischen Romantik wesentlich unterscheidet“¹⁶.

Freilich waren die Intentionen nicht aller Beteiligten gleichermaßen pragmatisch orientiert. Die Griechen als Initiator der Konferenz und die Rumänen als die schon seit den späten 50er Jahren auf dem Balkan Aktiven, setzten sich für eine „Institutionalisierung der Konferenz durch Schaffung ständiger Organe und die Errichtung einer Balkan-Handelskammer“ ein, die freilich von Bulgarien, das sich als sowjetischer Statthalter auf dem Balkan verstand, strikt abgelehnt wurde¹⁷. Dagegen wehrte sich der türkische Vertreter gegen das Ansinnen, bei multilateralen Treffen bilaterale Probleme anzugehen. Vielmehr müßten erst diese gelöst werden, bevor zu intensiverer multilateraler Zusammenarbeit geschritten werden könne.

Auch Jugoslawiens Staats- und Parteichef Josip Broz Tito setzte sich für den Vorrang von bilateralen Kontakten vor multilateralen, was ihn freilich im Vorfeld einer offiziellen Visite in Griechenland als freundliche Geste gegenüber dem Gastgeber nicht daran hinderte, die Athener Konferenz als „einen ersten, aber sehr wichtigen Schritt für die weitere Zusammenarbeit auf dem Balkan“ zu bezeichnen¹⁸.

Unverbindlichkeit und folgerichtig keinerlei Aussage über eine wie auch immer geartete Institutionalisierung multilateraler Kooperationsansätze in Südosteuropa sind dann auch Charakteristika des am 5. Februar veröffentlichten Abschlußkommuniqués¹⁹. Hier heißt es, die Vertreter der fünf beteiligten Länder hätten „ein gemeinsames Interesse an der Entwicklung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern fest[gestellt]“. Das gelte für die Gebiete Landwirtschaft, Handel, Energie, Transport- und Fernmeldewesen sowie Umweltfragen. Insgesamt seien 149 Einzelprojekte bzw. -vorhaben vorgeschlagen worden (von Griechenland: 40; von Jugoslawien: 34; von Bulgarien: 27; von der Türkei: 25 und von Rumänien: 22), über die in den Folgemonaten in den jeweiligen Hauptstädten weiter beraten werden solle²⁰. Wenngleich also über eine neue Auflage einer neuen Konferenz unter Teilnahme aller Balkan-Staaten nichts gesagt wurde, womit die Athener Initiative deutlich abgewertet war, stand damit doch wenigstens fest, daß sie noch einige Zeit fortwirken würde.

Das freilich ließ die Griechen in der Folgezeit ihr blockübergreifendes Projekt nicht aufgeben. Vielmehr unterbreiteten sie an der Jahreswende 1976/77 (und damit rechtzeitig vor der Belgrader KSZE-Folgekonferenz) den Teilnehmern an der Athener Beratung den Vorschlag, eine zweite multilaterale Beratung in Istanbul durchzuführen, deren Zweck eine Zwischenbilanz des bis dahin Erreichten sein sollte. In bilateralen Kontakten gelang es Griechenland denn auch, die Zustimmung Rumäniens und Jugoslawiens, und wohl auch der Türkei, zu erreichen. Nur Bulgarien, das die schon seit Helsinki bekannte Moskauer Gegnerschaft gegen jegliche Art von Institutionalisierung multilateraler Kontakte nunmehr auch auf die Balkan-Kontakte ausdehnen mußte, stellte sich entschieden quer. Freilich erklärte sich Bulgarien mit der Weiterführung der in Athen begonnenen Gespräche bereit, falls zusätzlich Ungarn und die ČSSR hinzugezogen würden, womit der Phalanx der drei Warschauer-Pakt-Staaten (Bulgarien, ČSSR, Ungarn) zwei untereinander zerstrittene NATO-Länder (Griechenland, Türkei), ein Moskau-unbotmäßiges sozialistisches Rumänien und das blockfreie Jugoslawien gegenüber gestanden hätten²¹. Die dahinterstehende Absicht zur politischen Umkehrung eines blockübergreifenden Kooperationsansatzes zu einem blockabhängigen hätte diesen Ansatz schon wieder erstickt noch bevor die blockübergreifende Kooperation eigentlich richtig begonnen worden wäre²².

Vollends entmutigen ließen sich die Konferenzbefürworter jedoch immer noch nicht. Als im April 1978 Bülent Ecevit Jugoslawien (wo er zwei Jahre zuvor bereits als Oppositionschef gewesen war) den ersten offiziellen Besuch als neuer türkischer Ministerpräsident abstattete, wurden auch die „Beziehungen zwischen den Balkan-Ländern“ berührt. Dabei haben „beide Seiten ihre Entschlossenheit unterstrichen, die multilaterale ökonomische, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit“ dieser Staaten gezielt zu fördern. „Sie kamen ebenfalls überein, Initiativen zur Stärkung des Friedens und der Stabilität auf dem Balkan zu unterstützen“²³. Die Idee einer blockübergreifenden Balkan-Kooperation war also nicht totzukriegen; es gelang aber auch nicht, sie mit konkreterem Inhalt zu füllen, weil der von der Sowjetunion mit Bulgarien aufoktrozierte und von ihm vorgetragene Widerstand gegen jegliche Regelmäßigkeit solcher Kontakte zu mächtig war. Offenbar bedurfte es anderer Zeiten und anderer Bedingungen, damit die Idee erneut und aussichtsreicher auf die Tagesordnung der Staaten Südosteuropas gelangte.

4. Ansätze zur Kooperation der Alpen-, Donau- und Adrialänder unterhalb der Regierungsebene

Ohne daß sie publizistisch ähnlich spektakulär wie die Balkan-Konferenzen ausgeweitet worden wären, gab es andere Ansätze zur multilateralen Kooperation, die einigen Staaten Südosteuropas nicht Wege zu ihren Nachbarn in Südosteuropa (wie die Intentionen der Balkan-Konferenzen), sondern nach Westen hin nicht nur öffneten, sondern auch schon recht konkrete Möglichkeiten der grenzüberschreitenden und blockübergreifenden Kooperation eröffneten. Da es sich dabei gelegentlich um Projekte bzw. Vorhaben mit sehr eng gefaßter regionaler und zeitlicher Zielsetzung handelt, ist es ausgesprochen schwierig, ihre Anzahl und Entwicklung auch nur einigermaßen vollständig zu rekonstruieren. Zumal durch die Aufnahme neuer Mitglieder für die Kooperationsansätze neue Ziele gesetzt bzw. einmal vereinbarte Projekte weiter ausdifferenziert wurden. Gegenwärtig jedenfalls sind – nach sicherlich keineswegs vollständigen Unterlagen – folgende Projekte bzw. Kooperationsvorhaben nachweisbar:

- die schon Anfang 1978 begründete „Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria“ (ARGE Alpen-Adria), die auf der infrastrukturell relevanten Kooperation nicht von Staaten, sondern einiger Regionen aus ursprünglich vier (Bundesrepublik, Italien, Jugoslawien, Österreich), später fünf Ländern (Ungarn kam hinzu), basierte²⁴;
- die im November 1989 aus der Taufe gehobene, zunächst noch italienisch-jugoslawische „Adria-Initiative“ mit vorrangig umweltpolitischer Zielsetzung für die stark belastete Adria²⁵;

- offensichtlich um der nach Unabhängigkeit strebenden jugoslawischen Republik Kroatien eine direkte Teilnahme zu ermöglichen, wurde mit dem Ziel, die ökonomische Zusammenarbeit der Anlieger zu fördern, im Sommer 1991 eine besondere Arbeitsgruppe „Mittlere und Südliche Adria“ installiert²⁶;
- seit Ende 1989 zu beobachtende Ansätze zu einer wirtschaftlichen und politischen Kooperation der Donauanrainer-Staaten, die gelegentlich schon als Vorboten der Bildung einer neuen Donau-Föderation interpretiert wurden²⁷;
- eine auf die Alpen-Länder bezogene Arbeitsgemeinschaft „ARGE Alp“, deren Entstehung und Zielsetzung weitgehend unbekannt sind²⁸.

Soweit die Kooperationsansätze mehr erbracht haben als nur die erwähnten Kurzmeldungen, ist ihnen allen gemeinsam, daß sie in der Regel auf Expertenebene sehr konkreten Arbeitsaufträgen nachgehen (Alpen-transit, Donau-Schifffahrt, Infrastrukturprobleme überhaupt, Umweltfragen). Gemeinsam scheint ihnen aber auch zu sein, daß in der politischen Übergangsphase vom „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa zu parlamentarisch-marktwirtschaftlichen Systemen nach westlichem Vorbild jeder jeden Kooperationsvorschlag machen durfte und daß prinzipiell jeder Vorschlag zunächst unwidersprochen von allen angesprochenen Seiten akzeptiert wurde. Es ergibt sich also geradezu ein Wildwuchs von internationalen Kooperationsansätzen, deren gegenseitige Koordination nicht immer gewährleistet zu sein scheint²⁹. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieses höchst unübersichtliche Bild in der Nach-Kalter-Krieg-Ära wandeln wird. Es kann aber jetzt schon behauptet werden, daß die Alpen-, Adria- und Donau-Projekte wegen der Zugehörigkeit der Kooperationspartner zu verschiedenen Blöcken – gestützt auf das Ergebnis der KSZE und dieses konkretisierend – erfolgreich eine punktuelle Zusammenarbeit initiiert und eingeleitet haben, die der Blockerosion zuarbeitete, und die vielleicht auch einen Beitrag zur Entstehung eines dezentral integrierten Europa, eines „Europa der Regionen“³⁰, leistete, wenngleich dieses „Europa der Regionen“ die Grenzen des bis dahin „vereinigten“ Westeuropa (Europäische Gemeinschaft), das durch die „Regionalisierung“ dezentralisiert werden sollte, klar sprengte.

5. Vom „Quadrangolare“ über die „Pentagonale“ und „Hexagonale“ zur „Initiative Zentraleuropa“³¹

Förmlich zum politischen Selbstläufer entwickelte sich der am 10./11. November 1989 in Budapest geborene Plan einer Kooperation der Donau-Alpen-Staaten Italien, Jugoslawien, Österreich und Ungarn. Beim ersten Treffen der vier Außenminister ging es um konkrete Vereinbarungen über

gemeinsame Projekte (Umwelt, Transport und Verkehr, Telekommunikation, Kultur und Wissenschaft). Es ging aber auch schon um die Frage der Öffnung dieses Kooperationsansatzes für etwaige andere interessierte Staaten. So hieß es mit Blick auf den nördlichen Nachbarn Ungarns: sollte sich die ČSSR „auf den Weg tiefgreifender politischer Reformen begeben, wäre sie nach den übereinstimmenden Äußerungen der Außenminister willkommen“³². Die Offenheit des Projekts für andere Partner wurde bei der nächsten Außenministerkonferenz im Mai 1990 in Bratislava³³ und bei der ersten Gipfelkonferenz der Regierungschefs am 1. August 1990 in Venedig³⁴ unter Beweis gestellt. In Bratislava nämlich wurde die ČSFR als Partner aufgenommen³⁵, weshalb aus dem „Quadrangolare“ die „Pentagonale“³⁶ wurde, während in Venedig Bulgarien und Rumänien als Beobachter fungierten³⁷. Wieder ein Jahr später (bei der Außenministerkonferenz am 27. Juli 1991 in Dubrovnik) ging die von italienischer Seite betriebene „Habsburger Vision“ endgültig verloren, als mit der Aufnahme Polens, von dem nur kleine Teile je zur K.u.K.-Monarchie gehört hatten, die „Hexagonale“ aus der Taufe gehoben wurde³⁸. Ohne daß der geographische Raum ausgedehnt worden wäre, ist durch die zwischenzeitliche Auflösung Jugoslawiens und durch die von der für Sommer 1992 geplanten Gipfelkonferenz noch abzusehende volle Mitgliedschaft Kroatiens und Sloweniens die Teilnehmerzahl auf sieben gestiegen, weshalb die die EG-Aufnahme wenn nicht ersetzende, so doch aufschiebende Kooperation in Zentraleuropa in „Initiative Zentraleuropa“ umbenannt wurde³⁹.

Beobachter haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß eine gewisse anti-deutsche Zielsetzung dieses Kooperationsansatzes zumindest für den Wortführer Italien galt, damit „Ungarn und Jugoslawien, wenn sie sich nach Westen wenden, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland einen Ansprechpartner finden“⁴⁰. Der italienische Außenminister Gianni de Michelis bestätigte denn auch relativ offen, daß es der Konferenz in Budapest im November 1989 darum gehen werde, „einen Teil der Realität des habsburgischen Imperiums ..., jener ‚Welt hinter den Nationen‘“ wiederherzustellen, während für „die Bundesrepublik ... verständlicherweise andere Prioritäten [gälten], die DDR und Polen“⁴¹. Anders gesagt: wenn die Bundesrepublik Deutschland politischen Einfluß in Nord-Osteuropa gewinnen sollte, müßte Italien dieselbe Funktion eben für Mitteleuropa übernehmen. Es handelte sich also ganz offensichtlich um den Versuch der Schaffung eines Gegenpols zum noch vor der deutschen Vereinigung befürchteten Übergewicht der Bundesrepublik in Osteuropa, was nach der Vereinigung und nach einer Beseitigung des ökonomischen Entwicklungsgefälles zwischen den alten und den neuen Bundesländern noch deutlicher zum Ausdruck kommen würde. Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ brachte das auf die Formel, „der Pentagonale sei die Rolle eines

Dammes gegen den Einfluß zgedacht, den ein *vereinigtes Deutschland* wirtschaftlich und politisch in Mittel- und Südosteuropa auszuüben vermöchte⁴².

Eine noch weitergehende Interpretation vertrat der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“: „Die Aufnahme Polens würde die Mitteleuropa-Visionen verstärken und den Akzent auf eine gleichermaßen gegen Rußland und das vereinigte Deutschland gerichtete Kleine Entente legen“⁴³. Da die Prämisse dieses Ansatzes die weitere Existenz der Großmacht Sowjetunion war, ist die mögliche doppelte Damm-Funktion dieses Kooperationsansatzes mit dem gescheiterten Militärputsch vom 19. August 1991 obsolet geworden. Wenn hingegen das vereinte Deutschland in den nächsten Jahren und Jahrzehnten seine politische und ökonomische Einbindung nach Europa weiterhin so konsequent verfolgt wie vor der Vereinigung, dann dürfte auch die Damm-Funktion gegen ein politisch und ökonomisch wiedererstarktes Deutschland ebenfalls hinfällig werden. Was dann von der „Initiative Zentraleuropa“ noch übrigbliebe, wäre eine Ersatzlösung für eine Vollmitgliedschaft der Staaten Osteuropas in der EG, letzteres ist jedoch nach den bereits abgeschlossenen Assoziierungsverträgen mit den drei zentraleuropäischen Staaten ČSFR, Polen und Ungarn wohl beschlossene Sache. Daher sollte es nicht überraschen, wenn dieser zeitgleich mit dem politischen Umbruch in Osteuropa im Herbst 1989 entstandene Ansatz schon sehr bald seine Aktualität verloren haben dürfte.

6. Die Konferenzen der Balkan-Außenminister⁴⁴

Dessen ungeachtet war der wichtigste Ansatz, die Durchlässigkeit der Blockgrenzen zu verstärken, die allein schon mutig anmutende Initiierung und die noch überraschendere Realisierung der Konferenzen der Außenminister aller Balkanländer. Das ist um so bedeutender, als nicht alle Balkan-Länder von den früheren Balkan-Initiativen gleichermaßen überzeugt waren. Daher ging erst 1987 „im Raum des Balkans endlich eine Initiative ... von Jugoslawien aus“, mit der eine Außenministerkonferenz der Balkan-Länder vorgeschlagen wurde, die wiederum eine „Plattform für weitere konkrete Gespräche liefern und Verhandlungen über Zusammenarbeit in Ökonomie, Wissenschaft, Technik und Tourismus ermöglichen“ sollte⁴⁵. Im April 1987 jedenfalls hat der damalige jugoslawische Außenminister – und spätere Vorsitzende des Staatspräsidiums – Raif Dizdarević über das jugoslawische Fernsehen einen entsprechenden Vorschlag gemacht, dem sich nach intensiven bilateralen Kontakten im Herbst 1987 die formelle Einladung zur Teilnahme an alle Balkan-Länder anschloß⁴⁶.

Obwohl auch Albanien eine Einladung erhalten hatte, gab es zu diesem Zeitpunkt noch allen Grund, an einer albanischen Teilnahme zu zweifeln. So verlautete noch Ende September 1987, nachdem in bilateralen Kontakten die Chancen für die Abhaltung einer so hoch angesiedelten Konferenz ausgelotet worden waren, nur Albanien habe das jugoslawische Ansinnen abgelehnt⁴⁷, was freilich speziell angesichts der noch im Sommer vorgetragenen albanischen Polemik gegen Jugoslawiens Initiative und den politischen Kurs in Kosovo insgesamt kaum verwunderlich schien. Nach der Wiederaufnahme der seit 1984 unterbrochenen albanisch-jugoslawischen Verhandlungen über einen Kulturaustausch, nicht weniger aber nach der Bereinigung anderer, bis dahin konfliktbeladener bilateraler Beziehungen anderer Balkan-Staaten (Beendigung des Kriegszustands zwischen Griechenland und Albanien, Protokoll über gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der Türkei teilweise unmittelbar im Vorfeld der Konferenz) kündigte die albanische Regierung als erstes sichtbares Zeichen der Rückkehr auf die internationale Szene nach fast 30-jähriger strikter Abstinenz im Oktober auch ihre Teilnahme an dem Belgrader Treffen an⁴⁸.

Es mußte aber noch eine zweite Voraussetzung erfüllt sein, damit der dünne, erste Gesprächsfaden zwischen den Außenministern aller Balkan-Länder nicht schon bei der ersten Zusammenkunft riß. In allen Balkanstaaten lebten nationale Minderheiten, deren Belange der jeweiligen Mutternation nicht gleichgültig sein konnten. Sollte dieses konfliktträchtige Thema in Belgrad thematisiert werden, war das Scheitern der Konferenz unvermeidlich. Umgekehrt: sollten die Außenminister den dünnen Faden der Balkanzusammenarbeit weiterspinnen wollen, mußten sie um dieses heikle Problem einen großen Bogen machen⁴⁹. Was den bosnischen Muslimen förmlich in die Wiege gelegt scheint, mit „bosnischem Mutterwitz und gesundem Menschenverstand“⁵⁰, d. h. mit fast traumwandlerischer Sicherheit zwischen festgefahrenen Fronten vermitteln zu können, und was ihnen im tragischen Jahr 1992 partout nicht gelingen sollte, das gelang „ihrem“ Außenminister Dizdarević im Jahre 1987. Denn seiner Einwirkung war es zu verdanken, daß die Eingeladenen selbst über den Schatten der belasteten zwischennationalen Beziehungen sprangen und damit das Zustandekommen dieser Konferenz der Außenminister ermöglichten⁵¹.

Damit waren die Voraussetzungen erfüllt, daß die erste Konferenz aller sechs Balkan-Außenminister überhaupt vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad abgehalten werden konnte. Damit gelang der jugoslawischen Außenpolitik förmlich die Quadratur des Balkan-Politik-Kreises, da nun zwei Mitglieder der NATO (Griechenland und Türkei, um deren bilaterale Beziehungen es auch nicht gerade gut stand: Zypern, Festlandsockel, Minderheiten) zwei WVO-Mitglieder (Bulgarien und Rumänien, deren unterschiedliche Moskau-Loyalität latent spannungsbeladen war) gegenüber-

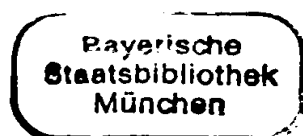
standen, wobei zwischen ihnen das blockfreie Jugoslawien und das sein außenpolitisches *come back* genießende Albanien zu vermitteln bzw. die Gemüter zu beruhigen versuchten.

Zwei höchst unterschiedlich gelagerte Momente bildeten die Hauptthemen der ersten Konferenz. Einer Gruppe von Staaten (Bulgarien, Griechenland, Rumänien) ging es um die „große Politik“ (Balkan als Zone ohne atomare und chemische Waffen, baldigst einzuberufende Gipfelkonferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Balkanländer), während es den anderen drei (Albanien, Jugoslawien, Türkei) um „banale“ kleine Schritte ging: wirtschaftliche und kulturelle Kooperation, aber auch Ansätze zur Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten. Es liegt auf der Hand, daß sich kein Teilnehmer gegen das hehre Ziel der Atomwaffenfreiheit aussprechen konnte. Daß manche Teilnehmer von den Realisierungschancen dieser Idee freilich kaum mehr hielten als von der Idee einer Gipfelkonferenz, offenbart das „Gemeinsame Kommuniqué“; denn beides wurde zwecks weiterer Erörterung auf die lange Bank geschoben⁵².

Entschieden konkreter waren dann aber die Vereinbarungen über die „kleinen Schritte“:

- die Außenminister vereinbarten regelmäßige Treffen, ohne jedoch eine zeitliche Abfolge festzulegen;
- in kürzeren Abständen sollen sich hohe Beamte der Außenministerien treffen (zum erstenmal noch vor Ende Juni 1988), um das weitere *procedere* abzustimmen. Tatsächlich einigte man sich beim nächsten Expertentreffen im Juni 1988 in Sofia darauf, die nächste Konferenz der Außenminister mit einem weiteren Expertentreffen im Januar 1989 in Tirana vorzubereiten und die Konferenz selbst für 1990 einzuberufen (Ort blieb noch offen)⁵³;
- Konferenz der Wirtschafts- bzw. Außenhandelsminister in der Türkei im selben Jahr;
- Treffen der Verkehrsminister in Jugoslawien im selben Jahr;
- Expertentreffen über Umweltprobleme in Bulgarien im selben Jahr;
- Expertentreffen über Technologietransfer in Rumänien (allerdings ohne Terminvorgabe);
- Gründung eines Balkan-Wirtschaftsforschungsinstituts mit Sitz in Athen.

Keine Einigkeit herrschte unter den Außenministern lediglich über die Behandlung der nationalen Minderheiten. Zwar sollten sie ursprünglich – analog den Formulierungen in den KSZE-Dokumenten – als „Brücke“ zwischen den Balkan-Völkern bezeichnet werden⁵⁴; herausgekommen ist eine aber sehr dehnbare Formulierung: „Es wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die nationalen Minderheiten in jenen Balkan-Staaten, auf deren Territorium sie existieren, ein verbindender und stabilisierender Faktor für die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit



sein müssen“⁵⁵, so daß der „verbindende und stabilisierende Faktor“ ersatzlos wegfallen mußte, wenn es nach serbischer Auffassung keine albanischen Minderheitenprobleme in Serbien, nach bulgarischer keine Probleme der Pomaken und keine türkischen Minderheitenprobleme in Bulgarien, nach rumänischer keine ungarischen Minderheitenprobleme in Rumänien gab.

Um so überraschender waren dann die erstaunlich moderaten Worte des albanischen Außenministers Malile gerade zum Minderheitenproblem auf dem Balkan: „Es muß unser gemeinsames Ziel sein, daß die Minderheiten, Faktor von Teilungen, Spannungen und Streitigkeiten in der Vergangenheit, zum Faktor der Kohäsion und Stabilität im Lande und zur Brücke der Verbindung und Kooperation zwischen den Ländern werden. ... Die Sozialistische Volksrepublik Albanien hat nie die Ansicht vertreten, daß das Minderheitenproblem durch Grenzanpassung oder Einmischung in innere Angelegenheiten anderer zu lösen ist. Unserer Meinung nach schließt diese Anschauung das legitime Interesse der Nachbarn für ihre Minderheiten allerdings nicht aus, besonders wenn dieses Interesse auf ehrlichem Willen und Wunsch beruht, zur Festigung der gutnachbarlichen Beziehungen und Freundschaft zwischen den Völkern und zur allgemeinen Sicherheit auf dem Balkan beizutragen“⁵⁶.

Die Balkanstaaten schienen zum erstenmal seit der Entstehung der Balkan-Vielstaaterei 1918 entschlossen, durch den KSZE-Prozeß nachempfundenen Ausklammern von Problemen (Minderheiten, überzogene politische Forderungen), über die konsenshafte Lösungen auf absehbare Zeit unrealistisch waren, die Bedingungen für eine allseits dauerhaftere Zusammenarbeit auf klar umgrenzten Gebieten zu schaffen. Und das bevor überhaupt jemand vom politischen Erdbeben des Herbstes 1989 in Osteuropa geträumt haben kann. Es gab also einen regional sehr begrenzten, nichtsdestoweniger nicht zu unterschätzenden Ansatz zu einer Blockerosion in Europa, der aber eben an die Existenz der Blöcke in Europa gebunden war.

Zweieinhalb Jahre später waren die welt- und europapolitischen Bedingungen gegenüber 1988 so radikal geändert, daß für die Fortsetzung der in Belgrad initiierten Kooperation die Hauptstadt des sich 1990 zögerlich vom Stalinismus abwendenden Albanien bestimmt werden konnte. Denn zwischenzeitlich hatte selbst Albanien als letztes sozialistisches Land den Weg zu Reformen eingeschlagen. Bis zur Tiranaer Außenminister-Konferenz äußerte sich das u. a. darin, daß Ramiz Alia als albanischer Staatspräsident zum erstenmal an einer UN-Generalversammlung teilnahm, daß die diplomatischen Beziehungen zu den beiden Weltmächten wiederaufgenommen wurden und daß Albanien den Antrag auf Aufnahme in die KSZE gestellt hatte⁵⁷. Am 24./25. Oktober 1990 fand in Tirana das zweite Treffen der Außenminister statt⁵⁸.

Wie schon für Belgrad, so war auch für die Konferenz in Tirana vereinbart worden, daß strittige Themen (insbes. die Frage nationaler Minderheiten) ausgeklammert bleiben soll. Noch nicht für alle Teilnehmer waren jedoch die großen weltpolitischen Themen (Gipfelkonferenz, Institutionalisierung der Balkan-Außenministerkonferenzen) obsolet geworden. Der rumänische Außenminister Adrian Nastase beispielsweise setzte sich noch immer für die Einberufung einer Gipfelkonferenz ein: „Mit Genugtuung stellen wir fest, daß eine Konvergenz von Standpunkten zugunsten der Durchführung des ersten Treffens der Staats- oder Regierungschefs unserer Länder besteht. Für Rumänien wäre es eine große Ehre, Gastgeber einer solchen Konferenz zu sein“⁵⁹. Umgekehrt setzten sich die Vertreter Bulgariens und Griechenlands – wengleich nicht gerade nachdrücklich – für eine Institutionalisierung der Außenministerkonferenzen ein⁶⁰. Indem jedoch andere Außenminister trotz der rumänischen Behauptung eines breiten Konsens auf diese Themen überhaupt nicht eingingen, gaben sie den Vertretern Bulgariens, Griechenlands und Rumäniens deutlich zu verstehen, daß sie von solchen Ideen nichts hielten.

Deutlicher wurde mancher Außenminister bei anderen Themen. So machte der rumänische Vertreter, nachdem er die Bereitschaft Rumäniens bekundet hatte, „mit den Regierungen anderer Balkanländer zur Erhaltung der Identität, der kulturellen und geistigen Werte, der Muttersprache der Bürger rumänischer Herkunft in diesen Ländern bei[zu]tragen“, ohne allerdings auf das besondere Problem der rund zwei Millionen Ungarn in Rumänien selbst auch nur mit einem einzigen Wort einzugehen, den Vorschlag, „einen Kodex der Zusammenarbeit der Balkanländer im Bereich ethnischer Fragen und Fragen der nationalen Minderheiten zu erarbeiten“⁶¹. Der albanische Außenminister Malile dagegen redete das Wort nicht einem ohnehin illusorischen „Kodex“ der zwischennationalen Beziehungen, sondern setzte sich für ein Mindestmaß an Menschenwürde auch bei der Behandlung nationaler Minderheiten ein: „Es handelt sich hierbei weder um die Änderung von Grenzen, noch um die Einverleibung der Minderheiten an ihre nationalen Staaten. Das Problem liegt darin, daß die Schaffung von Barrieren, die Isolation hervorrufen, zu vermeiden und eine Politik zu verfolgen ist, die den Minderheiten ermöglichen wird, sich im Rahmen der Grenzen, in welchen sie leben, als gleichberechtigter und würdiger Teil des Volkes zu fühlen. Das würde unsere Völker auf dem Balkan, die die Geschichte mehr vermischt hat als woanders, wodurch das gleichermaßen präzente und empfindliche Problem der ethnischen Minderheiten entstanden ist, nur anregen, sich anzunähern und sich freundschaftlich miteinander zu verbinden“⁶² – eine Position, die denn auch in das Konferenzdokument Eingang fand.

In zwei Konferenzdokumenten, in der „Botschaft an das Treffen der Staats- oder Regierungschefs der Teilnehmerländer des KSZE-Folgetref-

fens in Paris, vom 19.–21. November 1990“ und in der „Gemeinsamen Mitteilung“⁶³, einigten sie sich auf drei sehr dezidierte politische Forderungen und vereinbarten darüber hinaus eine Reihe von sehr konkreten Maßnahmen. In der politischen Verlautbarung an die Adresse der KSZE hieß es:

- sie fordern die Unterstützung Europas bei der Überwindung des innerbalkanischen ökonomischen Gefälles;
- sie unterstützen den KSZE-Aufnahmeantrag Albanien;
- eine „besondere Bedeutung messen sie den Rechten der Angehörigen der nationalen Minderheiten gemäß Helsinki-Schlußakte und entsprechenden KSZE-Dokumenten als einem Faktor der Annäherung, Stabilität, Freundschaft und der guten Nachbarschaft im Einklang mit den Prinzipien und Normen des Völkerrechtes bei.“

Hinsichtlich konkreter Maßnahmen aber einigten sie sich auf folgendes:

- Fortsetzung der multilateralen Zusammenarbeit – freilich ohne das von Rumänien geforderte Gipfeltreffen, aber auch ohne eine von Bulgarien und von Griechenland geforderte Institutionalisierung der Balkan-Kooperation;
- Ausarbeitung eines Dokuments „über die Prinzipien der guten Nachbarschaft auf dem Balkan aufgrund der UNO-Charta, der KSZE-Dokumente und internationaler Präzedenzfälle“;
- Beachtung der „ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen“ Besonderheiten der nationalen Minderheiten und Gewährleistung „aller Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten“ auch für eben diese Minderheiten;
- Förderung der multilateralen Kooperation der Parlamentarier;
- jährliche Außenministerkonferenzen, wobei das nächste für Herbst 1991 nach Sofia vergeben wurde⁶⁴;
- halbjährliche Treffen von Experten der Außenministerien zur Nach- und Vorbereitung weiterer Schritte;
- die Gründung des Balkan-Wirtschaftsforschungsinstituts soll beschleunigt werden;
- Konferenz der Verkehrsminister 1991 in Tirana;
- Konferenz der Gesundheitsminister ebenfalls 1991 in der Türkei;
- Prüfung der Möglichkeit zur Gründung einer Balkanbank;
- Prüfung „der Gründung eines Balkan-Forums, das periodische Treffen im Rahmen der Balkan-Zusammenarbeit sowie Balkan-Institutionen für multilaterale Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen umfassen würde.“

Das alles veranlaßt zur Behauptung, daß sich die jugoslawische Initiative nach anfänglichem Unglauben in ihre Realisierungsmöglichkeit zu einem stattlichen Projekt entwickelt hatte, das – rebus sic stantibus – gute Überlebenschancen haben mußte. Doch zeigt ein nur flüchtiger Blick auf den Balkan an der Jahreswende 1991/92, daß von einer nachhaltigen Wir-

kung der Außenminister-Konferenzen herzlich wenig übriggeblieben ist. Denn der Zerfall Jugoslawiens hat nicht nur innerjugoslawisch einen Streit um das jugoslawische Erbe provoziert, sondern auch die Nachbarn auf den Plan gerufen, die bei der Verteilung der jugoslawischen Restbeute auf keinen Fall leer ausgehen wollen⁶⁵.

7. Abschließende Thesen

1. Die allerersten Ansätze zur Kooperation der Balkan-Länder – wenn gleich ohne nachhaltigen Erfolg – datieren noch aus der Zeit der Hochphase des Kalten Krieges (späte 50er und beginnende 60er Jahre). Bei hochgesteckten politischen Zielen (atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan) war denn auch das Scheitern dieser Ansätze dementsprechend vorprogrammiert. Deutlich niedriger angesiedelt waren dann Ansätze, die seit Ende der 70er Jahre unternommen wurden. Hier ging es nicht nur um eine Kooperation der Balkan-Länder, vielmehr waren hier auch die Nachbarn jenseits der Balkan-Grenzen involviert (Österreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland). Durch diese Kooperationsansätze sind Gesprächsmöglichkeiten über die Blöcke hinweg geschaffen worden, die der Blockerosion Vorschub geleistet haben. Das heißt freilich nicht, daß über diese Kontakte die Blockerosion überhaupt eingeleitet worden wäre.

2. Erst der angesichts der schon in der Zwischenkriegszeit erfolglosen Ansätze zu einer politischen Kooperation aller Balkan-Staaten kaum aussichtsreicher erscheinende jugoslawische Versuch einer erneuten politischen Zusammenarbeit aller Balkan-Staaten erwies sich überraschenderweise doch – wenn gleich nur anfänglich – als voller Erfolg. Eine wesentliche Voraussetzung dazu aber war, daß Albanien nach Enver Hoxhas Tod zwar zögerlich, aber dennoch unübersehbar seine selbstgewählte Isolation aufgab. Eine zweite, nicht weniger wichtige war, daß es den Balkan-Staaten zum erstenmal in ihrer Geschichte gelang, – analog dem KSZE-procedere – strittige, nicht lösbare Fragen systematisch auszuklammern, um die Chancen der Kooperation auf anderen Gebieten auszuloten. Was im Frühjahr 1987 kaum jemand für möglich gehalten hat: die Außenminister der sechs Balkan-Länder stellten unter Beweis, daß sie über alle Konfliktpotentiale hinweg wenigstens punktuell eine gemeinsame Sprache finden konnten, und daß es ihnen gelingen kann, noch vor der Demokratischen Revolution in Osteuropa einen sichtbaren Beitrag zur Blockerosion in einem spannungsgeladenen Teil Europas zu leisten.

3. Da nach der Demokratischen Revolution in Osteuropa die Chancen für die „blockübergreifende“ Kooperation scheinbar deutlich günstiger waren, war die Wiederauflage der Belgrader Außenministerkonferenz in Tirana unproblematisch. Dennoch: obwohl hier Möglichkeiten der Ko-

operation bis weit in das laufende Jahrzehnt skizziert wurden, hat, nachdem mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 Europas Teilung in Blöcke abrupt beendet wurde, die blockierender Balkan-Kooperation ihren systemsprengenden Charakter verloren. Eine dritte Konferenz der Balkan-Außenminister erscheint unter diesen Bedingungen höchst unwahrscheinlich und eigentlich überflüssig. Die Auflösung der Blöcke jedoch scheint nicht nur die Tür weiter zu öffnen für weitere ähnliche Projekte, sondern scheint auch Vorschub zu leisten für die Wiederentstehung von alten-neuen Nationalismen in Europa.

4. Die im Frühjahr 1987 sehr gewagt anmutende Initiative des damaligen jugoslawischen Außenministers Raif Dizdarević hat sich zunächst als erstaunlich erfolgreich erwiesen. Der Erfolg darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich mit der Auflösung Jugoslawiens der Balkan insgesamt in eine sehr gefährliche Situation hineinmanövriert sieht. Denn vom Auflösungsprozeß sind potentiell alle Nachbarn tangiert, bzw. sind alle an der jugoslawischen Beute interessiert. Die griechische und bulgarische Mazedonien-Politik ist dabei so fest auf der Position aufgebaut, daß es eine mazedonische Nation nicht gibt, daß an eine längerfristige staatliche Selbständigkeit Mazedoniens kaum zu glauben ist. Und ob ein „Großserbien“ die „Südserben“, d. h. Mazedonier, je widerspruchslos und unwiderruflich in die politische Unabhängigkeit entlassen würde, das muß wohl auch bezweifelt werden. Doch auch Ungarn dürfte mit Blick auf die an die 500 000 in der Vojvodina und in Nord-Kroatien lebenden Ungarn einer Auflösung Jugoslawiens nicht gleichgültig zusehen. Und selbst Italien, für das die Adria immer noch das kleinere „mare nostrum“ sein mag, muß sich im Falle eines serbischen Sieges an der Adria-Küste nicht immer so gelassen geben wie im Moment. Die Befürchtung einer erneuten „Balkanisierung“ des Balkans, die die Nachbarn, vielleicht aber auch die Großmächte auf den Plan rufen würde, ist demnach – leider – nicht völlig abwegig. Es bedurfte der Existenz der Blöcke in Europa, damit das blockfreie Jugoslawien die blockierender Außenminister-Konferenzen intensiv verfolgen konnte. Mit der Auflösung der Blöcke jedoch entfällt die politische Sprengkraft dieser Konferenzen – und stürzt vielleicht nicht nur der Balkan tief zurück ins 19. Jahrhundert.

Anmerkungen

- 1 Die jugoslawische Außenpolitik in der kommenden Periode, in: Internationale Politik. 38 (1987) 901, S. 11–20, hier S. 13f.
- 2 Die Friedens- und Zusammenarbeitszone auf dem Balkan, in: Internationale Politik. 38 (1987) 882, S. 34–36, hier S. 35.
- 3 Mit weiterführenden Hinweisen bis hin zu den Vorläufern im späten 18. Jahrhundert: Bernath, Mathias/Nehring, Karl (Hg.): Friedenssicherung in Südosteuropa.

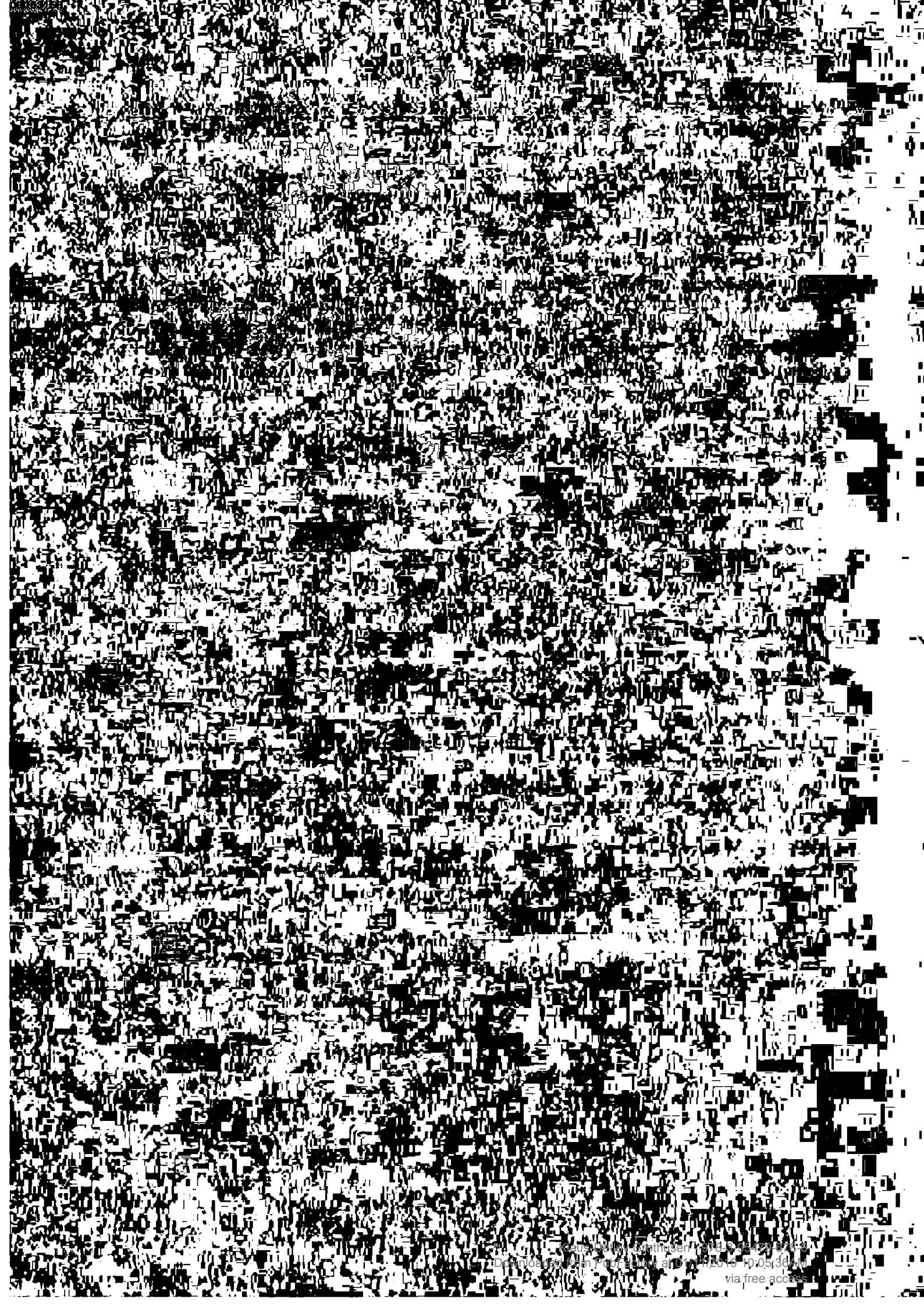
- Föderationsprojekte und Allianzen seit dem Beginn der nationalen Eigenstaatlichkeit. Ernst Habermann zum 80. Geburtstag. München 1985.
- 4 Dazu u. a.: Haftendorn, Helga: Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955–1973. Düsseldorf 1974.
 - 5 Mit Hinweisen auf weitere, (nicht)realisierte Projekte vgl.: Dorenčenkov, A. I.: Re-packogo plan, in: Sovetskaja istoričeskaja enciklopedija. 11. Moskva 1968, Sp. 883. Pott, Andreas: Atomwaffenfreie Zonen, in: Lutz, Dieter S. (Hg.): Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit. München 1987. S. 49–55.
 - 6 Vgl.: Fischer-Galati, Stephen: Foreign Policy, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. II. Rumänien. Göttingen 1977, S. 211. Geierhos, Wolfgang: Zeittafel, in: ebd., S. 605. Vgl. auch die Berichte über den neuntägigen Staatsbesuch des rumänischen Staats- und Parteichefs Gheorghiu-Dej im November/Dezember 1963 in Jugoslawien (Staatsbesuch Gheorghiu-Dejs in Belgrad, in: Neue Zürcher Zeitung. 24. 11. 1963. Gheorghiu-Dejs Besuch in Jugoslawien, in: ebd. 27. 11. 1963).
 - 7 Vgl. Gavrilović, Mladen: Zusammenarbeit auf dem Balkan, in: Internationale Politik. 37 (1986) 879, S. 15–17, hier S. 16. Gottlieb, Sanford: Reykjavik und der Balkan, in: ebd. S. 1–4, hier S. 3. Ihlau, Olaf: Fünf Nachbarn – im Argwohn vereint. Den Teilnehmern der Balkan-Konferenz fällt es schwer, mit historischen Hypothesen fertigzuwerden, in: Süddeutsche Zeitung. 29. 1. 1976. Ostojić, Mirko: Balkanische Initiativen. Die Notwendigkeit der Formierung eines neuen Bewußtseins auf dem Balkan, in: Internationale Politik. 38 (1987) 896/7, S. 1–4, hier S. 3. Petković, Ranko: Das Balkan-Rätsel, in: ebd. 41 (1990) 959, S. 9–11, hier S. 11. Nach dem Umbruch in Osteuropa allerdings schrieb Petković (a. a. O.), obwohl er früher die entsprechenden Vorschläge recht schwer gewichtet hatte: „Allem nach zu urteilen wird hinter zwei multilaterale Balkaninitiativen – jene, die sich auf die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und die andere, die sich auf die Einberufung einer Balkangipfelkonferenz bezieht – ein Punkt gesetzt werden! Und das nicht so sehr aus dem Grunde, weil sich unerwartet die Notwendigkeit nach dem einen oder anderen verringert hat, sondern deshalb, weil von der politischen Szene jene Persönlichkeiten zurückgetreten sind, denen an der Durchsetzung dieser multilateralen Initiativen gelegen war. Abgegrenzt vom europäischen Raum durch die Koordinaten des Warschauer Vertrages und des RGW, aber auch durch die hermetisch geschlossenen Grenzen der eigenen Staaten, waren Nicolae Ceausescu und Todor Shiwkow bemüht, im Balkanraum die Rolle ‚weitblickender‘ Staatsmänner, Führer und Friedensstifter zu spielen. Ihre Nachfolger, egal wer sie auch sein mögen, werden andere Interessen, Anliegen und Projektionen haben.“
 - 8 Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Non-Proliferationsvertrag zwar am 28. 11. 1969 bei. Das entsprechende Bundesgesetz jedoch wurde vom Bundestag erst am 20. 2. 1974 (also im Kontext der vorbereitenden Phase der KSZE sowie der Ratifizierung der Ostverträge) verabschiedet. Vgl. die entsprechende Note der Bundesregierung (im Auszug) in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Vom Kalten Krieg zum Frieden in Europa. Dokumente von 1949–1989. München 1990, S. 325–327 sowie die Zeittafel, in: ebd. S. 55 und 64.
 - 9 In: Volle, Hermann/Wagner, Wolfgang (Hg.): KSZE. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv. Bonn 1976, S. 284.

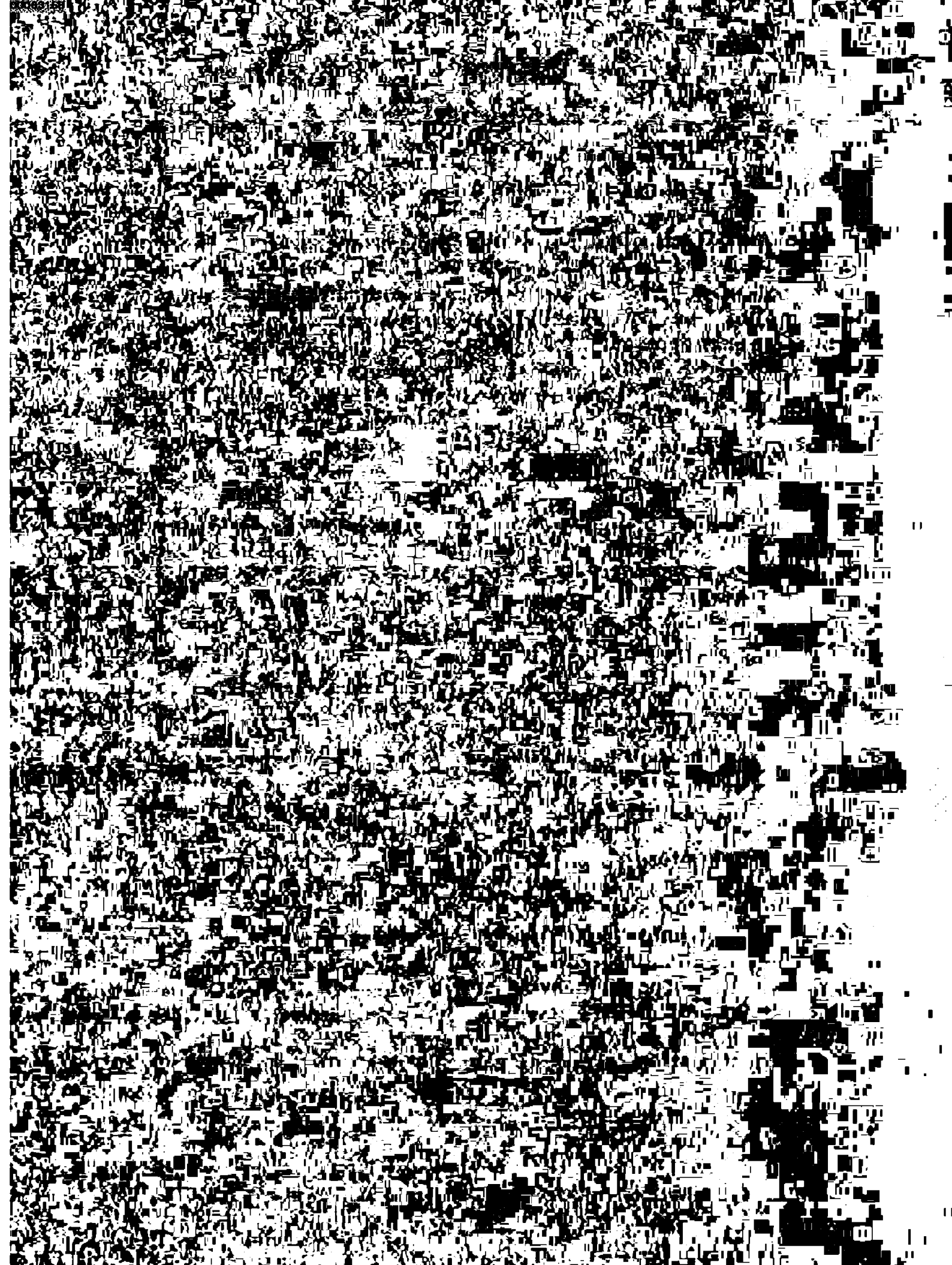
- 10 Vgl.: Ihlau, Olaf: Fünf Nachbarn; ders.: Konstantin von Mazedonien. Die Balkan-Aktivitäten des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis, in: Süddeutsche Zeitung. 6. 6. 1975; ders.: Karamanlis bei Tito. Kontroverse um die „mazedonische Nation“, in: Neue Zürcher Zeitung, 6. 6. 1975.
- 11 Konferenz der Balkanstaaten. Ansätze zu einer gegenseitigen Annäherung, in: Das Parlament. 6. 11. 1976.
- 12 Vgl.: Griechenlands Werben um die Balkanstaaten. Der bulgarische Außenminister in Athen, in: Neue Zürcher Zeitung. 14. 1. 1976.
- 13 Ihlau, Olaf: Balkan-Konferenz in Athen. Mehr Zusammenarbeit bei Wirtschaft, Verkehr, Energie und Umweltschutz angestrebt, in: Süddeutsche Zeitung. 26. 1. 1976.
- 14 Vgl.: Ihlau, Olaf: Konstantin von Mazedonien.
- 15 Ders.: Fünf Nachbarn.
- 16 Entpolitisierung des „Balkanideals“. Die Konferenz in Athen, in: Neue Zürcher Zeitung. 28. 1. 1976.
- 17 Ein neuer Anlauf zu multilateraler Zusammenarbeit auf dem Balkan, in: Europa-Archiv. 31 (1976) 13, S. D 341.
- 18 Ebd.
- 19 Vgl.: Gemeinsames Kommuniqué über die Konferenz der Balkanstaaten über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit in Athen vom 26. Januar bis 5. Februar 1976, in: ebd., S. D 341 f.
- 20 Vgl.: Konferenz der Balkanstaaten.
- 21 Vgl.: Grenzenloser Balkan, in: Süddeutsche Zeitung. 29. 3. 1977.
- 22 Um so erstaunlicher ist es, daß es trotz einer ähnlich destruktiven Strategie Moskaus und seiner Verbündeten bei den KSZE-Folgekonferenzen in Belgrad und Madrid doch noch gelungen ist, die KSZE aus der tödlichen Sackgasse herauszuführen und sie auf Umwegen sogar zu institutionalisieren.
- 23 Zajedničko jugoslavensko-tursko saopćenje. Uspješan razvoj odnosa, in: Borba. 18. 4. 1978. Vgl. auch den Hintergrundbericht: Ecevićs Jugoslawienreise. Symbol der Loslösung vom Westen, in: Neue Zürcher Zeitung. 16./17. 4. 1978.
- 24 Dazu: Bergant, Boris: Alpen-Adria. Ein Beispiel regionaler Zusammenarbeit, in: Internationale Politik. 37 (1986) 869, S. 25–28. Luben, Ivan: Une structure transfrontalière en Europe Centrale des Alpes à l'Adriatique. Paris 1991 (mit weiterführenden Literaturhinweisen). Vukadinović, Radovan: Wandlungen in Osteuropa und die Alpen-Adria-Gemeinschaft, in: Internationale Politik. 42 (1991) 979, S. 21 f. Ders.: Zum zehnjährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, in: ebd. 40 (1989) 941, S. 15 – Eine ausgesprochen harsche Kritik aus serbischer Sicht bei: Džadžić, Peter: „Alpe-Jadran“ od Čerčila do danas, in: NIN. 38 (1989) 1994, S. 6–10 (auf der Titelseite dieser Wochenzeitung eine geographische Karte mit den insgesamt 14 Regionen aus den fünf beteiligten Ländern: A – die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Steiermark; D – Bayern; H – die Komitate Győr-Sopron und Vas; I – Friaul-Julisch-Venetien, Lombardei, Trentino-Tiroler Etschland und Venetien; YU – Kroatien und Slowenien). Ohne die „ARGE Alpen-Adria“ direkt zu erwähnen, wirft auch der Chefredakteur der über die Grenzen Jugoslawiens hinaus bekannten Zeitschrift „Internationale Politik“ Ranko Petković (Außenministertreffen der Balkanstaaten in Tirana, in: Internationale Politik. 41 (1990) 974, S. 7–9, hier S. 8) den beiden jugoslawischerseits beteiligten Republiken Slowenien und Kroatien vor, sich nach Westeuropa unter „päpstlich-römische Flagge“ absetzen zu wollen. Was mögliche künftige Aufgaben der

- „ARGE Alpen-Adria“ sein könnten, entwirft in einer beachtenswerten Zusammenfassung der Berner Geograph Werner Bätzing (Die Alpen im Europa der neunziger Jahre. Für eine regionale Gestaltung der europäischen Entwicklung, in: Neue Zürcher Zeitung. 3./4. 6. 1990).
- 25 In der Literatur m. W. bisher noch nicht ausführlicher gewürdigt. Mir jedenfalls ist nur ein Beitrag bekannt, in dem u. a. auch auf diese Initiative hingewiesen wird: Demajo, Aleksandar: Die pentagonale Zusammenarbeit. Errungenschaften und Erwartungen, in: Internationale Politik. 41 (1990) 974, S. 9–12.
 - 26 Hierzu liegen mir bisher nur vereinzelte, wenig aussagekräftige Zeitungsmeldungen vor. Vgl. insbes.: Potpisana deklaracija o Jadranu. Deo Šire evropske saradnje, in: Borba. 15. 7. 1991, S. 17.
 - 27 Dazu inbes.: Stojić, Edita: Die Donau. Ein Fluß der Zusammenarbeit, in: Internationale Politik. 41 (1990) 966/967, S. 27–31. Vgl. auch: Jeder 2. Oberösterreicher für Donau-Konföderation, in: Die Presse. 16./17. 12. 1989. Österreich in einem veränderten Europa. Ungewisse Rolle Wiens in einem offenen Donaauraum, in: Neue Zürcher Zeitung. 12. 4. 1990. Razumovsky, Andreas: Rückkehr der Nachbarn. Wollen die Österreicher eine neue Donau-Föderation?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 17. 1. 1990.
 - 28 Hier kann ich nur auf eine kurze, weiter nichtssagende Zeitungsmeldung verweisen: „Fünfer“-Außenministertreffen in Wien und Preßburg. Kooperationspläne der Donau-Adria-Staaten, in: Neue Zürcher Zeitung. 23. 5. 1990.
 - 29 Gelegentlich jedenfalls kann man sich angesichts des Erfindungsreichtums sowohl für Kooperationsansätze als auch für die Bezeichnungen eben dieser Kooperationsansätze des Eindrucks nicht erwehren, daß für sonst eher untätige oder unausgelastete Angehörige der staatlichen Bürokratien „ABM“-Stellen gesucht und gefunden werden.
 - 30 Übereinstimmend: Vukadinovic, Radovan: Wandlungen in Osteuropa, S. 21 f., hier S. 22. Zum nicht zuletzt in der Bundesrepublik bzw. in Bayern favorisierten „Europa der Regionen“ vgl. auch: Europa als Dachverband autonomer Glieder. Föderalisten und Regionalisten formieren sich, in: Neue Zürcher Zeitung. 30. 5. 1990, S. 5. Jeszensky, Geza: Europa der Regionen. Vielseitige Zusammenarbeit mit Jugoslawien, in: Internationale Politik. 42 (1991) 978, S. 5 f.
 - 31 Zu diesen Kooperationsansätzen grundsätzlich: Beginn einer mitteleuropäischen Kooperation. Erklärung Ungarns, Italiens, Jugoslawiens und Österreichs, in: Neue Zürcher Zeitung. 14. 11. 1989. Blockübergreifendes Vierertreffen in Budapest. Versuch einer Zusammenarbeit unter neuen Verhältnissen, in: Neue Zürcher Zeitung. 9. 11. 1989. Demajo, Aleksandar: Die pentagonale Zusammenarbeit. Markovic, Ante: Enge Verknüpfung Jugoslawiens mit den Integrationsprozessen in Europa, in: Internationale Politik. 42 (1991) 978, S. 3 f. Michelis, Gianni de: Ein Ansatz für Mitteleuropa. Das Vierer-Treffen will den habsburgischen Geist der „Welt hinter den Nationen“ wiederbeleben, in: Die Zeit. 10. 11. 1989.
 - 32 Beginn einer mitteleuropäischen Kooperation.
 - 33 Dazu: „Fünfer“-Außenministertreffen in Wien und Preßburg.
 - 34 Dazu: Marschall, Christoph von: Gipfel der Pentagonale-Staaten. Der Geist von Habsburg spukt in Venedig, in: Süddeutsche Zeitung. 3. 8. 1990. Zusammenkunft von fünf Regierungschefs Mittel- und Südeuropas. Regionales Gipfeltreffen in Venedig, in: Neue Zürcher Zeitung. 4. 8. 1990.
 - 35 Vgl.: „Fünfer“-Außenministertreffen in Wien und Preßburg.
 - 36 Die Bezeichnung „Quadrangolare“ hatten die Italiener geprägt (vgl.: Struktur zur Annäherung von Osten und Westen. Polen am Treffen der Pentagonale in Bologna,

- in: *Neue Zürcher Zeitung*. 19./20.5. 1991, S.6). Wer hingegen die Begriffe „Pentagonale“ und „Hexagonale“ eingeführt hat, ist unklar.
- 37 Vgl.: Marschall: Gipfel der Pentagonale-Staaten.
- 38 Vgl.: Die „Hexagonale“ für eine friedliche Lösung, in: *Neue Zürcher Zeitung*. 30.7. 1991, S.2.
- 39 Vgl.: Neue Impulse für die Hexagonale. Konferenz in Klagenfurt, in: *Neue Zürcher Zeitung*. 24.3. 1992, S.4.
- 40 Blockübergreifendes Vierertreffen in Budapest.
- 41 Ein Ansatz für Mitteleuropa.
- 42 „Fünfer“-Außenministertreffen in Wien und Preßburg.
- 43 Marschall, Christoph von: Gipfel der Pentagonale-Staaten.
- 44 Zu beiden Konferenzen vgl.: Boden, Martina: Neue Entwicklungen auf dem Balkan. Die Belgrader Außenministerkonferenz und weitere bilaterale Treffen, in: *Europa-Archiv*. 43 (1988) 9 S.D 233f., mit Dokumenten über die Belgrader Gespräche, S.D 233–D 238. Petković, Ranko: Außenministertreffen der Balkanstaaten in Tirana, in: *Internationale Politik*. 41 (1990) 974, S.7–9. Reuter, Jens: Die Außenministerkonferenz der Balkanländer in Belgrad, in: *Südosteuropa*. 37 (1988) 4, S.128–141. Schlegel, Dietrich: Rücken die Balkanstaaten enger zusammen?, in: *Außenpolitik*. 39 (1988) 4, S.400–415. Anlässlich der ersten Konferenz veröffentlichte die Belgrader Zeitschrift „*Internationale Politik*“ in den Heften 39 (1988) 906 bis 911 eine Serie von Beiträgen zu dieser Konferenz (S. Avramov, D. Belovski, A. E. Drougos, M. Komatina, M. Ostojić, R. Petković, M. Šahović, V. Tupurkovski, V. Vekarić, D. Vidić, R. Vukadinović und M. Yilmaz). Ausführliche Dokumentation des ersten Treffens in Belgrad: Außenministerkonferenz der Balkanländer. Belgrad, 24.–26. Februar 1988, in: *Internationale Politik*. 39 (1988) 910, S.9–33, des zweiten Treffens in Tirana: Das zweite Außenministertreffen der Balkanländer. Tirana vom 24.–25. Oktober 1990, in: ebd. 41 (1990) 975, S.7–25.
- 45 Vukadinović, Radovan: Die jugoslawische Außenpolitik. S. 14.
- 46 Vgl.: Kollwe, Peter: Belgrader Treffen der Balkanstaaten, in: *Neues Deutschland*. 23.2. 1988. Meier, Viktor: Balkankonferenz will in Belgrad Konflikte schlichten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 16.2. 1988.
- 47 Vgl.: Schlegel, Dietrich: Rücken die Balkanstaaten enger zusammen?, S. 402 f.
- 48 Vgl.: Reuter: Die Außenministerkonferenz, S. 134–136. Schlegel: Rücken die Balkanstaaten enger zusammen?, S. 402–406.
- 49 Wie tief die Vorurteile um (nicht)existierende Minderheiten sitzen, zeigt auch die Ende Juni/Anfang Juli 1991 in Athen abgehaltene Konferenz der Friedensbewegungen der Balkan-Länder. Obwohl unterstellt werden kann, daß gerade diese Bewegungen für nationalistisch gefärbte Politik eher unempfindlich sind, leugneten die drei griechischen Gastgeber sowohl die Existenz einer mazedonischen Nation als auch ein mazedonisches Minderheitenproblem in Griechenland. Vgl.: Skup mirovnih pokreta i komiteta za saradnju Balkana. Grci i Bugari ne priznaju manjine, in: *Borba*. 2.7. 1991, S.21.
- 50 So Buchalla, Carl E.: An der Save den Weg nach Europa suchen, in: *Süddeutsche Zeitung*. 23.2. 1988.
- 51 Der Korrespondent der „*Frankfurter Rundschau*“ spricht vom „diplomatischen Meisterstück“ der jugoslawischen Außenpolitik. Vgl.: Schleicher, Harry: Im Blickpunkt: Balkan-Konferenz. Diplomatisches Meisterstück, in: *Frankfurter Rundschau*. 25.2. 1988.

- 52 Vgl.: Gemeinsames Kommuniqué über das Treffen der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Balkan-Länder vom 24. bis zum 26. Februar 1988 in Belgrad, in: *Europa-Archiv*. 43 (1988) 9, S. D 236–D 238, hier S. D 237.
- 53 Vgl.: Schlegel: Rücken die Balkanstaaten enger zusammen?, S. 414.
- 54 Vgl.: Buchalla, Carl E.: Balkan-Konferenz in Belgrad beendet, in: *Süddeutsche Zeitung*. 27. 2. 1988.
- 55 In: Gemeinsames Kommuniqué, S. D 237.
- 56 Unabhängige Entwicklung und Stabilität. Rede des Außenministers der VR Albanien, Reis Malile, in: Außenministerkonferenz. S. 16–19, hier S. 18.
- 57 Vgl.: Petković, Ranko: Außenministertreffen der Balkanstaaten in Tirana, in: *Internationale Politik*. 41 (1990) 974, S. 7–9, hier S. 8. Zum politischen Hintergrund der Änderungen in Albanien: Arfs, Jörn: Die Bastion Albanien öffnet sich. Aus Stalins Schatten getreten, in: *Die Zeit*. 4. 1. 1991. Komatina, Milorad: Der albanische Abschied vom Stalinismus, in: *Internationale Politik*. 42 (1991) 979, S. 22–24. Rütten, Ursula: Albanien – die Bastion wankt, in: *Frankfurter Rundschau*. 14. 12. 1990.
- 58 Wie gravierend die zwischen der ersten und zweiten Konferenz und seitdem durchgesetzten auch personalpolitisch relevanten Änderungen waren, zeigt die Tatsache, daß von den 6 Außenministern, die in Belgrad konferiert hatten, in Tirana nur noch zwei anwesend waren. Und daß ein gutes Jahr später auch die letzten beiden abgelöst worden sind. 1988: AL – Reis Malile; BG – Peter Mladenov; GR – Karolos Papoulias; R – Ioan Totu; TR – A. Mesut Yilmaz; YU – Budimir Lončar. 1990: AL – Reis Malile (im Frühjahr 1991 abgelöst durch den Stellvertretenden Außenminister Mohamed Kapllani); BG – Luben Gocev; GR – Andonis Semaras; R – Adrian Nastase; TR – Ahmet Kurtcebe Alptemocin; YU – Budimir Lončar (mit der durch die Unabhängigkeitserklärung von Kroatien und Slowenien vom 25. 6. 1991 impliziten Auflösung Jugoslawiens faktisch abgesetzt).
- 59 Wendepunkt der europäischen Geschichte, in: *Das zweite Außenministertreffen*. S. 15–17, hier S. 17.
- 60 Vgl.: Gocev, Ljuben (für Bulgarien): Die Gefahr vor einer neuen Balkanisierung, und Samaras, Adonis (für Griechenland): Die Institutionalisierung der Balkanzusammenarbeit, in: ebd. S. 10f.
- 61 Nastase, Adrian: Wendepunkt der europäischen Geschichte, in: ebd. S. 17.
- 62 Überwindung des Erbes der Vergangenheit, in: ebd. S. 21–23, hier S. 22.
- 63 Beide in: ebd. S. 23f. und 24f.
- 64 Das aber offenbar bis zur Fertigstellung dieses Manuskripts (Mai 1992) infolge der Auflösung und des Bürgerkrieges in Jugoslawien nicht hatte stattfinden können. Vgl.: Bulgarische Absage an ein Balkantreffen mit Milosevic, in: *Neue Zürcher Zeitung*. 22./23. 9. 1991, S. 2.
- 65 Vgl.: Fortsetzung der Bemühungen Athens um ein Balkantreffen, in: *Neue Zürcher Zeitung*. 24. 9. 1991. Griechisch-bulgarische Freundschaft mit Fragezeichen, in: ebd. 27. 9. 1991.





Bohdan A. Osadczúk-Korab

Polen

Polen war bereits seit langem Promotor und Vordenker für die Reformen auch in anderen osteuropäischen Ländern. Das hatte mehrere Ursachen. An erster Stelle stand wohl die Schwäche der kommunistischen Macht von Anfang an und die Widerstandskraft des polnischen Volkes gegen die kommunistische Ideologie und Praxis. Diese Ablehnung hatte historische Wurzeln, die dem Konflikt eine besondere Note verliehen. Der Ursprung geht auf die Anfänge des Sozialismus zurück. Schon gegen Ende des 19. Jh., als sich im Untergrund im dreigeteilten Polen neben anderen politischen Richtungen die sozialistische Idee zu verbreiten begann, kam es gleich zur Spaltung in zwei unterschiedliche und untereinander verfeindete Lager. Die eine Richtung, vertreten durch die Sozialdemokratie Polens und Litauens (SDKPL), gebärdete sich extrem internationalistisch. Ihr Tätigkeitsfeld war vornehmlich im russisch besetzten Teil Polens. Ihre politischen Führer wie Rosa Luxemburg, Felix Dzierżinskij, Felix Kohn oder Leo Jogisches und Karl Radek unterhielten enge Beziehungen zu den russischen Sozialisten und gingen später eine Allianz mit den Bolševiki Lenins ein. Sie lehnte die Unabhängigkeit Polens ab und traten für supranationale Ideen einer proletarischen Revolution im engsten Bündnis mit Rußland ein.

Im Gegensatz zu dieser Richtung stand die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die für den nationalen Befreiungskampf und einen selbständigen polnischen Staat warb und aus diesem Grund jegliche Zusammenarbeit mit dem genannten internationalistischen Flügel der polnischen Arbeiterbewegung verwarf. Diese Differenz hat von Anfang an die spätere ideologische und organisatorische Schwäche des polnischen Kommunismus antizipiert. Dazu kamen auch andere Ursachen im Zuge der wechselvollen historischen Wandlungen zwischen den beiden Weltkriegen. Die extreme Linke der SDKPL hat sich nach der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917 in Rußland für die Bildung einer polnischen Sowjetrepublik engagiert, die sich dann nach einem Sieg dieser Konzeption dem sowjetischen Staatenverband anschließen sollte. Als aber die Rote Armee im Krieg mit dem neu entstandenen unabhängigen Polen 1920 bei Warschau geschlagen wurde, ist auch die Idee einer polnischen Sowjetrepublik auf diese Weise zurückgewiesen worden. Doch die Idee einer solchen Republik hat sich neben der Erbsünde aus der Zeit der SDKPL zum zweiten Syndrom entwickelt, mit dem die Anfang der zwanziger Jahre gegründete Kommunistische Partei Polens nolens volens leben mußte. Dies aber hat sie derart kompromittiert und belastet, daß sie bis zum baldigen Verbot das Dasein

einer Splittergruppe führen mußte. Auch in der Illegalität war sie die ganze Zeit bis zu ihrem tragischen Schicksal Ende der dreißiger Jahre, als sie von Stalin verdammt, aufgelöst und dezimiert wurde, eine Randerscheinung im politischen Spektrum Polens.

In der kommunistischen Internationale stand die polnische KP extrem links und im Konflikt zwischen Stalin und Trockij unterstützte sie den letzteren. Das hat ihr die spätere Rache des Kreml-Tyrannen zugezogen. Andererseits war sie wegen polizeilicher Verfolgungen zu Hause und der schwachen materiellen Basis dazu verurteilt, ihre Führungskader den repressiven Organen des polnischen Staates zu entziehen und Unterstützung bei den stärkeren befreundeten Parteien im Ausland zu suchen. Es war die Kommunistische Partei Deutschlands, die der KPP diesen Schutz bis zum Sieg Hitlers 1933 gewährte. Berlin war der Hauptsitz des Politbüros und des ZK-Sekretariats der KPP. Von der KPD erhielt sie auch die materielle Unterstützung. Als die Nazis an die Macht kamen, verlegte sie ihren Sitz nach Danzig, und als auch dort die NSdAP die Mehrheit gewann, emigrierte sie nach Prag. Dort hat sie der tödliche Schlag Stalins überrascht.

Die extreme ideologische Orientierung im Sinne der Weltrevolution Trockijs und die doppelte Abhängigkeit von den deutschen Kommunisten haben dazu geführt, daß die KPP in den Augen der polnischen Bevölkerung zwischen 1918 und 1939 als eine Partei des „nationalen Verrats“ verufen war. Das gründete sich auf den programmatischen Grundsätzen der KPP hinsichtlich der Nationalitätenpolitik. Im Osten Polens, wo die polnische Bevölkerung schwächer vertreten war als die beiden dort dominierenden nationalen Minoritäten, nämlich die Ukrainer und Weißrussen, trat sie für das Selbstbestimmungsrecht ein. In diesem Sinne unterhielt sie im Osten des Landes zwei autonome, auf diesem Grundsatz der ethnischen Selbstbestimmung errichtete Parteien, und zwar die Kommunistische Partei der Westukraine (KPZU) und die Kommunistische Partei des westlichen Weißrußlands (KPZB). Im Gegensatz dazu proklamierte die KPP im Westen des Landes eine andere Orientierung, nämlich die Verwirklichung des historisch begründeten territorialen Anspruchs Deutschlands auf die Freie Stadt Danzig, auf Oberschlesien und auf das Posener Gebiet. Eine Verwirklichung dieses doppelten territorialen Verzichtes hätte Polen auf ein Gebiet etwa in der Größe des Herzogtums Warschau aus der napoleonischen Zeit beschränkt. Dies war also der zusätzliche Grund für die Entfremdung der polnischen Kommunisten von der Nation.

Polens Antikommunismus in der Vorkriegszeit hatte zwar die erwähnten spezifischen Hintergründe, aber dieses Phänomen gehörte zu der allgemeinen Erscheinung in den meisten, nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Nationalstaaten Ost- und Südosteuropas. Nur die Tschechoslowakei mit ihrer beispielhaften parlamentarischen Demokratie bildete eine rühmliche Ausnahme von dieser Regel. Wie in den meisten neugebil-

deten Ländern war die klassische, nach dem französischen Muster gleich nach der Erlangung der Unabhängigkeit eingeführte Demokratie von kurzer Dauer. Der 1926 unter der Ägide von Marschall Josef Pilsudski vollzogene Umsturz hat nicht, wie das von der kommunistischen Geschichtsschreibung häufig dargestellt wird, zur Bildung einer faschistischen Diktatur geführt. Vielmehr handelte es sich um eine Semi-Diktatur mit sehr charakteristischen und für polnische Verhältnisse mit typischen Kennzeichen versehenes halbliberales System. Zwar haben die Generäle und Obristen nach 1926 einflußreiche Stellungen in Staat und Gesellschaft erlangt, aber sie vermochten nie ein auf ein Verbot der Bürger- und Menschenrechte gestütztes und von einer nivellierenden Gleichschaltung des Pluralismus von Interessen und Werten geprägtes diktatorisches System zu errichten. Polen blieb auch in den nachfolgenden Jahren ein Land der rivalisierenden Gruppen, Orientierungen, Parteien und Interessenverbände.

Einerseits versuchte das Regime der „Sanacja“, wie die Macht der Obristen von ihrem Vorsatz zur politischen und wirtschaftlichen Sanierung des Landes bezeichnet wurde, durch eine neue Verfassung und durch Wahlmanipulationen eine Ideologie des allmächtigen Staates mit Hilfe einer politischen überparteilichen Sammlungsbewegung des „Blocks der parteilosen Zusammenarbeit mit der Regierung“ (BBWR) durchzusetzen, andererseits aber leisteten die politischen Parteien, Gewerkschaften, alle Instanzen der Selbstverwaltung sowie nationale Minderheiten und die katholische Kirche einzeln oder in den nach gemeinsamen Interessen organisierten Allianzen einen permanenten Widerstand gegen dieses Vorhaben des Staates, so daß im Endergebnis das Land ständig in einem Zustand der bis zum Ausbruch des Krieges 1939 fortlebenden Wechselwirkungen ohne eindeutigen Sieg der einen oder anderen Seite blieb. Dem Sanacja-Regime gelang es nach dem Putsch von 1926 erst 1935 die Einführung einer auf Stärkung der Präsidialmacht und des Staates ausgerichteten Verfassung und dazu noch mit Hilfe eines geschickten Abstimmungstricks im Parlament herbeizuführen.

Nach wie vor blieb in der innenpolitischen Entwicklung Polens in der Ära der Unabhängigkeit zwischen 1918 und 1939 als Hauptcharakteristikum im politischen Leben eine weitgehende Zersplitterung der Kräfte. Ungeachtet der Vormachtstellung der römisch-katholischen Kirche ist es nie zu einer regelrechten Klerikalisierung von Staat, Politik und Kultur gekommen. Das politische Leben war stets von einem Wechselspiel zwischen den etatistischen Ideen der Regierungs- und Armeekeise und der gesellschaftlichen Differenzierung in den großen Parteien der Nationaldemokraten auf der rechtskonservativen Seite, dem schwachen Zentrum der christlichen Demokraten und Liberalen und den gemäßigten Linken der Sozialisten und der Bauernpartei geprägt. Es ist von der Regierungsseite auch nicht gelungen, die von ihr gewünschten einheitlichen Staatsgewerk-

schaften zu einer Macht zu entwickeln. Dieses Gebilde blieb im heterogenen System der sozialistischen, christlichen und nationalen Minoritäten des gewerkschaftlichen Gesamtbilds eine Minderheit.

Auch unter den extremen Vorzeichen des zweiten Weltkrieges ist im Grunde genommen diese Zersplitterung der Kräfte trotz der imperativen Forderung nach Einigung und Zusammenschluß gegenüber den beiden Feinden des unterdrückten Polens, des nationalsozialistischen Deutschlands und der stalinistischen Sowjetunion, wenn auch unter erheblichen Veränderungen maßgeblich gewesen. Allerdings ist die Rolle der Generale als führende politische Kraft im besetzten Polen und im verbündeten Ausland (General Bor-Komorowski in Warschau, General Sikorski in London) – ungeachtet der ersten Vorwürfe an die militärische Leitung nach der Kriegsniederlage 1939 – im Vergleich zu den „zivilen“ Politikern stärker geworden. Als neues Phänomen trat dann nach dem Überfall Hitlers auf seinen Bundesgenossen Stalin 1941 die Rückkehr der 1937 durch den Kreml aufgelösten und verfolgten polnischen Kommunisten ins politische Leben. Aber dieses Wiederauftauchen aus der Versenkung vollzog sich nicht unter dem alten Schild der Kommunistischen Partei Polens, sondern unter dem neuen Aushängeschild der Polnischen Arbeiterpartei (PPR); das polnische Volk begegnete dieser Neugründung unter Bezug auf die Abkürzung mit dem sarkastischen Slogan „Platni Pachalkowie Rosji“ („Bezahlte Sklaven Rußlands“). Doch die Kommunisten wechselten nicht nur den Namen der Partei. Sie änderten radikal ihr Programm, indem sie sich die Ideologie des früheren nationalen und klassenpolitischen Feindes, nämlich der polnischen Nationaldemokratie, zugelegt haben. Sie übernahmen das antideutsche extreme Programm der Nationaldemokraten im Sinne der Wiederherstellung der territorialen Rechte Polens im Westen bis zur Oder. Im Osten plädierten sie nach wie vor für den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes und damit für die Revision der Vorkriegsgrenzen zugunsten der Ukraine und Weißrußlands entlang von Bug und San.

Das will nicht heißen, daß die herrschende kommunistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei von Anfang an den Anweisungen aus Moskau sklavisch folgte. Im Bewußtsein ihrer schwachen Verankerung an der Basis und in allen Schichten der polnischen Nation mußte das kommunistische Regime in Warschau die Meinung der Öffentlichkeit hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung bis zu einem gewissen Grade berücksichtigen. Das geschah oft aus taktischen Überlegungen hinsichtlich der ideologischen und gesellschaftlichen Umwälzungen im Innern. Das kommunistische Regime bediente sich häufig der nationalen Karte, um auf diese Weise den innenpolitischen Widerstand der Nation gegen die marxistisch-leninistischen Experimente in Staat, Wirtschaft und Kultur zu schwächen. Eine solche Orientierung ergab sich auch aus der radikalen Umkehrung im neu-

en Programm der polnischen Kommunisten auf dem außenpolitischen Gebiet, und während die polnische KP in der Vorkriegszeit auf dem äußersten linken Flügel stand und zu maximalen territorialen Konzessionen zugunsten Deutschlands bereit war, übernahm sie nach dem Zweiten Weltkrieg die traditionelle antideutsche Ideologie der polnischen Nationaldemokraten und versuchte, damit das fehlende Vertrauen der Nation zu gewinnen. Aus einem solchen Konzept ergaben sich oft Widersprüche zu den Zielsetzungen der sowjetischen Außenpolitik. Meistens bezog sich das auf die deutsche Frage. In den ersten Jahren widersetzte sich Warschau indirekt dem ursprünglichen sowjetischen Plan zur Schaffung eines einheitlichen, zentralisierten Deutschland. So unterstützte Warschau eine Zeitlang die Konzeption Frankreichs einer extremen territorialen Zersplitterung des künftigen deutschen Staates und der Errichtung einer internationalen Kontrolle im Ruhrgebiet. Polen sprach sich auch in der ersten Nachkriegsphase im Sinne der Schwächung Deutschlands und gegen die sowjetischen Anweisungen für die Entstehung eines sorbischen Staates mit der Hauptstadt Bautzen (Budysin) aus. In diesem Sinne wurde die konstituierende sorbische Regierung anerkannt. Sie besaß einen offiziellen diplomatischen Vertreter in Warschau. An den polnischen Universitäten wirkte in den vierziger Jahren als eine der stärksten politischen Studentengruppen die prosorbische Organisation „Pro Lausitia“. Darüber entstand zwischen Warschau und Prag eine scharfe Konkurrenz, weil die Tschechoslowakei auf dem Standpunkt stand, daß der sorbische Staat sich vor allem auf die Partnerschaft mit den Tschechen stützen sollte. Diesem vorübergehenden Spiel hat Moskau 1949 im Zusammenhang mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ein radikales Ende bereitet. (Vorher kam es 1946 zu einem politischen Debakel, das unter Umständen für das Schicksal der Sorben katastrophale Folgen hätte haben können. Eine polnische Delegation unter der Führung des bekannten Publizisten Edmund OSMAŃCZYK intervenierte bei der sowjetischen Militärverwaltung zugunsten der Sorben. Sie beschwerte sich bei dem Chef des Stabes der sowjetischen Streitkräfte, General MALININ – dem gleichen, der 1956 den ungarischen Aufstand blutig niedergeschlagen hat –, und zwar wegen einer politisch für die Zukunft dieses kleinen slawischen Volkes verheerenden Siedlungspolitik. Die Polen wollten, daß in der Lausitz keine deutschen Vertriebenen angesiedelt werden. Als OSMAŃCZYK diesen Protest mündlich vortrug und dabei in seinem fehlerhaften Russisch ständig von den „Serben“ sprach, weil so die polnische Bezeichnung für die Sorben lautet, hat ihn der General unterbrochen und apodiktisch erklärt: „Wenn sie Serben sind, dann werden sie nach Jugoslawien repatriiert“. Und in angetrunkenem Zustand gab er seinem Adjutanten die Anweisung, Transportmittel für diese Aktion sicherzustellen. Die polnische Delegation hatte große Mühe, das herannahende Unglück zu vereiteln.)

Andererseits hat es im Zusammenhang mit der Entstehung der DDR erhebliche Schwierigkeiten gegeben. Die polnischen Kommunisten verfolgten die Ausrufung dieses deutschen Teilstaates mit Mißtrauen. Sie weigerten sich, dem Druck Moskaus zu folgen, das Warschau zur unterschiedlichen Einstellung zu den „bösen“ Deutschen in der Bundesrepublik und zu den „guten“ Deutschen in der DDR veranlassen wollte. Dies war auch eine der Ursachen für den Sturz des ersten Kommunistenführers in der Nachkriegszeit Władysław GOMUŁKA und des gesamten von ihm vertretenen nationalkommunistischen Lagers und des damit verbundenen Machtwechsels zugunsten der prosovjjetischen Gruppe unter Bolesław BIERUT im Jahre 1949. Es folgten die Jahre der internen Sowjetisierung und der Umkehrung von den Überresten der eigenständigen außenpolitischen Ideen. Diese Zeitperiode, die bis zum Tode STALINS dauerte, war von einer fast lückenlosen Befolgung der Direktiven Moskaus gekennzeichnet. Ihre Hauptmerkmale zeigten sich in der Solidarisierung Polens im Kampf gegen das titoistische Jugoslawien und in einer Gegnerschaft gegenüber dem Westen. Dabei wurden sogar die pro-amerikanischen und pro-französischen Tendenzen in der Bevölkerung Polens ignoriert. Auch die Beziehungen zu dem Vatikan sind unter Mißachtung jeglicher Psychologie verschärft worden. Im Vordergrund dieser Umkehr stand allerdings die Gegnerschaft zu der Bundesrepublik Deutschland. Im Einvernehmen mit dem Kreml entstand eine informelle Partnerschaft zwischen Warschau, Prag und Ostberlin, die in der damaligen westlichen Publizistik die Bezeichnung einer Konstellation des „Eisernen Dreiecks“ erhielt. Die Formulierung war von Anfang an übertrieben und entsprach nicht den Realitäten. Die von einschlägigen Haßparolen und Abgrenzungstheorien gegenüber Bonn genährte Koalition der drei kommunistischen Regimes wurde nie mit einer in den betreffenden Nationen verankerten Substanz ausgefüllt. Die gegenseitigen Ressentiments, die seit langem zwischen den Polen und den Tschechen besonders gegenüber den Deutschen gehegt wurden, sind durch die konjunkturelle Kooperation der herrschenden kommunistischen Systeme unverändert geblieben. Das Fehlen von offenen Diskussionen und das Auftreten von Ungleichheiten in der Wirtschaftsentwicklung und folglich im Lebensstandard in den drei westlichen Ländern am Rand des sowjetischen Imperiums vertieften allmählich die Diskrepanz zwischen der offiziellen Propaganda von der angeblichen Eintracht der Interessen und den Entfremdungs- und Neiderscheinungen in der Praxis.

In der darauf folgenden Periode der ersten Entstalinisierung nach dem zwanzigsten Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 ist die Konstellation des „Eisernen Dreiecks“ zusammengebrochen und nicht wiedererstand. Im Unterschied zu Prag und Ostberlin gelang es Warschau unter GOMUŁKA in der Zeit der ersten Entspannung in der CHRUŠČEV-Ära in der UdSSR, die

seit 1949 bis 1956 dauernde außenpolitische Isolierung gegenüber dem Westen zu lockern. Polen erneuerte seine früheren Verbindungen zu Frankreich, Großbritannien und vor allem zu den Vereinigten Staaten und aktivierte zugleich im Sinne des Nationalkommunisten GOMUŁKA freundschaftliche Beziehungen mit Jugoslawien unter TIRO und zu China unter MAO TSE TUNG. Auch als dann zwischen Moskau und Peking und zwischen dem Kreml und Belgrad ideologische und machtpolitische Spannungen aufgetreten sind, hielt sich Polen aus diesen Feindseligkeiten konsequent heraus und verteidigte auf diese Weise erfolgreich den gewonnenen Spielraum einer beschränkten Souveränität.

Die partielle Annäherung an die Vereinigten Staaten und an Frankreich diente Warschau auch als indirekte Hilfe in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik um die endgültige Normalisierung der Beziehungen auf der Grundlage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Vor allem wichtig auf diesem Gebiet war die Entscheidung Charles de GAULLES über die Anerkennung der Gültigkeit der Westgrenze Polens. Dies war umso mehr für die polnische Position bedeutungsvoll, als zwischen der Bundesrepublik und Frankreich eine enge Partnerschaft entstand. Schließlich kam es dann zu langwierigen Verhandlungen zwischen Warschau und Bonn, die mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages in Warschau im Dezember 1970 endeten. An der Normalisierung der Beziehungen zwischen Warschau und Bonn hat auch die katholische Hierarchie Polens einen wesentlichen Anteil gehabt, und zwar durch die Initiative des polnischen Episkopats gegenüber den deutschen Katholiken Mitte der sechziger Jahre.

Eine neue Chance für die Wahrnehmung der außenpolitischen Interessen entstand unter dem Nachfolger von GOMUŁKA, dem kommunistischen Parteichef Edward GIEREK. Im Zeichen der Entspannungspolitik zwischen Ost und West, die mit der Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Entspannung (KSZE), bekannt unter der Abkürzung der Helsinki-Konferenz, begann, hat Warschau seine Bemühungen um Wirtschaftsreformen mit westlichen Krediten aus Deutschland und Frankreich konzentriert. Als Mittel zu diesem Zweck diente eine Diplomatie der Gipfeltreffen zwischen Edward GIEREK, dem französischen Präsidenten GISCARD d'ESTAING und dem deutschen Bundeskanzler Helmut SCHMIDT. Im Ergebnis erhielt Warschau eine Finanzspritze in großem Ausmaß, die allerdings für die konjunkturelle Verbesserung der Konsumlage und in begrenztem Umfang für die Verwirklichung der Modernisierungspläne (Ausbau des Straßennetzes), aber nicht für substantielle Veränderungen des polnischen Industrieprofiles und der Technologien verwendet wurde. Letzten Endes hat sich Polen durch eine wahllose Annahme der westlichen Kredite am stärksten von allen Ländern des damaligen Ostblocks verschuldet. Als dann die Kreditquelle an der Übergangsschwelle

zwischen den siebziger und achtziger Jahren wegen des Konjunkturrückgangs im Westen verschwand, kam es zur Verschlechterung der Wirtschaftslage Polens. Es brachen soziale Konflikte aus, die zur Entstehung einer breiten Protestbewegung in Gestalt der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ führten. In der darauf folgenden Periode der internen Konflikte zwischen dem geschwächten kommunistischen Lager und der Widerstandskraft der breiten Schichten kam es zum Rückgang der außenpolitischen Initiativen Warschaws. Andererseits aber gewann Polen an Ansehen und Autorität in der ganzen Welt durch die Wahl eines polnischen Bischofs, des bisherigen Krakauer Kardinals Karol WOJTYŁA, zum Papst. Diese Entscheidung brachte in die Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik des Landes eine neue Qualität, mit der auch die sowjetische Großmacht rechnen mußte. Der polnische Papst in Rom stärkte automatisch die nichtkommunistischen Reformbestrebungen und den Wunsch nicht nur der polnischen Katholiken, sondern auch der verschiedenen politischen Gruppierungen nach der Abschüttelung der sowjetischen Dominanz.

Der Niedergang der bisherigen kommunistischen Vormundschaft, der sich in der Zulassung der Protestbewegung „Solidarność“ und in dem Danziger Vertrag vom August 1980 zwischen der Staatsmacht und dem freien Gewerkschaftsbund zeigte, brachte einen Wandlungsprozeß in Gang, nicht nur im Innern, sondern auch in den äußeren Beziehungen. Polen stand mit seinem siegreichen Reformismus innerhalb der kommunistischen Staatengemeinschaft isoliert. Es war umgeben von lauter Feinden, die in dem durch den Widerstand der polnischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen erzwungenen internen Paktsystem eine Gefahr für den Fortbestand der totalitären Herrschaft der Parteien in den eigenen Ländern sahen. Daraus resultierte eine informelle, aber offenkundige Allianz der kommunistischen Regimes unter den Nachbarn Polens, bestehend aus der UdSSR, der Tschechoslowakei und der DDR im Einvernehmen mit den weiteren Ländern wie Rumänien, Bulgarien und teilweise Ungarn. Der konzentrierte Druck dieser Länder auf die Warschauer Führung unter dem Parteichef Stanisław KANIA und Ministerpräsident Wojciech JARUZELSKI nahm im Laufe des Sommers und Herbstes 1981 derart drohende Formen an, daß das Warschauer Regime mit einer militärischen Intervention nach dem Vorbild des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes gegen den Reformkommunismus in der Tschechoslowakei rechnen mußte. Um dem vorzubeugen, entschloß sich der im November zum Parteichef designierte bisherige Ministerpräsident und Befehlshaber der polnischen Streitkräfte, General JARUZELSKI, am 13. Dezember 1981 das bisherige Paktsystem mit der Opposition aufzuheben und ein unbefristetes Kriegsrecht einzuführen.

Dadurch hat sich nicht nur die innenpolitische Situation, sondern auch die außenpolitische Lage Polens schlagartig verändert. Der Westen ant-

wortete darauf mit einer Politik des Boykotts und der Isolierung des Kriegsrechtregimes.

Indessen verlangte die Opposition in ihren zahlreichen im Untergrund erscheinenden Zeitschriften eine grundsätzliche Revision der Außenpolitik Polens, und zwar sowohl gegenüber dem Westen, mit dem Schwerpunkt in der deutschen Frage, aber auch gegenüber dem Osten, und zwar hinsichtlich der Neugestaltung der Beziehungen mit den unmittelbaren Nachbarn Polens: Litauern, Ukrainern und Weißrussen. Die Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik begünstigten diesen Revisionsprozeß. So mehrten sich bereits vor dem Wahlsieg der Opposition im Jahre 1989 die Stimmen, in denen dieser Umdenkungsprozeß deutlich zum Vorschein kam. So schrieb der bekannte polnische Publizist Edmund OSMAŃCZYK kurz vor seiner Wahl zum Mitglied des Senats 1989: „Die polnische Außenpolitik sollte klar bezeichnen, daß Deutschlands Einheit nur durch die Wiederherstellung der Einheit Europas, und zwar auf der Basis des Konsensus zwischen Ost und West, d. h. einer die Interessen des Ostens und des Westens berücksichtigenden Übereinstimmung möglich sein wird. Der Gedanke, daß die wichtigsten mitteleuropäischen Staaten zu den Vorkämpfern für die europäische Einheit gehören, könnte eine der Konzeptionen sein, die auf Polens Bereitschaft hinweist, bei der Abschaffung der für den Weltfrieden gefährlichen weiteren Spaltung Deutschlands aktiv zu helfen.“

Das war auch die Grundorientierung der polnischen Außenpolitik nach der Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung unter Tadeusz MAZOWIECKI im September 1989. Das Außenministerium übernahm in seinem Kabinett der parteilose Professor für Völkerrecht, Krzysztof SKUBISZEWSKI. Die vom Ministerpräsidenten und dem Leiter des außenpolitischen Ressorts definierte neue Außenpolitik Polens beruht auf zwei Grundpfeilern: einer loyalen Erfüllung der noch geltenden vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion und parallel dazu einer aktiven Öffnung nach Westeuropa und zu den Vereinigten Staaten. Im europäischen Bereich bedeutete das eine aktive Teilnahme an den sich anbahnenden Prozessen der Vereinigung Deutschlands und der Anknüpfung der Beziehungen zu den bestehenden europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg. Parallel dazu laufen die ersten informellen Annäherungen an die an Polen grenzenden Republiken der UdSSR: Litauen, Ukraine und Weißrußland. Es ist eine neue Art der Diplomatie, und zwar der gleichzeitigen Pflege von Beziehungen zum Kreml und zu den benachbarten Teilstaaten der Sowjetunion.

Allerdings wäre es ein Verstoß gegen die gebotene Nüchternheit, wenn man diese Übergangsphase als unproblematisch beurteilen würde. Es sind nicht nur die Belastungen aus der jüngsten Vergangenheit, mit denen eine offene polnische Außenpolitik zu tun haben wird. Auch die Altlasten wir-

ken in der Gegenwart nach. Dazu gehört vor allem der Nachholbedarf an nationaler Souveränität. Einer der besten Kenner der polnischen Mentalität, der Historiker Tadeusz ŁEPKOWSKI, sieht die Hauptgefahr für die Öffnung gegenüber den Nachbarn in der Fortdauer der polnischen Xenophobie. Er stellt die Frage, worauf das zurückzuführen ist, und meint: „Woraus ergibt sich die polnische Xenophobie? Aus der Geopolitik, aus der Frustrierung und Minderwertigkeitskomplexen oder aus der Abhängigkeit gegenüber der fremden Dominanz? Wie soll man die Dauerhaftigkeit der Xenophobie (darin auch des stets lebendigen Antisemitismus) in Volkspolen, d. h. in einem praktisch mononationalen Land erklären? Vermutlich resultiert das aus der Nationalitätenpolitik des ganzen kommunistischen Blocks, oder anders ausgedrückt, Imperiums oder genauer aus dem Zentrum des Imperiums (verschiedene Faktoren der Dominanz, die Stimulierung des Nationalismus durch die Taktik des Grundsatzes vom *divide et impera*), aber auch durch Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und durch eine besondere Langsamkeit der Rückbildung der nationalen Konflikte und des Nationalismus schlechthin.“

In der modernen politischen Kultur Polens haben sich seit langem zwei widersprüchliche Tendenzen entwickelt: der Hang zum sehr stark profilierten Individualismus und der Wunsch nach herrschenden, autokratischen Persönlichkeiten. Die erste Eigenschaft führt in der Regel zur immensen Zersplitterung der politischen Kräfte, die zweite zur Entstehung von autoritären Regierungsformen mit „starken Männern“ an der Spitze. Beides hat dann zur Folge, daß im politischen Geschehen weniger sachliche gesellschaftliche und sozialpolitische Programme, sondern hauptsächlich Probleme des Personalismus im Vordergrund stehen. Diese Diskrepanz rührt wie vieles in der politischen Kultur eines jeden Landes auch im Fall Polen aus der Geschichte. Der betonte Liberalismus und sogar Libertinismus, verknüpft mit schrankenlosen Forderungen nach der Freiheit des Individuums, kommt aus der polnischen Adelsrepublik, in der sich eine im Vergleich mit den anderen Staaten extreme Form der zunächst standesmäßigen Privilegien des Adels entwickelte und später von allen anderen sozialen Schichten entweder übernommen oder als Anspruch angemeldet wurde. Diese Tendenz zum grenzenlosen Individualismus ist dann im Laufe der Fremdherrschaft durch den Widerstand gegen die jeweilige Oberhoheit der drei Teilungsmächte (Österreich, Preußen und Rußland) beeinflußt worden. Die Staatsobrigkeit war ein Synonym für Böses und Fremdes, und jede Art der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen *résistance* galt seit Ende des 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts als Selbstverständlichkeit. Daraus hat sich dann ein Syndrom der negativen Haltung zu jeder Staatsobrigkeit herausgebildet, unter dem auch die jeweiligen polnischen Regierungen seit der Erlangung der Selbständigkeit im Jahre 1918 zu leiden hatten. Erst in der jungen Generation im selbständigen Polen,

etwa in der zweiten Hälfte der 30er Jahre, begann sich ein Umschwung abzuzeichnen. Die beständige Arbeit der Ideologen des neuen Staatswesens im Sinne eines „staatsbildenden und staatschöpferischen Bewußtseins“ zeitigte positive Erfolge. Doch diese Wende ist dann nach kurzer Zeit durch die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und die Besetzung Polens durch HITLER-Deutschland im Westen und das STALIN-Sowjetreich im Osten unterbrochen worden. Wiederum galten die alten Parolen aus der Zeit vor 1918, d. h. Widerstand gegen die Staatsobrigkeit und Bekämpfung der Besatzungsbehörden.

Verglichen mit dieser Komponente hat das andere Merkmal der internen Entwicklungsprozesse in der polnischen Gesellschaft, nämlich Verlangen nach starken Persönlichkeiten oder bei vordergründigem Interesse für politische Führungstalente unter gleichzeitigem Desinteresse für gesellschaftspolitische oder soziale Lösungen, eher Kontinuität bewiesen. Das begann in der Zeit der Unfreiheit, als es in den illegalen Aktivitäten eben auf Führungsqualitäten der politischen Kämpfer und nicht auf die programmatischen Leitsätze ankam. Und da die politischen Strukturen nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit seit November 1918 nach langer Zeit der Fremdherrschaft unterentwickelt blieben und die politischen Parteien sich erst im harten Konkurrenzkampf um den Einfluß in den neu entstandenen Staatsorganen, aber nicht im Zuge einer Bewährungspolitik profilieren wollten und mußten, ist es verständlicherweise zur Herauskristallisierung von Führungsqualitäten der Politiker gekommen. In diesem Wettbewerb um Führerpersönlichkeiten statt Programmen siegte schließlich durch einen Staatsstreich der Volksheld im illegalen und später bewaffneten Freiheitskampf vom Anfang des 20. Jahrhunderts, der zum Marschall Polens designierte einstige Berufsrevolutionär Józef PIŁSUDSKI. So erhielt Polen nach relativ kurzer Zeit einer nach französischem Vorbild herrschenden parlamentarischen Periode, die eher im Zeichen der von uns als Individualismus skizzierten Struktur stand ein autoritäres Regime, das sehr merkwürdige Züge aufwies. Einerseits stand an der Spitze des veränderten Staatssystems ein Mann mit fast diktatorischen Vollmachten und Ansprüchen, andererseits schlug ihm und seinem System trotz einer Volkstümlichkeit und weitgehender Anerkennung durch die breitesten Schichten der Nation wegen seiner patriotischen Verdienste, die aus dem erwähnten Hang zu persönlichen Freiheiten und zu den Privilegien des Individuums resultierten, eine Welle des Ungehorsams entgegen. Das war das Kennzeichen jener merkwürdigen Konsolidierungs- und Aufbauperiode des selbständigen Polens zwischen 1926 und 1939. Aber auch während des Krieges ist die Konzeption der Herrschaft der starken Männer fast unverändert geblieben. Das zeigte sich bei der Gestaltung der politischen Organe der polnischen Regierung im Ausland, zunächst in Frankreich und dann in England. Die polnische Regierung war Partner der Alliierten und

an deren Spitze stand General Władysław SIKORSKI. Und im besetzten Polen stand an der Spitze der polnischen Widerstandsbewegung ein anderer General, nämlich BOR-KOMOROWSKI. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die auf solche Weise begründete Autorität unter den Kommunisten eine Fortsetzung fand, allerdings in einer wesentlich grobschlächtigeren und primitiveren Variante. Allerdings war die Sowjetisierung Polens weniger brutal und aggressiv als in den anderen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas. Es gab keine Schauprozesse und Hinrichtungen wie in Prag, Budapest und Sofia. Die Übernahme des sowjetischen Systems vollzog sich eher nach einem milderem Gesetz, etwa ähnlich wie in der DDR.

Umso heftiger verlief dann die Entstalinisierung seit Oktober 1956. Es entstand wiederum ein freies Bauerntum. Aus der zunächst nach jugoslawischem Vorbild gebildeten und später zurückgedrängten Arbeiterselbstverwaltung ergaben sich Voraussetzungen für eine neue Gewerkschaftsbewegung. Der Zusammenbruch der stalinistischen Kulturpolitik führte zur Emanzipationsbewegung unter den Intellektuellen und zur Abwendung des geistigen Polens von der bisherigen Orientierung nach Moskau sowie der Wiederanknüpfung der vorübergehend unterbrochenen Bindung an den Westen. Das ging parallel mit einer steigenden Rolle der katholischen Kirche und der Zunahme von Verbindungen nach Rom. Eine Reokzidentalisation verband sich mit einer Rekatholisierung des Landes, was im Endergebnis den Einfluß der linken Kräfte zunehmend beeinträchtigt hat. Dieser Prozeß vollzog sich auch innerhalb des kommunistischen Regimes, an dessen Spitze ein ehemaliger Gastarbeiter in Frankreich und Belgien aus den dortigen Kohlerevieren, Edward GIEREK, etabliert wurde. Unter seinen Fittichen begann eine quasi Verbürgerlichung Polens mit Hilfe der westlichen Kredite. Anstelle des strengen, puritanischen Kommunismus eines GOMUŁKA kam ein Konsumkommunismus, allerdings „auf Pump“ aus dem Westen. Eine solche künstliche Wohlstandsstrecke brach mit dem leichtsinnig verbrauchten Kreditvolumen und mit der Weigerung des Westens, weiterhin kostenlose Unterstützung für polnische Experimente ohne Effizienz zu leisten, zusammen.

Unterdessen bildeten sich aber, während der seit Mitte der siebziger Jahre entstandenen neuen Wirtschafts- und Sozialkrise, neue politische und soziale Potenzen. Die polnische katholische Kirche hat ihren Einfluß durch eine bewußte Führung des Primas und Kardinals Stefan WYSZYŃSKI und durch die spätere Wahl des Krakauer Kardinals Karol WOJTYŁA zum Papst in Rom enorm ausgebreitet. Sie wurde ohne formelle Anerkennung zur stärksten sozialpolitischen Macht im Lande. Im Wettkampf mit der Zeit ging der Einfluß der Kommunisten, die sich inzwischen als „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei“ seit der Zwangsvereinigung mit den Sozialisten etabliert hatten, in dem gleichen Rhythmus nieder, wie der Einfluß der katholischen Kirche Aufstiegstendenz aufwies. Aus der Unzufriedenheit der

Arbeiter und Angestellten entstand die Initiative zur Bildung von freien Gewerkschaften. Zur Verteidigung der Arbeiterrechte haben die oppositionellen Intellektuellen und junge Arbeiterführer ein unabhängiges Gremium KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) gebildet. Sowohl die freien Gewerkschaften als auch das KOR-Komitee waren illegal. Im Sinne der Opposition handelten aber auch die laizistischen Katholiken, organisiert in den einflußreichen Komitees der Katholischen Intelligenz (KIK).

Im Spätsommer 1980 kam es zu der Kraftprobe zwischen den inzwischen erstarkten Reformgruppen und dem in Passivität und innerer Zerrissenheit stagnierenden kommunistischen System. Die Ende Juli 1980 entfesselte Streikbewegung hat sich im August zu einer sozialpolitischen Sammlungsgewerkschaft und anschließend zu der politisch dominierenden Kraft der *Solidarność* entfaltet. Das kommunistische System mußte Ende August 1980 angesichts des drohenden totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs kapitulieren. In Danzig wurde mit dem einstigen Elektriker auf der Lenin-Werft und nunmehr mächtigen Gewerkschaftsführer Lech WAŁESA ein umfangreiches Programm der politischen und sozialen Reformen unterzeichnet. Die GIEREK-Gruppe hat ihre Niederlage eingestanden. Damit begann eine Periode des Ringens zwischen den antikommunistischen Massenbewegungen, *Solidarność* und der nominellen kommunistischen Macht, die unter der neuen Führung des geschwächten Parteisekretärs Stanisław KANIA in einen panikartigen Rückzug geriet. Erst nachdem der Verteidigungsminister, General Wojciech JARUZELSKI, die Parteigeschäfte übernahm, trat eine gewisse Konsolidierung ein. Diese Machtübernahme hatte die Vorbereitung und Entfesselung des Kriegsrechtes vom 13. Dezember 1981 zum Zweck. Die mit der Sowjetunion koordinierte Aktion führte zweierlei im Schilde: die Niederwerfung der Macht der „Solidarität“ und die allmähliche Konsolidierung und Restituierung der einstigen Macht der kommunistischen Partei.

Polen verwandelte sich für einige Jahre in ein politisches Experimentierfeld zwischen der kombinierten Macht der Militärs, Parteifunktionäre und der Geheimpolizei einerseits und einer zur Massenbewegung erstarkten Arbeiteropposition. In diesem Kampf hat die Opposition immer neue Felder für ihre Aktivitäten erschlossen, so daß sich allmählich die Existenz eines Doppelsystems herausbilden konnte. Die von der illegalen *Solidarność* organisierten Belegschaften, Studenten und Bauern haben den normalen Ablauf der Wirtschaftsprozesse und der Verwaltungsarbeit weitgehend lahmgelegt. In der Illegalität bildeten sich unter den weitgehend eingehaltenen Grundsätzen von Disziplin und Einigkeit der *Solidarność* zahlreiche partiellen Interessengruppen. Es kam zur Gründung von politisch orientierten Gruppierungen, so daß sich das Spektrum der Opposition Mitte der 80er Jahre weitgehend veränderte. Es tauchten vor allem nationalradikale Organisationen wie z. B. „Konföderation für unabhängiges Polen“ (KPN)

oder die „*Militante Solidarität*“ auf. Daraus konnte man die Schlußfolgerungen ziehen, daß sich in der politischen Landschaft Polens eine Transformation nach rechts vollzieht und daß die linken Gruppen an Attraktivität und Anziehung zunehmend Boden verlieren. Andererseits wuchs der Einfluß der katholischen Kirche unentwegt weiter. Durch das Kriegsrecht und die damit verbundenen Einschränkungen der politischen und intellektuellen Arbeit nicht nur der „*Solidarität*“, sondern auch verschiedener anderer unabhängiger Organisationen eröffnete sich für den katholischen Klerus eine einmalige historische Chance. Die Kirche trat als Schiedsrichter, Vermittler und Mahner zwischen den verfeindeten Lagern auf, und sie bot den Verfolgten, Gejagten und Hilfesuchenden in ihren Räumen, in ihren Gotteshäusern und sonstigen Einrichtungen Zuflucht und Obhut. Die Kirche übernahm in der Zeit des kulturellen Notstandes die Funktion des Kunstmäzenen und öffnete ihre Kultstätten für Theateraufführungen, Dichteresungen und Bilderausstellungen. Sie organisierte finanzielle Unterstützung und karitative Hilfe für Familienangehörige der internierten Oppositionellen. Dadurch ist das Ansehen der römisch-katholischen Kirche größer als je zuvor in der Geschichte Polens geworden. Als sie dann noch inmitten des Kriegsrechtes einen ihrer populärsten Streiter, den Warschauer Priester und Prediger POPIELUSZKO, durch einen grausamen Märtyrertod verlor, sind ihre übergeordnete Stellung und der Anspruch auf geistig-politische Führung der Nation fast uneingeschränkt geworden. Obwohl sie nach dem Tode des Kardinals WYSZYŃSKI in Gestalt seines Nachfolgers, Primas GLEMP, keine ebenbürtige, außerordentliche nationale Figur fand, ist der dadurch eingebüßte Einfluß durch die Persönlichkeit des polnischen Papstes und durch dessen Pilgerfahrten in das Heimatland ausgeglichen worden.

Nachdem das sowjetische System der Gerontokratie BREŽNEVS, ANDROPOVS und ČERNENKOS 1985 von einem auf Erneuerung und Reform orientierten System der Perestrojka unter GORBAČEV abgelöst wurde, geriet die Kriegsrecht-Konstellation in Polen in einen unlösbaren Widerspruch. Die maßgeblichen Vertreter dieser Konstellation, nämlich General JARUZELSKI und sein Adlatus unter den Zivilisten RAKOWSKI, zogen aus der prekären Lage die nötigen Konsequenzen. Sie entschlossen sich für einen Ausgleich mit der bisher verfolgten und verbotenen „*Solidarität*“. So wie Polen bisher ein Synonym für eine Konfrontation zwischen den Kommunisten und ihren Gegnern galt, so sollte es nunmehr Symbol eines innenpolitischen Ausgleichs, einer polnischen Art der Perestrojka, d. h. der Umwandlung der Konflikte in eine Sphäre der innenpolitischen Harmonie werden. Wiederum trat die katholische Kirche als Vermittler zwischen den verfeindeten Kräften auf. Aus dieser Vermittlung ergab sich die Konzeption der Beratungen am Runden Tisch. In zehn Verhandlungen wurden seit Ende 1988 bis zum Frühjahr 1989 Spielregeln für eine friedliche Beilegung der Kon-

frontation entwickelt. Man hat sich auf partiell freie Wahlen zum Parlament, auf die durch absolut geheime Wahl ermittelte zweite Kammer, den Senat, und auf die Schaffung eines Amtes des Staatspräsidenten geeinigt. Aus diesen Vereinbarungen am Runden Tisch resultierten die Wahlen vom 4. Juni 1989, in denen die Kommunistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei eine beispiellose Niederlage erlitt. Solidarność erzielte einen überwältigenden Erfolg. Die von der Niederlage betroffenen Kommunisten gerieten in eine existentielle Not. Als erste kommunistische Partei des einstigen Ostblocks hat sich die polnische Partei Anfang 1990 freiwillig aufgelöst und sich, um politisch zu überleben, ein Tarnkleid übergestreift. Nunmehr hieß sie „Sozialdemokratie Polens“. Doch dies hat sie vor fortschreitendem Mitgliederschwund und fortdauerndem Machtverlust nicht bewahrt.

Aber auch die siegreiche „Solidarität“ verlor bald ihre dominante Rolle in der Öffentlichkeit Polens. In dem Augenblick, wo der kommunistische Gegner als Hauptziel ihrer Aktivitäten aus ihrem Visier verschwand, entstanden Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten über den künftigen Weg. Im neuen Machtvakuum meldeten sich alte, in der Zeit des Abwehrkampfes gegen den Kommunismus zurückgedrängte Animositäten zwischen den Flügeln der Intellektuellen und der Funktionäre, es lebten die bis dahin nur den hinter den Kulissen Agierenden vertrauten regionalen Streitigkeiten auf, und es taten sich neue Meinungsverschiedenheiten darüber auf, ob die „Solidarität“ unter den veränderten Realitäten als Gewerkschaftsbund oder als politische Kraft auftreten solle. Im Ringen um die Verteilung der parlamentarischen Posten und der Regierungsämter zeichneten sich die ersten tiefen Risse in dem bisher solidarischen Gebäude. Noch einigte man sich im September 1989 auf die erste nichtkommunistische Regierung in der Nachkriegszeit unter der Leitung des liberalen Katholiken und Beraters des Solidarność-Vorsitzenden Lech WAŁESA, des Publizisten Tadeusz MAZOWIECKI. Aber bald kamen aus dem Hauptquartier der „Solidarität“ in Danzig Zeichen der Unzufriedenheit und der keimenden Spaltung. Im Frühjahr 1990 verkündete Lech WAŁESA eine baldige Umkämpfung der politischen Verhältnisse. Er warf der eigenen Regierung Laschheit und Passivität gegenüber den kommunistischen Seilschaften vor. Der Bazillus der Spaltung ergriff allmählich sämtliche Regionalverbände und jene Bürgerkomitees, die vor einem Jahr den siegreichen Wahlkampf organisiert hatten. Polen geriet seit 1991 in eine neue Phase, in der beide traditionellen Komponenten, nämlich des Individualismus und der Zersplitterung sowie der Sehnsucht nach starken Männern, wieder zum Vorschein kamen.

*Verwendete Literatur:**Außenpolitik*

- Borodziej, Włodzimierz: *Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby*. London 1990.
- Duraczyński, Eugeniusz: *Między Londynem a Warszawą*. Warszawa 1986.
- Gajda, Eugeniusz: *Polska polityka zagraniczna 1944–1974*. Warszawa 1974.
- Inteligencja wobec nowych problemów socjalizmu: Spotkanie Michaiła Gorbaczowa z przedstawicielami polskiej inteligencji. Warszawa 1988.
- Łepkowski, Tadeusz: *Uparte trwanie polskości*. London 1989.
- Naszkowski, Marian: *Paryż – Moskwa*. Warszawa 1986.
- Osmańczyk, Edmund Jan: *Wielkie rozłączenie*. [Warszawa] 1989.
- Polska Niemcy Europa*. Warszawa 1990.
- Rakowski, Mieczysław F.: *Jak to się stało*. Warszawa 1991.
- Res publica* 7/8 1980. London 1982.
- Rocznik polityczny i gospodarczy*. 1988. Warszawa 1989.
- Rolicki, Janusz: *Edward Gierek. Replika*. Warszawa 1990.
- Rolicki, Janusz: *Edward Gierek: Przerwana dekada*. Warszawa 1990.
- ZSRR – Polska: przyjaźń, współpraca, pomoc wzajemna*. Warszawa 1976.

Innenpolitik

- Battaglia, Roman: *Prądy polityczne w Polsce i w Europie w ciągu XIX i XX wieku*. Warszawa 1935.
- Ułaszyn, Henryk: *Zasięgi klerykalizmu w Polsce powojennej*. Poznań 1933.
- Mackiewicz, Stanisław: *Geschichte Polens vom 11. November 1918 bis 17. September 1939*. London 1941.
- Zaręmba, Paweł: *Historia dwudziestolecia (1918–1939)*. 2 Bde. Paris 1981.
- Micewski, Andrzej: *Katholische Gruppierungen in Polen*. München, Mainz 1978.
- Hoensch, Jörg K.; Nasarski, Gerlind: *Polen. 30 Jahre Volksdemokratie*. Hannover 1975.
- Lacucin, Harald: *Polen nach dem Sturz Gomulka*. Stuttgart 1972.
- Robinson, William F. (Hg.): *August 1980. The Strikes in Poland*. München 1980.
- Lipski, Jan Józef: *KOR*. London 1983.
- Brus, W. [u. a.]: *Polen: Symptome und Ursachen der politischen Krise*. Hamburg 1981.
- Die Menschen- und Bürgerkriegsrechte in der Volksrepublik Polen während des Kriegszustandes (13. Dezember 1981–31. Dezember 1982)*. Hg. Hilfskomitee Solidarność e. V., Mainz o. J.
- Wałęsa, Lech: *Ein Weg der Hoffnung. Autobiographie*. Wien, Hamburg 1987.

Jaruzelski, Wojciech: Przemówienia 1985. Warszawa 1986.

Osadczuk, Bogdan: Weißer Adler, Kreuz und rote Fahne. Zürich 1982.

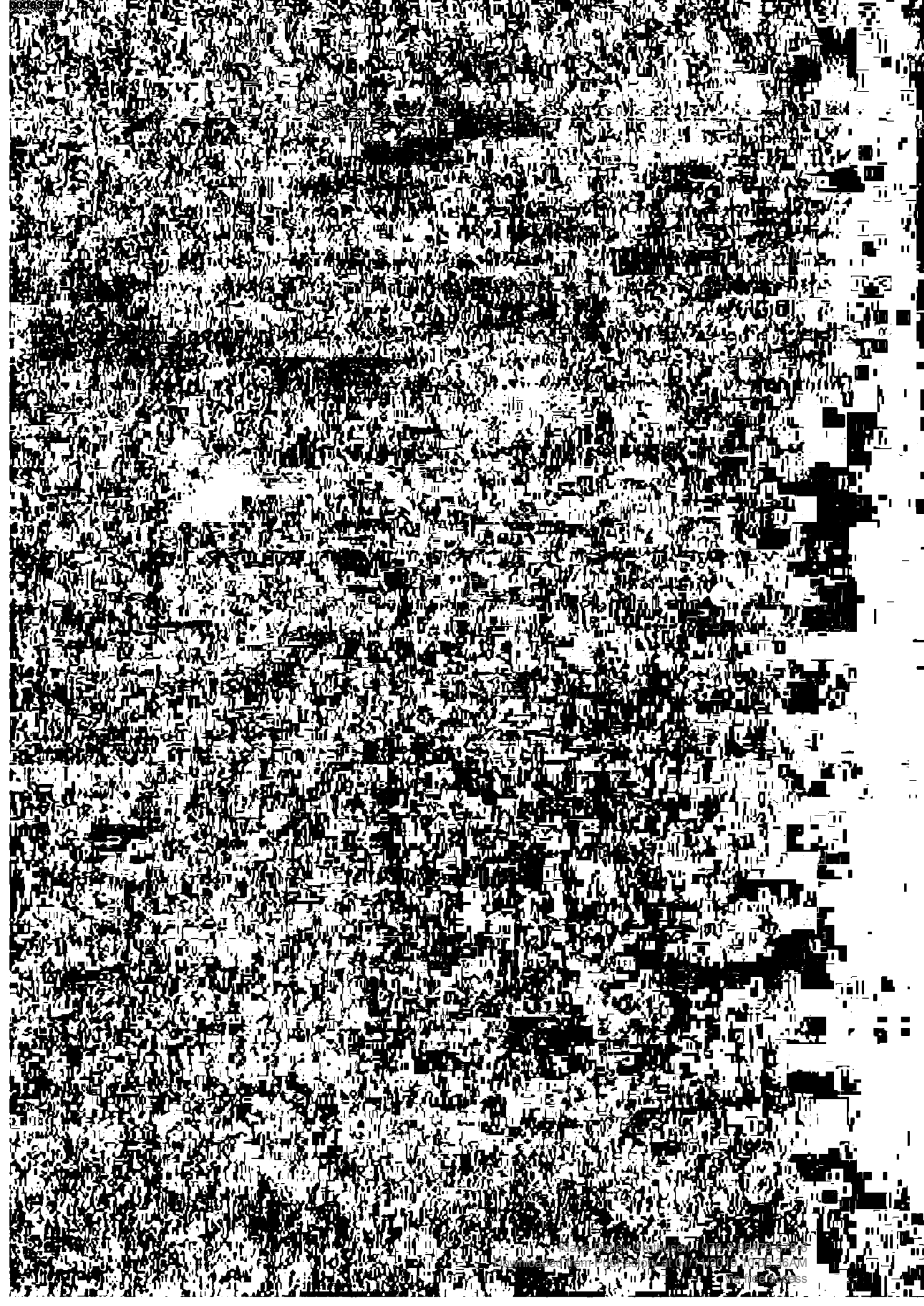
Neue Regierung, neue Politik, in: Polnische Perspektiven. 19 (1989) 4, S.5–14.

Machcewicz, Paweł: Die Revolution der „Solidarność“, in: Polnische Perspektiven. 19 (1989) 4, S. 15–30.

Ziemer, Klaus: Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen. I. Politische Reformen und Reformversuche 1980 bis 1988, in: Osteuropa. 39 (1989) S.791–805.

Ziemer, Klaus: Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen. II. Vom „Runden Tisch“ zur „IV. Republik“?, in: Osteuropa. 39 (1989) S. 957–980.

Domarańczyk, Zbigniew: 100 dni Mazowieckiego. Warszawa 1990.



Bojko Bučar

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien

Jugoslawien besteht als ein de facto souveräner Staat nicht mehr. Durch den Schiedsspruch der Schiedskommission der formell noch tagenden Haager-Konferenz über Jugoslawien vom 8. 12. 1991 besteht es auch de iure nicht mehr, obwohl es vielleicht als eine juristische Fiktion von vielen Staaten und internationalen Organisationen noch anerkannt wird. Es wird vielleicht dem Namen nach noch weiterleben, ohne Kontinuität mit dem alten Staat aufweisen zu können und es wird vielleicht als eine Idee, oder lieber als eine Utopie, weiterleben. Aber als ein gemeinsamer Staat der südslawischen Völker besteht es schon einige Zeit nicht mehr und statt einen Länderbericht zu erstatten werde ich versuchen zu schildern, wie es in Europa erneut zu einem Bürgerkrieg und zum Zerfall des Staates gekommen ist.

Jugoslawien war ein Land der Vielfalt bzw. Unterschiedlichkeit. Es wurde bezeichnet als ein Staat von sechs Republiken, fünf Nationen, vier Religionen, drei Sprachen und zwei Schriften unter der Führung von Marschall Tito. Und es war ein Entwicklungsland. Das alles ist es schon lange nicht mehr. Außer der zwei verschiedenen Schriften wird alles andere in Frage gestellt. Und nach Beginn des Bürgerkrieges wurde es nur noch ärmer.

Jugoslawien war ungefähr fünfundvierzig Jahre lang nach dem Zweiten Weltkrieg ein Staat, wo im Namen des (Real-)Sozialismus der Klassenkampf die nationalen Fragen determinierte. Damit soll nicht im voraus gesagt sein, daß die Nationen und Nationalitäten (bzw. Völker und Minderheiten) nicht immer gleichberechtigt waren. Aber Gleichberechtigung oder Emanzipation ist ein Terminus, dessen Inhalt in der Geschichte stets neu gestaltet wird und dessen Verwirklichung immer neue Handlungen verlangt. Es muß sowohl der realen und geschichtlichen Situation entsprechen, als auch den Forderungen und Erwartungen der beteiligten Subjekte. Nach dem Jahr 1974 konnte man sich aber wegen der wirtschaftlichen Rezession und des langsamen Zusammenbruchs des politischen Systems über keine neuen Lösungen für die offenen Nationalfragen mehr einigen und also blieb der übergestülpte Verfassungsrahmen auch dann noch bestehen, als es der realen Situation im Lande schon lange nicht mehr entsprach.

Im Grunde war Jugoslawien ein Staat, zerteilt zwischen dem Norden und dem Süden. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geschichtlich und kulturell¹. Als Entwicklungsland wurde es in den achtziger Jahren von Schulden sehr hart getroffen. Um die wirtschaftliche Krise zu bekämpfen, entwickelten sich zwei politische Tendenzen. Eine zentralistische Ten-

denz, befürwortet von den südlichen und ärmeren Republiken und eine dezentralistische Tendenz seitens der nördlichen und reicheren Republiken.

Der geschichtliche Rückblick zeigt, daß Jugoslawien mit seinen zentralistischen Lösungen schon immer schlechte Erfahrungen gemacht hat. Man könnte sogar sagen, daß schon der Zerfall der Österreich-Ungarischen Monarchie wie auch der Untergang des Osmanischen Reiches u. a. die Folge einer ungelösten Nationalitätenfrage war. Der Balkan war ein Anlaß für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges und eine der Lehren, die wir aus der Geschichte ziehen können, ist auch, daß die Folgen eines Krieges niemals dieselben Folgen sind, die vorausgeplant oder erwartet waren. So entstand Jugoslawien durch die Vereinigung des Königreichs Serbien (in das das Königreich Montenegro schon einverleibt war) mit dem Staat der Slowenen, Kroaten und Serben². Nach der Vereinigung benannte es sich sogleich um in das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, nach 1929 aber in das Königreich Jugoslawien. Das zentralistische System nach dem französischen Vorbild erwies sich nicht als sehr erfolgreich und nach der Zerteilung des Landes im Zweiten Weltkrieg waren gerade die nationalen Aspirationen der Völker ein Grund zum Widerstand, Bürgerkrieg und schließlich zur Revolution. Gerade die kommunistische Partei nützte u. a. die ungelöste Nationalitätenfrage des alten (ersten) Jugoslawien. Aber auch das zentralistische Nachkriegsmodell nach dem sowjetischen Vorbild war ein Mißerfolg und des öfteren versuchte man die Nationalitätenfrage neu zu gestalten. Am Ende resultierte es in der Bundesverfassung aus 1974 die u. a. die Teilrepubliken innenpolitisch und verfassungsrechtlich als Staaten definierte und den Völkern Souveränität zuerkannte, die Autonomen Provinzen als einen Bestandteil des Bundesstaates vorsah und einen beträchtlichen Schutz für andere nationale Minderheiten bot. Also wurden die Völker als souverän bezeichnet, die ihre Souveränität in den Republiken verwirklichten. Alles, was nicht freiwillig und ausdrücklich auf die Bundesebene übertragen war, blieb in der Kompetenz der Republiken und Autonomen Provinzen. In den wichtigsten Bundesangelegenheiten mußte immer mit dem Konsens aller Teile des Bundes entschieden werden.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verschärfte sich die wirtschaftliche, aber auch die politische Lage. Man wurde sich erneut bewußt, daß wirtschaftliche Änderungen auch politische Änderungen verlangten und die bislang einheitliche kommunistische Partei zerfiel in nationale bzw. republikanische Parteien. Um ihre eigene Legitimität zu schützen bzw. zu behalten, fingen also Teile der Partei an, nationale Interessen zu vertreten, und die Wirtschaftsdebatte begann. Der Arbeiter Tito war tot und um die klassische Nord-Süd-Debatte, wer von wem ausgebeutet wird³, soviel wie möglich zu erweitern, wurde (vor allem im Norden) die Freiheit der Presse ermöglicht. Andererseits konnte aber diese Freiheit nicht nur auf die

Nord-Süd Debatte begrenzt bleiben und es wurden neue und radikale politische Änderungen verlangt.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse resultierten in der Entscheidung, die Bundesverfassung aus 1974 zu ändern⁴. Man trachtete nach einer Marktwirtschaft, die aber ohne politische Änderungen nicht zu erreichen war. Die beiden Tendenzen, die zentralistische und die dezentralistische, führten zu einem Kompromiß in den Verfassungsergänzungen 1989⁵. Es war ein letzter Kompromiß, da die Partei im Januar 1990 endgültig zerfiel, doch keine Seite war mit dem Ergebnis zufrieden.

Da sich die Bundesverfassung änderte, mußte man auch die Verfassungen der Republiken ändern. In der nördlichsten Republik Slowenien änderte man sie auf solche Weise, daß sowohl direkte und geheime Wahlen ermöglicht, als auch verschiedene politische Parteien zugelassen wurden. Einerseits glaubte man, daß marktwirtschaftliche Reformen ohne ein Mehrparteiensystem nicht zu verwirklichen sind, andererseits waren aber auch die allgemeine Presse- und politische Freiheit schon unwiderruflich. Das stand allerdings wiederum im Widerspruch mit der Bundesverfassung⁶, doch berief sich Slowenien auf seine eigene Souveränität, anerkannt auch in der Verfassung von 1974.

Doch damit wurden die politischen Systeme im Norden und im Süden inkompatibel, die wirtschaftliche Lage verschärfte sich zusätzlich wegen der Marktwirtschaftsreformen der Bundesregierung. Dazu kamen noch die Menschenrechtsfragen im Süden des Landes.

Nach der Verfassung von 1974 hatte die Republik Serbien zwei Autonome Provinzen, die aber der Verfassung nach zugleich Bestandteile der Föderation waren. Der verfassungsrechtlichen Praxis nach gab es kaum einen Unterschied zwischen der Republik und der Autonomen Provinz, jedoch verfassungstheoretisch könnte es einen Unterschied geben, indem die Völker einer Republik im Gegensatz zu einer Provinz das Recht auf Selbstbestimmung hatten, Zession inbegriffen. Und albanische Sprecher im Kosovo verlangten gerade eine Änderung des Statuses der Provinz in eine Republik. Da es die am wenigsten entwickelte Region Jugoslawiens war, hatte es auch die größten demographischen Probleme. Vor allem die albanische Bevölkerung vermehrte sich so sehr, daß sie eine starke Mehrheit in der Region bildete, die zahlenmäßig sogar größer wurde als einige jugoslawische Völker, die ihre eigene Republik hatten. Es hieß aber vor allem, die Serben sollten führende Positionen innegehabt haben. Die Serben dagegen meinten, daß eine Forderung nach einer eigenen Republik eigentlich ein Anspruch auf Zession und Vereinigung mit dem Staat Albanien sei. Darum wurde vom Bundespräsidium (also mit Genehmigung aller Republiken) noch im Jahr 1989 im Kosovo der Militärzustand verhängt. Er wurde zwar formell wieder aufgehoben, doch Serbien meinte weiterhin, seine Minderheit sei existenziell bedroht. Diese Politik ging letzten Endes so

weit, daß man albanische Institutionen wie z. B. die Akademie der Wissenschaft, Zeitungen und ähnliches abschaffte. Anfang 1990 schaffte Serbien im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und ihrer Souveränität die beiden Autonomen Provinzen ab. So wurde das Problem der Albaner in Jugoslawien ein Problem einer unzufriedenen Minderheit, das Europa selbst sehr gut zu kennen glaubte. Doch mit diesem Akt formalisierte Serbien nicht nur eine menschenrechtswidrige Politik gegenüber der albanischen Minderheit in Serbien bzw. der albanischen Mehrheit im Kosovo, auf Grund welcher die anderen Völker nie nach Europa zu gelangen fürchteten, sondern es behielt die Vertretung dieser beiden Provinzen in allen Bundesorganen und gewann somit drei Stimmen in den Entscheidungsprozessen des Bundes dazu.

Das wiederum betrachtete Slowenien als eine einseitige und rechtswidrige Änderung der Bundesverfassung und als Antwort darauf verabschiedete es u. a. auch die Souveränitätsdeklaration im Juni 1990. Es war zwar eine politische Deklaration, verabschiedet vom Parlament, doch hatte es auch rechtliche Folgen, u. a. kehrte es zu dem Rechtsprinzip zurück, daß das Landesrecht das Bundesrecht bricht, und es verlangte für einen Mehrvölkerstaat eine andere Auffassung von Demokratie als diejenige, die auf dem Prinzip „ein Mensch eine Stimme“ beruht. Gleichzeitig bestritt Slowenien die Legitimität des Bundesparlaments und der Rücktritt der slowenischen Abgeordneten legte auf Grund des Consensus-Prinzips das Bundesparlament zu einem großen Teil lahm⁷.

Ende 1990 wurden in allen Teilrepubliken mehr oder weniger freie Wahlen durchgeführt, doch mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen⁸. Selbst über ein Wahlgesetz für das Bundesparlament und das Bundespräsidium konnte man sich nicht mehr einigen und Ende Dezember 1990 führte Slowenien eine Volksabstimmung durch und Kroatien formulierte eine neue Verfassung. Es war klarer Wille, daß beide Republiken selbständige Staaten zu sein wünschten.

Inzwischen waren die politischen Auseinandersetzungen, wie aus der Krise zu kommen sei, fortgeschritten. Als noch eine Partei herrschte (obwohl schon in Republikteile aufgeteilt) befürwortete Slowenien eine asymmetrische Föderation als Kompromiß zwischen den zentralistischen und dezentralistischen Tendenzen. Serbien dagegen befürwortete eine Reform der Föderation, in der das Prinzip des Consensus zwischen den Republiken durch das Prinzip der Demokratie „ein Mensch eine Stimme“ ersetzen sollte. Auf diese Weise sollte eine „moderne Föderation“ entstehen, da ja nach der serbischen Auffassung die bestehende Föderation wegen des Consensusprinzips eigentlich eine Konföderation sei. In dieser Auseinandersetzung wurden die beiden nördlichen Republiken Verfassungsverteidiger⁹ und bestanden Anfang 1990 noch auf der bestehenden Verfassung, um sich alsbald für eine Konföderation ohne Zession bzw. Trennung einzu-

setzen. In Wirklichkeit wurde zwischen einer losen Föderation und einem unitarischen Staat verhandelt.

Dennoch evolvierte der Konföderationsgedanke in die Frage der Sezession. Und nach den Wahlen in Slowenien wurde die Frage der Sezession mit der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker verknüpft. Weniger wegen des Völkerrechts und der Verfassungsnormen von 1974, sondern mehr auf Grund der schon erwähnten slowenischen und serbischen Praxis, gewann die Alternative des Selbstbestimmungsrechts der Völker, Zession mitinbegriffen, an Legitimität¹⁰. Dabei wurde aber die neue Frage aufgeworfen, ob es sich bei einer eventuellen Trennung um einen Zerfall des Staates handelt, oder nur um eine Sezession eines Neustaates vom Altstaat¹¹. Slowenien stellte sich auf den Standpunkt, daß, wenn Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grund des freien Willens der Völker entstanden ist, auch aufhört zu existieren, wenn nur ein Volk nicht mehr bereit ist, in diesem Staat zu leben¹². Dagegen meinte Serbien, es sei der Vorgänger Jugoslawiens und dieser Staat habe ein Recht auf seine Existenz, ganz unabhängig davon, wer sich losrennen will.

Der wahre Kern der Frage schien aber doch noch ein zusätzliches Dilemma zu sein. Haben die Völker Jugoslawiens ein Selbstbestimmungsrecht im ganzen Land, abgesehen von den Grenzen der Republiken, oder müssen die Grenzen der Republiken eingehalten werden? Sind die Grenzen also administrative bzw. Verwaltungsgrenzen, oder müssen sie bis zur Trennung respektiert und nach der Trennung als völkerrechtliche Staatsgrenzen anerkannt werden.

Doch schien es, daß sich wenigstens die Republiken auf die Notwendigkeit einer neuen Staatsform geeignet hatten. Dagegen war nur die Armee und die Bundesregierung. Die Armee nicht nur wegen ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtungen, sondern auch wegen ihrer existenziellen Interessen. Dasselbe galt für die Bundesregierung, die im Ausland wegen der anscheinend erfolgreichen wirtschaftlichen Reformen zwar Ansehen, doch wenig Unterstützung seitens der Republiken und auch der Armee hatte¹³. Ihre Reformen hatten nämlich negative soziale Folgen, für die aber die Bundesregierung nicht zuständig war. Von der Souveränität der Völker, in Wirklichkeit der der Republiken ausgehend, hat man sich entschlossen, ohne die Bundesregierung und Armee zu verhandeln¹⁴.

In den Verhandlungen zwischen den Republiken hatte man sich zuerst geeinigt, bis Ende 1991 in allen Republiken eine Volksabstimmung durchzuführen¹⁵. Nun war aber Kroatien die erste Republik, wo es zu Schwierigkeiten kam, die Volksabstimmung auf dem gesamten Gebiet der Republik durchzuführen. Serbien vertrat die Meinung, daß Völker in einem Staat zwar das Recht auf Selbstbestimmung haben, aber das Recht sollte nicht auf die Republikgrenzen beschränkt sein. Die Republikverhandlungen scheiterten.

Die Bundesregierung wollte über eine Trennung auch nicht verhandeln und Slowenien kam in Zeitnot, da die Volksabstimmung es u. a. verpflichtete, in sechs Monaten die Selbständigkeit zu erklären. Auf das Konföderationsmodell der Kroaten wollte es nicht mehr eingehen, da es schien, daß Verhandlungen nicht mehr möglich waren und die wirtschaftliche und Sicherheitslage verschärfte sich inzwischen noch zusätzlich. Falls sich Slowenien vom Bund trennen würde, erklärte Kroatien, ähnliches vorzunehmen.

Um die Selbständigkeit zu erreichen, hatte Slowenien nur drei Möglichkeiten: entweder in Form des Consensus aller Beteiligten, oder durch eine unilaterale Entscheidung, wie z. B. Litauen es versuchte, oder durch einen erfolgreichen Sezessionskrieg. Die letztere Möglichkeit schien möglich aber nicht wahrscheinlich, die erste konnte aber nicht erreicht werden. Deswegen entschloß sich das Parlament Sloweniens am 25. Juni 1991, die Unabhängigkeit zu erklären¹⁶. Genauso wie in Litauen versuchte die Bundesregierung, mit Hilfe der Armee die Grenzen und den Luftraum zu sperren und Slowenien finanziell zu disziplinieren. Nun hatte aber Slowenien seine eigene Territorialarmee und es kam zum sogenannten Juni-Krieg.

Die europäischen Staaten, aber auch die Vereinigten Staaten¹⁷, wollten eine Sezession der jugoslawischen Teilrepubliken nicht anerkennen, vom Zerfall ganz zu schweigen. Die Gründe dafür waren verschieden¹⁸, doch Ende Mai 1991 endeten die Kontakte ausländischer Staaten mit den jugoslawischen Teilrepubliken und die Bundesregierung wurde erneut der einzige Sprecher für Jugoslawien. Nach dem Ausbruch des Krieges in Slowenien bot die Europäische Gemeinschaft ihre guten Dienste an und vermittelte am 7. Juli 1991 die Unterzeichnung der „Deklaration von Brioni“, die außer von der EG, von Anfang an von niemandem respektiert wurde¹⁹.

Das wesentliche, was die Deklaration von Brioni vorsah, war eine dreimonatige Frist, in der man sich in Jugoslawien über die Zukunft des Landes auf friedlichem Wege einigen sollte. Um guten Gewissens zu verhandeln, machte Slowenien nicht nur einen Vorschlag zur Teilung aufgrund beider Wiener-Konventionen über Staatennachfolge, sondern auch einen Vorschlag zur künftigen gemeinsamen Organisation²⁰. Doch einen Gesprächspartner fand Slowenien nicht, da der Bürgerkrieg in Kroatien schon eskalierte.

In Kroatien gewann bei den Wahlen ziemlich knapp eine Partei (Kroatische Demokratische Union), die vor allem dem Nationalismus nützte, mehr noch als der regierenden Partei. Das Wahlsystem ermöglichte ihr aber eine absolute Mehrheit im Parlament, und diese wiederum eine Verfassung, die die Präsidentenmacht begründete. U. a. wurden die Minderheiten bzw. die Serben als ein staatstragendes Volk aus der Verfassung gestrichen. Die Serben verlangten Kulturautonomie, die abgelehnt wurde, da ihre Minderheitenrechte ja durch einen demokratischen Rechtsstaat

gesichert werden sollten. In der Praxis, vor allem im Innenministerium, schien man aber, wie behauptet wurde, die Serben zu diskriminieren, aufgrund ihrer bisherigen führenden Positionen, und im August 1990 griffen zum ersten Mal die Serben in Knin zu den Waffen. Da man einen Bürgerkrieg fürchtete, wurde das Eingreifen der Kroatischen Miliz durch die jugoslawische Armee verhindert. Danach wollte die kroatische Regierung über eine Kulturautonomie verhandeln, doch die Serben verlangten nun schon politische Autonomie. Als dies abgelehnt wurde, stritten die Vertreter der Serben die Legitimität der kroatischen Regierung²¹ völlig ab und führten eine Volksabstimmung durch²².

Wie schon erwähnt, berief sich auch Serbien auf das Prinzip, daß jedes Volk ein Selbstbestimmungsrecht habe, das Recht auf einen selbständigen Staat inbegriffen. Es interpretierte aber dieses Recht als ein Recht, daß alle Serben in einem Staat zusammenleben sollten, und bestand darauf, daß man sich innenpolitisch über die Staatennachfolge einigen sollte, einschließlich der Grenzfragen. Es bestand auch darauf, daß es der einzige Nachfolger Jugoslawiens sei, daß sich also die nördlichen Völker von Jugoslawien trennen sollten, doch ohne den Völkern, die im Altstaat bleiben wollten, zu schaden. Es förderte eine nichtstaatliche, konkrete Hilfe für die Serben in Kroatien und bot eine prinzipielle politische und staatliche Unterstützung an. Damit glaubte es ein Jugoslawien erhalten zu können, zwar etwas kleiner, aber wirtschaftlich, sozial und kulturell doch einheitlicher.

So ein Standpunkt stand im Einklang mit den Interessen der Armee, da diese ihre Rolle nur in einem starken Staat weiterspielen konnte²³. Es bestand auf dem legalistischen Prinzip, daß nach der Verfassung ihre Funktion die Bewahrung der territorialen Einheit Jugoslawiens sei. Und wenn die Armee bis zum Juni-Krieg noch unter der politischen Aufsicht der Zivilbehörden (des Bundespräsidiums) war, wurde sie spätestens in diesem Krieg ein selbständiges Subjekt²⁴. Das ist auch auf den Zerfall des Bundespräsidiums als dem obersten Befehlshaber der Armee zurückzuführen.

Ende 1990/Anfang 1991 schien es, daß die Armee die beiden kriegerischen Seiten in Kroatien wahrhaftig auseinander hielt, da sie ja öfter dazu von beiden Seiten aufgefordert wurde. Doch letzten Endes hatte es zur Folge, daß sich das Territorium der aufständischen Serben ständig vergrößerte. Und dann kam der Krieg in Slowenien.

Der Krieg in Slowenien hatte u. a. den Zerfall der Armee in Slowenien zur Folge²⁵, aber auch den Zerfall einer multinationalen Armee in Jugoslawien²⁶. Die vorwiegend serbisch-nationale Armee stellte sich jetzt offen an die serbische Seite. Die serbische politische Führung übernahm auf Grund des steigenden innenpolitischen und außenpolitischen Drucks zusammen mit der Armee offen die Führung des einstigen Staates. Von da an ging es nur noch um den Kampf um das Territorium, da der einstige Staat tot war

und aus seinen Trümmern neue Staaten glaubten, beliebig entstehen zu können.

In so eine Situation mischte sich erneut die EG mit der Haager Konferenz ein und Ende 1991 auch der Sicherheitsrat der UNO. Die Erfolge könnte man nicht als schlecht aber auch nicht als glänzend bezeichnen, schon deshalb nicht, weil der Bürgerkrieg kein Ende zu nehmen scheint. Vier Teilrepubliken haben sich für die Anerkennung als selbständige Staaten beworben. Zusammen mit anderen sorgfältig durchdachten Maßnahmen könnte dies eine Lösung des jugoslawischen Problems sein. Ohne zusätzliche Maßnahmen könnte es aber auch den Bürgerkrieg erweitern.

Slowenien und Kroatien sind jetzt schon praktisch selbständige Staaten ganz unabhängig davon, ob sie völkerrechtlich anerkannt werden. Gerade wegen des Krieges kommt kurzfristig keine, noch so lose Verbindung mit Serbien in Betracht, zumindest solange nicht, bis sich die serbische Politik verändert hat, was aber wiederum wesentlich von den innenpolitischen Entwicklungen abhängt. Serbien wird, auch wenn es militärisch gewinnen sollte, die besiedelten Gebiete nicht auf Dauer halten können. Als Besatzungsmacht ist es zu schwach. Eine faktische Grenzverschiebung scheint möglich und sogar wahrscheinlich, wenigstens in einigen Teilen der Gebiete, aus welchen die kroatische Bevölkerung fliehen mußte, ganz abgesehen davon, daß sich Europa verpflichtet hat, keine Grenzverschiebungen anzuerkennen, falls sie mit Gewalt vollzogen werden. Doch so eine Situation wird ein Grund ständiger künftiger Instabilität sein. Dasselbe gilt aber auch, falls Kroatien seine Hoheitsgewalt über das ganze Territorium zurückgewinnt. Mindestens bis sich die Demokratie in Serbien und Kroatien voll entfaltet hat, einschließlich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes, kann man mit Krisen und Terror rechnen. Dieser Prozeß kann aber noch ziemlich lange dauern und demzufolge eine lange Präsenz fremder Friedensmächte verlangen.

Anmerkungen

- 1 Die Teilung ragt weit in die Geschichte zurück, doch die Folgen kann man noch heute deutlich erkennen. Die Folgen der Teilung des römischen Reiches und der christlichen Kirche, die über den Balkan verlief, brachte der Bevölkerung im Norden den Katholizismus (später im geringeren Maße Protestantismus) und die lateinische Schrift und der Bevölkerung im Süden die orthodoxe christliche Kirche und die kyrillische Schrift. Im frühen Mittelalter besetzten die Türken den Süden für 500 Jahre und im Norden dehnte sich die Österreich-Ungarische Monarchie aus. Dies hatte zur Folge, daß eine neue Religion (die muslimische) in diesen Raum gebracht wurde, vor allem aber kam es zu einer ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung sowie zu einer andersartigen Kultur und demzufolge einer grundverschiedenen Mentalität in der Bevölkerung.

- 2 Der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben war völkerrechtlich mindestens von Serbien anerkannt, mit dem es sich vereinte.
- 3 Der Süden beklagte sich, daß er vom Norden ausgebeutet wird und umgekehrt. Der Preisunterschied zwischen Rohstoffen und Endprodukten sollte auf Kosten des Südens, die Entwicklungshilfe dagegen auf Kosten des Nordens gehen. Vor allem war aber das System nicht transparent und viele Daten wurden geheimgehalten, was alles eine klare Rechnung unmöglich machte. Schon die Schulden, die Jugoslawien gegenüber dem Ausland hatte, mußten letzten Endes von ausländischen Experten festgestellt werden.
- 4 Für den Staat keine Neuheit, da Änderungen und Ergänzungen schon achtmal nach dem Zweiten Weltkrieg vorgenommen wurden (1946, '53, '63, '67, '68, '71, '74 und '81).
- 5 Die Marktwirtschaft wurde ermöglicht, der Konsens zwischen den Teilrepubliken blieb in den wichtigsten Fragen weiter erforderlich, doch kam es zur Neuheit, daß das Bundesrecht das Landesrecht bricht.
- 6 So meinte auch das Bundesverfassungsgericht. Aber in der Bundesverfassung war nicht vorgesehen, wie man ein Urteil des Verfassungsgerichtes auch vollstrecken sollte. Einerseits war die „klassenlose Gesellschaft“ als eine konfliktlose Gesellschaft angesehen und andererseits wurden politische Konflikte in der Vergangenheit von der einheitlichen Partei gelöst, die jetzt nicht mehr existierte. Nach dem oben erwähnten Urteil brachte das Verfassungsgericht noch einige andere Urteile, wie z. B. über das Selbstbestimmungsrecht und die Sezession, aber die nördlichen Republiken bestritten die Legitimität des Gerichtes.
- 7 Das Bundesparlament mußte erst sein eigenes Mandat verlängern, da die Wahlen schon stattfinden sollten, aber ein neues Wahlgesetz konnte nicht erbracht werden. Nach dem Rücktritt der slowenischen Abgeordneten wurden auch die Vertreter von Mazedonien und Bosnien abberufen. Um doch die notwendigen Funktionen auszuüben, erklärte sich der Rest des Bundesparlamentes dennoch als entscheidungsmächtig, aber im Laufe der Zeit wurde es von den meisten Republiken nicht mehr als legitim anerkannt.
- 8 In Slowenien, Mazedonien und Bosnien gewannen die Wahlen oppositionelle Koalitionen. In Kroatien eine oppositionelle Partei und in Serbien und Montenegro die regierenden kommunistischen Parteien, die sich aber inzwischen umbenannt hatten. Das ist der Grund, warum der jugoslawische Konflikt manchmal als ein Kampf zwischen dem Kommunismus und der Demokratie bezeichnet wird. Es soll aber auch erwähnt werden, daß alle Wahlen auch von ausländischen Beobachtern als frei bezeichnet waren. Das spricht aber mehr von der politischen Weisheit der Beobachter als von den tatsächlichen finanziellen, organisatorischen und politischen Möglichkeiten der verschiedenen Parteien.
- 9 Im Laufe der Zeit war mit der Verfassung 1974 keine Republik mehr zufrieden, da sie ja noch von der einheitlichen kommunistischen Partei konzipiert war. Erst wurde sie aus Slowenien stark angegriffen wegen der privilegierten Rolle der Partei, Armee usw. Bald aber auch von Serbien wegen des Statuses der Republiken und Autonomen Provinzen usw.
- 10 Noch am 13.2. 1991 wurde im erweiterten Bundespräsidium über das Konföderationsmodell (nach dem Vorbild der EG) verhandelt. Diesem kroatischen (und in geringerem Maße slowenischen) Vorschlag wurde der serbisch-montenegrinische Vorschlag einer „modernen Föderation“ entgegengesetzt.
- 11 Völkerrechtlich gibt es einen kleinen Unterschied, der aber politisch und materiell sehr bedeutend sein kann.

- 12 Ein Vorschlag des slowenischen Parlaments an alle anderen Republikparlamente vom 20. 2. 1991.
- 13 Als die Bundesregierung noch legal vom Bundesparlament hätte gewechselt werden können, konnten sich die Republiken schon nicht mehr auf eine neue Bundesregierung einigen, was die eigentliche Stärke der Bundesregierung deutlich macht.
- 14 Die Verhandlungen fingen am 28.3. 1991 an und dauerten 5 Wochen. Slowenien und Kroatien wollten einen Staatenbund, Serbien und Montenegro einen Bundesstaat. Bosnien wollte einen Kompromiß z. B. einen Bundesstaat souveräner Staaten. Mazedonien würde für einen Bundesstaat optieren, aber nur, wenn alle Republiken zusammen blieben, sonst bevorzugte es einen Staatenbund.
- 15 Außer in Slowenien, wo sie schon durchgeführt war.
- 16 Am selben Tag erklärte das Bundesparlament die Entscheidung als widerrechtlich und verpflichtete die Bundesregierung die Bundesgrenzen zu wahren. Slowenien hingegen berief alle ihre Vertreter aus den restlichen Bundesorganen ab.
- 17 Nach einigen Presseberichten könnte das Weiße Haus von dem geplanten militärischen Eingriff der Bundesregierung in Slowenien gewußt haben, aber nichts von dem bewaffneten Widerstand geahnt haben.
- 18 Rechtliche: das Prinzip der territorialen Integrität der Staaten und die Pflicht der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Wirtschaftliche: die Besorgnis um die Rückzahlung der Schulden und die Einschränkung des Marktes. Sicherheit: ein Vorbild für die SU und Eskalierung eines Bürgerkrieges. Politische: eigene Minderheiten und Einfluß des wiedervereinigten Deutschlands.
- 19 Der Druck der EG veranlaßte auch, daß sich das Bundespräsidium wieder konstituierte, aber wegen des Krieges in Kroatien war es bald nur noch zusammengestellt aus Vertretern der Armee, der Republiken Serbien und Montenegro und der beiden Autonomen Provinzen. Der eigentliche Zerfall des Bundespräsidiums geht aber auf die Tatsache zurück, daß einige Republiken nicht den kroatischen Vorsitzenden des Präsidiums anerkennen wollten, da er sich für einen Staatenbund, also einen Zerfall des Altstaates, einsetzte. Auf der anderen Seite aber wechselte Serbien die beiden Vertreter der Autonomen Provinzen im Präsidium aus, was von einigen Republiken als illegitim angesehen war.
- 20 Es sollte eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Jugoslawien (KSZJ) geben, eine Konföderation zwischen Kroatien und den restlichen Republiken und eine Föderation der restlichen Republiken.
- 21 Sie beschuldigten die kroatische Regierung der Kontinuität mit dem Unabhängigen kroatischen Staat (NDH), der während des Zweiten Weltkrieges ein faschistischer scheinsoveräner Staat war. Daher kommt die Auffassung, daß der Konflikt in Jugoslawien ein Kampf zwischen dem Faschismus und der Demokratie sei.
- 22 Eine Volksabstimmung führten später auch die Serben in Bosnien durch und ungeplant auch Muslime in Serbien und Albaner in Mazedonien.
- 23 Nach einigen Informationen war es die dritt- oder fünftgrößte Armee Europas mit ca. 40 000 Offizieren, 70 000 Angestellten und 200 000 Soldaten. Der größte Teil des jugoslawischen Staatshaushaltes war für die Armee vorgesehen, die außerdem noch andere gesetzliche Mittel bekam.
- 24 Vor der Unabhängigkeitserklärung wollte Slowenien die jugoslawischen Truppen noch drei Jahre lang behalten und ihnen insbesondere den Luftraum anvertrauen. Nach dem Krieg, auf Vorschlag der Armee eingehend, schlug das Bundespräsidium vor, die Truppen bis zum 18. Oktober aus Slowenien zurückzuziehen. Gleich da-

nach aber verkündigte die Armee einseitig, sich innerhalb eines Monats zurückziehen zu wollen. Wegen des Krieges in Kroatien rückten die letzten Einheiten am 26. Oktober ab.

- 25 Von ca. 22 000 Mann schrumpfte sie in 10 Tagen auf ca. 6000 Mann. Der Rest desertierte, ergab sich oder wurde gefangengenommen.
- 26 Spätestens seit März 1991 schickte Slowenien keine Rekruten mehr in die Armee. Nach dem Juni-Krieg weigerten sich auch Mazedonien, Bosnien und Kroatien, daß ihre Bürger in die Armee einrücken sollten.

Nikolaus Kleininger

Rumänien

Was die rumänische Wirtschaft betrifft, wiederholt sich die Problematik weitgehend mit der, die hier schon dargestellt worden ist. Es sind viele Kleinbetriebe entstanden, aber nur wenige sind auch produktiv. Die meisten gehören zum Dienstleistungssektor, der nichts anderes macht, als Produkte aus staatlicher Hand zu übernehmen – aufgrund welcher Kriterien auch immer das geschieht und wie auch immer die Prioritäten gesetzt werden. Diese Produkte werden dann – verteuert – an den Konsumenten weiter verkauft. Das ist die hauptsächliche Tätigkeit, die der Bürger zur Kenntnis nimmt. Es gibt allerdings – ich möchte das auch gleich hinzufügen – über 1500 Joint-Ventures mit anderen Ländern, wovon seinerzeit, als die Nachricht in der Zeitung zu lesen war, der Großteil in Partnerschaft mit der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist. Was die großen Industrieanlagen betrifft, und verglichen vor allem mit dem „ungarischen Weg“, der uns hier beschrieben worden ist, wurde beschlossen, diese von 30 % zu privatisieren, indem an die Bevölkerung Aktien ausgegeben werden. Diese Aktien können dann nach einer bestimmten Zeit veräußert werden.

Hier hat es einen Streitpunkt gegeben: die Opposition wollte unbedingt, daß dieser Prozentsatz 50 darstellt, aber die Regierung hat sich mit 30 % durchgesetzt.

Zur Landwirtschaft: In der Landwirtschaft hatten wir vielleicht nicht das beste und sicherlich nicht das fortschrittlichste aber – wenn ich sagen darf – das früheste Gesetz zur Lösung dieser Problematik. Rumänien war das erste Land, welches sich entschlossen hatte, per Gesetz fast den ganzen Boden an die Bevölkerung zu verteilen. Ich sage fast, denn gewisse Staatsgüter sollen in Staatshand verbleiben, um möglichst eine Stabilität der Preise herbeizuführen, bzw. eine wünschenswerte Kontinuität der Verpflegung der Bevölkerung sicherzustellen.

Was uns Schwierigkeiten bereitet in der Landwirtschaft, ist das Problem der Landmaschinen, denn die sogenannten Maschinen- und Traktorenstationen – so glaube ich, hießen sie – sind vorläufig noch bestehen geblieben. Sie machen uns Schwierigkeiten, weil sie nun den Besitzern von Grund und Boden horrenden Preise abverlangen für die Bearbeitung eben dieses Bodens. Das hat zur Folge, daß man zwar das idyllische, aber keineswegs auch erfolversprechende Bild sehen kann, bei dem der Bauer hinter seinem einscharigen Pflug einhergeht und versucht, sein Feld auf diese Weise zu bestellen.

Hier sei aber auch lobend erwähnt, daß es eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Vereinen gibt, die von der sächsischen Bevölkerung ge-

gründet wurden – ich spreche selbstredend vor allem von Siebenbürgen, aber auch im Banat ist es ähnlich – oder in welchen Sachsen Mitglieder sind, und daß die letzte Nachricht war, daß sie etwa 10 000 ha Boden zugeteilt bekommen haben. Denn es ist ja, weiß Gott, lange und oft – und bisweilen sogar aggressiv – über dieses Bodengesetz debattiert worden, welches anscheinend bis zu jenem Zeitpunkt die deutsche Bevölkerung unseres Landes massiv benachteiligt hat. Das ist nun zu hinterfragen.

Was unsere Währungspolitik anbelangt, so will ich hier erzählen – und wenn ich manchmal ins Anekdotische abrutsche, soll das nur der Sache ein bißchen Farbe geben –, daß die Regierung nach ihrem Rücktritt bekannt gegeben hat, daß in der Woche ihres Rücktrittes die Verhandlungen zu Ende geführt worden wären, aufgrund derer – durch die Unterstützung der Weltbank – unser Leu konvertibel geworden wäre. Ich melde hier keine Zweifel an, ich habe nicht das Recht dazu. Die Summe, die festgesetzt war, beläuft sich auf 160 Lei = 1 US-Dollar, was unter dem jetzigen Kurs liegt. Ich nehme an, daß man das in den Griff hätte bekommen können – Sie sind da in der Wirtschaft und in den Finanzen sicher besser bewandert als ich.

Ich nehme an, daß man den Kurs zwar hätte freigeben können, dann aber der Bevölkerung nicht so viel Dollar verkauft hätte, wie sie es sich gewünscht hätte – ein Weg, den übrigens auch die Tschechoslowakei seinerzeit eingeschlagen hat.

Was die Preise anbelangt, so steht in dem interessanten Nachschlagewerk „Aktuell 1992“, daß die Inflation 38 % betrug, was sich aber auf das Jahr vorherbezieht. Die Inflation hat bei den Lebensmittelpreisen, um nur dieses Kapitel zu nennen, 200 bis 280 % betragen. Das ist bedauerlich und sicherlich schwer zu ertragen, auch Polen hatte aber schon über 300 % Inflation gehabt zu einem gewissen Zeitpunkt.

Wenn diese wenigen Worte wenigstens einen Rahmen für die Lage in Rumänien darstellen sollen, so möchte ich feststellen, daß bezüglich der politischen Entwicklung, auf welche ich noch zurückkommen werde, und die Sie möglicherweise mehr interessieren wird, alle Beteiligten ihre Überzeugung ausgedrückt haben, in Richtung „Marktwirtschaft“ fortzuschreiten. Natürlich ist mit diesem Fortschreiten auch Arbeitslosigkeit verbunden. Ich war erschüttert, in der gestrigen Frankfurter Rundschau zu lesen, daß in der ehemaligen DDR, also in den fünf neuen Bundesländern, 40 % der aktiven Bevölkerung ihren Arbeitsplatz eingebüßt hat. Natürlich sind sie jetzt nicht alle arbeitslos, denn über 300 000 pendeln in den Westen, über 300 000 werden umgeschult, über 400 000 sind auf Kurzarbeit – was soll ich da noch berichten über Rumänien, wo die Zahl der Arbeitslosen auch sechsstellig ist, und zwar 182 000 beträgt.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war vor einiger Zeit eine kleine Notiz zu lesen, welche mir jemand freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Es war eine ganz kleine Notiz, der Inhalt war gar nicht so interes-

sant, aber sie war auch mit einem kleinen Bildchen versehen: eine Menschenmenge – „In Bukarest gibt es wieder Massendemonstrationen“ – und aus der Menschenmenge ragt ein Mann heraus, der ein Spruchband trägt, auf welchem steht „Nu vrem somaj“. Das bedeutet: „Wir wollen keine Arbeitslosigkeit“.

Das ist aber, wie ich glaube, nicht mehr eine Sache des Wollens. Und damit komme ich direkt auf einen wunden Punkt zu sprechen: Die größte Problematik, die sich bei uns ergibt, scheint jene zu sein, daß man verschiedenorts nicht imstande war, sich überzeugend oder zumindest verständlich zu artikulieren. Das ist auch der größte Fehler, den Petre Roman zugegeben hat, im Rückblick auf seine Regierungszeit. Ich will damit sagen, daß es offenbar nicht gelungen ist oder zumindest nur sehr begrenzt gelungen ist, der Bevölkerung die getroffenen Maßnahmen, wenn schon nicht schmackhaft zu machen, so doch zumindest glaubwürdig zu erläutern.

Zum Problem der Arbeitslosigkeit noch das eine: In meinem Land, im Unterschied zu Ungarn und auch noch einigen anderen Ländern, hat es noch die Zuteilung der Abgänger von der Mittelschule oder der Hochschule gegeben. Das heißt, jeder, der eine gewisse Ausbildung erreicht hatte, wußte, Väterchen Staat teilt ihm nun eine Stelle zu. Diese Vorgangsweise ist zuerst von den Studenten beanstandet worden, mit Recht, denn es ist natürlich sehr unangenehm, wenn man z. B. in seiner Heimatstadt studiert hat und dann plötzlich 600 km weiter einen Posten bekommt, wo man keine Unterkunft hat und auch keine Eltern, die weiter für einen sorgen oder einen eben unterstützen. Ich will da nicht auf weitere Einzelheiten eingehen. Die Regierung hat hier, wie ich mir von den Vertretern der Weltbank habe sagen lassen, einen Fehler begangen, und ich werde auch gleich eine Erklärung dafür liefern.

Die Regierung hat nämlich für das Jahr 1991 zugesagt, daß jede Firma, die einen Absolventen einstellt, einen Schulabgänger also, aus dem staatlichen Budget für eine Zeitspanne von 9 Monaten 70 % von dessen Einkommen beziehen kann. Die Folge davon liegt auf der Hand: Wir haben das Problem für die neun Monate nur vor uns hergeschoben. Am Schluß dieser neun Monate wird dieser junge Schulabgänger sowieso arbeitslos sein, aber wir werden ein großes Loch in unserem Budget haben, denn wir haben in diesen neun Monaten 70 % seines Gehaltes bezahlt.

Die Erklärung dafür – und hier haben sich auch schon meine Vorredner auf die Problematik des Wahlkampfes im allgemeinen bezogen – scheint in dem bekannten Bonmot zu liegen: Alles, was Politiker zwei Jahre vor den Wahlen tun, gehört schon zum Wahlkampf. Man sollte darüber nachdenken.

Zur politischen Lage noch einmal: Ich darf diese vielleicht in wenigen Sätzen umreißen: Im Dezember 1989 hatte in den Weihnachtstagen, wie Sie

wissen, die wirtschaftliche Lage Rumäniens, die Situation des Pastors Tökes aus Temeswar und die Großkundgebung in Bukarest, wo der Partei und ihren „weisen Führern“ noch einmal gedankt werden sollte, zu einem landesweiten Umsturz geführt. Im Januar sind dann schon die nächsten Proteste zu verzeichnen. Am 20. Mai kamen dann endlich die Wahlen mit zum Teil erstaunlichen, zum Teil aber auch sicherlich erklärlichen Ergebnissen. Am 13.–15. Juni waren schon die nächsten Proteste, der Grubenarbeitern, die in allen Medien waren, und ich glaube, daß es von Interesse ist, wenn ich ein wenig über die diesjährigen Septemberdemonstrationen erzähle.

Ich muß zum ersten betonen, daß die Grubenarbeiter, die auch Akteure dieser letzten Begebenheit waren, alle aus einem gewissen Gebiet unseres Landes stammen, zu Deutsch: das Schiltal. Rumänisch heißt der Fluß Jiul.

Die Grubenarbeiter hatten beschlossen, in Streik zu treten für gewisse Forderungen, die immer wieder aufkommen und an die wir uns nun auch schon langsam gewöhnen – mehr Gehalt, bessere Arbeitsbedingungen und, womit sie zweifellos auch Recht hatten, die bessere Absicherung ihrer Arbeitsplätze im Sinne von Unfällen. Diese Streikaktion ist ausgerufen worden und angelaufen, daraufhin hat die Regierung ihre Vertreter dorthin geschickt, es ist ein Abkommen getroffen worden und gesagt worden, daß der Streik nicht mehr stattfinden wird, bzw. daß er abgebrochen wird.

Was unerklärlich bleibt, ist die Tatsache, daß die Grubenarbeiter trotz der Einigung, ich betone das, trotz der Einigung von Petrosani aus aufgebrochen sind, um, wie sie später gesagt haben, die Regierung zu stürzen. Sie haben begonnen mit einem kleinen Bahnhof, den sie zerstört haben. Sie haben ihre „Arbeit“ fortgesetzt in Craiova, wo sie am Bahnhofsgelände sämtliche Fenster eingeschlagen haben, die kleinen Läden der privaten Unternehmer um den Bahnhof herum zerstört haben, unter anderem um sich auch mit Proviant und Getränken zu versehen. Dabei haben sie anscheinend auf dem sich unmittelbar beim Bahnhof befindlichen Marktplatz einen Bauern erschlagen. Dann sind die Bergarbeiter wieder in den Zug gestiegen und sind, 4000 an der Zahl, – in der ersten Etappe – nach Bukarest gekommen. In der zweiten Etappe, ich füge das gleich hinzu, damit wir das Zahlenbeispiel abschließen können, sind noch 1800 hinzugekommen – es waren also knapp 6000 Bergarbeiter.

In Bukarest haben sie sich vor dem Regierungsgebäude versammelt und haben verlangt, mit dem Premierminister zu sprechen. Laut den Aussagen des Premierministers hat dieser wiederholt angeboten, mit einer Delegation der Grubenarbeiter zu sprechen, die dieses aber wiederum abgelehnt haben und verlangt haben, daß der Premierminister zu ihnen, also auf den Platz vor das Regierungsgebäude kommt.

Dazu ist es aber nicht mehr gekommen, sondern es ist im Gegenteil zu Aggressionen gekommen, welche wiederum verschiedene Etappen zu

verzeichnen hatten. Es ist das Regierungsgebäude und das Parlament angegriffen und zu einem guten Teil zerstört worden.

Vielleicht sage ich dazu noch ein paar Einzelheiten. Die Bergleute sind ins Parlament eingedrungen. Und es gehört schon fast zum Anekdotischen: Ich habe mit Teilnehmern gesprochen und sie berichteten mir, daß gewisse Mitglieder des Parlaments auf andere Abgeordnete gewiesen haben, in dem Sinne „Dort ist der Feind!“, und dann haben die Bergleute auch noch im Parlament gesprochen.

Ich darf auch das noch einmal hervorheben, Abgeordnete, auch unser deutscher Abgeordneter, Herr Ingmar Brandsch, haben mir bestätigt, daß sie sich sehr gefürchtet haben.

Und nun noch über den Ausgang dieser Situation: Die Grubenarbeiter sind zu guter letzt abgezogen.

Zwischendurch wurde irgendwann auch der Universitätsplatz erneut besetzt und es wurden wieder Barrikaden errichtet. Eine Nacht hat dann ein Teil der Grubenarbeiter im Hotel Interkontinental, das unmittelbar am Universitätsplatz steht, verbracht, dessen Fenster sie eingeschlagen haben und wo sie in den Sesseln eingeschlafen sind.

Dann ist noch das Präsidialamt, der Sitz des Präsidenten, angegriffen worden. Nachdem der Präsident des Landes, Ion Iliescu, mit dem Leader der Grubenarbeiter ein Abkommen unterzeichnet hatte, gab es immer noch eine Gruppe Leute – auch Bergleute – vor dem Präsidialamt, die „Jos Iliescu!“ (Weg mit Iliescu) riefen, was ich mir nicht erklären kann.

Zum ganzen Bild gehört auch noch die Information, daß gerade der Kongreß der Nationalen Bauernpartei stattfand – diese Partei heißt mit ihrem vollen Namen „Partidul National Táránesc Crestin si Democrat“ (d. i. die Nationale Christliche und Demokratische Bauernpartei) und ich wundere mich bisweilen, wie da vom Sprachlichen her nichts ausgelassen worden ist. Aber das ist ja nur so eine Überlegung von mir. Die Grubenarbeiter sind auch bei diesem Kongreß gewesen und haben auch hier zu den Kongreßteilnehmern gesprochen.

Bedauerlich ist, daß der Präsident des Landes schnell – allerdings weiß ich nicht, was dahintersteckt – ein Abkommen mit dem Führer der Grubenarbeiter unterschrieben hat – diese zwei Unterschriften nebeneinander auf einem Papier, durch welches den Bergleuten alle Zusagen gemacht worden sind, die im Gespräch waren!

Miron Cosma, der Führer der Bergleute, hat auch ein Fernsehinterview gegeben, das allerdings nicht sehr ertragreich gewesen ist, denn man hat ihn nicht richtig zu Worte kommen lassen. Er war wohl auch etwas zu müde, um die Dinge schlagkräftig zu formulieren. Ein bekannter Angestellter des Fernsehens, Emanoil Valeriu, hat das Interview geführt und hat es meiner Ansicht nach nicht sehr gut geführt. Es hat nicht viel gebracht.

Erwähnenswert wäre eigentlich noch, daß einzelne Grubenarbeiter auf der Straße von Fernsehreportern angesprochen und ausgefragt worden sind. Einige von ihnen haben gesagt, sie wissen im Prinzip nicht, warum sie hier sind. Sie sind einfach so mitgekommen, weil sie dazu aufgefordert worden sind. Ein junger Mann, der besonders aufgefallen ist, hat ausgesagt, er arbeite seit drei Monaten in der Grube und habe ein Einkommen von 10000 Lei. Als man ihn fragte, ob das nicht ausreichend sei für ihn – er war höchstens 20 –, hat er geantwortet, für ihn reiche es schon, aber es reicht nicht für seine Kollegen, die Frauen und Kinder haben.

Ein anderer Grubenarbeiter hat gesagt, der Grund seines Kommens sei der Sturz der Regierung gewesen, denn diese Regierung hat sich nicht um ihn gekümmert, und das erläuterte er mit dem Beispiel: Ihr hier in Bukarest habt ja alles, wir haben in Petrosani nicht einmal eine Oper. Er hat dann hinzugefügt, es fehle ihnen ein Opernhaus, ein Operettentheater und einige Wirtshäuser. Das war seine Aussage.

Infolge dieser Geschehnisse – ich sagte, auf einzelne Punkte komme ich noch gerne zurück, aber die für meine Aussage anberaumte Zeit läuft unwiderruflich ab – hat der Premierminister Petre Roman sein Mandat und jenes seiner Regierung zur Verfügung gestellt.

Ich betone das, weil es ein großes Stottern gab zwischen dem Wort „Rücktritt“ und „zur Verfügung stellen“. Es ist dann praktisch stündlich hin- und hergegangen. Man hat immer wieder betont, Petre Roman sei immer noch Premierminister, bis ein Nachfolger ernannt wird. Dann, spät am Abend, gab es ein Interview mit ihm als dem Leader der Front für Nationale Rettung, also seiner Partei-Funktion. Zu diesem Zeitpunkt hatte er also sein Mandat zur Verfügung gestellt, welches schnell, dann im Sinne einer Demission, von Präsident Iliescu angenommen worden ist. Ernannt worden ist inzwischen – ich komme zum Schluß – als Ministerpräsident Theodor Stolojan, 48, wenn ich mich richtig erinnere, ein unabhängiger Finanzfachmann.

Die Lage ist jetzt die, daß das Parlament möglichst schnell – im Prinzip hat es nur Zeit bis zum 11. Januar 1992 – die Verfassungsdebatten abschließt und die Verfassung annimmt.

Dann müssen Wahlen abgehalten werden, das ist Hauptaufgabe der Regierung Stolojan. Und so werden dann also im Februar des Jahres 1992 Kommunalwahlen stattfinden und dann etwa drei Monate später die Wahl der Abgeordneten. Nur nebenbei zu erwähnen wäre hier auch noch die Volkszählung (die letzte hat 1977 stattgefunden), die auch im Januar stattfinden wird.

Es muß allerdings darüber nachgedacht werden, wie man das organisatorisch in den Griff bekommt.

Als Stellungnahme des gewesenen Premierministers wissen Sie vielleicht, daß Petre Roman sich sinngemäß dahingehend geäußert hat, daß es

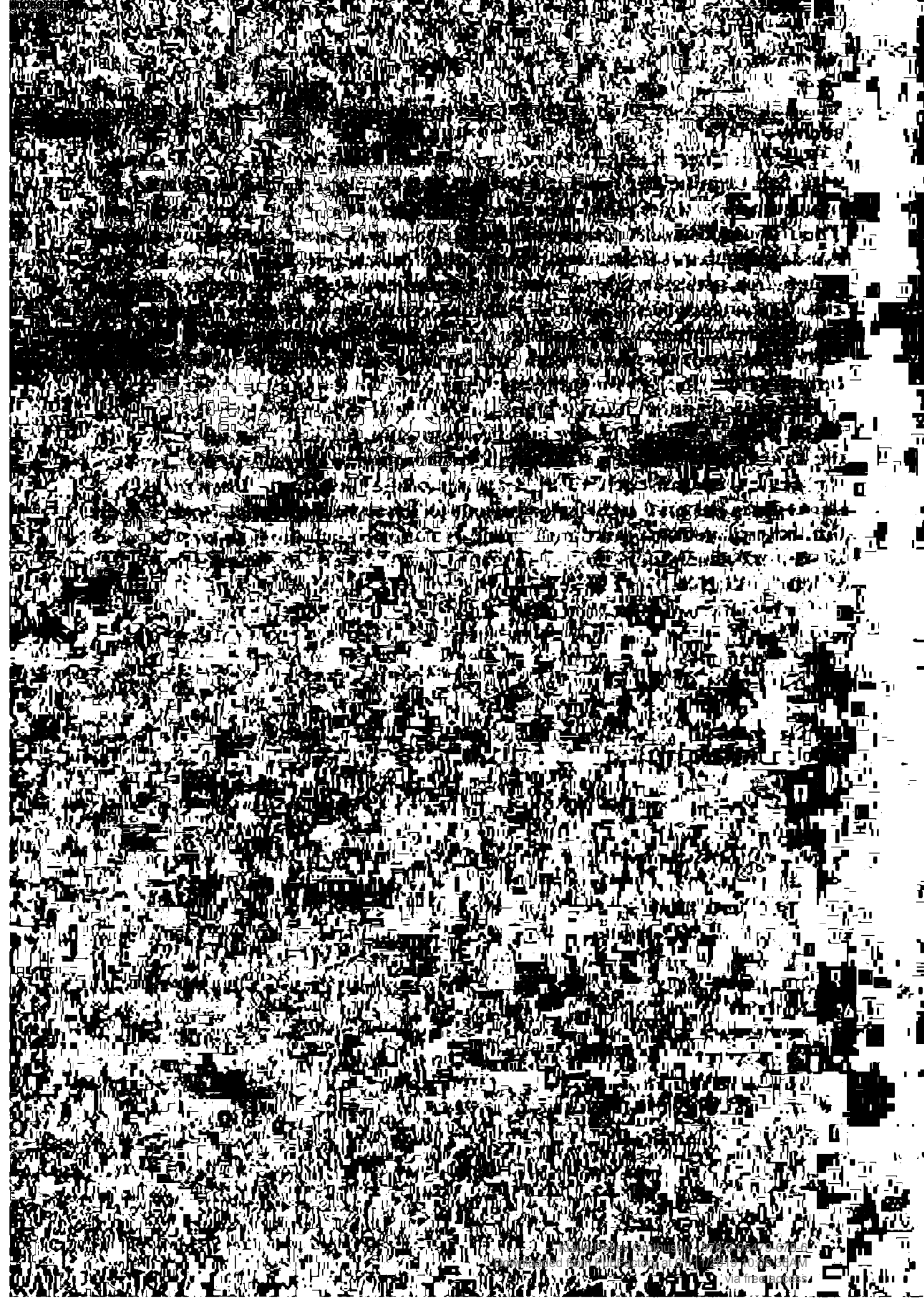
sich um einen kommunistischen Putsch gehandelt habe, einen Putschversuch.

Für Aufsehen hat auch der Abgeordnete Gelu Voican-Voiculescu gesorgt, als er mit einer Aussage an die Öffentlichkeit trat, in welcher er genauestens Personen und Verbindungen dargestellt hat, und damit die Theorie vom Putschversuch scheinbar bestätigt hat, allerdings, ohne seine Aussage auch mit Beweisen untermauern zu können. Alle genannten Personen, Institutionen und politischen Organisationen haben protestiert und zum Teil angegeben, daß sie gerichtlich gegen ihn vorgehen werden. Der Staatspräsident selbst hat sich geäußert, daß Voican-Voiculescu wohl zu viele Kriminalromane liest und, daß das, was er ausgesagt hat, nur Behauptungen seien, der Beweis stehe noch aus.

Ich schließe nun mit einer Danksagung für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich will aber gleich noch eines vorwegnehmen: Wenn Sie mir nun auch die Frage stellen wollen nach meinem Optimismus, so würde ich antworten: Ich bin optimistisch. Es bleibt mir ja schließlich und endlich nichts anderes übrig. Es muß sich nur erweisen, ob ich unverbesserlich optimistisch bin, oder ob einfach mit dem Prinzip Hoffnung auch die Kraft verbunden ist weiterzumachen.

Ich danke Ihnen!



Rumen Dimitrov

Bulgarien

1991 war für Bulgarien ein Jahr des Wandels und der Paradoxien. Einerseits scheint der Wandel im öffentlichen Bereich weiter als im politischen fortgeschritten zu sein¹, z. B. sind die Medien in Bulgarien, meines Erachtens, adäquatere Vermittler der öffentlichen Meinung als die Parteien, die eigentlich die Masseninteressen vertreten sollten. Andererseits setzte sich auch im Jahre 1991 eine seltsame Besonderheit im politischen Leben Bulgariens durch: die Wahlen selbst entschieden wenig, die Entscheidung für Wahlen jedoch sehr viel.

Die Wahlen initiierten den eigentlichen Wandel nicht – sie legitimierten ihn bloß. So war es im Spätfrühling/Frühsummer 1991, als eine folgenreiche Kette von Ereignissen stattfand, die zur Spaltung der demokratischen Opposition geführt hat. Jetzt im Rückblick kann man wohl sagen, daß es sich um einen eher mißlungenen Versuch handelte, das bipolar gewordene Modell des politischen Systems in Bulgarien zu modifizieren, das bipolare Modell eines rigiden Gegenübers zweier Proto-Parteien (korporative Gebilden) – der Sozialistischen (ehemaligen Kommunistischen) Partei (BSP) und der Koalition der neu- und wiedergegründeten demokratischen Parteien, Bündnisse und Bewegungen – der Union der demokratischen Kräfte (UDK).

Zu Beginn des Jahres 1991 befand sich die demokratische Opposition in Bulgarien in einer gespaltenen Lage. Sie war die Opposition und war es zugleich doch nicht².

Im Juni 1990 gewann die Bulgarische Sozialistische (ehemalige Kommunistische) Partei (BSP) knapp die ersten freien Wahlen in Bulgarien. Die sich schon damals in eindeutiger Hegemonie befindende Rivalin – die UDK – war psychologisch zu schlecht vorbereitet, um mit den für sie enttäuschenden Wahlergebnissen fertig zu werden.

Zum ersten mal seit dem Beginn des Umbruchs in Osteuropa gewann eine (ehemalige) kommunistische Partei in einem (ehemaligen) sozialistischen Land (mit einer Ausnahme – nämlich Rumänien) die völlig freien allgemeinen Wahlen. Selbstverständlich legitimierten die Resultate die UDK als eine gewichtige parlamentarische Opposition. Jedoch legitimierten sie zugleich auch die BSP als einen Bestandteil des demokratischen politischen Systems.

Nach den Wahlen konnte der Mythos von der „sanften Revolution“ nicht mehr als glaubwürdig erscheinen. Einerseits fungierte die UDK bereits als eine parlamentarische und nicht mehr nur als eine außerparlamentarische Opposition. Als solche teilte sie die Staatsmacht. Andererseits gab

es im Parlament nicht nur eine Oppositionseinheit. Als legitime Widersacher der regierenden sozialistischen Partei erklärten sich zwei weitere Parteien, die die 4-prozentige Sperrklausel überschritten haben, die Bewegung für Rechte und Freiheiten – BRF (die Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien) – und der schon aus der „totalitären Zeit“ bekannte Bulgarische Landwirtschaftliche Volksbund „Alexander Stambolijski“ – BLVB „A. S.“ –, der nun in Opposition zu seinem früheren Bevormunder BSP/BKP sein altes Image eines künstlichen Satelliten der Mächtigen zu überwinden versuchte.

Der neue Standort der UDK auf der politischen Landkarte stellte sie vor neue Probleme. Wie sollte sie das Verhältnis zwischen parlamentarischer Initiative und außerparlamentarischem Druck weitergestalten? Die UDK war noch nicht stark genug, um allein regieren zu können, sie war jedoch schon stark genug, um das Regieren der Sozialisten effektiv zu blockieren.

Anfang August 1990 gebar die bulgarische Politik ihr nächstes Paradox. Die Vertreter der Konstituierenden Volksversammlung³ haben zum Präsidenten der Republik den Vorsitzenden der UDK – also der parlamentarischen Minderheit – Dr. Želju Želev gewählt. Die größte oppositionelle Kraft hat dies durch dramatische parlamentarische Verhandlungen und nicht ohne außerparlamentarischen Druck erzwungen. In der damaligen politischen Situation wurde das von der UDK als die optimale Variante des „Sandwiches“ eingeschätzt: eine „rote“ Regierung zwischen dem „blauen“ Präsidenten und der „blauen“ Opposition.

Der Präsident wurde von den Volksvertretern ernannt – wurde also auch mit den Stimmen der Abgeordneten der Sozialisten gewählt. Zu dieser Zeit wirkte sich dies stabilisierend auf die politische Lage aus, da der Konsens zwischen den Spitzen beider Protoparteien die Autorität des Präsidenten am besten legitimierte.

Ein neuer Begriff wurde jedoch in den Gängen der Volksversammlung geprägt: „das bunte Politbureau“. Während die öffentlichen Sitzungen und Debatten der Versammlung übermäßig ideologisiert und realpolitisch wenig ergiebig blieben, wurde die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Fraktionsleitungen hauptsächlich in die „geschlossenen Veranstaltungen“ verlagert.

Da die Zahl der Parteien, die sich als antikommunistisch beschrieben, ständig wuchs, hatte die UDK immer stärkere Probleme, ihre Identität als *die* Opposition zu gewährleisten. Es gab immer mehr Reibungen zwischen den Parteien, die sich als Opposition zu den „Kommunisten“ verstanden. Die UDK unternahm alles mögliche, um das Monopolrecht auf *das Oppositionelle* zu bewahren.

Ende 1990 ging es der UDK nicht mehr um die *Einheit*, sondern viel mehr um die *Einzigkeit* der demokratischen Opposition. Und gerade die BSP war es, die die UDK als ihren Hauptgegner bezeichnen konnte. Die

Führung der BSP war sozusagen die letzte Instanz, die zu bestimmen hatte, wer ihr „echter“ Gegner war, um diese als Monopolbesitzer des „Antikomunismus“-Autorenrechts automatisch zu legitimieren und privilegieren.

Und eine letzte Episode zur Vorgeschichte der UDK-Spaltung: nach langem Zögern bildete die Sozialistische Partei eine rote Regierung. Zum Vorsitzenden des Ministerrates wurde – trotz seiner früheren Erklärungen, daß nur eine Koalitionsregierung handlungsfähig sein könne – wieder Andrej Lukanov gewählt. Diese Regierung dauerte nur einige Monate – bis November 1990.

Lukanov hat vielleicht die beste Strategie für seine delikate Situation gefunden. Seine Regierung verschleppte den Beginn der notwendigen Reformen so mühsam, wie sie nur konnte, mit der Begründung, es fehle der Konsens für eine so ernstzunehmende Sache. Zugleich sicherte Lukanov aber die illegale Transformation von Parteigeldern in ökonomisches Kapital. Trotz oder gerade wegen des Aufschubs der Privatisierungsprozesse, der von der Opposition durchgesetzt worden war, um die Metamorphose der Nomenklatura in einen ökonomischen Stand zu verhindern, war es die goldene „Gründerzeit“ für Parteifirmen. Das vom Parlament verhängte Verbot hat in paradoxer Weise nur dazu gedient, diese Privatisierungsprozesse der öffentlichen Kontrolle zu entziehen.

Im November 1990 hat die Opposition eine Welle von Protestveranstaltungen organisiert, um die Regierung zum Handeln zu zwingen. Man war sich mehr oder weniger im Klaren: Wer mit den Reformen beginnt, der verliert. Das wußte allerdings die Regierung auch. Die Protestdemonstration begann mit dem Motto: „Gegen die Untätigkeit der Regierung Lukanov“.

Die UDK und die stark mit ihr verbundene Gewerkschaft „Podkrepa“ waren sich jedoch nicht einig darüber, wie weit der Protest gehen sollte. Der Vorsitzende der immer mächtiger werdenden und ziemlich politisierenden Gewerkschaft Dr. Konstantin Trenčev – eine widersprüchliche Persönlichkeit, die sich zum Anarchismus, Monarchismus und Syndikalismus zugleich bekennt – tat einen weiteren Schritt. Die Gewerkschaft organisierte Streikaktionen und zivilen Ungehorsam, um Lukanov zum Rücktritt zu zwingen.

Als dies dann vollbracht war, sah sich die UDK vor vollendete Tatsachen gestellt. Es entstand ein Machtvakuum, das sie unter Zugzwang setzte und sie damit wiederum in ihrer Handlungsfreiheit einschränkte. Sie konnte es nicht mehr ablehnen, in eine Koalitionsregierung mit den Sozialisten einzutreten.

Im Dezember 1990 wurde diese Regierung nach schwierigen Verhandlungen gebildet. Zum Regierungschef wurde etwas überraschend der parteilose Jurist Dimitar Popov ernannt. Darüber hinaus hatte der Ministerrat drei stellvertretende Vorsitzende – je einen von der UDK, der BSP und dem BLVB „A.S.“. Besonders im wirtschaftlichen Bereich dominierten

die Minister der UDK. Anfang 1991 begannen die wirtschaftlichen Reformen. Es war eine quasi Koalitionsregierung (die UDK mied das Wort „Koalition“), die zu Beginn die fast volle Unterstützung und Opferbereitschaft der Bevölkerung genoß. Das Vertrauen in die Regierung blieb bis April 1991 bestehen, es sank danach jedoch allmählich für die UDK und erhöhte sich leicht zugunsten der BSP⁴. Kurz und gut: die öffentliche Meinung zeigte im Monat der Proteste (November 1990) die besseren Werte für die UDK und die schlechteren für die BSP. Dann wendete sich diese Haltung wieder. Die Regierungsverantwortung verhalf der UDK zur Ausdehnung ihrer potenziellen Wählerstimmen also nicht – im Gegenteil. Dies stellte sie im neuen Jahr vor neue Fragen. War im November 1990 der günstigste Augenblick für Neuwahlen schon versäumt? Und was konnte die UDK mit diesem nicht gerade beruhigendem „Wissen in Nachhinein“ tun?

Die Einheit dieser äußerlich „blauen“, im Inneren aber ziemlich facettenreichen Koalition gründete auf einer fremdbestimmten Identität. Nach außen kämpfte sie, wie gesagt, nicht mehr um die *Einheit*, sondern um die *Einzigkeit* als Opposition, nach innen erhob sich die Frage nach der optimalen Organisationsform.

Anfang 1991 war die UDK also kaum die Opposition, sie war noch nicht mal *eine* Opposition. Erstens stellte sie den Präsidenten. Zweitens nahm sie an einer Quasikoalitionsregierung teil, die durch ihre Minister eindeutig dominiert wurde. Und drittens, besaß sie schon seit dem Herbst 1990 – nach der politischen Vereinbarung mit der BSP über die sogenannten „provisorischen Verwaltungen“ („Vremenni upravi“) – einen proportionalen Anteil von den Stellen in den kommunalen Organen auf dem Lande. Eigentlich war die UDK eher eine regierende als eine opponierende Partei, dies allerdings mit den „Kommunisten“ zusammen.

Das entzauberte sie als sanft-revolutionäre „demokratische Opposition“ und banalisierte sie zu einer täglich mitverwaltenden „parlamentarischen Minderheit“. Aufgrund der veränderten Situation wuchsen auch die Spannungen innerhalb der UDK.

Die Konflikthanlässe mehrten sich. Im April 1992 wurde eine Liste mit Namen von Volksabgeordneten veröffentlicht, die für die Geheimdienste des alten Regimes gearbeitet hatten. Fast alle waren „selbstverständlich“ Mitglieder der UDK. Es war jedoch nicht so sehr klar, wer Interesse dafür hatte, die Namensliste anonym zu veröffentlichen. „Die Kommunisten“ – das wäre vielleicht die leichteste, aber zugleich die oberflächlichste Antwort.

Es gab Andeutungen – besonders von der Gewerkschaft „Podkrepa“ –, daß einige Funktionäre der UDK, die dem Präsidenten und der Regierung besonders nahe standen, „infiltrierte Spitzel und Agenten der Kommunisten“ seien. Man sprach von einem geheimen „Plan Keil“ („Plan Klin“), der es zum Ziel hatte die demokratische Opposition in allen ehemaligen sozialistischen Ländern zu spalten.

Ebenfalls im April hat man innerhalb der UDK versucht, die Tätigkeit der rechten Parteien besser zu koordinieren. Man hat einen ziemlich unklar gefaßten „*Rat der neoliberalen und neokonservativen Kräfte*“ („Podkrepa“ war auch dabei) gegründet, der allerdings nie richtig existiert hat.

Als eine zunächst rein symbolische Antwort darauf haben die linken und Zentrums-Parteien – die auch die größten innerhalb der Union waren – eine Wahlkoalition „*UDK-Zentrum*“ gegründet. Darin waren vor allem die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (Peter Dertliev) und der Bulgarische Landwirtschaftliche Volksbund „Nikola Petkov“ (Milan Drenčev) – die letztere war die andere Bauernpartei, die von den Kommunisten verboten und verfolgt worden war.

UDK-Zentrum war mit dem Wissen und dem Befürworten des Präsidenten Željū Želev gegründet worden. Zu diesem demokratischen Zentrum neigte auch die drittgrößte Kraft – die Bewegung „*Ekoglasnost*“ und der „*Klub für Glasnost und Demokratie*“ der sofioter Intellektuellen, dessen Mitglied Željū Želev war. In seiner Rolle eines Präsidenten aller Bulgaren wollte er sein Image als einen gemäßigten und zum Zentrum neigenden Politiker weitergestalten.

Diese zunächst rein symbolische Geste hatte jedoch nicht nur symbolische Folgen. Alte politische Etikette wurden wieder hervorgeholt – von „rechts“ und „links“ bis zu „kommunistisch“ und „faschistisch“. Interessant dabei ist es, daß die inneren Kämpfe der realen Machtverschiebung innerhalb der UDK verursacht wurden. Die einzelnen Parteien verfügten noch über Stammwählerschaft. Es gab auch Partieliten, die kleine „Sofa-Parteien“ für sich gegründet haben. Man scherzte: Sie hatten mehr Volksabgeordnete als Parteimitglieder. Sie alle konnten an der Macht nur zusammen – unter dem Symbol der UDK – teilnehmen.

Das Gleichgewicht zwischen den Parteispitzen in der Union wurde gestört. Nicht durch allgemeine Wahlen, sondern durch vertraute Vereinbarungen mit der Spitze der Sozialistischen Partei sind manche zur Machtausübung gelangt – manche allerdings auch nicht. Es ist deshalb nicht verwunderlich, warum sich die Eliten um den Präsidenten und der Regierung als „zentristischer“ und „gemäßiger“ verstanden, während die Spitzen z. B. der „*Podkrepa*“, der *Radikaldemokratischen Partei*, der *Demokratischen Partei* usw. immer radikaler wurden.

Das Unbehagen des von der Staatsmacht mehr oder weniger isolierten Teils der UDK-Eliten führte am 15. April zur Gründung der sogenannten „*Bürgerkomitees UDK*“. In der Abwesenheit des UDK-Zentrums haben die kleinen Rechtsparteien, die Gewerkschaft „Podkrepa“ und manche lokale Koordinationsräte der UDK zu „unverzüglicher Liquidierung der kommunistischen und neokommunistischen Strukturen und Tendenzen in Bulgarien“⁵ aufgerufen.

Etwas später wurde das Hauptziel der Komitees in einer *Programatischen Erklärung* folgendermaßen definiert: „Der Hauptsinn der Formierung und der Funktion der „Bürgerkomitees UDK“ liegt in der Suche nach einer passenderen Oppositionsform und Oppositionstätigkeit, in der Umgestaltung der UDK von einer KOALITION (einer Form, die ihre Kapazität erschöpft hat) in eine BEWEGUNG (mit einer in der Praxis der anderen osteuropäischen Staaten historisch nachgewiesenen Wirksamkeit und Effektivität)“⁶.

Das bulgarische politische Leben ist postmoderner Art – voll fremder Zitate und ferner Erinnerungen. Eine „in anderen Staaten historisch erfolgreiche Praxis“ als eine höhere Autorität in Bezug auf die eigene Erfahrung zu behandeln, bildet in Bulgarien nicht erst seit gestern die Basis eines gewissen kulturell-politischen Radikalismus.

Die Paradoxie liegt auf der Hand. Während die politische Entwicklung in allen anderen osteuropäischen Staaten von einer amorphen Volksbewegung zu ihrer Differenzierung und Institutionalisierung in Verbänden, Parteien und Koalitionen führte, wollten die sich radikalierenden Teile der UDK den Koalitionscharakter der Union abschaffen und sich wieder auf die „ursprünglichen Zielen der sanften Revolution“ besinnen.

Es waren geradezu die kleinen Parteien und die Gewerkschaft „Podkrepa“, die dem Präsident und der Regierung ferner standen. Diese weitere Entfernung vom Zentrum der staatlichen Macht war meines Erachtens entscheidend, denn nur sie berührte die wichtigen und lebendigen Interessen der neuen korporativen Eliten. Es ging nicht mehr und nicht weniger als um das Überleben der zu vielen Partieliten, die ja als Elitenparteien existierten.

Beide Teile der UDK verfügten über unzureichend Sympathisanten- und Wählerressourcen, um als echte politische Parteien, also als Interessenvermittler zu fungieren. Als Eliten versuchten sie ihre unmittelbar korporativen Interessen durchzusetzen. Das mag zum Teil erklären auch die Tatsache, warum sie auf allgemeine Symbole und nicht auf konkrete Interessen Wert legten.

Da ein Teil von ihnen schon durch Vereinbarungen mit den „Kommunisten“ zu potentieller Macht gelangt war, blieb dem anderen Teil der UDK-Eliten nichts anderes übrig, als einen verzweifelten Kampf gegen „die Verschwörung der Kommunisten mit den Verrätern aus den eigenen Reihen“ zu erklären. Der Koalitionscharakter der UDK erwies sich für sie als eine „Falle“, als ein „Nest des Partisanentums“ – als Sammelsurium des Allerschlimmsten in der Politik.

Die Radikalen nannten sich *UDK-Bewegung*. Man nannte sie auch „die Dunkelblauen“ – im Unterschied zum „hellblauen“ *UDK-Zentrum*.

Es gab auch rein inhaltliche Differenzen zwischen den beiden Teilen der UDK, und sie wurden immer lauter. Es ging um Streitpunkte wie Antikom-

munismus-Konstitutionalismus, Monarchie-Republik, Nationalismus-Eurozentrismus, Restitution-Privatisierung usw. . Zu dieser Zeit waren sie aber eher sekundär.

An dieser Stelle möchte ich das Dilemma „*Koalition oder Bewegung*“ etwas näher betrachten. Es spiegelte – mehr auf ideologischem als auf organisatorischem Niveau – die meisten Widersprüche innerhalb der UDK wider. Zugleich gibt es uns ein gutes Beispiel dafür, wie oft hinter dem Vokabular des bulgarisch-politischen Lebens ganz andere Bedeutungen der Worte stecken können.

Es stimmte natürlich nicht, daß sich die *Koalitionsform* „erschöpft“ hat. Die Wahrheit ist, daß die UDK nie eine richtige politische Koalition darstellte, denn sie war eine Union aus Partieliten mit einer heterogenen und losen Anhängerschaft und begriff sich nicht als Vermittler von Masseninteressen zwischen Parteistrukturen.

Die Bürgerkomitees UDK waren ohne Zweifel ein Versuch, die Union zu vereinheitlichen. Im Nationalen Koordinationsrat der UDK hatte jede Bewegung und jede Partei ihre Vertreter. Die Entscheidungen waren für die einzelnen politischen Leitungen nicht verbindlich. Die größeren Parteien vom UDK-Zentrum verlangten nach einer proportionalen Vertretung im Koordinationsrat – geschätzt z. B. im Verhältnis zur Zahl der Parteimitglieder. Die kleineren Parteien der UDK-Bewegung wollten die Gleichrangigkeit der Vertreterschaft bewahren – jede Partei sendet die gleiche Zahl von Vertretern – und den bindenden Charakter der Entscheidungen des Koordinationsrates für die einzelnen Parteileitungen durchsetzen.

Wenn es für eine politische Koalition zu früh war, war es für eine Massenbewegung zu spät. Eine Bewegung, die auch „Volksbewegung“ heißen soll, kann ihre Glaubwürdigkeit nur durch Protest gegen den Status Quo der staatlichen oder der privaten Macht gewinnen. In Bulgarien war die private Macht in unwägbar Zustand, blieb also nur die Staatsmacht. Sie war also eine Bewegung auch gegen die eigenen Eliten, die mit dem Präsidenten und der Regierung zusammenarbeiteten.

Die schon in die staatlichen Strukturen eingegliederten UDK-Eliten sind im Vergleich zu einer solchen Bewegung eine winzige Einheit. Sie bauen aber sofort kleine, allerdings über erhebliche Ressourcen verfügende „innere Koalitionen“ auf. Sie verfügen über Informationen, Experten und Apparate, die vielleicht nicht so offensichtlich, aber doch sehr effektiv funktionieren.

Es ist auch nicht die folgende Umkehr der Verhältnisse zu übersehen. Natürlich dient die „Eroberung von innen“ der staatlichen Institutionen durch die demokratischen Kräfte der Demokratisierung. Die staatspolitische Praxis ist der normale Bildungsweg der künftigen professionellen Politiker. Und die UDK verfügte über solche in der Regel nicht.

Dennoch sind die politischen Eliten im Staatsapparat nicht mehr nur Träger der ihnen aufgetragenen Wählerschafts- und Parteiinteressen, sondern sie werden auch zu Trägern der „unmittelbaren Interessen des Staates an sich“⁷. Die UDK-Eliten, die schon in der Exekutive standen, hatten also nicht so große Handlungsfreiheit, wie sie sich vielleicht erhofft hatten. In einem osteuropäischen Land wie Bulgarien mögen die politischen Eliten mehr oder weniger glauben, daß nicht der Staat sie formiert, sondern daß sie ihn transformieren. In der Wirklichkeit stimmt eher das Gegenteil.

Eine Form der „Bewegung“ zu wählen – auch wenn man die Entscheidungsfreiheit dazu hat – hätte bedeutet, auf die Errungenschaften des Parlamentarismus als *parlamentarischer Opposition* zu verzichten und zum Ausgangspunkt der *außerparlamentarischen Opposition* zurückzukehren. Dies hätte auch bedeutet, alle an der Staatsmacht schon Beteiligten zu „Kommunisten“ zu degradieren und die Frage der Macht mit „Entweder-Oder“ („wer/wen/wem“) neu zu definieren. Entweder die ganze Macht, oder gar keine. Die paternalistische Haßliebe zur Staatsmacht bedeutet: der Kampf um sie ist zugleich der Kampf mit ihr. Aber wollte man tatsächlich eine *Bewegung*? Initiiert „von oben“ hatten die Bürgerkomitees UDK eher die Funktion, die Koalitionen nicht in eine Bewegung, sondern in eine Partei zu verwandeln. Solche Versuche gab es in der kurzen Geschichte der UDK schon mehrmals. So gab es 1990 den Versuch von Seiten der größten Partei in der UDK, die Union „von innen“ zu „sozialdemokratisieren“. Petko Simeonov – damals Vorsitzender des „Klubs für Glasnost und Demokratie“ wollte die Koalition auch in eine blaue – hier eher gelbe – liberale Partei verwandeln. Aber alle Versuche „von innen“ und „von oben“ scheiterten aus verschiedenen Gründen.

Die Bürgerkomitees UDK stellten den letzten Versuch dar, die Koalition „von außen“ und „von unten“ in eine Partei zu transformieren. Dennoch war auch dieser Versuch nicht ganz „von außen“, denn die Führung der Gewerkschaft „Podkrepa“, die sich mit dem Status des Beobachters im Koordinationsrat der UDK immer weniger zufrieden gab und eine politische Rolle im Vordergrund spielen wollte, wollte diese Partei nach ihren eigenen Vorstellungen bilden. Der Versuch war auch nicht ganz „von unten“, da er, wie wir sehen werden, vor allem den Interessen des sich in intensiver Formierung befindenden mittleren Apparates der UDK entsprach.

Im April/Mai 1991 wurde es schon deutlich, daß man bald zu Neuwahlen kommen mußte. Die Konstituierende Volksversammlung war nach den politischen Vereinbarungen des Runden Tisches nur vorläufig. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes hatte sie sich selbst aufzulösen. Alle anderen Funktionen dieser Art von Legislative wurden als untergeordnet betrachtet. Hier herrschte allgemeiner Konsens.

Nun wurde die Kritik an der Volksversammlung von Seiten der Bürgerkomitees UDK immer lauter. Sie stellten die Forderung an den Präsiden-

ten, den Termin für Neuwahlen unverzüglich festzulegen, ohne nunmehr die Annahme der Verfassung als Vorbedingung zu betrachten. Ihre Hauptargumente: Erstens würde die UDK die günstigste Zeit für einen entscheidenden Machtwechsel verpassen. Zweitens sollten die nächsten allgemeinen Wahlen für die Einfache Volksversammlung, laut Vereinbarung, schon im Juni 1991 stattfinden. Drittens verfügten die Sozialisten – also die „Kommunisten“ – über die parlamentarische Mehrheit, es könne also nicht über eine *demokratische*, sondern nur über eine *kommunistische* Verfassung abgestimmt werden.

Dazu kam noch das vierte Argument, daß es auch einflußreiche Interessen für das weitere Verschleppen des Verfassungsprozesses innerhalb der eigenen Reihen gäbe – z. B. bei den UDK-Ministern im Bereich der Wirtschaft –, wobei man – obgleich in aller Vorsicht – andeutete, daß vorzeitige Wahlen die Kontinuität der angesetzten ökonomischen Reformen unterbrechen würden.

Die Gegenargumente kamen von Seiten der meisten UDK-Deputierten: Der Konstitutionalismus solle nicht dem Antikommunismus zum Opfer fallen. Die Parlamentarische Demokratie sei nicht der längste, sondern der kürzeste Weg zur Abschaffung des Kommunismus. Die Resultate des Demokratisierungsprozesses ähneln ironischerweise mehr seinen Mitteln als seinen Zielen. Die Demokratie solle demokratisch gewonnen werden. Wenn die Konstituierende Volksversammlung ihr Ziel – die Erarbeitung der neuen demokratischen Verfassung – nicht erfülle, dann wäre das ein Präzedenzfall, der einen schlechten Beginn der Demokratie bedeuten würde.

Diese Argumente sind immer noch sehr wertorientiert gefärbt. Und hinter den allgemeinen Werten stecken meistens doch besondere Interessen. Zugleich soll man diese wert-normative Ebene nicht unterschätzen, denn der Konflikt kann nicht so sehr durch das Zusammenprallen von formulierten Interessen, sondern vielmehr durch die Unvereinbarkeit von verschiedenen symbolischen Welten erklärt werden.

Lebenswelten sind keine Argumentationslinien – man lebt bloß in einer oder in einer anderen. Aufgrund unterschiedlicher Wirklichkeitsbezüge zeichnete sich eine weitere politische Teilung innerhalb der UDK ab: *die Mehrheit des Koordinationsrates der UDK gegen die Mehrheit der parlamentarischen Fraktion der UDK*. Das Dilemma führte zur Spaltung in zwei rivalisierenden Machtgruppen: *Unionsfunktionäre und Unionsabgeordnete*.

Hier zeigen sich die Differenzen der institutionalisierten Interessen. Darüber hinaus sind auf der symbolischen Ebene zwei Typen von Wirklichkeiten zu beobachten. Für die UDK-Bewegung sind die Sozialisten immer noch Kommunisten. Und alle, die mit ihnen konstruktiv zusammenarbeiten, werden objektiv auch zu Kommunisten. Die Spannweite des

Kommunismusbegriffs breitete sich für sie bedrohlich aus. Das UDK-Zentrum war auch gegen den Kommunismus, meinte jedoch, daß es schon in der Sozialistischen Partei Nichtkommunisten gäbe, und daß die konstruktive Zusammenarbeit mit den Sozialisten zum Verschwinden der Kommunisten führen werde. Kurz und gut: für die ersteren waren Teile der UDK auch Kommunisten, für die anderen waren Teile der BSP nicht mehr Kommunisten.

In diesem Sinne wurde die UDK-Bewegung zur Opposition der BKP und das UDK-Zentrum zur Opposition der BSP. Zwei Welten: In der einen kämpfte man mit den Kommunisten bis zum Ende, in der anderen arbeitete man mit den Sozialisten zusammen – beides im Namen des Antikommunismus. „So gesehen konnten die „Dunkelblauen“ ihren Kollegen weniger nicht verzeihen, daß die „Hellblauen“ an der Annahme einer kommunistischen Verfassung mitgewirkt haben, sondern mehr, daß sie den Kommunisten geholfen haben, eine nichtkommunistische Verfassung zu verabschieden“⁸. Das Dilemma „Koalition oder Bewegung“ deckte auch organisatorische Probleme der UDK auf. Sie standen vor Wahlen. Konnte sie es sich leisten, sich ein paar Monate vor den Wahlen neu zu strukturieren? Die *Bürgerkomitees UDK* hätten in gewisser Weise die Wahlstäbe der UDK effektiver besetzen können. In diesem Sinne setzte man die *Bewegung* mit der (Wahl-) *Kampanie* gleich. Konnte aber eine Bewegung mehr Stimmen als eine Wahlkampagne mobilisieren?

Das war eine typische Selbsttäuschung der Funktionäre „von oben“. Sie dachten: Die *Bewegungs* form würde mehr Bürger und besonders mehr Intellektuelle anziehen, die ihre politische Entscheidung noch nicht getroffen hätten. Eine Binsenwahrheit ist jedoch, daß ein überpolitisiertes Gefüge – wie die vorgeschlagene Bewegung – die Intellektuellen nur abstößt⁹. Dies geschah dann auch und war damit ein Argument gegen die Bewegung.

Die meisten Koalitionsparteien haben ihre Strukturen vorwiegend in Sofia ausgebaut. In der Provinz gab es meistens nur eine UDK. Das politische Differenzierungsvermögen war also ziemlich gering. Deshalb waren die Apparate der UDK in der Provinz gegen eine weitere Spaltung nach parteipolitischen Prinzipien. Da die UDK eine Koalition war, gab es keine direkte UDK-Parteimitgliedschaft. Es war auch nicht zu leugnen, daß die Mitgliedschaft in einer oder der anderen Partei der UDK oft rein zufällig war, da in der vorhandenen politischen Kultur nur ein Diskriminierungsmuster galt: „Kommunismus oder Antikommunismus“. Und das ist ein Argument für die „Bewegung“.

Was die UDK-Funktionäre in Sofia auseinander trieb, das führte sie in der Provinz zusammen. Als tieferer Grund des Dilemmas wurde der Konflikt zwischen den einzelnen Parteiführern und der ganzen Unionsapparatur sichtbar. Das Wort „Bewegung“ wurde hier also in seiner umgekehrten Be-

deutung verwendet – im Sinne einer *funktionstüchtigen politischen Bürokratie*. Durch die „Bewegung“ sollte die UDK von einer Koalition zu einer Partei verschmolzen werden, und zwar im Interesse der *blauen „Apparatur“*. Und nur die Anführer, die ihre individualistisch-intellektuellen Visionen rechtzeitig zu Gunsten der realpolitischen Bindung mit diesen neuen Apparaturinteressen aufgaben – nur sie konnten das Recht auf politischen Erfolg aufrecht behalten.

Die Ereignisse beschleunigten sich. Am 15. Mai 1991 verließen 39 Abgeordnete (bekannt als die „Gruppe der 39“) die Sitzung des Parlaments. Sie erklärten, sie werden erst zurückkommen, wenn der Präsident den Termin für Neuwahlen festgesetzt und sich die Konstituierende Versammlung aufgelöst habe. Im Laufe der Zeit wurde das Parlament von weiteren Abgeordneten oder sogar ganzen Fraktionsteilen verlassen.

Das wurde aus verschiedenen Gründen getan. Der Vorsitzende des BLVB „N. P.“, Milan Dreněv, machte es aus Protest gegen die Mitarbeit der parlamentarischen Fraktionen beider immer noch miteinander rivalisierenden Bauernparteien. Die Partei der türkischen Minderheit unter der Führung von Ahmed Dogan blieb auch draußen, da das Verfassungsprojekt – nach den Vorstellungen der BRF – die Rechte der bulgarischen Türken nicht hinreichend schützte.

Dennoch blieben im Parlament genug „Renegaten“ aus allen oben erwähnten Parteien. Dazu gehörten die meisten Parlamentarier der UDK, die meisten Abgeordneten des BLVB „A. S.“ und natürlich alle Sozialisten. Das machte über zwei Drittel der Abgeordneten aus. Die konnten über das Grundgesetz noch alleine abstimmen. Am 19. Mai 1991 wurde eine sorgfältig vom Apparat vorbereitete *Konferenz der UDK* eröffnet. Die Schlüsselfigur war Dr. Konstantin Trenčev. Der Versuch, die Konferenz in ein *Leitendes Organ der UDK* – also die UDK in eine Partei – zu verwandeln, ist formell gescheitert. Die reale Spaltung der Union wurde jedoch hiermit zur sanktionierten Tatsache.

In der Nacht vom 19. auf den 20. Mai verabschiedeten die großen Parteien aus der UDK – BSRP, BLVB „N. P.“, die Grüne Partei, Ekoglasnost und die Klubs – die sogenannte „*Deklaration der 6*“. Sie wiesen die Entscheidungen der Konferenz zurück. Sie sei ein „Putschversuch“, ein „blauer Totalitarismus“ und ein „Attentat gegen die Koalition“¹⁰.

Die Abgeordneten, die im Parlament blieben, wurden aus der UDK und den anderen Parteien ausgeschlossen. Es hieß: sie verträten nur sich persönlich und nicht mehr ihre Parteien. Die Antwort der im Parlament gebliebenen Deputierten lautete daraufhin: wir sind vor allem Vertreter des Volkes; wenn wir die Parteien nicht mehr vertreten, das könne nur bedeuten, daß die Parteien selbst das Volk nicht mehr vertreten.

Es war die Zeit der intensivsten Parteiaufsplitterungen, die Bulgarien je erlebt hat. Fast alle Parteien in der UDK sowohl vom Bewegungs- als auch

vom Zentrumsblock spalteten sich. Ehemalige Kollegen, Freunde, Gefährten standen sich entfremdet und verbittert gegenüber.

Am 15. Juli hat Präsident Želev den Versuch unternommen, die Seiten wieder zu versöhnen. Er sagte unter anderem: „Ich unterstütze die Entscheidung der KVV vom 28. Mai d. J., sich bis zum 17. Juli selbst aufzulösen. Ich denke jedoch, daß es nicht zu empfehlen ist, die Annahme der Konstitution als Vorbedingung zu betrachten“¹¹.

Der Aufruf befriedigte niemanden. Die Radikalen wollten auf keinem Fall *diese* Verfassung – sie wollten einen Wahltermin. Und die im Parlament Gebliebenen fühlten sich vom Präsidenten im Stich gelassen. Denn sie waren auf ihren Plätzen geblieben, um, wie sie meinten, den demokratischen Weg und die Institutionen – auch die des Präsidenten – zu verteidigen. Der Termin zur Selbstauflösung des Parlaments weckte den Ehrgeiz der Deputierten. Sie ließen alles andere fallen, um die neue Verfassung vor der ihnen nun festgesetzten Frist anzunehmen. Natürlich ging die Beschleunigung der Arbeit auf Kosten ihrer Qualität. Die Abgeordneten wurden nun von außen nicht mehr kritisiert, daß sie zu langsam, sondern eher, daß sie zu schnell das Grundgesetz vorbereiteten.

Dann geschah etwas – vielleicht wieder ohne Beispiel in der Geschichte des Parlaments. Ein Teil der „Gruppe der 39“ erklärte einen unbefristeten Hungerstreik gegen die Annahme der Verfassung und für die Ausrufung von Neuwahlen. Einer von den im Parlament gebliebenen Deputierten begann hingegen, wiederum einen Hungerstreik gegen diesen Hungerstreik zu führen.

Hier sollen dem Leser die weiteren Schachzüge der verschiedenen Seiten erspart bleiben. Am 12. Juli 1991 wurde das Grundgesetz unterzeichnet. Die Konstituierende Volksversammlung hat die Entscheidung angenommen bzw. bestätigt, sich aufzulösen. Einmal „aufgelöst“ konnte sie dann bis zu den Neuwahlen weiter funktionieren. Am 17. Juli erschien der Erlaß des Präsidenten, in dem er den Termin für die Neuwahlen festlegte – den 29. September 1991. Dieser Termin wurde später aus technischen Gründen nicht beibehalten. Die Wahlen fanden am 13. Oktober 1991 statt. Die UDK war endgültig gespalten. Die *Bürgerkomitees UDK* – die Geburtshelfer der Spaltung – verschwanden so plötzlich wieder von der Bildfläche, wie sie aufgetaucht waren. Sie haben die Union weder in eine *Bewegung*, noch in eine Partei verwandelt. Sie festigten jedoch die Apparatur der neuen politischen Bürokratie. Und sie entfernten die Teile der UDK, deren Strukturen sich nicht einwandfrei in diese Bürokratie integrieren ließen.

Und noch eine beabsichtigte Folge der Komitees: sie zwangen Teile der UDK, sich als etwas „Drittes“, „Gemäßigtes“ und „Liberales“ zu bestimmen in einem Moment, in dem sie dafür noch nicht reif waren.

Vor den Wahlen verzichtete die UDK-Bewegung auch auf das Wort „Bewegung“. Sie gewann bei der Zentralen Wahlkommission die *blauen*

Wahlzettel und behielt damit das *Monopol auf das blaue Symbol*. Die anderen – *UDK-Zentrum* (BSDB, Politischer Klub „Ekoglasnost“, ASV „Unabhängige“) und *UDK-Liberale* (die Grüne Partei, die Klubs für Glasnost und Demokratie u. a.) konnten nicht zu einer Wahlkoalition zusammenfinden. Ihre Ansprüche auf das Zentrum wurden also durch die entsprechende Kompromiß- und Konsensfähigkeit nicht abgedeckt.

Die Wahlergebnisse vom 13. Oktober 1991 waren eine Niederlage für die UDK-Liberalen und das UDK-Zentrum. Sie konnten die vierprozentige Sperrklausel nicht überwinden. Auch die Bauernpartei blieb außerhalb des Parlaments. Die UDK (B) bekam 110 Sitze (45,8%), ihr Gegner BSP – 106 (44,2%). Die BRF – die Partei der türkischen Minderheit behauptete sich zum zweiten Mal als die drittgrößte Kraft mit 24 Sitzen (10,0%).

UDK (B) und BRF erreichten zusammen die parlamentarische Mehrheit. Es ist jedoch bezeichnend, daß die UDK in absoluter Zahl weniger Stimmen als während der Wahlen vor einem Jahr bekommen hat. Über 20% der Stimmen für die Demokratie waren durch die Spaltung verlorengegangen.

Diese Tendenz zeichnete sich auch später – während der Präsidentschaftswahlen im Januar 1992 ab. In absoluten Zahlen hat der Kandidat der UDK Želju Želew noch weniger Stimmen als die Stimmen für die UDK insgesamt im Oktober 1991 bekommen.

Wahrscheinlich befindet sich die UDK heute auf dem Weg zu einer „blauen“ Partei. Ihr Apparat funktioniert schon relativ gut. Sie bekommt aber mächtige Probleme dort, wo es nicht mehr um die Symbolisierung des demokratischen Übergangs, sondern um die Vermittlung von bestimmten Interessen geht. Die UDK hat sich noch nicht vom Korporativismus befreit und bleibt, paradoxerweise, immer noch eine Koalition – die Form, der sie selbst abschwor.

Die UDK gewann die Wahlen, weil die Wähler immer noch zwischen „Kommunismus oder Demokratie“ zu wählen glaubten. Aber vielleicht nicht mehr lange. Die letzten Präsidentschaftswahlen weisen neue Tendenzen auf, die sich gegen den dualistischen Radikalismus wenden. Hier sind weitere Entwicklungen zu erwarten.

Das Beispiel der Spaltung der UDK mag als ein Beispiel dienen, wie die „List der Vernunft“ oft von der „Ironie der Geschichte“ beschämt wird.

Anmerkungen

- 1 Beide Bereiche überlappen sich zum großen Teil, sind jedoch nicht identisch. Vgl. Rucht, Dieter: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. Manuskript. Mannheim 1990.

- 2 Dimitrov, Rumen: „Der Marsch durch die Institutionen“. Die Herausbildung der bulgarischen Opposition 1989–91, in: *Bulgarian Quarterly*. Dt. Ausg. Band I, 1, S. 58–71 und Band I, 2, S. 48–58.
- 3 Nach den Vereinbarungen des Runden Tisches (Januar–März 1990) sollten die ersten freien Wahlen in Bulgarien zur Bildung einer relativ kurzfristigen siebenköpfigen Konstituierenden Volksversammlung führen (Sedmo Veliko Narodno Sabranie), die als Hauptaufgabe die Erarbeitung eines neuen Grundgesetzes hatte.
- 4 Vgl. Tončev, Vasil/Jordanova, Lidila (Nationalzentrum für Meinungsforschung – NZMF): *Wahlen 1991. Die öffentliche Meinung in Bulgarien*, in: *Logis*. Sofia 1991, bes. S. 37–40.
- 5 Vgl. Tova e edinstvenijat pat. Prisiv sa sazdavane na graždanski komiteti SDS (Das ist der einzige Weg. Aufruf zu einer Gründung von „Bürgerkomitees UDK“), in: *Demo-kracia*. Nr. 90 vom 15. April 1991, S. 1–2.
- 6 Vgl. Programna deklaracia na graždanskite komiteti „SDS“ (Programmatische-Erklärung der „Bürgerkomitees UDK“), in: *Demokracia*. Nr. 121 vom 23. Mai 1991 (unterzeichnet am 8. Mai 1991), S. 3.
- 7 Vgl. Offe, Claus: *Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spät-kapitalistischer Gesellschaftssysteme*, in: Kress, Gisela/Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt 1972, S. 135–164.
- 8 Vgl. Krastev, Ivan: *Kvadraturata na poročnija krag* (Die Quadratur des Teufelskreises), in: *1000 dni*. Nr. 0 vom 14. August 1991, S. 9.
- 9 Vgl. die nüchterne Analyse von Valčev, Rumen: *Oposicijata pred isbori. pogled na eksperta* (Die Opposition vor den Wahlen. Ein Expertenüberblick), in: *Demokracia*. Nr. 124 vom 27. Mai 1991, S. 1 u. 3.
- 10 Vgl. Čončev, Paun et al.: *Neznata revolucia isjade najneznite si deca* (Die sanfte Revolution hat ihre sanftesten Kinder aufgefressen), in: *168 casa*. 11. Juli 1991, S. 21.
- 11 Zeljev, Želju: *Obrastenie kam VNS* (Aufruf an KVV), in: *Zemedelsko zname*. Nr. 111 vom 6. Juni 1991, S. 1.

Ardian Klosi

Albanien

Die Ereignisse der Jahre 1989–1990 in Osteuropa haben eine Kettenreaktion ausgelöst, von der auch Albanien nicht verschont bleiben konnte. Zuerst schien es, als würden die Kommunisten ihre Macht erhalten können, da die Diktatur in Albanien länger und härter geherrscht hatte als in den anderen ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas. Aber mit den rumänischen Ereignissen und dem Sturz von Ceaușescu geriet die Führung von Ramiz Alia und den anderen Erben Enver Hoxhas in extreme Unsicherheit. Sie fingen eine großangelegte Kampagne mit demokratischen Parolen an, die jedoch die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht stillen konnte. Demonstrationen in Shkodra, Kavaja und Tirana im Januar und Februar, dann Massenflucht der Albaner in die ausländischen Botschaften im Juli des letzten Jahres, Schweigemärsche, Streiks und Schüsse an den Grenzen waren tägliche Ereignisse. Was aber den Kommunismus in Albanien am stärksten erschütterte, waren die Studentendemonstrationen im vorigen Dezember. Hier zeigte sich der kommunistische Präsident Alia jedoch geschickt genug, um politischen Pluralismus und eine neue nichtkommunistische Partei zuzulassen. Mit dieser Demokratischen Partei haben er und sein Clan die größte Gefahr eines jähen Sturzes abgewendet und eine langwierige, schmerzvolle Umwandlung des Systems in Albanien eingeleitet. Heute, wenn man die Leiden einer Bevölkerung miterlebt, die völlig verarmt, hoffnungslos und bereit ist, zu Hunderttausenden auszuwandern, denkt man, daß eine rasche Absetzung der alten Machthaber, so wie in der Tschechoslowakei oder in der DDR, die bessere Lösung gewesen wäre.

Allerdings haben einige für Albanien spezifische Faktoren die Entmachtung Alias und dem, was er vertrat, auf die lange Bank geschoben. Zuerst war das die Schwäche der neuen Opposition. Die Studenten selbst waren unorganisiert und an sich keine bewußte politische Kraft. An der Spitze ihrer Revolte kamen einige Intellektuelle, die im alten Regime etabliert und zum Großteil auch Mitglieder der Kommunistischen Partei waren. Nun konnten sie nicht ein System zerschlagen, das sie selbst produziert, ja sogar privilegiert hatte. Dies erklärt auch, warum diese Oppositionsführer während der spontanen Unruhen in Albanien in den letzten 10 Monaten so etwa während der Verhängung des Ausnahmezustandes, des Generalstreiks und zu anderen Gelegenheiten – billige Kompromisse mit Alia und der kommunistischen Macht geschlossen haben. Sie haben 1991 auch ungerechte und undemokratische Wahlbedingungen, sowie eine Regierungskoalition mit den Kommunisten akzeptiert. Diese Kompromisse haben zwar zu einer Beruhigung der Revolte geführt, tru-

gen aber gleichzeitig zur Beibehaltung der alten Strukturen bis zum heutigen Tage bei. Ich bringe für diese Strukturen nur zwei Beispiele: Die Organisation des Staates Albanien ist praktisch die gleiche wie früher, mit den gleichen Machthierarchien und der gleichen Verwaltung wie zu Zeiten des Einparteiensystems. Die übermäßig große und ineffiziente Bürokratie sieht also genau so wie vorher aus, mit Ausnahme der Politbüromitglieder und der lokalen Parteisekretären, die von der politischen Szene abtraten. Weiteres Beispiel: das Parlament bewilligte die so lang erwartete Bodenreform in Form des neuen Bodengesetzes, ohne den traditionellen Besitzständen der Bauern Rechnung zu tragen. Das heißt, die Demokraten im Parlament erkannten ebenso wie die Kommunisten, die gewalttätige Kollektivierung der 50er und 60er Jahre als eine selbstverständliche Tatsache an. Solch eine Haltung des Parlaments hat in Albanien zu chaotischen Zuständen bei der Bodenverteilung geführt.

Ein zweiter Grund, warum der Prozeß der Umwandlung in Albanien so mühsam vonstatten geht, ist der Unwillen vieler Machthaber, mit der Vergangenheit reinen Tisch zu machen. Hierzu gehören vor allem Leute, die im früheren Regime verbrecherische Handlungen im Namen der Diktatur des Proletariats und des Klassenkampfes begangen haben. Und das Hoxha-Regime war so konstruiert, das wenige, ja nicht einmal Intellektuellen – Schriftsteller und Künstler – unbeteiligt blieben. Heute gibt es bei uns in verbreitetem Maße so etwas wie Angst vor der eigenen Vergangenheit. Diese Angst fängt beim Präsidenten an und geht hinunter zu den Abgeordneten, Funktionären, bis hin zu den vielen Handlangern der Diktatur, wie Geheimdienstleuten, Richtern und dergleichen. Sie drückt sich zum Beispiel in dem langen Zögern des Parlaments aus, die ehemaligen politischen Gefangenen zu rehabilitieren. Die Abgeordneten, vor allem ihre kommunistische Mehrheit, sprechen nur von Amnestie für die Verfolgten im Lande als auch für die politischen Emigranten der ersten Stunde. Freispruch oder Entschädigung kommt für sie nicht in Frage. Dabei waren die meisten dieser Exverfolgten Opfer eines völlig willkürlichen Despotismus und sind ohne reguläre Prozesse und ohne eine formelle Gesetzgebung verurteilt worden.

Die kommunistische und die neokommunistische Propaganda will heute die Verantwortung der früheren Herrscher nur auf Geldveruntreuung und -verschwendung herunterspielen. Dabei sind zur Zeiten der Diktatur Hunderttausende von Menschen eingesperrt, hingerichtet, verbannt und diskriminiert worden. Was die ehemaligen Opfer heute in Albanien verlangen, ist keine Rache, sondern Gerechtigkeit, bzw. Rechtsstaatlichkeit. Daher ist eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bei uns dringend notwendig, um bei den Menschen Vertrauen zu neu zu bildenden Strukturen zu erwecken.

Ein anderer Faktor, der einen wirklichen Umbruch in Albanien verhindert, ist die außenpolitische Lage, vor allem die Situation bei dem nördli-

chen Nachbarn. Wir wissen, daß die lange Isolation Albaniens auch auf die Trennung der Albaner diesseits und jenseits der Grenze abzielte. Insoweit ist die Politik der Führung Hoxha unmittelbar oder mittelbar der serbischen Vorherrschaft im Kosovo zugute gekommen. Und wir sollten auch nicht vergessen, daß die Gründung der kommunistischen Partei Albaniens ein Werk jugoslawischer Kommunisten war. Heute findet Albanien, wenn auch langsam, Zugang zu Westeuropa, es bleibt aber in Richtung Norden genau so isoliert wie früher: ich kann mir eine rasche Demokratisierung bei uns kaum vorstellen, solange in Jugoslawien die Albaner unter Apartheid leben und die Spannung im Kosovo so groß ist wie heute.

Nicht zuletzt ist die psychische Lage eines großen Teils der Bevölkerung ein hemmender Faktor für die rasche Umwandlung vor allem der wirtschaftlichen Strukturen. Nach 45 Jahren Isolation und systematischer Mißwirtschaft können sich die Leute nicht so schnell mit privatem Eigentum und Marktwirtschaft anfreunden. Die einzigen, die die Regeln des freien Marktes gut begriffen haben, vielleicht noch besser als die Regierenden, das sind die Straßenverkäufer, Schwarzhändler oder Geldspekulanten.

Von den neuen, jungen Politikern könnte man sagen, daß sie sicherlich in die Regierung einen guten Willen mitbringen, Reformen und Veränderungen durchzuführen. Sie haben dabei allerdings außer der mangelnden Erfahrung auch andere Hindernisse zu überwinden, die hier bereits erwähnt wurden. Aber sie stellen teilweise auch selbst ein Hindernis dar, indem sie hin und wieder zu den Methoden der alten kommunistischen Funktionären zurückgreifen. Die Vettern- und Freundewirtschaft war eine sehr verbreitete Art des Regierens in Albanien, und sie ist auch bei den jungen aufkommenden Politikern vorhanden.

Als Schlußfolgerung kann man hier sagen, daß es sich in Albanien weniger um einen Umbruch oder um eine Umwandlung des Systems handelt als vielmehr um einen Macht- und Systemzerfall.

Wo die große Wende, ja vielleicht sogar ein Umsturz stattgefunden hat, das ist auf der geistigen Ebene. Das ganze kommunistische bzw. enveristische Gebäude ist wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Die Menschen nehmen von einer trügerischen und verbrecherischen Ideologie Abschied, sie überwinden die Angst vor der Diktatur und wollen nicht mehr vom Staat oder (oft) von den Parteien bevormundet werden.

Die Albaner tun sich heute schwer, einen neuen demokratischen Staat, mit einer funktionierenden Wirtschaft aufzubauen. Der Epoche des totalitären, allmächtigen Staates folgte zuerst eine Periode der totalen Abwesenheit des Staates und der anarchistischen Zustände. Heute wird man mehr denn je an jene Zeit erinnert, als der albanische Staat 1913 gegründet wurde. Er war eine eher künstliche Schaffung der europäischen Großmächte als logische Folge der Geschichte und des Ethnos der Alba-

ner. Um das damalige Gleichgewicht zu erhalten und die Nachbarn Albaniens, Serbien und Griechenland, zufriedenzustellen, ließ die Botschafterkonferenz in London die Hälfte der Albaner und ihrer Territorien außerhalb der Grenzen des neugegründeten Staates. Einem Volk, das sich immer in Familien, Sippschaften oder höchstens geschlossenen Gegenden organisiert hatte, fiel es schwer, sich mit einem Staat zu identifizieren. Die der Gründung des neuen Staates folgende Anarchie dauerte bis in die Jahre 1924/25, als der starke Mann, der spätere König Zogu, an die Macht kam und den schwachen Versuchen, eine Demokratie im westlichen Sinne aufzubauen, ein Ende setzte. Zogu regierte eine halbwegs konstitutionelle Monarchie, jedoch keinen eigentlichen Rechtsstaat mit einem funktionierenden Parlament. Und den Staat, den die Kommunisten nach ihrer Machtübernahme bildeten, kennt man ja schon. Willkür und Despotismus sind die geeigneten Worte, ihn zu beschreiben.

Es sollte hier nicht von einem Verhängnis oder von der Unfähigkeit der Albaner gesprochen werden, in einem demokratischen Rechtsstaat leben zu können. Trotzdem versuchte dieses Land mit seiner natürlichen Lage immer dort, wo verschiedene Interessen gegeneinander prallten, von einem geschichtlich-geografischen Verhängnis zu sprechen. Westliche und östliche Mächte haben hier immer um die Vorherrschaft gerungen, ob Byzanz oder Venedig, Türkentum oder Slawentum, Österreich-Ungarn oder Italien. Heute erleben wir wieder einen Expansionswillen serbischer Generäle. In dieser Hinsicht kann man noch nicht sagen, daß die Geschichte eine dezidierte Wende genommen hat.

Doch sollte man die Fehler der Geschichte im Bewußtsein halten und sie sich so weit wie möglich nicht wiederholen lassen. Darum wäre nur eine Integration Albaniens in die europäische Prozesse d.h. ein vereintes Bemühen im „gemeinsamen Haus“ Europa ein Fenster der Hoffnung für Albanien und die Albaner. Weder getrennte Koalitionen noch innerbalkanische Auseinandersetzung können zur Demokratisierung und Prosperität in diesem Gebiet Südosteuropas führen.

Verzeichnis der Autoren

Dr. Walter Althammer
Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Königswinter

Dr. Bojko Bučar
Fakultät für Soziologie, Politische Wissenschaft und Journalismus,
Universität Ljubljana

Dr. Rumen Dimitrov
Lehrstuhl für Soziologie, Universität Sofia

Prof. Dr. Dr. h. c. Klaus-Detlev Grothusen
Historisches Seminar, Universität Hamburg

Prof. Dr. Othmar N. Haberl
Institut für Migrationsforschung, Ausländerpädagogik und Zweitspra-
chendidaktik, Universität-Gesamthochschule Essen

Unterstaatssekretär Prof. Nikolaus Kleininger
Ministerium für Unterricht und Wissenschaft, Bukarest

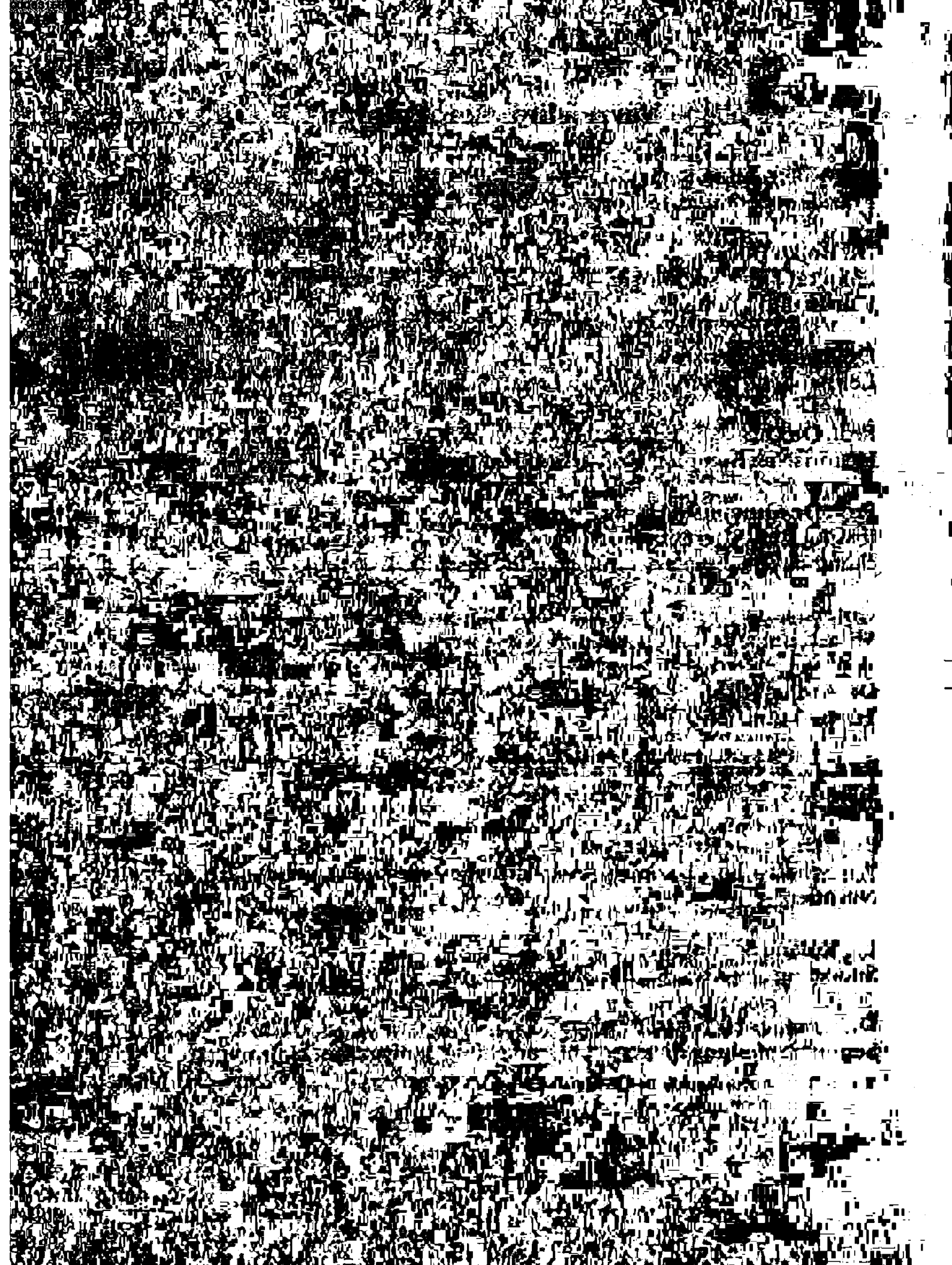
Dr. Ardian Klosi
Tirana/München

Prof. Dr. Johannes Chr. Papalekas
Sektion Soziologie, Universität Bochum

Prof. Dr. Franz Ronneberger
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Erlangen-
Nürnberg

Dr. Roland Schönfeld
Südosteuropa-Gesellschaft, München

Dr. Günther H. Tontsch
Seminarabteilung für Ostrechtsforschung, Universität Hamburg



Veröffentlichungen der Südosteuropa-Gesellschaft

Eine vollständige Liste der bisher von der SOG herausgegebenen Publikationen ist über die Geschäftsstelle, Widenmayerstraße 49, D-80538 München, zu beziehen.

SÜDOSTEUROPA JAHRBÜCHER

- Band 18: **Zwischen Zentralisierung und Selbstverwaltung – Bürokratische Systeme in Südosteuropa.** Hrsg. von Franz Ronneberger. 161 S., München 1988. (DM 34,-)
- Band 20: **Die Moderne in den Literaturen Südosteuropas.** Hrsg. von Reinhard Lauer. 216 S., München 1991. (DM 44,-)
- Band 21: **Wandlungen in der Eigentumsverfassung der sozialistischen Länder Südosteuropas.** Hrsg. von Georg Brunner und Dieter Pfaff. 111 S., München 1990. (DM 28,-)
- Band 22: **Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne.** Hrsg. von Klaus Roth. 356 S., 31 Abb., München 1992. (DM 72,-)
- Band 23: **Deutschland und die Völker Südosteuropas. Festschrift für Walter Althammer zum 65. Geburtstag.** Hrsg. von Hans Peter Linss und Roland Schönfeld. 416 S., München 1993. (DM 72,-)
- Band 24: **Ostmittel- und Südosteuropa im Umbruch.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 170 S. (DM 34,-)

SÜDOSTEUROPA STUDIEN

- Band 38: **Handwerk in Mittel- und Südosteuropa. Mobilität, Vermittlung und Wandel im Handwerk des 18. bis 20. Jahrhunderts.** Hrsg. von Klaus Roth. 236 S., München 1987. (DM 34,-)
- Band 39: **Bayern und Ungarn. Tausend Jahre enge Beziehungen.** Hrsg. von Ekkehard Völkl. 133 S., Regensburg 1988. (DM 24,-)
- Band 40: **Volksmusik und Kunstmusik in Südosteuropa.** Hrsg. von Cornelius Eberhardt und Günther Weiß. 193 S., München 1989. (=Schriftenreihe der Hochschule für Musik in München, Bd. 9) (DM 49,-)
- Band 41: **Südosteuropa-Veröffentlichungen aus der Bundesrepublik Deutschland 1984–1988.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 128 S., München 1989. (DM 22,-)
- Band 42: **Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa.** Hrsg. von Roland Schönfeld. 139 S., München 1989. (DM 22,-)
- Band 47: **Südosteuropa in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit vom Wiener Kongress (1815) bis zum Pariser Frieden (1856).** Hrsg. von Josip Matešić und Klaus Heitmann. 180 S., München 1990. (DM 34,-)
- Band 49: **Politischer Pluralismus und Verfassungsstaat in Deutschland und Ungarn.** Hrsg. von Georg Brunner. 183 S., München 1992. (DM 36,-)
- Band 51: **Transformation der Wirtschaftssysteme in Ostmitteleuropa (Transforming Economic Systems in East Central Europe).** Hrsg. von Roland Schönfeld. 211 S., München 1993. (DM 38,-)

SÜDOSTEUROPA AKTUELL

- Heft 1: **Fragen der Finanzierung des Handels mit Südosteuropa.** Hrsg. von Walter Althammer. 82 S., München 1987. (DM 7,-)
- Heft 3: **Die Türkei und die Europäische Gemeinschaft.** Hrsg. von Werner Gumpel. 120 S., München 1988. (DM 12,50)
- Heft 4: **Die jugoslawische Wirtschaft – Gegenwart und Zukunft.** Hrsg. von Werner Gumpel. 105 S., München 1988. (DM 10,-)
- Heft 5: **Agrarwirtschaftliche Zusammenarbeit mit Albanien.** Hrsg. von Walter Althammer. 126 S., München 1989. (DM 12,50)
- Heft 6: **Landesentwicklung und Umweltschutz im Donaauraum.** Hrsg. von Karl Ruppert. 138 S., München 1989. (DM 15,-)
- Heft 7: **Interkulturelle Kommunikation in Südosteuropa.** Hrsg. von Franz Ronneberger. 132 S., München 1989. (DM 15,-)
- Heft 8: **Die Interessen der Anliegerstaaten am Rhein-Main-Donau-Kanal.** Hrsg. von Werner Gumpel. 72 S., München 1990. (DM 7,-)
- Heft 11: **Europa und die Türkei in den neunziger Jahren.** Hrsg. von Werner Gumpel. 82 S., München 1991. (DM 7,-)
- Heft 12: **Das vereinte Deutschland als Partner Ostmittel- und Südosteuropas.** Hrsg. von Walter Althammer. 120 S., München 1991. (DM 12,50)
- Heft 13: **Die Agrarwirtschaft Südosteuropas im Wandel.** Hrsg. von Karl-Eugen Wädekin. 204 S., München 1992. (DM 17,50)
- Heft 14: **Staatliche Einheit und Teilung – Deutschland und Jugoslawien.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 154 S., München 1992. (DM 16,-)
- Heft 15: **Barrieren im Bereich der Verkehrs-, Energie- und Agrarwirtschaft in Ost- und Südosteuropa.** Hrsg. von Werner Gumpel und Peter Hampe. 130 S., München 1993. (DM 15,-)
- Heft 16: **Integration des bulgarischen Verkehrs in das europäische System.** Hrsg. von Werner Gumpel. 90 S., München 1993. (DM 10,-)

SÜDOSTEUROPA SCHRIFTEN

- Band 11: **Mihai Eminescu 1889–1989. Nationale Werte – Internationale Geltung.** Hrsg. von Ioan Constantinescu. 150 S., München 1992. (DM 42,-)
- Band 12: Schaller, Helmut Wilhelm: **Gustav Weigand. Sein Beitrag zur Balkanphilologie und zur Bulgaristik.** 149 S., München 1992. (DM 36,-)
- Band 13: **Südosteuropäische Populärliteratur im 19. und 20. Jahrhundert.** Hrsg. von Klaus Roth. 416 S., München 1993. (DM 78,-)

